

*Annemarie Gerzer-Sass
Wolfgang Erler (Hrsg.)*

**Familienselbsthilfe
und ihr Potential für eine
Reformpolitik von „unten“**

**Individuelle, familiale und
gemeinwesenbezogene
Wirkungen und Leistungen
von Familienselbsthilfe**

Es ist nicht genug zu wissen
man muß es auch anwenden;
es ist nicht genug zu wollen,
man muß es auch tun.

Johann Wolfgang von Goethe

Kontaktadresse:

Deutsches Jugendinstitut e.V.
Nockherstraße 2
81541 München
Fax 089/62396-162

A. Gerzer-Sass Tel. 089/62306-251 - Email: gerzer@dji.de
W. Erler Tel. 089/62306-248 - Email: erler@dji.de
J. Sass Tel. 089/62306-252 - Email: sass@dji.de

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	1
Kapitel 1	
Michael Kaufmann Forschungsdesign	3
1.1 Evaluationsverständnis und Forschungsschwerpunkte	3
1.2 Beschreibung der Untersuchungsstichprobe	5
Kapitel 2	
Wolfgang Erler Familienselbsthilfe und die Landschaft des Sozialen	7
2.1 Selbsthilfe und Erneuerung des Sozialstaats	7
2.2 Ein Blick auf die soziale Ökonomie	9
2.3 Streiflichter aus einem Vierteljahrhundert Geschichte der neuen Selbsthilfebewegung	10
2.4 Verwaltungsmodernisierung und Neue Steuerungskonzepte im Sozial- und Jugendhilfebereich: Motor oder Blockade für die Entwicklung von Selbsthilfe?	13
2.5 Auf dem Weg zur „sozialen Stadt“?	14
2.6 Zur Unterbelichtung und -bewertung von Familienselbsthilfe in der Selbsthilfelandchaft und –forschung	15
2.6.1 Familienselbsthilfe wächst nicht aus Defiziten, sondern aus Potentialen	17
2.6.2 Familienselbsthilfe – themenspezifisch „versäult“ und deshalb als sozialpolitische Gestaltungskraft schwer organisierbar	19
Kapitel 3	
Panorama der Familienselbsthilfe: Profile ausgewählter Familienselbsthilfeinitiativen	21
Wolfgang Erler 3.1 Die Elterninitiativen	21
3.1.1 Geschichte und Entwicklung	21
3.1.2 Leistungen auf der individuellen Ebene	23
3.1.3 Leistungen auf der Gemeinwesenebene	23
3.1.4 Perspektiven/Weiterentwicklungen	24

	Cornelia Hönigschmid	
3.2	Die Mütterzentren	25
3.2.1	Die Entstehungsgeschichte	25
3.2.2	Was ist ein Mütterzentrum?	25
3.2.3	Was bieten Mütterzentren?	28
3.2.4	Mütterzentren - eine „soziale Tankstelle“ für die Nachbarschaft	29
3.2.5	Organisationsstrukturen	30
3.2.6	Wer kommt in die Mütterzentren?	31
3.2.7	Die bundesweite Vernetzung – der „Mütterzentren Bundesverband e.V.“	31
3.2.8	Wie geht es mit den Mütterzentren weiter?	32
	Birgit von Tschilschke	
3.3	Die Stieffamilienselbsthilfe	33
3.3.1	Geschichte und Entwicklung	33
3.3.2	Profil und Themen der Stieffamilienselbsthilfegruppen	34
3.3.3	Öffentlichkeitsarbeit von Stieffamilienselbsthilfeinitiativen	36
3.3.4	Perspektiven und Weiterentwicklung	36
	Wolfgang Erler	
3.4	Die freien Stillgruppen	36
3.4.1	Geschichte und Entwicklung	36
3.4.2	Leistungen auf der individuellen Ebene	37
3.4.3	Leistungen für das Gemeinwesen "vor Ort"	39
3.4.4	Leistungen für das Gemeinwesen: gesamtgesellschaftliche Ebene	39
	Wolfgang Erler	
3.5	Familienselbsthilfeinitiativen jenseits der „vier Säulen“	42
3.5.1	Mutter-Kind-Gruppen	42
3.5.2	Initiativen von Eltern kranker Kinder	43
3.5.3	Familien-Wohnungsbau in organisierter Selbsthilfe	44
3.5.4	Migranten und ihre Selbstorganisation	45
3.5.5	Pflegende Angehörige	45
 Kapitel 4		
	Die Bedeutung der Familienselbsthilfe für die sozialpolitische Infrastruktur in Region und Kommune	47
	Wolfgang Erler	
4.1	Vorbemerkung zu den regionalen Fallstudien	47
	Rudolf Pettinger; Birgit von Tschilschke	
4.2	Elternvereine auf Usedom: mehr als Kinderbetreuung	49
4.2.1	Veränderungen in der Kinderbetreuungslandschaft: Usedom	50
4.2.2	Die Entstehung der Elternvereine	51
4.2.3	Vernetzung und kommunale Einbindung der Elternvereine	51
4.2.4	Familienselbsthilfe als Bereicherung für Familien und Kommune	52
4.2.5	Pädagogische und strukturelle Veränderungen in den Kindertagesstätten	55

	<i>Wolfgang Erler</i>	
4.3	Leipzig nach der Wende: eine Stadt im Umbruch	57
4.3.1	Leipzig-Grünau	58
4.3.2	Familienselbsthilfe I: Elterninitiativen; der "Stadtelternrat ohne Grenzen"	60
4.3.3	Familienselbsthilfe II: Mütterzentren	61
4.3.4	„Eigengewächs oder Westimport“? - Mutter-Kind-Gruppen in Grünau	62
4.3.5	„Jenseits der Erwerbsarbeit“: Die Aktion 55	63
4.3.6	Selbsthilfe-Elemente bei der Selbsthilfe-Initiative Alleinerziehender und anderen Sozialprojekten	64
4.3.7	Verein zur Förderung von Familie, Frauen und Jugend	65
4.3.8	(Familien-) Selbsthilfe und ihre Verankerung in den kommunalen Institutionen	65
4.3.9	Familienselbsthilfe: Gemeinsames "Muster Ost"	67
	<i>Cornelia Hönigschmid</i>	
4.4	Bergisch Gladbach: Selbsthilfe als Institution und ihre Tücken	70
4.4.1	Familienselbsthilfe in Bergisch Gladbach – was gibt es vor Ort?	72
4.4.2	Die Sichtweise und Rolle des Jugendamtes	76
4.4.3	Förderung der Elterninitiativen in NRW	77
4.4.4	Bedarfsorientierung als Planungsgrundsatz in Bergisch Gladbach	78
4.4.5	Die Rolle des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes	79
4.4.6	Die Rolle der Eltern	79
	<i>Birgit von Tschilschke</i>	
4.5	Neuaubing: Ein Stadtteil auf dem Weg zum Problemquartier?	82
4.5.1	Sozialstruktur in Neuaubing	82
4.5.2	Familienselbsthilfeinitiativen in Neuaubing	82
4.5.3	Bedingungen für die Aktivierung familialer Ressourcen	85
4.5.4	Bedeutung der Familienselbsthilfe in der Kommune	89
 Kapitel 5		
	Ressourcen, Wirkungen und Leistungen der Familienselbsthilfe	93
	<i>Jürgen Sass; Birgit von Tschilschke</i>	
5.1	Soziales Kapital und Humankapital: die gesellschaftlichen Wertschöpfungspotentiale von Familienselbsthilfeinitiativen	93
5.1.1	Exkurs: Humankapital und Soziales Kapital in der Diskussion	93
5.1.2	Von der individualisierten zur Ellbogengesellschaft?	96
5.1.3	Zur Bedeutung von sozialem Kapital bei der Kinderbetreuung in Elterninitiativen	99
5.1.4	Bildung von Sozialem Kapital und Humankapital durch die Mitarbeit der Eltern	107
	a) Soziales Kapital	108
	b) Humankapital	109
	c) Erträge	109

	<i>Annemarie Gerzer-Sass</i>	
5.2	Förderung und Stützung von Erziehungskompetenzen der Eltern	122
5.2.1	Beschreibung der informellen Lernfelder im Familienselbsthilfebereich	122
5.2.2.	Rückeroberung der Elternkompetenzen jenseits der Privatheit von Familie	126
5.2.3	Nutzen der dazugewonnenen Kompetenzen in der Familie bei Müttern	127
5.2.4	Nutzen des Kompetenzgewinns für die Familie bei Vätern	130
	<i>Monika Jaeckel</i>	
5.3	Förderung und Unterstützung der Handlungskompetenz von Eltern	131
5.3.1	Eigenkompetenz und Alltagsorientierung	131
5.3.2	Information, Entlastung und Unterstützung	135
5.3.3	Positive Lebenseinstellung – Es gewinnen alle	136
5.3.4	Weibliches Selbstbewußtsein, Empowerment und Durchsetzungsfähigkeit	136
5.3.5	Öffnung der Familie	138
5.3.6	Aktive Bürgerschaft	140
5.3.7	Soziale Integration	141
5.3.8	Soziale Schichtung	142
5.3.9	Die Familienselbsthilfe ist weiblich	144
	<i>Annemarie Gerzer-Sass</i>	
5.4	Initiativen und ihr Potential für die künftige Arbeitsgesellschaft	146
5.4.1	Familien als Lernfeld von Kompetenzen, die in der Arbeitswelt zunehmend nachgefragt werden	146
5.4.2	Das informelle Lernen außerhalb der traditionellen Lernorte erhält eine neue Bewertung	147
5.4.3	Initiativen als Ort einer „modernen Lernkultur“	148
5.4.4	Kompetenzgewinn in den befragten Elterninitiativen und ihr Nutzen für den Beruf	149
5.4.5	Kompetenzgewinn in Mütterzentren	151
5.4.6	Kompetenzgewinn der Väter	152
5.4.7	Familienselbsthilfe enthält auch Potentiale für den dritten Sektor - ein Beispiel zur Weiterentwicklung der Dienstleistungsgesellschaft	156
5.4.8	Das Verhältnis von Laien und Professionellen	158
	<i>Michael Kaufmann</i>	
	Exkurs: Nutzen-Kosten-Überlegungen zur Familienselbsthilfe	161

Kapitel 6

Ausblick und Perspektiven

	<i>Monika Jaeckel</i>	
6.1	Zur Förderung von Familienselbsthilfe	167
6.1.1	Förderung von Familienselbsthilfe: in, neben oder versus genereller Selbsthilfeförderung?	167
6.1.2	Problem 1: Der integrierte Handlungsansatz der Familienselbsthilfe widerspricht der Logik spezialisierter Förderprogramme	168
6.1.3	Problem 2: Blockierter Erfahrungstransfer aus der Familienselbsthilfe in das System der "Regelversorgung"	169
6.1.4	Problem 3: Anerkennung von Laienkompetenz als Streitpunkt	170
6.1.5	Problem 4: Vernetzungsstrukturen sind nur mit Förderung möglich	171
	<i>Wolfgang Eler</i>	
6.2	„Top down“ - Kann man (Familien) Selbsthilfe „von oben“ erzeugen?	172
	Literatur	177

Vorwort

Seit mehr als zwanzig Jahren begleiten Forschungen aus dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) und seiner Familienabteilung Familien bei der Bewältigung ihres komplizierten Alltags. Der Blick dieser Forschungen richtete sich dabei immer auf die Übergangszonen zwischen privatem und öffentlichem Raum, auf die Schnittstellen zwischen den Alltagsstrategien in privaten und nachbarschaftlichen Netzwerken und den (sozial)staatlich gelenkten Agenturen zur Betreuung und Erziehung von Kindern und zur Gewährleistung persönlicher Hilfen z.B. bei Familienkrisen. An diesen Schnittstellen haben sich – parallel mit dem Aufkommen der „neuen sozialen Bewegungen“ und damit als Garanten einer neuen Subsidiarität – immer stärker kollektive Formen der Selbstorganisation entwickelt, für die sich seit nunmehr etwa 15 Jahren – freilich in einer eher überschaubaren Fachszene – der Begriff „Familienselbsthilfe“ eingebürgert hat. In ihr schaffen sich Eltern – in ihrer weit überwiegenden Mehrzahl Mütter - soziale Räume zum Leben und Lernen, ohne sich dabei den oft traditionslastig-schwerfälligen bestehenden Strukturen und Angeboten der sozialen Infrastruktur anzuvertrauen oder auf deren Veränderung zu warten.

Die Arbeiten des DJI in diesem Feld fanden vor allem im Rahmen von wissenschaftlicher Begleitforschung zu Modellprojekten statt. Der Bogen dieser Forschungen reicht vom Projekt „Tagesmütter“ (1974ff.) über die Gründung und wissenschaftliche Begleitung von Mütterzentren (1980-1984), über „Familien helfen Familien“ zur Begleitung von Familien- und Nachbarschaftszentren (1986-1990) bis zur „Implantation“ von

Öffnungen für Selbsthilfe und Eigeninitiative von Eltern in Kindertagesstätten im Verbundprojekt „Orte für Kinder“ (1990-1994). In all diesen Projekten ging es, in je unterschiedlichen Handlungskonstellationen, um die Leitfrage, wie Familien unter Bedingungen „struktureller Rücksichtslosigkeit der Gesellschaft“ (Fünfter Familienbericht) ihr Leben bewältigen und dabei in der Grau- und Zwischenzone zwischen Privatheit, Erwerbsarbeit und öffentlichen Institutionen zu gemeinsamen Handlungskonzepten finden, die ihren Alltag verändern. Das „Puzzle“ dieser Aktivitäten ist ein schöpferischer Prozeß, der auf oft übersehene und mißachtete Weise zustandebringt, was in den Epochentheorien mit gleichsam weltweiter Zwangsläufigkeit von anonymen Kräften hervorgebracht scheint und in „harte“ äußere Rahmenbedingungen für das Alltagsleben umgegossen wird: Vom Trend zur Dienstleistungs-, Informations- oder Wissensgesellschaft über die Globalisierung bis zur „Krise der Städte“ und dem immer weiteren Vordringen von Frauen und Müttern in den Erwerbsarbeitsmarkt trotz weiter widriger Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Das Evaluationsprojekt zur Familienselbsthilfe unterscheidet sich von den vorhergehenden Forschungen der Familienabteilung des DJI durch seinen gleichsam „systemischen Zugang“. War in den früheren Projekten jeweils ein Teilbereich des Aktionsfelds „familiäre Selbstorganisation“ Thema, so ging es in dem Projekt, dessen Abschlußbericht hier vorgelegt wird, um die Familienselbsthilfe in ihrer ganzen Breite und Vielfalt. Fast 30 Jahre nach dem Beginn der Kinderladenbewegung, deren Nachfolger in Gestalt der Elterninitiativen heute eine tragende Säule

der Familienselbsthilfe sind, wird damit ein weiteres Mal ein diesmal mehr bilanzierender als auf praktische Intervention gerichteter Blick auf die Landschaft der Familienselbsthilfe geworfen: auf ihre Formen, Leistungen und die Rahmenbedingungen für ihre Entwicklung. Das große Spektrum und die Vielfalt der Initiativen und Projekte in einer ebensogroßen Vielfalt von lokalen, regionalen und landespolitischen Rahmenbedingungen verlangte vom Projekt die Entwicklung eines selektiven und angepaßten Methoden-Mixes, der im folgenden Abschnitt über das Forschungs-Design erläutert wird.

Für die bereitwillige Unterstützung bei unseren Befragungen danken wir vor allem den Eltern sowie allen anderen, die sich an unseren schriftlichen Befragungen, an deren Vorbereitung, Erprobung und auswertenden Diskussionen bei Ergebnispräsentationen beteiligt haben. Außerdem danken wir den Vertreterinnen und Vertretern der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mütter- und Familienselbsthilfe sowie allen kommunalen und Verbandsvertretern und sonstigen Experten.

Das Arbeitsvorhaben wurde erst durch die finanzielle Unterstützung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie das Sozialreferat der Landeshauptstadt München (Befragung der Münchner Elterninitiativen) ermöglicht; hierfür und für die engagierte Begleitung danken wir Frau Kornwolf, Frau Zündorf-Hinte, Herrn Feith, Herrn Meincke und Herrn Koch vom Bundesministerium sowie Frau Baumgartner und Frau Schüle-Wolfzellner vom Sozialreferat.

Für die Unterstützung bei der Herstellung und Zusammenführung der Manuskript-Teile danken wir unseren Kolleginnen Gisela Schweikl und Beatrix Zepf.

Projektgruppe „Evaluation der Familienselbsthilfe“:

Wolfgang Erler, Annemarie Gerzer-Sass, Cornelia Hönigschmid, Monika Jaeckel, Michael Kaufmann, Rudolf Pettinger, Jürgen Sass, Birgit von Tschilschke.

1. Forschungsdesign

1.1 Evaluationsverständnis und Forschungsschwerpunkte

Mit dem Projekttitle „Evaluation der Familienselbsthilfe“ wird die Forschungsaufgabe bezeichnet, das soziale Feld der Familienselbsthilfe zu „bewerten“¹. Der Auftrag dieser Evaluation - verstanden als „anwendungsorientierte empirische Sozialwissenschaft“ (Kromrey 1995: 315) - knüpft dabei an die in der Einleitung erwähnten Modellprojekte des Deutschen Jugendinstituts zur Familienselbsthilfe an.

Die Studie war im Sinne responsiver Evaluation als offener und interaktiver Forschungsprozeß angelegt. Das bedeutet einen Evaluationsprozeß, der auf die Interessenlagen der sogenannten „stakeholding audiences“ reagiert. Mit den „stakeholding audiences“ sind alle relevanten Beteiligten (Gruppen), die eine Leistung („stake“) bezüglich des untersuchten Aktionsfeldes (Evaluationsgegenstand) erbringen, gemeint. Akteure der Familienselbsthilfe - teilnehmende Betroffene (aktive Eltern), Professionelle (u.a. Erzieherinnen) und Vertreter und Vertreterinnen von freien und kommunalen Trägern (Experten aus Selbsthilfeverbänden und den Verwaltungen) - waren an der Entwicklung der Datenerhebungsmethoden intensiv beteiligt. Mit ihnen wurde das Vorgehen,

¹ Die Vielfalt des Bedeutungsinhaltes von „Evaluation“ reicht von „jeglicher Art der Festsetzung des Wertes (‘merit’, ‘worth’ or ‘value’) eines Produktes, Prozesses oder Programmes“ (vgl. Wittmann 1990: 8; Scriven 1991: 139) bis zur präzisen Definition, wie sie Rossi/Freeman für die Evaluationsforschung als „systematische Anwendung sozialwissenschaftlicher Forschungsmethoden zur Beurteilung der Konzeption, Ausgestaltung, Umsetzung und des Nutzen sozialer Interventionsprogramme“ (1993: 5) vorlegten. Zu den Grundlagen sozialwissenschaftlicher Evaluation vgl. Wottawa/Thierau (1998): 23ff.

die auch für sie wichtigen Fragestellungen, die Akzeptanz und damit die Art der Erhebungsinstrumente in unterschiedlichem Ausmaß abgestimmt.²

Im Dialog mit den vier Mitgliedsverbänden der „Bundesarbeitsgemeinschaft Mütter- und Familienselbsthilfe“ sind Grundlinien für ein neues Arbeits-, Kooperations- und Förderkonzept entwickelt worden. Diese wissenschaftliche Begleitung beschreibt die formative Rolle der Evaluation³; dem summativen Aspekt der Evaluation wird durch die Darstellung eines Profils der Familienselbsthilfe - deren Leistungen, Wirkungen und konzeptionelle Weiterentwicklungen - sowie des speziellen Förderbedarfs von Familienselbsthilfe Rechnung getragen. Die Bandbreite der Praxis

² Systematisch an dieser Evaluation ist also die ständige Rückkoppelung zum Zwecke der Konsensfindung. Für die notwendigen Aushandlungsprozesse übernehmen die ‚responsiven‘ Evaluatoren die Rolle von Moderatoren; nach Guba/Lincoln (1989) qualifiziert der Verhandlungscharakter den responsiven Ansatz als „Evaluation der 4. Generation“. Zur responsiven Evaluation vgl. Stake (1976), Guba/Lincoln (1981), Beywl (1988); zum ‚stakeholder‘-Ansatz vgl. auch Bryk (1983). Den Fokus auf eine Beteiligung der konkreten Nutzer legte auch Patton (1978/1997) in seinem Konzept der ‚nutzer- respektive der nutzungsorientierten Evaluation. Mit dieser Praxiszentrierung etabliert sich nach Beywl „Evaluation“ als „ein von Forschung differentes wissenschaftliches Dienstleistungsangebot“ (1991: 278), das in Deutschland überwiegend außeruniversitär durchgeführt wird, da die hierarchischen Strukturen mit der Notwendigkeit teamorientierter Kooperationen schwerer vereinbar sind (vgl. ebd.: 276).

Bei einer offenen Evaluation ist der Evaluationsgegenstand nur vorläufig abgesteckt und wird - vergleichbar dem ‚theoretical sampling‘ der Grounded Theory (Glaser/Strauss 1998) - im Fortgang der Untersuchung neu konturiert. Entsprechend der ‚zielfreien Evaluation‘ (Scriven 1972) sollen dadurch auch die nicht-intendierten Effekte (als Teilmenge aller ‚outcomes‘) erfaßt werden. Zu neueren Ansätzen in der Evaluationsforschung vgl. auch Martin/Kettner (1996), Chelimsky/Shadish (1997) (insbesondere Fettermans ‚empowerment evaluation‘).

³ Seit Scriven (1967/1972) wird zwischen formativer und summativer Evaluation unterschieden. Bei der formativen Evaluation (synonym werden in Deutschland hierfür die Begriffe „Wissenschaftliche Begleitung“, „Wirkungsforschung“, „Politikberatung“, aber auch „Organisationsentwicklung“ verwendet) wird der Gegenstand der Bewertung von der Forschung selbst beeinflusst; summativ ist das „nur“ zusammenfassende Urteil nach Abschluß eines Projektes oder Programmes. Zur aktuellen Bedeutung vgl. Kuhlmann (1998), Summa (1998); vgl. auch die „Bundesinitiative ‚Qualitätssicherung in der Kinder- und Jugendhilfe‘, des BMFSFJ (1996) sowie Heiner (1996).

in der Familienselbsthilfe bis hin zu stadtteilbezogenen Dienstleistungsangeboten wurde dabei auf der individuellen, der familialen, der nachbarschaftlichen sowie der kommunal- und der familienpolitischen Ebene untersucht.

Die empirische Erfassung der Gesamtheit von Familienselbsthilfe war aus forschungstechnischen und zeitlichen Gründen jedoch nicht möglich; so leisten zunächst eine Verortung der Familienselbsthilfe in verschiedenen Politikfeldern und wissenschaftlichen Diskursen (Kap. 2) und eine Präsentation der Familienselbsthilfe in ihrer regionalen Ausprägung (Kap. 4) eine Beschreibung des Gegenstandsbereichs. Die Exploration der Familienselbsthilfe wurde schließlich durch die folgende Auswahl von Untersuchungseinheiten bestimmt: Zur Profilerstellung dienen zum einen die Einzeluntersuchungen in den die 'Bundesarbeitsgemeinschaft Mütter- und Familienselbsthilfe' (BAG) konstituierenden „Säulen“, das sind der Bundesverband Mütterzentren, die Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen (BAGE), die Arbeitsgemeinschaft Freier Stillgruppen (Bundesverband), die Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen Stieffamilien; zum anderen tragen dazu die Regionalstudien in den Untersuchungsregionen Usedom, Leipzig, Bergisch Gladbach und München bei. Dabei galt es, die regionale Bedeutung von Familienselbsthilfe für die Lebenslage und Lebensqualität von Familien ebenso wie die Bedingungen, unter denen Familien in verschiedenen kommunal-politischen Konstellationen aktiv werden, zu erfassen. Besondere Aufmerksamkeit wurde dabei der Familienselbsthilfe in den neuen Bundesländern gewidmet (Kap. 4).

Der empirische Nachweis der Wirkungsmöglichkeiten beziehungsweise des Innovationspotentials von Familienselbsthilfe stellt den zweiten Forschungsschwerpunkt dar (Kap. 5). Entsprechend dem Konzept des „Empowerments“ geht es darum, daß in biographisch sensiblen Lebensphasen Ressourcen der Selbstgestaltung und Verhaltenskompetenzen nicht nur mobilisiert, sondern auch neu(e) gewonnen werden können. Diese stehen den Akteuren der Familienselbsthilfe in Form von Humankapital und Sozialem Kapital zur Verfügung.

Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses stehen daher die Effekte des Engagements der Eltern. Als diskursiver Prozeß wird das Lernfeld Familienselbsthilfe beschrieben, das die Empowermentprozesse des Einzelnen befördert und die Solidarität und wechselseitige Unterstützung unter Familien (Soziales Kapital) ermöglicht. Mit Befragungen zum subjektiven Befinden, der Erfahrung eigener und neuer Kompetenzen sowie der möglichen Übertragbarkeit des Kompetenzzuwachses auf andere gesellschaftliche Bereiche (z.B. ins Berufsleben) soll der Wirkungsbereich des Selbsthilfeengagements ermittelt werden. Zur Präzisierung der Auswirkungen von Selbsthilfeaktivitäten dienen auch verschiedene Nutzen-Kosten-Verfahren, um am Beispiel der Eltern-Kind-Initiativen in München diese den 'stakeholders' in der Regel nicht bekannten Potentiale zu monetarisieren (Exkurs). Weitergehende Entwicklungsmöglichkeiten sollen durch die Darstellung des speziellen Förderbedarfs von Familienselbsthilfe (Kap. 6) aufgezeigt werden.

1.2 Beschreibung der Untersuchungsstichprobe(n)

Die Explorationsstrategie bezog sich sowohl auf quantitative wie qualitative Datenquellen. So erfolgten eigene Datenerhebungen in Form von standardisierten, schriftlichen Fragebögen auf postalischem Wege in den beschriebenen Untersuchungseinheiten. Der Stichprobenumfang bestimmte sich nach der jeweiligen Anzahl vorhandener Betreuungsplätze in den Eltern-Kind-Initiativen und Elternvereinen sowie nach der Anzahl teilnehmender Akteurinnen. Im Anschluß sind im Überblick alle Teilstichproben sowie die entsprechende Stichprobenausschöpfung aufgeführt.

Zusätzlich zu den aktiven Betroffenen der Familienselbsthilfe wurden das Personal und die Träger der Münchner Eltern-Kind-Initiativen eigens befragt.

Die qualitative Erhebung der Daten wurde in mündlicher Befragungen in Form von leitfadenorientierten, offenen Experteninterviews durchgeführt. Die qualitativen Interviews erfolgten direkt ('face-to-face') in Einzelbefragungen und Gruppengesprächen im Lebens- beziehungsweise Arbeitsumfeld der Interviewpartner; die Anzahl der Interviewer variierte zwischen einem, zwei oder mehreren Evaluatoren. Ergänzend sind Dokumente in Form von Statistiken, Berichten, Diplomarbeiten, Dissertationen und Selbstbeschreibungen gesammelt und einbezogen worden.

Überblick Stichprobenumfang

Sample	Ausgangs-Stichprobe N=	Rücklauf n=	Rücklauf in v.H
<i>Mütter-/Väterfragebogen</i>			
Eltern-Kind-Initiativen			
München (Juni 1997)	1595	905	56,7
Bergisch Gladbach (Oktober 1997)	450	141	31,3
Usedom (August 1997)	300	116	38,6
Mütterzentren			
Bundeskongress (Oktober 1996)	280	201	71,8
Bundesverband (September 1997)	300	155	51,6
Stillgruppen			
Bundeskongress (November 1997)	230	193	83,9
Stieffamilien			
Bundesverband (November 1997)	100	66	66,0
<i>Trägerfragebogen</i>			
Eltern-Kind-Initiativen			
München (Juni 1997)	105	58	55,2
<i>Personalfragebogen</i>			
Eltern-Kind-Initiativen			
München (Juni 1997)	303	142	46,9

Ausgewählte Sozialdaten der untersuchten Familienselbsthilfe-Initiativen (Angaben in Prozent)						
	Eltern-Kind-Initiativen insgesamt		Stieffamilien		Stillgruppen	Mütterzentren
	Mütter	Väter	Mütter	Väter	Mütter	Mütter
<i>Zahl der Fälle (N)</i>	694	468	48	18	194	155
Verheiratet	69,7	82,5	66,2	55,6	93,3	72,9
Geschieden, getrennt lebend	11,5	16,7	./.	./.	0	7,7
Alleinerziehend	18,9	0,9	./.	./.	2,1	12,9
Lebensgemeinschaft	./.	./.	33,8	33,3	4,1	./.
Keine Angabe, sonstiges	0	0	0	11,2	0,5	6,5
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
<i>Schulabschluss:</i>						
Hauptschule	8,5	13,0	12,5	0	3,1	14,2
Realschule	29,8	17,1	37,5	44,4	33,0	37,4
Gymnasium, Fachoberschule	58,0	66,0	50,0	55,6	60,8	45,1
Sonstiger Abschluss	2,5	2,8	0	0	1,5	3,2
Keine Angabe	1,2	1,1	0	0	1,5	0
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
<i>Zahl der Kinder:</i>						
1 Kind	54,6	51,1	8,3	0	19,1	41,3
2 Kinder	36,7	39,5	37,5	77,8	53,1	45,2
3 oder mehr Kinder	8,6	9,2	45,8	11,1	27,7	12,9
Keine Angabe	0	0,2	8,3	11,1	0	0,6
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Berufstätig	71,9	94,0	./.	./.	28,9	56,8
Dar.: Vollzeit	25,1	91,4	./.	./.	5,4	23,9
<i>Teilzeit</i>	59,5	8,6	./.	./.	58,9	36,4
<i>Geringfügige Beschäftigung</i>	15,4	0	./.	./.	35,7	39,8
In Ausbildung, Schule, Hochschule	5,6	2,0	./.	./.	./.	7,1
Erziehungsurlaub	13,0	0,9	./.	./.	41,3	12,3
Nicht berufstätig	4,9	0	./.	./.	22,7	16,1
Arbeitslos	4,3	3,1	./.	./.	./.	7,7
Keine Angabe, sonstiges	0,3	0	./.	./.	7,1	0
Insgesamt	100	100	./.	./.	100	100
<i>Alter der Befragten:</i>						
Unter 30 Jahre	14,7	7,7	0	11,1	16,0	18,7
30 bis 39 Jahre	68,6	61,3	41,7	11,1	71,1	67,7
40 und mehr Jahre	15,6	30,1	58,3	77,8	12,9	12,9
Keine Angabe	1,2	0,9	0	0	0	0,6
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Nettoeinkommen der Familie						
Unter 1.500 DM	4,6	1,5	./.	./.	./.	7,1
1.500 bis unter 2.000 DM	6,2	5,3	./.	./.	./.	4,5
2.000 bis unter 3.500 DM	25,4	17,5	./.	./.	./.	38,1
3.500 bis unter 6.000 DM	35,4	39,1	./.	./.	./.	40,0
6.000 DM und mehr	18,7	25,2	./.	./.	./.	5,8
Keine Angabe	9,7	11,3	./.	./.	./.	4,5
Insgesamt	100	100	./.	./.	./.	100

./. = Für diese Teilpopulationen wurden keine vergleichbaren Daten erhoben

2. Familienselbsthilfe und die Landschaft des Sozialen

2.1 Selbsthilfe und Erneuerung des Sozialstaats

Schon seit Mitte der siebziger Jahre spielt die Selbsthilfe mit ihren vielfältigen Formen in der sozialen Wirklichkeit der alten Bundesrepublik eine immer wichtigere, aber auch in den Debatten um die Zukunft des Sozialstaats⁴ eine theoretisch und konzeptionell herausgehobene Rolle. Dabei ist ihr in mehreren Richtungen die Funktion einer „Speerspitze der Innovation“ bei der Weiterentwicklung (dem „Umbau“) des Sozialstaats zugesprochen worden:

Einmal als „Damm gegen die Kostenflut“. Das absehbare Wachstum beim Bedarf an medizinisch-pflegerischen, psychosozialen und alltagsbezogenen Hilfen, vor allem wegen der demographisch offenbar unumkehrbaren Zunahme der absoluten Zahl der Älteren und ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung läßt sich nicht mechanisch in ein „ebenso rasches („uferloses“) Wachstum professioneller sozialer Dienste aus öffentlich oder über die Solidargemeinschaft finanzierten Mitteln übersetzen.

Ähnliches gilt für den Bedarf an außerfamiliärer Kinderbetreuung wegen der offenbar ebensowenig umkehrbaren Zunahme der Frauen- und Müttererwerbstätigkeit: Stetiges Wachstum der staatlich finanzierten Betreuungsleistungen vorausgesetzt, wären die staatlichen bzw. die Finanzierungsgrundlagen der

Sozialversicherung damit, vor allem im Blick auf die negativen Rückwirkungen hoher Lohnnebenkosten auf den Arbeitsmarkt, überfordert. Die Entwicklung und Stärkung der sozialen Selbsthilfe kann und soll demnach wenigstens einen Teil des wachsenden Bedarfs an sozialen Dienstleistungen auffangen. Organisierter Selbsthilfe wird in der Kooperation mit professionellen sozialen Diensten - ob in Trägerschaft von Wohlfahrtsverbänden, Kommunen oder privat-gewerblichen Trägern - zugetraut, Formen der Problembewältigung hervorzubringen, die kostengünstiger sind als die lineare Ausweitung der öffentlich oder solidarisch finanzierten sozialen Dienstleistungsproduktion in professioneller Form.

Zum zweiten sollte und soll die (kollektive, organisierte) Selbsthilfe aber ganz unabhängig vom Finanzierungsproblem vor allem qualitative Defizite der professionell organisierten sozialen Dienstleistungen beheben helfen: Die nach der selbstbezogenen und bürokratischen Logik der Anbieterseite und der Kostenträger gesteuerten medizinisch-pflegerischen, psychosozialen und alltagspraktischen Hilfen verfehlen gar zu oft den individuellen Hilfebedarf⁵, was besonders für das Feld der psychosozialen Hilfen und kommunikativen Unterstützung gilt. Selbsthilfe ist demnach eine Art „Qualitäts-Korrektiv“ und Innovationsmotor zur Entwicklung neuer, bedarfsgerechter Angebote in diesem Kernbereich der sozialen Dienstleistungsproduktion.

Eine dritte zentrale der sozialen Selbsthilfe zugesprochene Funktion traut ihr

⁴ Der Fürsorgetag 1976 mag den Beginn der Debatte markieren. Er stand unter dem Motto „Selbsthilfe und ihre Aktivierung durch die soziale Arbeit“: Deutscher Verein (1977)

⁵ Den (Er)kenntnisstand zu diesem Punkt fassen pointiert zusammen: Badura/Evers/Hungeling (1996).

gesellschaftstherapeutische Wirkungen gegen die in „kulturpessimistischen“ Diagnosen zum sozialen Zerfall der Gesellschaften beschriebenen „sozialen Krankheiten“ zu; positiv gewendet, soll Selbsthilfe einen Beitrag zur notwendigen Rekonstruktion des Sozialgewebes von unten leisten können - jenseits der Großverbände und Institutionen, denen die Fähigkeit zur Stiftung sozialer Kohäsion immer mehr abgesprochen wird. Dieser Gedanke ist nicht zufällig amerikanischen Diskussionskontexten entnommen, von wo auch die Kommunitarismus-Debatte auf den europäischen Kontinent „herübergeschwappt“ ist. Eine frühe Formulierung für diese Orientierung verwendet das anschauliche Bild „Reweaving the Social Fabric“ - das soziale Webmuster neu herstellen! - als Leitbegriff⁶. Verbindungslinien zwischen diesem Blick auf Selbsthilfe und einem weiter gesteckten Umfeld der gesellschaftstheoretischen und -politischen Debatte liegen auf der Hand. Sie reichen bis zum bürgerschaftlichen Engagement, zur Kommunitarismus-Debatte, zum Konzept der „zivilen Gesellschaft“⁷, die in Deutschland mit seinen ausgeprägt obrigkeitstaatlichen und auch unter sozial- bzw. christdemokratischen Vorzeichen etatistischen Traditionen als Gesellschaftsmodell jenseits des Korporatismus erst noch zu entfalten ist. Eine immer größere Rolle spielt in solchen theoretischen Diskussionen das - ebenfalls aus den USA „importierte“ Konzept des „sozialen Kapitals“, für dessen begriffliche Konstruktion und empirische Analyse sehr unterschiedliche Konzepte und Methoden entwickelt sind und an deren Verbesserung heute intensiv gearbeitet wird. Eine

⁶ Pilisuk, M. u.a. (1978); im Englischen bietet sich für viele normative und zugleich praxisbezogene Konzepte zur „Stabilisierung des Gemeinwesens“ der Begriff „community“ an, z.B. in der Formulierung „community building“ - vgl. dazu Jason (1997). Wörtlich übersetzt als „Gemeinschaft“ wird der Begriff im Deutschland wegen der negativ-„völkischen“ Konnotationen z.B. von „Volksgemeinschaft“ meist gemieden.

⁷ Vgl. Schmals/Heinelt (Hrsg.) (1997)

letzte hier zu erwähnende Verbindungslinie führt von der Selbsthilfe zu einer neueren Richtung sozialwissenschaftlicher Forschung, die den weiten intermediären Bereich zwischen Staat und Markt als „Dritten Sektor“ in den Blick nimmt⁸. All diese Linien sollen hier nicht nachgezeichnet, sondern nur erwähnt werden, um den breiten Problemhorizont sichtbar zu machen, vor dem die Entwicklung von Selbsthilfe und die Debatte über sie stattfindet.

Die Eingrenzung der Funktionen von Selbsthilfe auf diese drei Zielrichtungen ist sicherlich eine theoretisch-abstrakte Verdichtung im Interesse der Vereinfachung. Vor allem das Selbstverständnis der Aktiven in der Selbsthilfe enthielt und enthält viele Elemente, die in diesem Drei-Funktionen-Schema keinen Platz finden. Das gilt vor allem für die Frühzeit der neuen Selbsthilfebewegung, als sie in schwer entwirrbarer Mischung mit den neuen sozialen Bewegungen - Frauen-, Ökologie-, Friedens- und Alternativbewegung - unüberhörbar systemkritische Töne anschlug und in Begriffen wie „Selbst- statt Fremdbestimmung“, „Gleichberechtigung statt Hierarchien“ nichts Geringeres beanspruchte als neue Modelle für Arbeit und Leben hervorzubringen. Aber während die „neuen sozialen Bewegungen“ weitgehend von der Bühne der Geschichte abgetreten sind, um im Marsch durch die Institutionen und Verbände und im Strom des Wertewandels aufzugehen, hat die Selbsthilfe an Breite, Vielfalt und gesellschaftlicher Bedeutung zugenommen und bei den unabgearbeiteten Grundsatzfragen „Finanzierung und Qualität sozialer Dienstleistungen“ sowie „Neustiftung von sozialem Zusammenhalt“ einen wichtigen

⁸ Das Theorie- und Forschungsinteresse folgt dabei einem realen Aufschwung, den Initiativen und Institutionen zwischen Staat und Markt in den letzten 20-25 Jahren genommen haben - vom Vereins- über das Stiftungswesen bis zur Selbsthilfe. Vgl. Zimmer (1996), Anheier (1997)

Platz in der Debatte um die gesellschaftliche Zukunft und die des Sozialstaats behalten. Darüber hinaus hat sich der demokratisch-partizipative Anspruch von Selbsthilfe auf aktive bürgerschaftliche Teilhabe, Mitgestaltung und Verantwortung („Schule der Demokratie“) mit politischen Bewegungen wechselseitig verschränkt und verstärkt, denen mit der gesetzlichen Verankerung von Volksbegehren und Volksentscheiden auf Landes- und kommunaler Ebene eine Serie politischer Erfolge gelang.

Dieses Bild einander verstärkender geistiger Linien und praktisch wirksamer Bewegungen wäre nicht vollständig ohne den Hinweis, daß die Selbsthilfe kaum bestreitbar eine tragende Säule des bürgerschaftlichen Engagements als des „Dachbegriffs“ ist, in dem alle Formen der nicht erwerbsförmig organisierten sozialen, kulturellen, der insgesamt „gesellschaftlichen Arbeit“ jenseits der Familienarbeit zusammengefaßt werden. Unter diesem Dach findet eine Debatte mit derzeit noch offenem Ausgang darüber statt, welche Rolle und Zukunftsperspektiven dabei der Selbsthilfe, dem „neuen Ehrenamt“, der „sozialen Freiwilligenarbeit“ oder auch der von der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission aus der Feder von Ulrich Beck vorgeschlagenen „Bürgerarbeit“ als Feld gesellschaftlich organisierter notwendiger Nicht-Erwerbsarbeit zukommen können⁹.

2.2 Ein Blick auf die soziale Ökonomie

In einer eher quantitativen Sicht kann die gesellschaftliche Bedeutung der sozialen Selbsthilfe wie sozialer Freiwilligenarbeit

⁹ Vgl. zur praxisbezogenen Zuspitzung dieser Debatte Braun/Klemmert (1998)

aus dem Gewicht abgeleitet werden, das der Sektor „soziale und gesundheitsbezogene Dienstleistungen“ in der künftigen Entwicklung von Sozialstaat und Ökonomie haben wird - und das kann kaum überschätzt werden, denn er hat längst als ökonomischer Faktor die größten Industrieunternehmen hinter sich gelassen. Als größte nichtstaatliche Arbeitgeber übertreffen schon 1993 allein Caritas und Diakonie mit ihrem Personal von 407.000 bzw. 327.000 bei der Beschäftigtenzahl die größten privaten Industrieunternehmen bei weitem, nämlich (1995) Daimler-Benz mit 238.000, Siemens mit 213.000 und VW mit 155.000 Beschäftigten¹⁰. Weitet man die ökonomische Betrachtung auf den Bereich der gesundheitsbezogenen (eben gerade nicht nur „medizinischen“) Dienstleistungen¹¹ aus, wird die Schlüsselrolle einsichtig, die die Weiterentwicklung der „caring industries“ für die ökonomische und soziale Zukunft der ganzen Gesellschaft spielt. Nach Theorien über die „langen Wellen“ der Konjunktur und Innovationszyklen als deren Grundlage - im Anschluß an den Wirtschaftshistoriker und -theoretiker Kondratieff - stehen die entwickelten (früheren) Industriegesellschaften nicht am Beginn, sondern schon im Ausklang des informationstechnischen Zeitalters, und es sind die sozialen und gesundheitsbezogenen Dienste, die den beginnenden „sechsten Kondratieff“ als den nächsten Wachstums- und Konjunkturzyklus prägen und ihm seine Dynamik verleihen werden (Nefiodow 1997). Im Einklang mit dieser Prognose weist die deutsche Delphi-Studie über Megatrends der Innovation für die nächsten Jahrzehnte der gesundheitsbezogenen Forschung unter allen

¹⁰ Rauschenbach/Schilling (1995:338f).

¹¹ In einer Großstadt wie München, als Standort vor allem boomender high-tech-Industrien wahrgenommen, befindet sich fast jeder siebte Arbeitsplatz im Sektor „Medizin, Gesundheit, Pflege“, wie eine Studie durch das Institut für Gesundheitsökonomik ergeben hat: Landeshauptstadt München (1999)

gesellschaftlich nachgefragten Quellen der Innovation die größte Bedeutung zu¹². Die ökonomische Bedeutung der gesundheitsbezogenen Dienstleistungsproduktion ist - gegen eine lange Tradition, Gesundheitsausgaben nur als volkswirtschaftliche Kostenlast zu betrachten - vom Sachverständigenrat für die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen gebührend herausgearbeitet worden (Sachverständigenrat 1996). Und im Gesundheitsbereich haben sich inzwischen auch die stabilsten Verknüpfungen zwischen „formellem System“ (professionelle Medizin und Pflege, Krankenkassen, Träger von Rehabilitation) und Selbsthilfe etablieren können. In ihren langfristigen Marktstrategien spricht inzwischen auch die Pharmaindustrie der gesundheitsbezogenen Selbsthilfebewegung (und Patientenverbänden) eine wichtige Rolle bei der Kommunikation mit den Konsumenten zu; sie umwirbt deshalb die Selbsthilfe und strebt Partnerschaften mit ihr an - was von der Seite vieler Gruppen mit großem Mißtrauen und der Angst vor Instrumentalisierung verfolgt wird. Diese Entwicklung wird hier erwähnt, weil sie zeigt: da und insofern die Selbsthilfebewegung als Gestaltungselement und Impulsgeber im ganzen Sektor sozialer und gesundheitsbezogener Dienstleistungen weiter eine wichtige Rolle spielen wird, bleibt es eine wichtige Aufgabe für die Entwicklung sozialpolitischer Konzeptionen und für die Sozialpolitik-Forschung, das Wechselspiel zwischen Selbsthilfe und dem „formellen System“ sozialer und gesundheitsbezogener Dienstleistungen im Blick auf seine (nach der Grundthese dieses Berichts) zum Teil unterschätzten und deshalb verschenkten Potentiale bei der Weiterentwicklung der „sozialen Ökonomie“ auszumessen.

¹² Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (1998)

2.3 Streiflichter aus einem Vierteljahrhundert Geschichte der neuen Selbsthilfebewegung

Die reale Entwicklung der Selbsthilfelandchaft war von heftigen Auseinandersetzungen um den „Ort“ und die Funktion von Selbsthilfe bestimmt. Besonders die Zuschreibung der Funktion „Kostensenkung im Sozialbereich“ hat bei den Selbsthilfe-Aktiven selbst und in der nur schwer noch übersehbaren theoretischen Debatte die schärfste Kritik und Zurückweisung erfahren. Solange der öffentlich sichtbare und politisch agierende Teil der Selbsthilfebewegungen noch eng mit den neuen sozialen Bewegungen verknüpft war, war auch die Frage, ob der Autonomieanspruch von Selbsthilfe überhaupt die Annahme öffentlicher Fördermittel („Staatsknete“) zulasse, ein wichtiger Streitpunkt. Und der Anspruch der Selbsthilfebewegung, humanere und bedarfsgerechtere, flexiblere Antworten auf neue soziale Bedarfslagen zu entwickeln als das die professionellen sozialen Dienste vermögen, ist vor allem von den Trägern dieser Dienste und den Berufsverbänden sozialer Berufe bis hin zu den Ärzten lange Zeit energisch bestritten und als Angriff auf Errungenschaften des modernen Sozialstaats und seine Leistungsstandards abgewehrt worden. In der alltäglichen Arbeit von Selbsthilfegruppen und Selbsthilfekontaktstellen sind derartige Vorbehalte von Professionellen auch heute noch nicht nur latent spürbar, sondern in teilweise massiven Formen der Mißachtung und Abwertung. Für die Kompromißformel von der „ergänzenden, keinesfalls ersetzenden“ Rolle der Selbsthilfe gegenüber den formellen Strukturen der sozialen Dienstleistungsproduktion ist aber spätestens seit Anfang der 90er Jahre zunehmend die Geschäftsgrundlage erodiert. Das hat nicht nur mit der

Dynamik der Selbsthilfe zu tun, die als Pionier der Innovation und Sensor für neue Bedarfslagen auch und gerade solche Probleme aufgreift, mit denen sich die professionellen Dienste (noch) kaum oder überhaupt nicht beschäftigen.

Sobald die Bearbeitung solcher Problem-lagen - für die Engelhardt (1996) als eines aus einer Reihe von Beispielen die Frauen-Notrufe nennt - durch Selbsthilfe oder aus ihr hervorgegangene „Mischprojekte“ aus Selbsthilfe und professioneller sozialer Arbeit auf längere Dauer gestellt ist, hat sich das Profil der „sozialen Infrastruktur“ verändert: aus dem großen Kuchen der früher nur professionell bearbeiteten Aufgabenfelder ist ein Teil in Richtung Selbsthilfe umverteilt und damit substituiert worden. Über längere Zeit hinweg verändert sich so die Szene der sozialen Dienstleistungsproduktion immer stärker. Mischungen zwischen verschiedenen Produktionsformen (kommunal, freie Träger, Selbsthilfe, privat-gewerblich; aber auch professionell - durch Laien bzw. Betroffene) gewinnen immer größeres Gewicht - die ursprüngliche Landschaft ist irgendwann nicht mehr wiederzuerkennen. Schon an diesem Teilausschnitt der stattfindenden Veränderungsprozesse läßt sich damit zeigen, daß die Formel von der „Ergänzung, keinesfalls dem Ersatz“ von professioneller Arbeit durch Selbsthilfe nur eine normative Aussage in einer Momentaufnahme sein kann, mit anderen Worten eine Beruhigungsformel, um Veränderungswiderstände zu besänftigen.

Die Geschäftsgrundlage für diese statische Formel ist aber auch noch aus weiteren Gründen entfallen: In der Ausdifferenzierung des „welfare mix“ („Wohlfahrtspluralismus“: Evers/Olk 1996) spielen inzwischen nicht mehr nur die Wohlfahrtsverbände, kommunale Sozialdienste und die

Selbsthilfe eine Rolle, sondern immer stärker zwei weitere „Typen“ sozialer Dienstleistungsproduktion, die in Teilbereichen Träger einer massiven Veränderungsdynamik sind. Das sind einmal privat-gewerbliche Anbieter, deren Zahl vor allem im Bereich der sozialen Dienste für die Älteren schon vor Inkrafttreten des Pflegeversicherungsgesetzes 1995 förmlich explodiert war; seither hat sich diese Entwicklung weiter fortgesetzt. Private Anbieter spielen auch im Bereich neuer Formen der stationären Altenhilfe (ein Begriff, der in einer immer stärker pluralisierten Angebotslandschaft zunehmend hinfällig wird und nur noch an die zurückliegende Epoche des standardisierten, veranstalteten Normangebots für hilfe- und pflegebedürftige Ältere erinnert), als Bauherren und Betreiber von Kleinstheimen, betreutem Wohnen und vielfältiger Mischungen zwischen beidem eine weiterhin mißtrauisch beäugte Vorreiterrolle. In den Jahren des Kindergartennotstands sind auch im Bereich der Tagesbetreuung für drei- bis sechsjährige Kinder bedarfsorientierte privat-gewerbliche Angebote entstanden, z.B. in der Form privaten Tagesgruppen, wie sie z.B. Hamburg eine Zeitlang gefördert hat. Auch im Feld der Betreuungsangebote zu ungewöhnlichen Zeiten - abends, über Nacht, an Wochenenden: „Kinderhotels“ - und für ungewöhnliche, meist kurzfristige Zeitmuster: „Baby-Parkhäuser“¹³ - sowie für unter 3jährige und für Schulkinder spielen privat-gewerbliche Anbieter eine zwar zahlenmäßig noch verschwindend geringe, aber „trendsetzende“ Rolle. Bezieht man die neuen Bundesländer mit ein, wo privat-gewerbliche Angebote an sozialen Dienstleistungen und auch für besondere Bedarfe an Kinderbetreuung eher in der Form von sozialen Unternehmen des Zweiten Arbeitsmarkts „verkleidet“ daher-

¹³ Vgl. Schmittner (1998)

kommen¹⁴, dann vergrößert sich die Formenvielfalt sozialer Dienstleistungsangebote noch weiter. Die in einem Modellprojekt vom Deutschen Jugendinstitut begleiteten betrieblichen und betriebsnahen Kinderbetreuungsformen sind in diesem Feld eine Art hybrider Mischform zwischen gemeinnützigen und privat-gewerblichen Trägern (Hagemann/Kreiß/Seehausen 1999). Im Bereich der den kassenfinanzierten Leistungen vor-, an- und nachgelagerten gesundheitsfördernden Angebote hat sich, in der Zwischenzone zwischen unkonventioneller Medizin (bis weit hinein in die Esoterik) und Wellness-Angeboten ein expansiver privat finanzierter Sektor etabliert, der massiv auf die öffentlich oder solidarisch finanzierten Angebote der Gesundheitsbildung (z.B. bei den Volkshochschulen) und -förderung zurückwirkt. In Teilbereichen spielt in diesem weiten Feld auch die Selbsthilfe eine große Rolle, wobei ihr weniger die Funktion des Anbieters als zunehmend die des „Navigators“ durch den Dschungel der Angebote zufällt.

Der zweite weitere Typ sozialer Dienstleistungsproduktion hat sich mit der öffentlichen Finanzierung der familialen Kleinkindererziehung durch das Erziehungsgeld schon in den 80er Jahren, damals als rein familien- und frauenpolitisches Projekt verhandelt, gleichsam verschämt in das Feld der sozialen Dienstleistungsproduktion „eingeschlichen“: Als öffentliche Anerkennung und Finanzierung, damit verbunden aber auch teilweise Reglementierung bisher unsichtbarer Familienarbeit. Das Pflegegeld nach den wegen ihres Bürokratismus gescholtenen Bestimmungen des Pflegeversicherungsgesetzes, das schon vor dessen Inkrafttreten in einer eingeschränkten Zahl von Fällen von der Sozialhilfe gewährt

¹⁴ Vgl. ausführlicher unsere regionalen Fallstudien zu Usedom und, zu diesem Punkt vor allem, Leipzig.

wurde, macht, aufgestockt um einen Rentenversicherungsbeitrag, die familial-private häusliche Pflege zu einer öffentlich sichtbaren und finanzierten sozialen Dienstleistungsarbeit. Vergleichbares gilt für den - kleineren - Teil der Kindertagespflege, der über die wirtschaftliche Jugendhilfe finanziert wird.

Die erwähnten Formen der „Vermarktung“ und „Vergewerblichung“ von Kinderbetreuung haben sich gegen eine bis Ende 1998 geltende Vorgabe des Jugendhilferechts entwickelt, das nur die kommunalen und die - nach dem Subsidiaritätsprinzip vorrangigen - Angebote der freien Träger kannte. Mit einigen zu Beginn 1999 in Kraft getretenen Änderungen ist für einen ganzen Katalog von Jugendhilfeleistungen die ausdrückliche Gleichberechtigung privat-gewerblicher mit gemeinnützigen und kommunalen Anbietern im Kinder- und Jugendhilfegesetz verankert. Damit ist im Kern die Angleichung der rechtlichen Vorgaben im Jugendhilferecht an den „wohlfahrtspluralistischen“ Zuschnitt des Pflegeversicherungsgesetzes vollzogen. Beim bereits für privat-gewerbliche Akteure geöffneten Sozialhilfe- und Arbeitsförderungsrechts zeigt sich die gleiche Entwicklung (Münder 1998).

Daß die international in einer ganzen Reihe von Ansätzen in Praxismodellen erprobten Konzepte von Sozial-, Kinderbetreuungs- und Bildungsgutscheinen („vouchers“) in Deutschland einer solchen Angleichung stärkere Dynamik verleihen werden, erscheint beim Stand der Reformdiskussion und -praxis hierzulande¹⁵ gegenwärtig als eher unwahrscheinlich.

¹⁵ Vgl. als einen der wenigen deutschsprachigen Diskussionsbeiträge in dieser Richtung: Kreyenfeld/Wagner/Flehmgig (1997). In Hamburg z.B. wird allerdings mit der Umstellung der Finanzierung von Kindertageseinrichtungen von der Einrichtungsförderung zur Förderung der einzelnen Kinder bereits diese Richtung eingeschlagen.

2.4 Verwaltungsmodernisierung und Neue Steuerungskonzepte im Sozial- und Jugendhilfebereich: Motor oder Blockade für die Entwicklung von Selbsthilfe?

„Es ist, als ob der Blitz eingeschlagen hätte“. Mit diesem Bild beschreibt Christian Lüders¹⁶ die Wirkungen der angekündigten Übertragung des Neuen Steuerungsmodells für die kommunalen Verwaltungsreformen, wie es die Kommunale Gemeinschaftsstelle entwickelt hat, auf den Jugendhilfebereich¹⁷. Noch ehe die Leitlinien des neuen Jugendhilferechts von 1991 - Lebenswelt- und Lebenslageorientierung, Prävention, Freiwilligkeit und Partizipation, „Einmischung“ - in den vielen ausdifferenzierten Feldern der Jugendhilfepraxis so richtig angekommen, geschweige denn konsolidiert waren, setzte das auf Effizienz und Ökonomisierung, und auf das für die soziale Arbeit ebenso neue Prinzip der Kunden- oder gar Markt-Orientierung gerichtete neue Steuerungsmodell („output“- statt „input“-orientiert) das fachliche Selbstverständnis und die Routinen der Praxis mit großer Wucht völlig ungekannten Legitimationsforderungen und einem Zwang zur begründeten Reorganisation aus. Dieser Veränderungsdruck hat zunächst heftige Widerstände hervorgerufen, im Resultat aber doch zur Aufnahme einer Reihe neuer Denkansätze in die konzeptionelle Weiterentwicklung von Jugendhilfeleistungen geführt, von denen die Verpflichtung auf Qualitätssicherung und (Selbst)Evaluation wohl die wichtigste und folgenreichste ist.

Diese Beschreibung trifft aber nicht nur auf den Jugendhilfebereich, sondern auf

den ganzen Bereich der sozialen Dienstleistungsproduktion im weitesten Sinn zu. Denn der rasche Wandel der Lebensverhältnisse erzeugt vom Bereich der Kinderbetreuung über die Schulen und die Jugendarbeit bis hin zum Gesundheitswesen und dem Bereich der Hilfe und Pflege für die Älteren ständig neue Bedarfslagen, auf die vor dem Hintergrund der chronischen Finanzkrise der öffentlichen Haushalte spätestens seit der deutschen Einheit nicht mehr mit der additiven Ausweitung spezialisierter Dienste und Hilfeangebote reagiert werden konnte.

Die Selbsthilfebewegung, so wäre nach dem Verlauf der Debatten zum Umbau des Sozialstaats zu erwarten, müsste in einem solchen Umfeld, sei es wegen der ihr zugeschriebenen Kostensenkungspotentiale, sei es wegen ihrer Funktion als Pfadfinder für neue Wege zur bedarfsgerechten Hilfe zur Selbsthilfe eine prominente Rolle spielen. Das ist aber nicht der Fall. Eine Erklärung dafür mag im „Meinungsklima“ der frühen 90er Jahre begründet liegen, das in seiner holzschnittartigen, medienverstärkten Fixierung auf „Markt statt Staat“ das breite Zwischenfeld zwischen Staat und Markt, den inzwischen „neu entdeckten“ Dritten Sektor mit seiner prägenden Bedeutung vor allem für den Bereich der sozialen Dienste links liegen gelassen hatte. Der einseitige „Privatisierungsdiskurs“ für das ganze Feld der öffentlich erbrachten und/oder finanzierten Dienstleistungen, der die ordnungspolitische Option des regulierten Wettbewerbs zwischen privaten und öffentlichen Anbietern systematisch ausblendete, bot für differenzierte Reformperspektiven, kooperative Strategien im Geist der „neuen Subsidiarität“ und von Public-Private-Partnerships, generell für „Mischlösungen“ keinen Nährboden. Erst das offensichtliche Scheitern marktradikaler Rezepte bei der Therapie der Ar-

¹⁶ Lüders (1997: 76)

¹⁷ KGSt (1993, 1994 a und b)

beitsmarktkrise schlug seit Mitte der 90er Jahre über den Umweg des Diskurses über Bürgerarbeit, z.B. in der Arbeit der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission, wieder Breschen in die ideologischen Dämme der „Nur-Markt-Strategien“ und rehabilitierte die in den 80er Jahren begonnene Suche nach „Lösungen jenseits von Staat und Markt“ etwa im Diskurs um den Welfare Mix. In diesem sehr breiten Diskurs, dessen Spannweite wir eingangs nachgezeichnet haben, wird freilich die Selbsthilfebewegung vom Mantel einer neuen Begrifflichkeit - „bürgerschaftliches Engagement“, „soziale Freiwilligenarbeit“ usw. - fast zugedeckt, was den genauen, empirisch informierten Blick auf das bisher ohnehin von Forschung und Politik eher klein geschriebene Feld „Familienselbsthilfe“ zusätzlich aktuell macht und rechtfertigt.

Den kommunalen Verwaltungsreformen wird in der empirischen Forschung allerdings bescheinigt, daß sie wichtige Optionen und Potentiale, die mit ihrem „Instrumentenkasten“ eröffnet werden könnten, häufig wegen einer betriebswirtschaftlichen Engführung und in einer Art „managerialistischem“ (Naschold¹⁸), d.h. entpolitisiertem Selbstmißverständnis verschenken. Strukturen für nachhaltige Lernprozesse des - im Feld der Jugendhilfe - Verwaltung, freie Träger sowie die Selbsthilfe umfassenden Gesamtsystems werden nur sehr selten etabliert. Inhaltliche Verständigungsprozesse über Struktur-, Prozeß- und Ergebnisqualität der Jugendhilfeleistungen finden kaum irgendwo statt. Die Verwaltungen rechtfertigen das Nicht-Stattfinden solcher Prozesse gern mit dem abwehrenden Hinweis, die Reformen beträfen allererst und

¹⁸ Naschold (1997) in seinem auf international empirisch vergleichender Forschung zu kommunalen Verwaltungsreformen beruhenden Beitrag, auf dessen Argumente hier nur verwiesen werden kann. Vgl. auch schon Naschold (1995) sowie umfassend und detailliert: Naschold/Oppen/Wegener (1998)

substantiell verwaltungsinterne Prozesse. So ist, schlußfolgert van Santen, zu befürchten, „daß das innovative Potential der neuen Steuerung nicht ausgeschöpft wird und selektiv einzelne Elemente für die Durchsetzung vorhandener Sparzwänge instrumentalisiert werden“¹⁹. Diese skeptische Haltung gegenüber den möglichen Folgen von kommunalen Verwaltungsreformen teilen auch die Verbände der Familienselbsthilfe²⁰.

Die Bewegung der kommunalen Verwaltungsreformen steht bei ihrem „Durchschlagen“ auf das weite Feld der kommunalen Sozialstaatlichkeit erst am Anfang, und die Ausformung und Richtung dieses Durchschlagens ist ergebnisoffen. Sie hängt auch davon ab, wie stark sich welche Akteure in die Ausgestaltung des Prozesses einmischen und welche Resonanz sie sich bei den Promotoren der Reform innerhalb der Verwaltung und in den gewählten Gremien verschaffen können.

2.5 Auf dem Weg zur „sozialen Stadt“?

Die Kommunen sind als Pioniere und Vorreiter der Verwaltungsreform²¹ der Ort, an dem sich die Umriss für die Strukturen und die Entwicklungslogik des öffentlichen Sektors der Zukunft herausbilden. Ab- und Umbau hoheitlicher Strukturen und Funktionen und ein immer stärker ausgeprägtes Dienstleistungsprofil werden für diese Entwicklung bestimmend sein. Der Trend, Ausführungs- und Ressourcenverantwortung miteinander zu verschmelzen, dürfte

¹⁹ van Santen (1998: 46). Vgl. auch Hartmann (1997)

²⁰ Bundesarbeitsgemeinschaft der Mütter- und Familienselbsthilfe (1998)

²¹ Diese Rolle ist von kundigen Beobachtern und zugleich wissenschaftlichen Promotoren der kommunalen Reformbewegung überschwänglich als „Revolution von unten“ tituliert worden: Klages/Löffler (1995: 375)

sich weiter fortsetzen und an Intensität zunehmen. Das wird – in unverkennbarer Parallele zur Verwandlung großer Unternehmen in Verbände selbständiger Aktionseinheiten und in Unternehmens-Netzwerke - die Verlagerung zentralstaatlicher und von Landesaufgaben hin zu den Kommunen vorantreiben. Die Revitalisierung des Föderalismus - verstärkt durch Elemente des Wettbewerbs-Föderalismus - könnte diesen Trend weiter verstärken. Diese ganze Entwicklung wird vor allem für die Sozialpolitik - im weitesten Sinn - Bedeutung haben und den Kommunen hier nicht nur ein Mehr an Finanzverantwortung, sondern auch an Gestaltungsaufgaben und -räumen zuweisen. Gesetzliche Vorgaben haben diese Entwicklung schon in den letzten Jahren forciert, z.B. bei der Zuweisung von Aufgaben im Bereich der Arbeitslosenhilfe und der kommunalen Beschäftigungspolitik. Die anhaltende Debatte um die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe weist in dieselbe Richtung. Die Gestaltungsverantwortung der Kommunen im Bereich der Hilfen für und der Pflege von Älteren ist zwar bundesgesetzlich nur in einer Art Rahmenvorgabe festgeschrieben, dafür aber in einigen Landesausführungsgesetzen zum Pflegeversicherungsgesetz, so in Nordrhein-Westfalen, in der Einrichtung kommunaler Pflegekonferenzen institutionell fixiert. Im Bereich der Jugendhilfe ist mit der weitgehenden quantitativen „Planerfüllung“ des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz die Phase des quantitativen Ausbaus in einem großen Bereich des Standard-Angebots im wesentlichen abgeschlossen. Die begonnene Deregulierung im Bereich der pädagogischen und Raumstandards - wie z.B. in Niedersachsen und Baden-Württemberg - verlagert die Gestaltungsverantwortung und die Pflicht zur Sicherung und Entwicklung der Qualität von Kindertagesbetreuung ungleich stärker als

bisher auf die Ebene der Kommunen, die gefordert sind, aber auch den Entscheidungsspielraum haben, die Bedarfsgerechtigkeit der von ihnen verantwortete Angebote immer neu zu definieren und weiter zu entwickeln. Der umfassende kommunale Gestaltungsauftrag des Grundgesetzes gewinnt vor dem Hintergrund dieser Trends eine neue Qualität. Kommunale Sozialstaatlichkeit, in der Diskussion der letzten Jahre im Begriff der „sozialen Stadt“ programmatisch gefaßt, ist vor dem Hintergrund der zurückliegenden Mittelkürzungen und anhaltender Finanzknappheit der Kommunen (wie aller öffentlichen Haushalte) oft als gefährdet dargestellt worden²². Aus der Perspektive der unternutzten Potentiale der lokalen Zivilgesellschaft, von bürgerschaftlichem Engagement und (Familien)selbsthilfe, die Gegenstand dieses Berichts ist, hat dagegen eine neue, chancenreiche Epoche der „sozialen Stadt“²³ „erst begonnen.

2.6 Zur Unterbelichtung und -bewertung von Familienselbsthilfe in der Selbsthilfelandschaft und -forschung

Ob, wie und in welchen konkreten Formen sich die in diesen Überlegungen behaupteten Funktionen von Familienselbsthilfe in der alltäglichen Praxis über deren große Spannweite aufspüren und belegen lassen und in welcher Form die Politik von

²² Z.B. im Titel und Einleitungsbeitrag von Hanesch (Hrsg.) (1997).

²³ Die bundes- und landespolitischen Initiativen, die unter dem Titel „soziale Stadt“ in Gang gesetzt worden sind und wie sie auch in den stadtentwicklungspolitischen Zielkatalog der Koalitionsvereinbarung der neuen Bundesregierung ausdrücklich aufgenommen wurden, bezeichnen von einem so umfassend angelegten Verständnis kommunaler Sozialstaatlichkeit und der sozialen Stadt nur einen Ausschnitt, in dem es um sozialräumlich integrierte Handlungsstrategien für und mit den Bewohnern städtischer Problemquartiere geht. Auf die Potentiale der (Familien)selbsthilfe im Rahmen solcher integrierter Stadtentwicklungs-Konzepte gehen wir im Abschnitt über die strukturellen Rahmenbedingungen für Familienselbsthilfe etwas ausführlicher ein.

Bund, Ländern und vor allem Kommunen, aber auch das Handeln der Sozialversicherungsträger, der Wohlfahrtsverbände und der Professionellen im System der sozialen Dienstleistungsproduktion die „feinnervig wahrnehmende und modellhafte“ Praxis von Familienselbsthilfe als Motor der Innovation bei der Ausgestaltung des „Regelsystems“ nutzen und unterstützen, ist Gegenstand der empirischen Teile dieses Forschungsberichts.

In Abgrenzung zur ganzen Breite der Selbsthilfelandchaft, in der nach dem Datenmaterial aus dem Kölner Institut für sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung (ISAB) die gesundheitsbezogene Selbsthilfe die größte Rolle spielt (mit einem Anteil von zwei Dritteln aller Selbsthilfegruppen, darunter 30% zu chronischen Krankheiten, 15% zu Behinderungen, 11% zu psychosozialen Problemen und 10% zu Suchtproblemen²⁴), soll aber vorweg genauer umrissen werden, welchen „Ort“ Familienselbsthilfe in der sozialen Wirklichkeit besetzt hält, wie die Grundsatzdebatte um die Weiterentwicklung des Wohlfahrtspluralismus die Familienselbsthilfe plziert - und schließlich, zu welchen Teilbereichen der „wohlfahrtspluralistischen“ Ausdifferenzierung und Umwälzung in der Wirklichkeit und der entsprechenden sozialpolitischen Reformdebatte die Familienselbsthilfe einen besonders profilierten Beitrag leisten kann. Ein deskriptiver Rundblick auf das Panorama der Familienselbsthilfe schließt dieses einleitende Kapitel ab.

In der von nachhaltiger Aufbruchstimmung geprägten Debatte um Selbsthilfe und ihren Beitrag zum Umbau des Sozialstaats kommt die kollektive Selbstorganisation von Familien, von Eltern, von Müttern und Vätern nur am Rande vor. Auf die in den zahlreichen quantitativen Ana-

lysen zur Selbsthilfe in Ost und West - auch und vor allem des Kölner Instituts für sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung ISAB - ausgewiesene Kategorie „Familie/Eltern-Kind-Selbsthilfe“ entfallen nur 5-10% aller Gruppen²⁵. Darin sind aber nicht nur die Mütterzentren und Elterninitiativen kaum, sondern ebensowenig auch die zahlreichen Mutter-Kind und Eltern-Kind-Gruppen erfaßt, die sich in den alten Bundesländern fast flächendeckend „bis hinaus auf die Dörfer“ entwickelt haben. Unter diesen Gruppen befinden sich viele, die „angeleitet“ werden und insofern eher ein sozial-kommunikatives Angebot oft von Kirchengemeinden darstellen. Aber bei der Erfassung der gesundheitsbezogenen Selbsthilfegruppen wird auch nicht nach dem Grad der Institutionalisierung unterschieden - und unter ihnen befinden sich ebenfalls viele angeleitete Gruppen. Untersuchungen zum Nachfrageprofil bei und Beratungsprofil von Selbsthilfekontaktstellen haben deutlich gemacht, daß Familienselbsthilfe - alle Formen kollektiver Selbstorganisation von Familien, Eltern, Müttern, Vätern bis hin zu Initiativen pflegender Angehöriger²⁶ - nur zu einem kleinen Teil Arbeitsgegenstand dort ist²⁷. Auch in der Wahrnehmung und im konzeptionell-perspektivischen Denken von für Selbsthilfe und Bürgerengagement aufgeschlossenen Kommunalpolitikern kommt die Familienselbsthilfe regelmäßig nicht oder kaum vor²⁸. Das gilt aber auch für organisatorische Dachkonstruktionen kommunaler Selbsthilfebewegungen wie z.B. das Münchner Selbsthilfezentrum, in dessen Grundsatzpapieren die Familienselbsthilfe praktisch kaum Erwähnung findet; und es gilt fast durchweg für die Fachdebatte in Wissenschaft und Wohl-

²⁵ ebd.

²⁶ Eine knappe Schilderung der einzelnen „Ausschnitte“ von Familienselbsthilfe liefert Kapitel 3..

²⁷ Vgl. Wohlfahrt/Breitkopf (1996: 679-743)

²⁸ Vgl. als Beispiel Schmalstieg (1998) (Oberbürgermeister von Hannover)

²⁴ Braun (1996:57)

fahrtsverbänden über die Selbsthilfe²⁹. Eine zusammenfassende empirische Studie zur familienbezogenen Selbsthilfe liegt nur für das Land Nordrhein-Westfalen, als Teil einer umfassenden Bestandsaufnahme zur Selbsthilfe, vor (Wohlfahrt/Breitkopf 1997). Darin wird die Unübersichtlichkeit und Multifunktionalität von Familienselbsthilfe als Grund für die Unterbewertung und die geringe Intensität empirischer und theoretischer Forschungsarbeit dazu vermutet.

2.6.1 Familienselbsthilfe wächst nicht aus Defiziten, sondern aus Potentialen von Familien

In offensichtlichem Gegensatz zur These dieser Überschrift gibt es einen weithin geteilten Konsens in der wissenschaftlichen Diskussion über Selbsthilfe, wonach sie ihren Ausgangspunkt in Defiziten sozialstaatlicher Versorgungsangebote und -strukturen hat. Gleichgültig ob diese Defizite aus der demographischen Alterung der Gesellschaft oder aus der Verschiebung des Krankheitspanoramas von akuten und Infektionskrankheiten zu chronisch-degenerativen Erkrankungen abgeleitet werden (auf deren Linderung und Bewältigung das System der kurativen Medizin nach dem biomedizinisch-technischen Paradigma in der Tat strukturell nicht eingestellt ist³⁰): Selbsthilfe setzt demnach an Mängeln, an Fehl- und Unterversorgungen im formell-professionellen Hilfesystem an. Familienselbsthilfe dagegen ist vor allem und zuerst Aus-

druck der kommunikativen und sozialen Energien, die im Zuge des Strukturwandels von Familie in deren geschrumpftem Binnenraum nicht mehr ausreichend ein- und umgesetzt werden können. Familien(frauen) überschreiten die Grenzen ihrer häuslichen Privatheit und Richtung Öffentlichkeit und schaffen sich bzw. eignen sich Räume an, in denen eine neue Balance zwischen Privatheit und Öffentlichkeit, zugeschnitten auf die Bedürfnisse und bestimmte von den aktiven Nutzerinnen hergestellt wird - „halböffentliche Räume, in denen Umgangsregeln, Themen und Aktivitäten aus beiden Bereichen - Privatheit und Öffentlichkeit - zum Tragen kommen. Familienselbsthilfe ist aber auch Ausdruck eines weitreichenden Selbst- und Mitgestaltungsanspruchs, den Eltern vor allem in bezug auf die „festen Häuser und Anstalten“ zur Erziehung ihrer Kinder anmelden: in einer Art Gegenbewegung gegen die Ver-Anstaltung der Erziehung, die Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder nur noch eine Rest-Rolle, schlimmstenfalls als Sündenbock für mißlingende Erziehungsprozesse und als Hilfslehrer zuweist. Es ist dieser Hintergrund, der in der weit ausgreifenden Debatte und Bewegung zur inneren Reform der Schulen unter dem Leitbild der Öffnung auch die Einbeziehung elterlicher Kompetenzen und Energien in den Erziehungsprozeß auf die Tagesordnung gesetzt hat. Der Mitgestaltungsanspruch richtet sich aber auch gegen Prozesse der „Enteignung des Sozialen“, wie sie z.B. besonders scharf ausgeprägt bei der Medikalisation der Geburt und den damit verbundenen Anstaltsritualen unter der Herrschaft der Experten stattgefunden hat.

Mit dem Bild vom geschrumpftem familialen Binnenraum ist nicht nur die Verkleinerung der durchschnittlichen Familiengröße wegen des Trends zur „höchstens Zwei-

²⁹ Auf die Rolle, die das Deutsche Jugendinstitut mit den Forschungen seiner Familienabteilung bei der konzeptionellen Entwicklung und der wissenschaftlichen Begleitung und Analyse von Familienselbsthilfe gespielt hat, wurde schon im Vorwort hingewiesen. Ähnliche Projekte, z.T. in Kooperation mit dem DJI, haben das Institut Frau und Gesellschaft (Helbrecht-Jordan 1996; Helbrecht-Jordan u.a. 1996) sowie das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung (Kuhnt 1996), beide Hannover, durchgeführt. Außerdem liegen unv. Diplomarbeiten bzw. Dissertationen zu Mütterzentren vor, z.B. Ohlinger/Jammer (1998) und Kortendiek (1998).

³⁰ Dieses Argument ist „klassisch“ entfaltet bei: Badura u.a. (1981)

kind-Familie“ gemeint, sondern auch die Ausdünnung der sozialen Verflechtungen und der „Lebensdichte“ im Wohnbereich, Folge der immer stärkeren Entmischung der Lebensfunktionen Wohnen, Arbeiten, Sich Erholen, Verkehr - getreu den städteplanerischen Leitideen, die im Geist der von Le Corbusier inspirierten „Charta von Athen“ ein halbes Jahrhundert Städtebau weltweit wesentlich geprägt haben. Die rationalen Motive, die aus der Sicht individueller Familien dafür sprechen, die Entmischung der Lebensfunktionen und damit das Wohnen in reinen Wohngebieten für eine Voraussetzung hoher Lebensqualität zu halten und z.B. in Einfamilienhausgebiete im Grünen zu ziehen statt in städtischer Gemengelage mit großen Fabriken oder intensivem Gastronomieverkehr und an verkehrsreichen Straßen wohnen zu wollen, dürfen bei einer solchen Betrachtung natürlich nicht dem planerischen Leitbild angelastet werden. Ebenso wenig hat das städteplanerische Leitbild der Entmischung die Wunschpräferenzen von Familien zu verantworten, die den übermächtigen „Drang ins Grüne“ bei Entscheidungen über Wohnlagen begründen, soweit für solche Entscheidungen angesichts notorisch knapper Familienbudgets ökonomischer Spielraum besteht.

Alexander Mitscherlich hat schon in den sechziger Jahren³¹ darauf aufmerksam gemacht, daß vor allem Mütter in den sozial ausgedünnten Wohnlagen der Vorstädte gleichsam überschüssige soziale Energien und Interessen einzusetzen hätten - die er, getreu dem Zeitgeist, in Fort- und Erwachsenenbildungsangebote zu kanalisieren vorschlug. Immerhin: Mit seiner Diagnose traf er genau das Motivbündel, das spätestens seit Beginn der 80er Jahre zum Ausgangspunkt für die Entstehung ungezählter Initiativen von Müttern wurde, die die Grenzen der eige-

³¹ Mitscherlich (1974)

nen vier Wände überschreiten mußten und wollten, um ihre sozialen Kompetenzen in Bezug auf eine autonomie- und kompetenzfördernde Erziehung ihrer (kleinen) Kinder, aber auch im Austausch eigener Erfahrungen zu schärfen und weiterzuentwickeln.

Die Situation von Familien im Alltag wird allerdings nicht nur durch Wohnumfeld, pädagogische und soziale Institutionen und Angebote bestimmt, sondern allererst von „harten“ ökonomischen Fakten, vom Zugang zu Erwerbseinkommen, von der Wohnqualität und Miethöhe. Deshalb werden an vielen Stellen in der Landschaft von Familienselbsthilfe Grenzen zum formellen Erwerbssystem einerseits überschritten, andererseits auch die Grenzen zwischen Erwerbs- und „öffentlicher Familienarbeit“ verwischt. Es sind auch und gerade diese Grenzüberschreitungen und Grenzverwischungen, die Familienselbsthilfe nicht nur zu einem lohnenden Forschungsgegenstand machen, sondern auch zu einer „Erfinderkwerkstatt für soziale Innovation“.

Mit Christian von Ferber hat einer der Pioniere der Selbsthilfeforschung auf die soziale Kompetenzorientierung als Stärke von Familienselbsthilfe aufmerksam gemacht und gleichzeitig die These formuliert, daß in dem „Beobachtungsfenster“, durch das die wissenschaftliche Begleitforschung die Selbsthilfelandschaft in Deutschland betrachtet, die Aktionsfelder „Mutter und Kind“, „Familienerziehung“, „Frauenfragen“ (aber auch „Umwelt“) schwach besetzt seien. Und er forderte, daß die Selbsthilfeförderung sich in dieser Richtung umorientieren solle³².

Eine ähnliche Gegenposition zum Mainstream der Selbsthilfeforschung (die, wie soeben betont, Familienselbsthilfe,

³² Von Ferber (1995: 27)

jedenfalls in Deutschland, nur am Rand wahrnimmt) hat Hans Bertram 1986 auf einem programmatischen Symposium des Deutschen Jugendinstituts zu „Familie und Selbsthilfe“ formuliert. In einer Auseinandersetzung mit drei Krisen-Theoremen zum „Niedergang der Familie“ - den Thesen vom Zusammenbruch sozialer Netze, von einer Beziehungskrise und einer Erziehungskrise in der Familie - unterstreicht er die Flexibilität und Reorganisationsfähigkeit von Familien in einem säkularen Strukturwandel und positioniert Familienselbsthilfe als Aktionsfeld, auf dem angemessene neue Interaktionsformen innerhalb der Familien und zwischen Familie und sozialem Umfeld neu entwickelt werden - passend zu den Lebensformen, die sich im Strukturwandel von Gesellschaft und Familie neu herausbilden³³.

2.6.2 Familienselbsthilfe: themenspezifisch „versäult“ und deshalb als sozialpolitische Gestaltungskraft schwer organisierbar

Die Selbsthilfe - und das gilt auch und besonders für die Familienselbsthilfe - definiert sich durch ihre selbst gewählten Themen und Aufgabenstellungen. Soweit sie Netzwerke der gruppenübergreifenden Organisation schafft, vernetzt sie sich meist vertikal, d.h. es kommt zum Erfahrungsaustausch mit anderen Gruppen gleichen Zuschnitts, zur Kooperation und dann zu regionalen, landesweiten und schließlich bundesweiten Zusammenschlüssen. „Alte“ Formen der Betroffenen-Selbstorganisation haben einen langen Institutionalisierungsprozeß hinter sich und sind auf Bundesebene, oft auch auf Landesebene in Form schlagkräftiger Verbände mit hauptamtlicher Geschäftsführung organisiert; als Beispiele dafür seien die großen Behindertenverbände oder auch die Rheuma-Liga genannt. Die

vor allem seit den siebziger Jahren neu entstandenen Selbsthilfegruppen haben z.T., was ihre Organisationsform angeht, einen ähnlichen Weg zurückgelegt. Aber während die erste Generation der Betroffenenverbände vor allem auf die Schaffung eines ursprünglich völlig fehlenden sozialstaatlichen Angebots zur Schließung von „Versorgungslücken“ abzielte, steht für die „neuen“ Selbsthilfegruppen und ihre Bundesverbände auch lange Jahre ihrer Gründung immer noch die Auseinandersetzung um die Anerkennung ihrer Kompetenz als Betroffener und um angemessene Formen der Kooperation und Verantwortungsteilung mit den Professionellen im Versorgungssystem auf der Tagesordnung³⁴. Aber im Bereich der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe ist neben die vertikale Struktur der verbandlichen Organisation auf Bundesebene inzwischen eine zwar nicht flächendeckende, aber doch verhältnismäßig eng geknüpfte Struktur von professionell besetzten Selbsthilfekontaktstellen mit einem bundesweiten Dach - der Nationalen Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS) - getreten, die Selbsthilfe gegenüber der Kommunalpolitik, den Krankenkassen und anderen Trägern der Rehabilitation, ja auch auf Landes- und Bundesebene fachlich und als politische Lobby vertritt. Die im Tätigkeitsspektrum und „Beobachtungsfenster“ der Kontaktstellen nur mit 5-10% Anteilen an der Gesamtzahl der Selbsthilfegruppen vertretenen Initiativen der Familienselbsthilfe verfügen über eine derartig horizontal vernetzte „Querschnittsstruktur“ weder auf regionaler noch auf Landesebene. Dafür sind ihre „Säulen“ vertikal bis zur Bundesebene in Verbänden der Elterninitiativen, der Mütterzentren, der Stillgruppen und Selbsthilfegruppen von Stieffamilien orga-

³³ Bertram (1987), passim (besonders 127-129)

³⁴ So Herriger (1985) in einer Lagebeschreibung, die auch heute noch wesentliches trifft.

nisiert. Ähnliches gilt für Zusammenschlüsse von Elterninitiativen von Kindern mit besonderen Krankheitsbildern, z.B. herzkranker, allergiekranker, krebskranker Kinder. Der Versuch, eine Bundesarbeitsgemeinschaft der Mütter- und Familienselbsthilfe als wirkungsvolle Lobby der Familienselbsthilfe zu schaffen, litt von Anfang an unter dem Problem, daß wichtige Verbände der familienbezogenen Betroffenen-Selbstorganisation wie z.B. der Verband Alleinerziehender Mütter und Väter oder die Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen – iaf - ihres frühen bundesweiten Zusammenschlusses wegen als Familienverbände anerkannt wurden und deshalb für Bemühungen um die bundesweite Vernetzung und Verknüpfung der Familienselbsthilfe nicht zur Verfügung standen. Darüber hinaus litt die Bundesarbeitsgemeinschaft der Mütter- und Familienselbsthilfe von Anfang an nicht nur an einer schwachen Finanzierungsgrundlage,

sondern auch daran, daß die einzelnen „Säulen“ in erster Linie darauf orientiert waren, ihr eigenes Profil, ihre Leitkonzepte und damit ihre Identität zu schärfen und weiterzuentwickeln als in einem zunächst für ihre unmittelbaren themenspezifischen Anliegen im möglichen Ertrag ungreifbaren Querschnittskonzept von „Familienselbsthilfe“ auf- und unterzugehen. An der Basis bei Aktiven in den einzelnen Säulen der Familienselbsthilfe stößt denn dieser Begriff auch oft auf Unverständnis, jedenfalls geringe Identifikation. Damit fehlt für das in dieser Studie behandelte Querschnittskonzept „Familienselbsthilfe“ ein „handelndes Subjekt“, eine wirksame Organisationsform, die in der Lage wäre, es mit den notwendigen auch medienwirksamen Kommunikationsinstrumenten in die Arena der gegenwärtig in vielerlei Ansätzen entstehenden „örtlichen und regionalen Familienpolitik“ einzubringen.

3. Panorama der Familienselbsthilfe - Profile ausgewählter Familienselbsthilfeinitiativen

Der Problemaufriß dieses einleitenden Kapitels hat bisher zwar einige begriffliche und gleichsam sozialhistorische Definitionen zur Familienselbsthilfe vorgestellt; darin waren punktuell und illustrativ einzelne „Aktionsfelder“ bzw. Typen von Familienselbsthilfe eingestreut. Im folgenden Abschnitt soll das dieser Studie zugrundeliegende Verständnis von Familienselbsthilfe in der Form eines Panoramas abgeschrieben werden.

Dabei werden zunächst in etwas ausführlicheren „Profildarstellungen“ die vier „Säulen“ der Familienselbsthilfe, die Mitgliedsverbände der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mütter- und Familienselbsthilfe - Elterninitiativen, Mütterzentren, Stillgruppen, Selbsthilfegruppen von Stieffamilien - vorgestellt. Danach folgt, hauptsächlich entlang dem familiären Lebenszyklus, ein skizzenartiger Überblick über die Aktions- und Themenfelder, die von Initiativen und Projekten der Familienselbsthilfe jenseits dieser vier Säulen bearbeitet werden.

3.1 Die Elterninitiativen

3.1.1 Geschichte und Entwicklung

Der Ursprung der Elterninitiativen liegt in der Kinderladenbewegung von „1968“. Zentral war damals die Umsetzung des in den Läden aus vorhandenen pädagogischen Theorien (z.B. A.S. Neills „Summerhill“) und eigenen Ideen neu „zusammengebastelten“ Erziehungskonzepts - „antiautoritäre Erziehung“. Die anfangs übliche Betreuung der Kinder durch die Eltern wurde später zugunsten festange-

stellter Bezugspersonen aufgegeben. Grundvoraussetzung für die Existenz jeder Initiative blieb aber das weitgefächerte Engagement der Eltern in den Elternvereinen als Trägern der Einrichtung, was eine intensive Elternmitarbeit im Betreuungsalltag der Initiativen selbstverständlich einschließt. Thesen und Szenarien über ein Abflauen der Bereitschaft zum eigenen aktiven Engagement von Eltern und über eine zunehmend fordernde „Dienstleistungsmentalität“, die nur das im Regelangebot nicht vorhandene Platzangebot der Initiativen suche³⁵, sind nach den Ergebnissen unserer Befragung von Eltern zu relativieren. Der hohe Eigenwert, der von Initiativ-Eltern dem eigenen Engagement zugemessen wird, zeigt demnach nur eine inhaltliche Veränderung des Engagements an, das die kollektiven Elemente des Aufwachsens nicht mehr so stark ideologisch überhöht wie zu Kinderladenzeiten, aber dennoch an der aktiven Einbindung der Kinder in soziale Zusammenhänge als zentralem Wert festhält, für den sich Zeitinvestitionen - zur Produktion „sozialen Kapitals“ für Kinder und Eltern - lohnen. Ausmaß, Motive und inhaltliche Qualität des Eltern-Engagements sind Gegenstand der empirischen Kapitel zur Elternbefragung in diesem Bericht³⁶. Für die Interessen und den Unterstützungsbedarf von Familien hat sich der gesellschaftliche und politische Hintergrund in den letzten zwei Jahrzehnten tiefgreifend

³⁵ Vgl. Gaidzik-Tremel (1994) und, dem folgend, Nullmeier (1997: 159)

³⁶ Die wissenschaftliche Begleitstudie zum bayerischen „Netz für Kinder“, einer planmäßig neben den bestehenden und nie aus Landesmitteln geförderten Elterninitiativen „von oben“ angeregten und geförderten Gruppe von 150 Elterninitiativen in Bayern mit altersgemischtem Betreuungskonzept, hat an diesem Punkt inhaltlich fast deckungsgleiche Ergebnisse mit unserer Münchner Befragung erbracht: Krauss/Zauter o.J.

verändert. Die zunehmende Individualisierung, erhöhte Mobilitätserfordernisse in Verbindung mit zunehmender Arbeitslosigkeit, kinderfeindlichen Wohnumfeldbedingungen und einer zunehmenden Beschneidung kindlicher Lebensräume zur selbständigen Aneignung von Umwelt sind Stichworte für diese Veränderungen. Die in den Kommunen bereitgehaltenen Angebote zur Kinderbetreuung, die Angebote der sogenannten Regelversorgung, antworten auf die veränderten Lebensverhältnisse und Bedarfslagen von Eltern und Kindern immer noch nur sehr zögerlich - angefangen von den noch oft begrenzten und unflexiblen Öffnungszeiten über den Mangel von Betreuung für unter 3jährige und Schulkinder bis hin zu einer konzeptionell wenig weiter entwickelten Gruppenpädagogik.

Mit dem Begriff Elterninitiativen werden alle Formen selbstorganisierter Kinderbetreuung in den Altersstufen von 0-12, z.B. Kinderläden, Krabbelstuben, Eltern-Kind-Gruppen, Schülerhorte, Kinderhäuser u.a. zusammengefaßt. Sobald die Initiativen das Stadium der völlig selbst organisierten und finanzierten Selbsthilfe verlassen und auch nur Teilfinanzierungen aus öffentlichen Kassen erhalten, müssen sie sich, je nach länder- oder kommunalspezifisch unterschiedlichen Förderbedingungen, mehr oder weniger stark an die Standards der Regelversorgung anpassen. Der innovative sozialpolitische und pädagogische Impuls, der von den Initiativen ausgeht, steht deshalb in der ständigen Gefahr, im „Förderdschun- gel“ administrativ kleingearbeitet zu werden.

Die bundesweite Gesamtzahl der Initiativen und der in ihnen betreuten Kinder läßt sich nur schätzen. In der amtlichen Jugendhilfestatistik sind in ihnen 85.000 Betreuungsplätze zum 31.12.1994 aus-

gewiesen; der Anteil der Plätze in Initiativen an allen Betreuungsplätzen reicht von 12,3% in Berlin-West (Berlin-Ost dagegen: 0,6%) bis zum extrem niedrigen Wert von 0,4% in Sachsen-Anhalt. Die Stadtstaaten Bremen und Hamburg weisen je knapp 10% Plätze in Initiativen aus, Schleswig-Holstein 8,3%, Nordrhein-Westfalen 4,9%, Niedersachsen 4%, die restlichen alten Bundesländer erreichen nur maximal einen 3-Prozent-Anteil an Betreuungsplätzen in Initiativen. Von den neuen Bundesländern weist Mecklenburg-Vorpommern mit 1,3% den größten Anteil an Initiativ-Plätzen aus. Diese Zahlen der amtlichen Jugendhilfestatistik dürften eine Untergrenze markieren³⁷. Eine Mitte der 90er Jahre geschätzte Zahl von bundesweit 8.500 Initiativen mit wenigstens 120.000 Plätzen dürfte der Wirklichkeit näher kommen (Lachenmair 1994) - plus einer vermutlich in der Größenordnung einiger zehntausend Plätze liegenden Zahl aufgrund des kaum gebrochenen Wachstums der Betreuungsangebote durch Initiativen in den letzten fünf Jahren³⁸, zunehmend im Bereich der unter 3jährigen und für Schulkinder.

³⁷ Vgl. Erler/Hönigschmid (1998), gestützt auf Statistisches Bundesamt (1996). Die in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Elterninitiativen zusammengeschlossenen Kontaktstellen geben, soweit sie sich an einer Befragung für diese Studie beteiligt haben, für ihre Einzugsbereiche eine Gesamtzahl von 2.500 Initiativen mit ca. 40.000 betreuten Kindern an. Die entsprechende Frage wurde von 18 Kontaktstellen beantwortet. In einer ganzen Reihe von Groß- und Universitätsstädten gibt es aber (noch) keine Kontaktstellen für und von Elterninitiativen, obwohl es dort in unterschiedlicher Häufigkeit ebenfalls Elterninitiativen gibt. Das erklärt die viel höhere Zahl der Betreuungsplätze nach der amtlichen Jugendhilfestatistik

³⁸ So weist die Jugendhilfestatistik für Sachsen zum 31.12.94 35 Elterninitiativen aus. Demgegenüber teilt das Landesjugendamt (1998) in einer Aufstellung mit, daß es in diesem Bundesland 61 Elternvereine und -Initiativen als Träger von Kindertageseinrichtungen gibt. In der Differenz zur amtlichen Zahl von 1994 steckt neben einem Anteil „Untererfassung“ für den Stichtag 1994 auch das Wachstum der Initiativ- und Elternvereinsbewegung seither, das allerdings vor dem Hintergrund des dramatischen Rückgangs der Geburten- und Kinderzahlen in den neuen Bundesländern seit Mitte der 90er Jahre sich deutlich verlangsamt hat (Hinweis der Kontaktstelle für Elterninitiativen Dresden in der DJI-Fragebogenaktion sowie Erkenntnisse aus den Regionalstudien Usedom und Leipzig).

3.1.2 Leistungen auf der individuellen Ebene

In Elterninitiativen soll durch die pädagogische Praxis und die sozialen Beziehungen der Kinder untereinander und zu den Bezugspersonen nicht nur elementaren sozialen Bedürfnissen der Kinder Rechnung getragen, sondern gleichzeitig den Eltern die Möglichkeit gegeben werden, aufgrund der höheren zeitlichen Flexibilität Familie und Beruf besser verbinden zu können. Dabei treten immer öfter auch Väter als rund um die Kinderbetreuung aktive Pole aus Partnerschaften in Erscheinung: Die Existenz der Initiativen bietet für Männer, die sich stärker in die Verantwortung für die Kindererziehung einbinden wollen, einen Raum, wo sie mit einem derartigen Rollenverständnis nicht auf Abwehr und Unverständnis stoßen.

Ein wesentliches Merkmal der Initiativgruppen ist die Förderung einer guten Zusammenarbeit zwischen Erzieherinnen und den Eltern. Der eigenverantwortlichen Gestaltung der pädagogischen Leitlinien und strukturellen Rahmenbedingungen (z.B. Öffnungszeiten) kommt eine zentrale Bedeutung zu. Dieser Aspekt leistet einen hohen Beitrag zur Demokratieentwicklung - das Erleben von Eigenverantwortung und inhaltlicher Autonomie - von Seiten der Kinder, aber auch der Eltern.

3.1.3 Leistungen auf der Gemeinwesenesebene

Durch ihren Beitrag zur Bereitstellung von Kinderbetreuung auch und gerade für Schulkinder und unter 3jährige, häufig in unterschiedlichen Formen der Altersmischung, beeinflussen die pädagogischen Konzepte der Elterninitiativen auch die Praxis in Regeleinrichtungen, obwohl die Beziehungen zum „Institutionensystem“ der Träger regulärer Institutionen der Ta-

gesbetreuung sehr wenig ausgeprägt sind. Das gilt auch für die Aus- und Fortbildung von ErzieherInnen, wo es nur in kleinen Ansätzen Verknüpfungen und gemeinsame Konzeptentwicklung von ErzieherInnen aus Initiativen und aus Regeleinrichtungen gibt. Durch die Gründung regionaler Kontaktstellen (deren Zahl bundesweit seit einigen Jahren bei etwa 20 liegt; einzelne geben wegen völlig ausbleibender Förderung auf, andere stehen kurz vor einem Übergang aus jahrelanger ehrenamtlicher Arbeit in eine geförderte „feste Existenz“) und deren Öffentlichkeitsarbeit werden die Netzwerke der Elterninitiativen zu Ansprechpartnern und zur Informationsbörse für alle regionalen Elterninitiativen und für gründungswillige Eltern.

Viele Änderungen im Bereich der Tagespflege oder Kindergartengesetzgebung wurden und werden durch die Kinderladen-/Elterninitiativbewegung angeregt, und Fachtagungen der ihrer Bundesarbeitsgemeinschaft B.A.G.E. gaben wichtige Impulse für die pädagogische Debatte und die - im Bereich der frühkindlichen Entwicklung in Deutschland extrem defizitäre - Forschung. So fand z.B. 1995 eine Fachtagung zur Kleinstkinderpädagogik statt, deren Beiträge und Diskussionen dokumentiert sind³⁹.

Mit diesen Impulsen an die Fachwelt in Praxis und Wissenschaft tragen die Elterninitiativen dazu bei, daß die in der familienpolitischen Diskussion immer beschworene Vielfalt von familiären Lebensentwürfen von den Familien auch tatsächlich gelebt werden kann, und sie wirken der schleichenden Entwertung des Lebensmodells „Erwachsene mit Kindern“ in der Gesellschaft mit einer Politik kleiner Schritte praktischer Verbesserungen und

³⁹Landesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen (LAGE) Niedersachsen/Bremen.

mit Entwürfen für eine kinderpolitische Infrastruktur in den Kommunen entgegen.

3.1.4 Perspektiven und Weiterentwicklungen

Immer wieder neue Herausforderungen für die Elterninitiativen sind die Profilierung ihrer pädagogischen Arbeit und ihr Ringen um Anerkennung und Förderung durch Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Eltern appellieren an Politik und Verwaltung, außerfamiliäre, familienergänzende Kinderbetreuung für Kinder aller Altersstufen nicht als Luxus abzutun, sondern als gesellschaftliche Notwendigkeit anzuerkennen. Die Elterninitiativ-Eltern tragen seit vielen Jahren ihren Teil dazu bei, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für sich selbst zu ermöglichen. Sie sind damit soziale Pioniere und bereiten realistischen Mustern der Lebensplanung für das Leben mit Kindern in einer Zeit schwindender sozialer Sicherheiten im System der Erwerbsarbeit den Weg.

Eine Brücke für das „Übergreifen“ der Impulse der Elterninitiativen auf das System der Regelversorgung sind die vielfältigen Formen von Schülerbetreuung in Regie oder unter wesentlicher Beteiligung von (honorierten oder ehrenamtlich arbeitenden) Eltern im Rahmen von pädagogischen Mittagstischen, Horten an der Schule und vergleichbaren Angeboten. Viele der in diesem Feld neu entstehenden Initiativen werden von pädagogisch-konzeptionell weniger stark motivierten Eltern (d.h. meist, wie fast immer in der Familienselbsthilfe: Müttern) mit angeschoben und getragen.

Für die praktische Arbeit mit einer Gruppe von Schulkindern nach Schulschluß sind sie meist außer durch ihre eigene Familienerfahrung in keiner Weise gerüstet. Ebensowenig existieren von Seiten der

Träger und Auftraggeber solcher Betreuungsmodelle praktikable pädagogische Konzepte, die auf Initiativen mit maßgeblicher Beteiligung oder gar in praktischer (und oft auch juristischer) Trägerschaft von Eltern beruhen.

Hier hat sich eine Konzeptlücke aufgetan, an deren Schließung die Elterninitiativen mit ihren Kontaktstellen und ihrer Bundesarbeitsgemeinschaft in den nächsten Jahren wesentlich mitwirken müßten⁴⁰, wollen sie in diesem Feld ihre Innovationskraft behalten.

Die Kontaktstelle Göttingen formuliert dazu programmatisch als konzeptionellen Arbeitsauftrag: „Ankurbelung der fachlichen Diskussion zum Thema Schülerbetreuung; neues Thema; Öffentlichkeitsarbeit nötig. Modelle finden zur Kooperation mit Schulen. Fragen zur Vernetzung mit offener Kinder- und Jugendarbeit, politische Arbeit, um Gruppen zu etablieren“. Und die Bedeutung des Themas für die praktische Arbeit wird so formuliert: „Zusätzlicher Arbeitsgegenstand; enge fachliche Begleitung nötig, organisatorische Schwierigkeiten, Erzieherinnen sind „nur“ ABM-Kräfte, von daher keine Kontinuität, zu wenig Betreuungszeit für die Kinder; das Thema „auffällige Kinder im Schulalter“ wird wichtig.

Beim Aufbau einer „Konzeptschmiede“ und „Weiterbildungsbastion“ vor allem für dieses - relativ neue - Aktionsfeld der Elterninitiativen wird zu klären sein, ob nicht

⁴⁰ In der Kontaktstellenbefragung ergab sich zur Bedeutung der neuen Formen von Schulkinderbetreuung für die Arbeit der Kontaktstellen das folgende Bild: 10 Kontaktstellen messen konzeptioneller Arbeit auf diesem Feld derzeit fast keinerlei oder keinerlei Bedeutung bei; in der praktischen Arbeit spielt das Thema dann aber doch auch für Kontaktstellen, die hier noch keine konzeptionelle Arbeit investieren, eine Rolle. In der praktischen Arbeit spielt das ganze Feld Schulkinderbetreuung in neuen Formen für 7 Kontaktstellen eine sehr wichtige oder wichtige Rolle; als wichtigen oder sehr wichtigen Schwerpunkt ihrer konzeptionellen Arbeit nennen 6 Kontaktstellen das Feld.

eine Struktur dafür gefunden werden muß, die von vornherein nicht in zu großer Nähe zu den Initiativen arbeitet, sondern als trägerunabhängige Ideenwerkstatt und Transferstelle für neue Konzepte bereitsteht und auch von den vielen Eltern-Initiativen und Projekten akzeptiert wird, die gewissermaßen als Gründungen „von oben“ zunächst pragmatisch mit der Arbeit beginnen und zu Beginn wenig konzeptionelle Energie in ihr Betreuungskonzept investieren.

3.2 Die Mütterzentren

3.2.1 Entstehungsgeschichte

Die Mütterzentren gehen in der Bundesrepublik auf ein Konzept zurück, das am Deutschen Jugendinstitut aus langjährigen Forschungen zum veränderten Alltag des Familienlebens in Deutschland entwickelt wurde⁴¹. Was schon in den sechziger Jahren (wir haben oben schon auf Alexander Mitscherlichs Beobachtungen am Beispiel von Trabanten-Neubausiedlungen hingewiesen) sich abzeichnete, hat in den siebziger Jahren als Problem an Bedeutung gewonnen. Die „Ausdünnung“ des sozialen Nahraums, das Auseinanderdrücken von Wohnungen und Arbeitsplätzen, der Erwachsenen – von der Großelterngeneration, die Schwächung von nachbarschaftlichen Beziehungen – all das hat das Leben der immer noch in ihrer Mehrheit nicht berufstätigen Mütter kleiner Kinder zu einem „Leben in der Isolierstation“ gemacht. Und während für viele Frauen mit mittlerem Bildungsstand Angebote der Elternarbeit und Familienbildung immer besser erreichbar wurden, konnten gerade Mütter ohne weiterführenden Schulabschluss ihre Bedürfnisse in solchen Bildungsangeboten kaum wie-

⁴¹ Vgl. Arbeitsgruppe Elternarbeit am Deutschen Jugendinstitut 1978, 1980 und 1985 sowie Marsh 1988

derfinden⁴². Das Konzept Mütterzentrum versucht, auf all diese Bedingungen eine übergreifende praktische und alltagsnahe Antwort zu geben.

Als Modellprojekt mit zunächst drei vom Bund geförderten „Standorten“ (in Salzgitter, München-Neuaußing und Darmstadt) wurde das Konzept im ersten Schritt umgesetzt – und es ist damit offenbar in eine ähnliche Bedarfslücke gestoßen wie vor Jahren das Tagesmütter-Modell. Die Idee wurde rasch aufgegriffen; heute gibt es bundesweit weit über 400 solcher Zentren oder Initiativen für eine Neugründung – alle auf der Grundlage eines offenen und entwicklungsfähigen gemeinsamen Ansatzes, aber jedes einzelne mit einer besonderen Ausprägung, je nach den Fähigkeiten und Interessen der aktiven Frauen, der Besucherinnen und nach den lokalen Gegebenheiten.

3.2.2 Was ist ein Mütterzentrum?

Mütterzentren sind offene Treffpunkte für den Stadtteil, bzw. die Gemeinde; es sind von den Frauen selbstgestaltete und verwaltete Räume, mit eigenverantwortlichen und hierarchiearmen Strukturen. Basis aller Mütterzentren sind die folgenden konzeptionellen Schwerpunkte, die im Lauf der Jahre nichts von ihrer Attraktivität und Aktualität eingebüßt haben.

1. *Mütter als Praxisexpertinnen – Nachbarschaftshilfe im Laien-mit-Laien-Prinzip*

Dieser Konzeptpunkt geht davon aus, dass Mütter im Alltag mit Familie, nachbarschaftlichem Umfeld und Beruf, Fähigkeiten erworben haben, die sie in das Mütterzentrum einbringen und damit anderen Frauen zur Verfügung

⁴² Vgl. dazu die ihrer qualitativen Forschungsmethode wegen immer noch gut lesbare und aktuell wirkende Studie von Wahl/Tüllmann/Honig/Gravenhorst 1980.

stellen können. Eine Mutter wird somit über ihre Kompetenzen wahrgenommen und nicht über Defizite. Dieses Arbeitsprinzip unterstützt im Sinne von Erfahrungslernen die persönliche Entwicklung und die Ausprägung sozialer Kompetenzen durch ein gleichberechtigtes Miteinander.

2. Eigene Räume als feste Anlaufstellen und offene Zugangsmöglichkeiten

Mittels eigener Räume kann erst ein Angebot von möglichst durchgängig geöffneter Kaffee- bzw. Teestube mit ergänzenden Kursen und Gesprächskreisen realisiert werden. Mütter fühlen sich besonders entlastet, wenn sie diese offenen sozialen Treffpunkte und Aktivitätsbereiche entsprechend ihrem individuellen Familienrhythmus (z.B. Schlafzeiten der Kinder) nutzen können. Dabei unterstützt das Vorhandensein eigener Räume selbstorganisiertes Handeln und die gemeinsam zu tragende Verantwortung.

4. Honorare trotz Selbsthilfeprinzip

In den Mütterzentren sollten alle verbindlich und kontinuierlich geleisteten Tätigkeiten und Aktivitäten bezahlt werden. Das bedeutet, dass die Frauen, die in der Kaffeestube Kinder betreuen, die Kurse anbieten, in der Kinderbetreuung tätig sind oder putzen, ein Honorar erhalten. Dieses Honorar bewegt sich, je nach der finanziellen Ausstattung der Zentren, zwischen DM5.- und DM 15.-. Damit werden auch Frauen angesprochen, die sich sonst aus sozialen, kulturellen, aber vor allem aus finanziellen Gründen, nicht engagieren würden.

4. Kinder sind immer dabei

Damit Mütter an der Öffentlichkeit partizipieren können, ist die Möglichkeit, Kinder mitzunehmen, eine essentielle Voraussetzung. Das heißt, wenn Mütter in die Zentren gehen, sind Kinder selbstverständlich dabei. Jedoch stehen hier die Mütter mit ihren Bedürfnissen und Interessen im Mittelpunkt. Die Kinder werden als Teil dieser Erwachsenenkultur nicht ausgegrenzt, sondern sind selbstverständlich in den Zentrumsalltag integriert. Dies ist nur durch die in den Mütterzentren entwickelte und erprobte offene, flexible Kinderbetreuung möglich. Sie wird von Müttern übernommen, mit ihrer Qualifikation als Mutter.

Auf der Grundlage dieser Prinzipien stellen sich in den Mütterzentren viele der vielfach beschriebenen Schwierigkeiten institutioneller Elternarbeit nicht, oder sie finden eine praktische Antwort⁴³:

Zugangsprobleme, Schwierigkeiten bei der Einbeziehung von Kindern, Skepsis von Vätern, Differenzen aus sozial unterschiedlicher Herkunft der Teilnehmerinnen u.a.m. werden in Mütterzentren auf eigene, oft höchst beispielhafte Weise angegangen. Viele Frauen steigen, wenn sie Mutter werden, erst einmal aus mehr oder weniger schlechten Berufs- oder Arbeitsverhältnissen aus und genießen die neue Situation: den eigenen Autonomiebereich im eigenen Haushalt. Sie übernehmen gern die Verantwortung für die Kinder, schaffen das alles sehr gut und möchten dafür anerkannt werden.

Die ersten Probleme treten auf, wenn sie sich in ihrem Alltag mit den Kleinkindern allein gelassen fühlen. Es fällt ihnen

⁴³ Die folgenden Abschnitte sind entnommen aus: Jaekel/Schoof/Weskamp (Hrsg.) 1997, 19-22

schwer, in der neuen Umgebung und unter veränderten Lebensbedingungen neue Freundschaften, Kontakte und Nachbarschaftsbezüge aufzubauen. Da in dieser Lebensphase das Familienbudget oft recht knapp ist, versuchen viele Frauen, sich über stundenweises Arbeiten wie Putzen, Nähen, Schreibarbeiten aus der einengenden Situation zu befreien. Sie holen sich damit einen Außenradius, verschaffen sich Anerkennung und selbstverdientes Geld. Für das, was sie aber eigentlich suchen, nämlich Kontakte mit anderen Müttern, Erfahrungsaustausch, Anerkennung und Bestätigung im Zusammenleben mit Kindern, bringt eine solche Tätigkeit keine Lösung, sondern häufig nur zusätzlichen Stress, Schuldgefühle und Probleme. Im Mütterzentrum wird auf diese Problematik dadurch eingegangen, dass Mütter auf der materiellen Ebene entlastet werden. Aktivitäten im Zentrum sind nicht nur ehrenamtlich, sie werden auch bezahlt.

Auf zwei Ebenen haben die Mütter im Zentrum Gelegenheit, Geld zu verdienen. Zum einen werden sie für ihre Arbeit (Laienberatung, Gesprächskreise, Kursangebote, Buchführung, Kinderbetreuung etc.) auf Honorarbasis bezahlt, zum anderen können sie ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten in nachbarschaftliche Dienstleistungen einbringen, die vom Mütterzentrum aus aufgebaut und vermittelt werden und sich auf kommerzieller Basis langfristig selbst tragen können: Friseurerecke, Kleiderbasar, Kosmetikberatung, offene Nähstube, Massage, Reparaturdienste für die kleineren alltäglichen Pannen im Haushalt, Diätlehrgänge, Mangeldienst und vieles andere mehr.

Jede Mutter, die ins Zentrum kommt, kann – wenn sie will – etwas dazuverdienen. Also eine attraktive Alternative zu ein paar Stunden putzen gehen oder an der Su-

permarktkasse aushelfen. Sie kann ihre Kinder mitbringen ihre Haushaltsbudget entlasten durch günstige Angebote (gebrauchte Kleider, billiges Spielzeug, billige Reparaturdienste, Kinderbetrieuungs-dienste), Beratung oder Fortbildung in den unterschiedlichsten Bereich nutzen und sich auf gleichberechtigter Ebene mit anderen Müttern über die Erfahrungen ihres Arbeitsalltages austauschen.

Der Arbeitsplatz von Hausfrauen ist nicht nur der Haushalt, sondern auch der Stadtteil. Die infrastrukturellen Bedingungen des Wohnortes bestimmen ihre Arbeitsbedingungen. Wenn Hausfrauen und Mütter beginnen, ein gemeinsames Bewusstsein ihrer Arbeitsbedingungen zu entwickeln und nach Wegen zu suchen, diese nach ihren Interessen und Vorstellungen zu verändern, wenn Kommunikations- und Kontaktnetze im Stadtteil eine gemeinsame Interessenvertretung möglich machen, werden Kommunalpolitik, Städtebau und Städteplanung, Verkehrswesen und Schule, Kinderbetreuung und Landschaftsplanung mit einer neuen, ernstzunehmenden gesellschaftlichen Kraft rechnen müssen, von der wir alle, nicht zuletzt unsere Kinder, profitieren werden (s. hierzu beispielhaft auch Kap. 4.6.2).

Mütter brauchen Unterstützung, um ihre Kompetenzen und Fähigkeiten in der Öffentlichkeit zusammen mit ihren Kindern positiv erleben zu können. Sie ertragen keine zusätzlichen Defizitzuschreibungen, wie sie größtenteils in der öffentlichen Diskussion gang und gäbe sind.

Die Planungen zum Projekt Mütterzentrum entstanden aus der Erfahrung heraus, dass Mütter die meisten Angebote zur Elternberatung bzw. Elternbildung in ihrer hierarchischen Struktur als sie stigmatisierend oder abwertend erleben und

daher nicht in Anspruch nehmen. Mütterzentren vermeiden jede Form von schulischem Lernen, von Hierarchien durch ein Lehrer-Schüler-Verhältnis. Dadurch, dass mit Hilfe des Laien-mit-Laien-Prinzips Kompetenzen von Müttern genutzt und gefördert werden, können sich Frauen zusammen mit ihren Kindern in der Öffentlichkeit positiv und selbstbewusst erleben: Nicht nur ihr eigenes Bewusstsein verändert sich, sondern auch die Wirkung auf ihre Kinder, auf Familie und Nachbarschaft. Viele Frauen brauchen, um sie in unbekannte öffentliche Bereiche vorzuzuwagen, für ihren ersten Schritt einen unverfänglichen Aufhänger wie die Tasse Kaffee, die sie im Mütterzentrum kaufen können. Für sie ist das MZ-Honorar ein Lockmittel dafür, in der Öffentlichkeit aktiv zu werden. Denn die meisten Hausfrauen können das Geld dringend gebrauchen.

Im Mütterzentrum gibt es keine Schwellenangst gegenüber Fachkräften oder Experten. Im Mütterzentrum sind die Mütter selbst Expertinnen. Alle Tätigkeiten werden von ihnen eigenhändig organisiert und durchgeführt. Beteiligte Fachkräfte arbeiten im Mütterzentrum nicht direkt, sondern sind sozusagen ambulant tätig. Sie führen Wochenendseminare zur Reflexion des Geschehens durch und stehen nach Bedarf den Müttern beratend zur Seite. Sie haben also weder die Leitung des Mütterzentrums noch bestimmt sie dessen Alltagsgeschehen.

Im Mütterzentrum richtet man sich nach dem Rhythmus des Zusammenlebens von Müttern mit Kindern. Dort gibt es keine festen Termine, sondern das Mütterzentrum ist tagsüber durchgehend geöffnet, d.h. man kann vorbeischaun, wann und wie es in den eigenen Familienrhythmus passt. Da es aber auch regelmäßig Angebote für Kurse gibt, locken sogenannte „Aufhänger“ für einen häufigen Mütter-

zentrums-Besuch. Entscheidend ist außerdem der Umstand, dass man die Kinder ins Mütterzentrum jederzeit mitbringen kann, also kein Extra-Stress oder Kosten für Kinderbetreuung anfallen.

Im wesentlichen geht es im Mütterzentrum darum, verlorengegangene Beziehungsnetze neu zu knüpfen, bzw. neue Nachbarschaften aufzubauen. Es kommt darauf an, Mütter in diesem Prozess als zentrale Figuren in den Wohnzentren wahrzunehmen und anzusprechen. Das bedeutet ein Umdenken für Fachkräfte, aber auch für Politiker: Elternarbeit kann nur in begrenztem Rahmen Wissensvermittlung sein. Fachkräfte und Sozialarbeiter könnten durch ein positives Aufgreifen der brachliegenden Energien von Müttern und Kindern für diese in der Öffentlichkeit eine Lobby bilden.

3.2.3 Was bieten Mütterzentren?

Kernbereich eines Mütterzentrums ist nach wie vor die offene Kaffee- bzw. Teestube. Dieser niederschwellige Ansatz ermöglicht ein unkompliziertes Zusammenkommen der Frauen mit ihren Kindern, als Ausgangspunkt für einen vielfältigen Austausch auf Stadtteil- bzw. Gemeindeebene. Mütterzentren sind Orte, um sich zu treffen, sich zu informieren, sich kennenzulernen, sich gegenseitig zu unterstützen. Sie dienen den Besucherinnen als Informations-, Kontakt- und Aktivitätsbörse.

Mütterzentren sind ein „Schmelztiegel“ aus allen gesellschaftlichen Schichten, die gegenseitige Akzeptanz und Toleranz fördern und zur Grundlage des Alltagsgeschehens machen. Die hier praktizierten bedürfnisorientierten Angebots- und Arbeitsformen bedeuten für die Besucherinnen bzw. Nutzerinnen wie auch für die engagierten Mitarbeiterinnen nicht nur

einen wechselseitigen Lern- und Erfahrungsprozess, sondern das Erleben eines vielfältigen Unterstützungs- und Entlastungsnetzes für ihren persönlichen familiären Alltag.

Mütter können sich, ganz nach ihren individuellen Wünschen und Möglichkeiten, am sozialen, kulturellen und politischen Leben beteiligen. Mit der Übernahme außerhäuslicher Verantwortlichkeiten in Verbindung mit Bestätigung und Anerkennung ergeben sich vielfältige Möglichkeiten für einen Wiedereinstieg ins Berufsleben. Mütterzentren nehmen damit auch die Funktion von „Qualifizierungszentren“ für eine individuell passgenaue Weiterbildung mit Erwerbsbezug wahr, ohne dass diese Funktion als Träger berufsorientierter Fortbildung deutlich sichtbar und offen ausgewiesen wird.

3.2.4 Mütterzentren - eine „soziale Tankstelle“ für die Nachbarschaft

Als Kommunikationsorte für Familienfrauen mit ihren Kindern werden Mütterzentren zu Informationsdrehscheiben (Vermittlungs-, Beratungsdienste, Info-börse) entsprechend einer Clearingstelle für die Nachbarschaft und Gemeinde. Hier laufen die verschiedensten Informationsstränge zusammen. Das sind zum einen Infoblätter, Handzettel und Ausschreibungen von stadtteilbezogenen Angeboten und Maßnahmen. Zum anderen kommt in den Mütterzentren der umfangreiche Erfahrungsschatz der Frauen zusammen, über den sie sowohl aus ihrer persönlichen Sicht, wie auch aus der ihrer Kinder verfügen. Und in der Kaffeestube treffen Fragen und Antworten zusammen, so zum Beispiel: - Welcher Frauen- oder Kinderarzt ist zu empfehlen und warum? - Wohin kann sich eine Mutter, z.B. bei Drogenabhängigkeit ihres Kindes wenden? - In welcher Musikschule fühlen sich

die Kinder wohl? - Welcher Kindergarten ist zu empfehlen und warum?

Jedes Mütterzentrum hat neben der offenen Kaffee-/Teestube ein mehr oder weniger differenziertes Angebot an

1. Kursen, z.B. für Fremdsprachen oder im kreativen Bereich;
2. Gruppen, z.B. zu bestimmten Lebenslagen, wie Alleinerziehende, oder zur politischen Willensbildung, wie z.B. Arbeitskreis familienfreundliche Stadt;
3. Beratungsmöglichkeiten z.B. im Bereich Ernährung, psychologische Beratung, Anlaufstelle gegen sexuellen Missbrauch;
4. Weiterbildung z.B. Computerkurse, Fortbildung, Erwachsenenbildung;
5. Gesundheit, Sport, Meditation z.B. Selbstverteidigung, Rückbildung, Geburtsvorbereitung, Babymassage;
6. Kinderbetreuung, so sind aus den langjährigen Erfahrungen in alters- und gruppenübergreifender Kinderbetreuung neue, bedarfsgerechte Formen im Kinderbetreuungsbereich entstanden, für alle Altersstufen vom Krabbel- bis zum Schulkind, wie z.B. flexible Kinderbetreuung, Bring- und Abholdienste, Hausaufgabenbetreuung, Mittagstisch für Schulkinder, Tagemüttervermittlung;
7. nachbarschaftlichen Dienstleistungen, z.B. Hausmeisterarbeiten, Wäscherei, Friseur, Tauschbörsen, Familienhilfsdienst, Second-Hand- oder Naturkostladen. So sind im Dienstleistungslexikon der hessischen Mütterzentren über 200 Stichworte von A bis Z angeführt, von Alleinerziehend bis Zusammenarbeit.

Mit diesem Spektrum bieten Mütterzentren ein vielfältiges, bedarfsgerechtes Angebot eines „Dienstleistungszentrum für das Wohnumfeld“ an. Hierbei geht es

auch darum, neue Ressourcen zu ermitteln und aufzugreifen. Gemeint sind u.a. Fähigkeiten, Kenntnisse, Kompetenzen, Engagement- ein großes Potential, das im Stadtteil bzw. der Gemeinde vorhanden ist, aber meist „brachliegt“. So wird über die Bildung neuer Nachbarschaften, der Wiederherstellung von nachbarschaftlichen Bezügen, bzw. über die Entwicklung lebendiger Formen von Nachbarschaft ein verstärktes soziales Netzwerk für Familien geschaffen, das auch in der Lage ist, kurzfristig, flexibel und unbürokratisch Hilfe zu leisten, z.B. bei Erkrankung der Mutter.

Zur Verbesserung des sozialen Klimas tragen die Integrationsprozesse bei, die auf unterschiedlichen Ebenen in den Mütterzentren ablaufen: Für neu Zugezogene, für MigrantInnen, aber auch generationenübergreifend für Familien und Ältere. Kontakte zu und Kooperationen mit anderen Einrichtungen sind ebenso weit verbreitet wie spezielle Angebote (Sprachkurse für Ausländerinnen, unbürokratische Hilfestellungen etc.). Zu den infrastrukturellen Verbesserungen gehören die Mitarbeit bei und das Engagement für eine kinder- und familienfreundliche Umgebung, für Stadtteilbegrünung, für die Pflege von Spielplätzen, die Öffnung von Schulhöfen, die Einrichtung von Fußgängerampeln oder die Durchsetzung von Tempo-30-Regelungen.

Mütterzentren bieten als Meinungs- und Artikulationsforum für Bedürfnisse, Vorstellungen und Erfahrungen der Mütter im Stadtteil die Möglichkeit aktiver Mitwirkung und politischer Einflussnahme in verwaltungsmäßige und politische Planungsprozesse bzw. Entscheidungen. Das findet durch die - oft müheselig errungene - Teilnahme und Mitwirkung u.a. in Jugendhilfe- und Sozialhilfeausschüssen, in Stadtteilkonferenzen, in Sitzungen der

sozialarbeiterischen Fachbasis in Quartieren und Gemeinden, in Gemeinde- und Bezirksausschüssen statt.

3.2.5 Organisationsstrukturen der Mütterzentren

Um die erwähnten strukturellen Ziele von Hierarchiearmut, Eigenverantwortung und Selbstorganisation in der Praxis der Mütterzentren umsetzen zu können, sind entsprechende partizipative Organisations- und Entscheidungsstrukturen erforderlich. Gemeint sind damit Möglichkeiten für die Frauen, sich an den unterschiedlichen Entscheidungen zu beteiligen, die im Mütterzentrum zu treffen sind. Besonders hat sich die Form des Plenums bewährt. Hier ist nicht ausschlaggebend, wie lange die einzelne Mutter schon im Zentrum ist, welche „Funktion“ sie innehat und wie oft sie das Mütterzentrum nutzt, sondern jede Frau hat die gleiche Stimme. Partizipative Entscheidungsstrukturen stehen hier nicht nur für punktuelle Mitsprache, sondern für reale, verantwortliche Mitbestimmung.

den großen Zentren haben sich aus organisationstechnischen Gründen Teams entwickelt. Dabei übernehmen Team-Frauen verschiedene Aufgabenschwerpunkte, z.B. die Organisation der Kinderbetreuung, die Zusammenstellung der Kurse und Angebote oder die Öffentlichkeitsarbeit. Diese Teamtätigkeiten können in verschiedenen Regelungen erfolgen; in Form einer Festanstellung, einer Honorartätigkeit, einer geringfügigen Beschäftigung oder einer ehrenamtlichen Vorstandsarbeit. Das hängt wiederum von der Größe des Zentrums und seiner finanziellen Ausstattung ab. Doch wird besonders darauf geachtet, dass die Entscheidungsstrukturen transparent und zugänglich für alle bleiben.

3.2.6 Wer kommt in die Mütterzentren?

Die durchschnittliche Zentrumsbesucherin ist verheiratet, zwischen 31 und 40 Jahre alt und hat zwei Kinder.

Über ein Drittel der Besucherinnen sind momentan im Erziehungsurlaub, circa 30% sind berufstätig, wobei Teilzeitbeschäftigung und geringfügige Beschäftigung überwiegen. Nur 16% der Befragten geben an, „zur Zeit ausschließlich Hausfrau“ zu sein. Die ausschließliche Tätigkeit als Familienfrau nimmt bei den über Vierzigjährigen ab. Analog dazu nehmen die Teilzeitbeschäftigung und die geringfügige Beschäftigung zu.

Die Anzahl der Besucherinnen liegt je nach Größe der Zentren zwischen 10 und 150 pro Tag. Die Zahl der mitgebrachten, betreuten oder Angebote nutzenden Kinder und Jugendlichen liegt entsprechend zwischen 5 und 200 am Tag. Diese extremen Unterschiede bei der Zahl der Nutzerinnen ergeben sich aus folgenden Faktoren, die z.T. voneinander abhängig und von Zentrum zu Zentrum verschieden sind: finanzielle Ausstattung, räumliche Bedingungen, tägliche oder nur 1-2mal wöchentliche Öffnungszeiten, „Alter“ des Mütterzentrums, Mitgliederzahl, Größe der Stadt bzw. der Gemeinde, städtisches, „suburbanes“ oder eher ländliches Umfeld.

Das zeitliche Engagement bzw. die Dauer der Mitarbeit in den Zentren ist nahezu gleich verteilt. So sind jeweils ein Drittel zwei bis drei Jahre, ein Drittel vier bis fünf Jahre und das verbleibende Drittel über fünf Jahre aktiv.

Die Daten zur sozialen Zusammensetzung der Frauen in den Zentren spiegeln eine bunte Mischung unterschiedlicher

Bildungsverläufe und beruflicher Biografien bzw. von unterschiedlichen Einkommens-Niveaus und wider (s. Kap. 5.3.8).

3.2.7 Die bundesweite Vernetzung – der „Mütterzentren Bundesverband e.V.“

Die bundesweit rasch gestiegene Zahl von Mütterzentren hat gezeigt, dass die Probleme der einzelnen Mütterzentren nicht alleine vor Ort gelöst werden können, sondern eines überregionalen Zusammenschlusses bedurften. So wurde 1985 der erste bundesweite Mütterzentrumsverein „Förderer und Freundinnen der Mütterzentren“ gegründet, der 1989 in „Mütterzentren Bundesverband“ umbenannt wurde. Er versteht sich als Forum, in dem alle Frauen aus Mütterzentren, die an einer überregionalen Arbeit interessiert sind, mitarbeiten können.

Der Bundesverband bietet bundesweit Unterstützung und Beratung für einzelne Mütterzentren, Initiativen und Einzelpersonen an. Das erfolgt in Form von persönlichen Gesprächen und im Versenden von Informationsmaterial. Ein Herzstück der Arbeit ist die Gründungsberatung, aufbauend auf einem Starterinnenpaket, das interessierten Frauen in der Vor- und Aufbauphase Anregungen, praktisches Know-How und Hilfestellung anbietet.

Mit einem regelmäßig erscheinenden Rundbrief werden alle Mütterzentren über wichtige und interessante Entwicklungen informiert (z.B. über den Stand der Mütterzentrums-Förderung in den einzelnen Bundesländern) und erhalten somit vielfältige Informationen, z.B. zu mütterzentrumsspezifischen Fortbildungen, Veranstaltungen, Tagungen etc.

Die Organisation und Durchführung der zweimal jährlich stattfindenden Bundes-

verbandstreffen fällt ebenso in den Aufgabenbereich des Bundesverbandes (hier steht praktischer Erfahrungsaustausch, Motivation, Know-How-Vermittlung im Vordergrund), wie die Unterstützung der Veranstaltungsteams bei den großen Bundeskongressen mit jeweils ca. 500 Teilnehmerinnen. Fortbildungen, Seminare und Supervision mit mütterzentrumsrelevanten Themenstellungen komplettieren das Angebot des Bundesverbandes. Die Arbeit wird von den regionalen Kontaktstellen bzw. Mütterbüros ergänzt und unterstützt, die es in einzelnen Bundesländern gibt. Die enge Zusammenarbeit erfolgt über regelmäßige, bundesweite Treffen.

Der Mütterzentren Bundesverband versucht, gesellschaftspolitische Themen, wie z.B. die Schaffung müttergerechter Arbeitsbedingungen, das Sichtbarmachen von Familienarbeit bzw. des Armutsrisikos durch Familie, die unzureichende Kinderbetreuungssituation etc. auf verschiedenen Ebenen zu thematisieren. Das erfolgt über unterschiedliche Formen von Öffentlichkeitsarbeit (z.B. über Zeitungsartikel, Interviews, Stellungnahmen zu Themen wie z.B. bedarfsorientierte Angebote von Kinderbetreuung, Kooperation von Laien und Professionellen, Ehrenamt etc.), über politische Aktionen zu familienpolitischen Themen, über die Organisation und Durchführung von Fachtagungen, (z.B. „Mütterverachtung und Mütterrecht“, „Mütterzentren in den neuen Bundesländern“) und über die Teilnahme an Veranstaltungen (z.B. an der Weltfrauenkonferenz in Peking und Habitat II, der UNO-Konferenz zu Wohnen und Wohnumfeld in Istanbul). Mit den internationalen Kontakten - z.B. standen beim Kongress im Oktober 96 Frauen aus Osteuropa im Mittelpunkt - reagiert der Mütterzentren Bundesverband auf die im Wortsinn weltweiten Anfragen zum basis- und stadtteilori-

entierten Konzept der Mütterzentren. Inzwischen findet der Mütterzentrums-Ansatz nicht nur in osteuropäischen Ländern wie Tschechien und die Ukraine, sondern auch in Drittweltländern, aber auch bei Bevölkerungsminderheiten, wie z.B. indianischen Frauen in den USA und Kanada lebhaftes Interesse.

Bei all diesen übergreifenden Aktivitäten geht es nicht nur um eine Sensibilisierung von Öffentlichkeit, Politik und Fachwelt zu den Belangen von Müttern, Kindern, Familie und deren Umfeld. Es geht darum, dass die Erfahrungen, Kompetenzen und Umsetzungskonzeptionen der Mütterzentren als innovative Impulse und Querschnittsthema mit hoher Priorität Eingang in die unterschiedlichen Entscheidungsprozesse von Familien-, Arbeits-, Sozial-, Bildungs- und Umweltpolitik finden.

3.2.8 Perspektiven der Mütterzentren?

Mütterzentren unterscheiden sich nach Größe, nach Alter, nach finanzieller Ausstattung, bzw. nach dem Bedarf vor Ort. Das sind Faktoren, die eine konzeptionelle Weiterentwicklung beeinflussen. So hat die Entwicklung bedarfsgerechter Kinderbetreuung zu weiterreichenden Konzeptentwicklungen geführt, die wiederum eine Vorreiterrolle in der Kinderbetreuungslandschaft in Deutschland darstellen, z.B. mit neuen Mischformen zwischen Professionellen und Laien, verstärkter Elternmitbestimmung und -mitverantwortung etc. Das gleiche gilt für den Stadtteilservice mit dem Projekt 'Jung hilft Alt' im Mütterzentrum Salzgitter mit seinem weiterreichenden Konzept „Mütterzentrum 2000“, das damit auch Projekt der EXPO 2000 geworden ist. Mittlerweile gibt es zahlreiche Mütterzentren, in denen diese Ideen und Erfahrungen umgesetzt werden, im Sinne von innovativen Kooperati-

onsmöglichkeiten zwischen Laien und Professionellen, mütterfreundlichen Arbeitsplätzen etc.

Für viele Zentren und Initiativen bleibt der oben beschriebene Zentrumszuschnitt eine für sie vor Ort vorrangige Perspektive. Zum einen gibt es auch heute noch sehr viele Frauen, die sich mit der Geburt der Kinder für Familie und damit für einen wie auch immer zeitlich aussehenden Ausstieg aus dem Beruf entscheiden. Sie stellen eine immerwährend nachwachsende Zielgruppe dar. Zum anderen sind die Bedingungen, ein Mütterzentrum zu initiieren und finanziell 'auf die Beine zu stellen', genauso schwierig geblieben wie vor 20 Jahren. Die Diskussion mit Politik und Jugendhilfe über den Bedarf und die Notwendigkeit von Mütterzentren als präventive Einrichtungen nach dem KJHG (§ 16: Förderung der Erziehung in der Familie) ist gerade in Zeiten knapper Kassen, und besonders auf kommunaler Ebene, kontrovers wie eh und je geblieben, obwohl die vielfältigen Leistungen und der Beitrag der Mütterzentren zur Bildung sozialen Kapitals in Gestalt von stabilen Netzwerken gegenseitiger Hilfe und der „kooperativen Selbstqualifikation“ sich gerade auf der kommunalen Ebene als Nutzen niederschlägt, der an anderer Stelle hoch spezialisierte (Pflicht-) Leistungen der sozialen Arbeit z.T. ergänzt, z.T. sogar ersetzt.

3.3 Die Stieffamilienselbsthilfe

3.3.1 Geschichte und Entwicklung

In Deutschland stellen Stieffamilien den dritthäufigsten Familientyp nach der Kernfamilie und der Ein-Eltern-Familie dar. Dennoch wird dieser Familientyp in seiner gesellschaftlichen und familienpolitischen Bedeutung kaum wahrgenommen.

1983 gründete sich die erste Selbsthilfegruppe von Stiefmüttern in Frankfurt. Der Gründung ging eine Kontaktsuche voraus, welche sich aufgrund fehlender Ansprechpartner und spärlicher Literatur als langwierig und schwierig erwies. Über (Familien-) Bildungsträger, die Fachforen zu dem Thema Stieffamilien anboten, ergab sich die Möglichkeit, Kontakte mit Betroffenen zu knüpfen. Bundesweit entstanden nach und nach weitere Gruppen in vielfältigen Konstellationen: Selbsthilfegruppen für Stiefmütter, für Stiefväter, gemischte Selbsthilfegruppen mit Stiefmüttern, -vätern und leiblichen Elternteilen. Durch ihre Arbeit erfuhren die Selbsthilfegruppen, daß Ihnen in dem öffentlichen, wissenschaftlichen und politischen Diskurs wenig Relevanz beigemessen wurde. Deutschsprachige Literatur, z.B. Fachbücher, Erfahrungsberichte von Betroffenen oder im Bereich der Belletristik lag kaum vor. 1986 erschien das erste Fachbuch. Ein Hauptanliegen der Stieffamilienselbsthilfegruppen bestand und besteht im Thematisieren ihrer speziellen Problematik in der Öffentlichkeit. Heraus kristallisiert haben sich zwei verschiedene Arten von Selbsthilfegruppen: einerseits Gruppen, die sich auf reine Gruppenarbeit und auf persönliche Problembewältigung innerhalb der Gruppe beschränken und andererseits solche Gruppen, die über Kontaktpersonen öffentlichkeitswirksam arbeiten und mit Ämtern, Beratungsstellen und mit Fortbildungsträgern kooperieren. Unsere Untersuchung zeigt, daß bei 39,4% teilweise, bei 18,2% auf jeden Fall und bei 27,3% gar keine einzelnen Mitglieder der Gruppen nach außen hin tätig sind oder Öffentlichkeitsarbeit betreiben.

1986 organisierte die Frankfurter Gruppe das 1. Bundestreffen für Mitglieder aus Selbsthilfegruppen und Neugründerinnen zum Austausch über die jeweilige Arbeit

der Gruppen, ihre Ziele und individuelle Lösungsmöglichkeiten.

Wer nimmt an Stieffamilienselbsthilfe teil?

Die für unsere Befragung „typische“ Selbsthilfegruppe wird von sechs bis acht TeilnehmerInnen seit ein bis drei Jahren regelmäßig im monatlichen oder 14-tägigen Turnus besucht.

Bei 45% der Befragten handelt es sich um eine aus Stief- und leiblichen Eltern gemischte Gruppe; 30% geben an, Teilnehmer in einer Stiefelterngruppe zu sein, 18% der Gruppen sind reine Stiefmüttergruppen.

Die Gruppenarbeit findet meistens ohne den Partner statt, bei 27% der Befragten sind die Partner zum Teil anwesend. Manchmal finden auch gemeinsame Aktivitäten am Wochenende statt, allerdings eher selten und meistens ohne den Partner.

Die Gruppen treffen sich da, wo sie Zugang zu Räumlichkeiten erhalten: in Gemeinderäumen von Kirchen, in kommunalen Räumen, in der Volkshochschule oder bei den Mitgliedern zu Hause. Die Räume werden zu 54% kostenlos zur Verfügung gestellt.

Die Stieffamilienselbsthilfegruppen entsprechen ihrer Struktur und Arbeitsweise nach eher „reinen“ Gesprächselbsthilfegruppen mit intensiver Gruppenarbeit und nach innen gerichteter Perspektive. Diskussionen über Arbeitsprogramme werden nur zum Teil geführt, Themen wie das Erstellen eines Jahresprogramms, Anträge auf finanzielle Zuschüsse oder Aufgabenverteilung sind wenig bedeutsam. Nur die Aufgaben der Einladung von Referenten oder der Planung von Veranstaltungen werden eigens hervorgehoben.

57% der Befragten geben an, daß die Themen in den Selbsthilfegruppen nicht vorher festgelegt werden sondern sich nach den Bedürfnissen und Wünschen der Teilnehmer richten. Der inhaltliche Verlauf der Treffen richtet sich größtenteils nach den aktuellen Probleme und Fragen der Teilnehmer.

3.3.2 Profil und Themen der Stieffamilienselbsthilfegruppen

Die folgenden Erläuterungen über die Zusammensetzung und die Selbsteinschätzung der Stieffamilien stammen ebenfalls aus der 1997 durchgeführten schriftlichen Befragung von Teilnehmern aus Stieffamilienselbsthilfegruppen. Die Befragten der Untersuchung leben zu 42% nach einer Scheidung in dieser Familienkonstellation, gefolgt von 21%, die nach dem Tod ihres Partners und 15%, die nach der Trennung von ihrem Partner in einer neu zusammengesetzten Familie leben. Die meisten der Befragten haben zwei oder drei Kinder, die mit ihnen zusammenwohnen, 27% von ihnen haben gemeinsame Kinder. Das familiäre Zusammenleben gestaltet sich zu 55% in einem Haushalt gemeinsam mit Stiefkindern und eigenen Kindern. Bei 46% der Befragten bestehen feste Umgangsregelungen mit dem außerhalb der Stieffamilie lebenden leiblichen Elternteil.

Das Zusammenleben in einer Stieffamilie birgt einige Probleme. 97% der Befragten finden die Situation in der Stieffamilie schwieriger als in der Kernfamilie. In Stieffamilien wird viel Zeit benötigt, um neue gemeinsame Regelungen oder Kompromisse zu finden und um sich eine neue Rolle als Stiefelternanteil innerhalb der Familie auszugestalten. Hinzu kommen zu große oder unterschiedliche Erwartung an die neuen Partner oder an die Stiefkinder, verbunden mit der Unsicherheit, sich in

dem neuen Familiengefüge zurechtzufinden. In unserer Untersuchung waren sich die Stiefelternteile bewußt darüber, daß sie nicht die leiblichen Eltern ersetzen können und wollen. 65% der Befragten fanden diesen Anspruch für sich nahezu oder völlig unzutreffend, lediglich 14% stimmten der Aussage, daß Stiefeltern leibliche Eltern ersetzen, zu.

Die Erwartungshaltung, daß sich Stiefeltern in die neue Familie einfügen müssen, bestätigten 46% der Befragten, 18% empfanden diese als unzutreffend. Andere Ansprüche an die Stiefeltern wie „Stiefeltern sollten auf eigene Interessen verzichten“ oder „Stiefelternteil sollte Ordnung in die neue Familie bringen“, wurden von über 50% der Befragten verneint. Ein Viertel betrachteten diese Ansprüche als für sich zutreffend.

Die Befragten sahen zu 70% in der Stieffamilie eine Belastung für die Partnerschaft und ebenfalls 70% konstatierten, daß Stiefeltern und Stiefkinder Probleme mit der gegenseitigen Akzeptanz haben.

Die Probleme und Fragen, die von den Befragten als Schwerpunkte ihrer Gruppenarbeit genannt werden, gehören nach der Definition von Papernow (1984)⁴⁴ in die erste Phase seines Modells. Die durchschnittliche Dauer der Selbsthilfegruppe von fünf bis sieben Jahren entspricht ungefähr dem Zyklus des Zusammenwachsens als Stieffamilie. Stieffamilien-selbsthilfegruppen bedeuten eine große Unterstützung in den einzelnen Phasen dieses Prozesses. Das wird daran deutlich, daß innerhalb der Selbsthilfegruppen die Problemschwerpunkte der von Papernow beschriebenen Phasen zentrale Themen darstellen⁴⁵.

⁴⁴ Papernow (1984) in einem Modell, das sie „Stepfamily-Cycle“ nennt

⁴⁵ Phase 1 (2-3 Jahre): teilweise miteinander geteilte, sehr bestimmende Phantasien (zerbrochene Familie heilen,

Für 94% aller Eltern lag eines der Hauptmotive einer Selbsthilfegruppe beizutreten darin, Gespräche mit Gleichbetroffenen führen zu können. Der Austausch über die Situation und die Rolle innerhalb der Stieffamilie ist für die einzelnen Mitglieder der Gruppe von großer Bedeutung. Ein weiterer wichtiger Grund besteht in der Anregung verschiedener Verhaltensmöglichkeiten im Umgang mit den Stiefkindern (70% der Befragten geben diesen Grund an) und, etwas konkreter, Hilfe und Unterstützung bei der Lösung von Konflikten mit den Kindern. (Für 85% war dieses ein wichtiger Grund).

76% der Teilnehmer in Stieffamilien-selbsthilfegruppen erhoffen sich eine Verbesserung der Partnerbeziehung und 67% eine Hilfe bei der Lösung von Konflikten mit dem Partner. Andere Erziehungsvorstellungen als der Partner, die Klärung der rechtlichen Position oder die Anregungen im Umgang mit den eigenen Kindern spielen im Vergleich eine etwas weniger wichtige Rolle.

Unsere Untersuchung zeigt, daß die Spannungen zwischen Stiefkindern und Stiefeltern häufig durch Überforderung begründet werden. Das Bevorzugen der eigenen oder gemeinsamen Kinder oder das „Nicht-annehmen-können“ der Stiefkinder wird seltener genannt, ebenso Konflikte über die Erziehungsvorstellungen, obwohl es für einige Teilnehmer durchaus relevante Probleme sind. Immerhin 30% empfinden die Kinder des neuen Partners als Störfaktor. Die Situa-

gegenseitiges Annehmen von Stiefeltern und Stiefkindern, seitens der Kinder hoffen auf Verschwinden des Stiefelternteils etc.); Phase 2 (1-2 Jahre): Zeiten beginnender Veränderung, gegenseitiges Mitteilen von Wünschen, deutliche Konflikte, neue Familiengewohnheiten, Zugehörigkeitsgefühle zu außerhalb lebenden Eltern werden eher akzeptiert; Phase 3: späte Entwicklungen entstehen von engeren Beziehungen zwischen Stiefeltern und -kindern, Befriedigung über gemeinsame Lösungen, gemeinsame Familiengeschichte; Stiefelternteil als „intimate outsider“.

tion, neben der neuen Partnerin die Kinder „in Kauf nehmen zu müssen“ birgt einige Probleme, z.B. die zu 35% angegebene Eifersucht auf den leiblichen Elternteil.

In den Selbsthilfegruppen sind vor allem drei Themen sehr wichtig: Die Verunsicherung der Stiefeltern (73%), vor allem in bezug auf ihre eigene Rolle innerhalb der Familie (73%) und die Probleme und Spannungen zwischen Stiefkindern und Stiefeltern (70%) werden am häufigsten genannt.

3.3.3 Öffentlichkeitsarbeit von Stief-familienselbsthilfeinitiativen

Es können, wie erwähnt, zwei Arten von Gruppen unterschieden werden: zum einen die reinen Gesprächsgruppen und andere, nach außen orientierte Gruppen. Die Außenorientierung ist dabei nicht von der Struktur der Gruppe bestimmt, sondern von dem individuellen Engagement Einzelner. Häufig finden Aktivitäten wie Vorträge halten oder organisieren, Öffentlichkeitsarbeit leisten und die Mitarbeit in Vernetzungsgremien nach Abschluß der eigenen Arbeit in der Gruppe statt. Einige Mitglieder weiten ihr Engagement auf die Einflußnahme auf die Lokalpolitik sowie die Teilnahme an Arbeitskreisen auf Landes-, oder Bundesebene aus. Die Hintergründe der Außenorientierung für die Aktiven liegen hauptsächlich darin, daß die Akzeptanz dieses Familientyps öffentlich gemacht und vorangetrieben wird und damit einer Stigmatisierung entgegenwirkt.

3.3.4 Perspektiven und Weiterentwicklung

Die Teilnahme an den Stieffamilienselbsthilfegruppen verändert die Entwicklung der familiären Situation deutlich zum

Positiven. Bei 80% der Befragten ist eine Verbesserung der Situation eingetreten, bei 18,2% ist sie gleichgeblieben. Den Erfahrungsaustausch haben 70% als sehr hilfreich, 21% als hilfreich empfunden. Den Abbau von Aggressionen und Spannungen durch die Gruppenarbeit bestätigen 58% der Befragten. Die Befragten erlernen durch die Gruppenarbeit mehr Sicherheit im Umgang mit den Stiefkindern auch in bezug auf Erziehungsmaßnahmen und innerhalb der Partnerschaft. Die Gruppe bietet Entlastung und Unterstützung auf vielen Ebenen und verbessert dadurch Alltag und das Zusammenleben erheblich. Durch die wachsende Anzahl an Stieffamilien und die steigende Öffentlichkeitsarbeit für Selbsthilfeinitiativen, wird die Bedeutung der Selbsthilfe in diesem Bereich weiter voranschreiten.

3.4 Die freien Stillgruppen

3.4.1 Geschichte und Entwicklung

Die Entstehung von Stillgruppen war eine Reaktion auf die Ausdünnung nachbarschaftlicher und verwandtschaftlicher Netzwerke im Strukturwandel der Familie und die damit verbundene Entwertung des Erfahrungswissens der vorherigen Müttergeneration über Geburt, Säuglingspflege und den Umgang mit Babys. Dazu kam die Auseinandersetzung mit der als kalt empfundenen technologisierten Geburtshilfe, die ja allen Ernstes begonnen hatte, der Utopie der programmierten und damit nach Normwerten standardisierten Geburt nachzujagen. Diese Orientierung verband sich mit einer medizinisch begründeten Mißachtung der Muttermilch als einer allenfalls „suboptimalen“ Säuglingsnahrung. Sie ist inzwischen auch im Mainstream der wissenschaftlichen Medizin wieder der Einsicht in die gesundheits- und entwicklungsfördernde Bedeutung

des Stillens gewichen. Aber die Stillgruppen als vielerorts und seit 1980 auch bundesweit öffentlich sichtbare „pressure group“ sind der soziale Motor, der die Unterstützung und Förderung des Stillens auch im Alltag der medizinischen und sozialen Betreuung von Müttern immer wieder einfordert.

Die ersten freien Stillgruppen, von denen es jetzt in ganz Deutschland etwa 1500 bis 1800 geben dürfte (800 von ihnen in der Arbeitsgemeinschaft Freier Stillgruppen AFS zusammengeschlossen), sind in kritischer Auseinandersetzung mit der schon in den siebziger Jahren auch in Deutschland gegründeten und als zu straff und rigide empfundenen „la lèche-Liga“ entstanden. Im medizinischen Versorgungssystem hat die seit über 20 Jahren anhaltende Dauerkonfrontation mit dem Problembewußtsein und den Ansprüchen informierter und selbstverantwortlicher „Stillmütter“ tiefe Spuren hinterlassen und zum Wachstum eines neuen Bewußtseins von der Notwendigkeit der Berücksichtigung von „Patientenwünschen“ und -werten bei medizinischen Interventionen beigetragen. Das alles hat zu einer weitreichenden Veränderung der geburtshilflichen Praxis einschließlich der Vor- und Nachsorgestrukturen seit den späten 70er Jahren geführt (als selbst die Anwesenheit von Vätern bei der Geburt noch vielerorts der Ausnahmefall war; in den neuen Bundesländern galt das bis zur Wende). Es hat sich - passend zur Leitmelodie unserer Forschungsergebnisse von der Produktivität neuer Mischungen im Sozialbereich - ein Amalgam aus dem Paradigma der High-Tech-Geburtshilfe mit dem Leitbild der „sanften Geburt“ als gerade nicht primär medizinisch-physiologisch oder gar als pathologisch zu definierendem „life event“ herausgebildet. Geburten werden heute - und auch daran sind in stetig wachsendem Umfang Män-

ner beteiligt - durch Geburtsvorbereiterinnen und Hebammen vor- und nachbereitet, deren Status im Versorgungssystem dadurch aufgewertet wird. Es hat sich eine regelrechte neue Infrastruktur rund um die Geburt gebildet, zu der die unabhängigen Geburtshäuser ebenso gehören wie, gewissermaßen am niederschweligen Eingang zu dieser Infrastruktur für die Zeit nach der Geburt, die Stillgruppen. Konzepte, die - mit nachweisbarem Erfolg - versuchten, auch die z.B. bei der Nutzung von Vorsorgeuntersuchungen notorisch unterrepräsentierten Frauen aus „bildungsfernen Schichten“ über „Familienhebammen“ in ihrer häuslichen Situation aufsuchend zu ermutigen und zu unterstützen, sind allerdings über das Stadium der verinselten Modellversuche nicht hinausgekommen.

3.4.2 Leistungen auf der individuellen Ebene

Frauen haben mit Stillgruppen als Ratsuchende Erstkontakt. Oft geht es um „Schrei- und Schlafprobleme“ der Säuglinge; oder auch um massivere gesundheitliche Probleme der Stillmütter. Die Gruppentreffen finden allermeistens (in 95% der Gruppen) in angeleiteter Form statt (meist vierzehntätig, teilweise aber auch wöchentlich oder ebensooft monatlich. Ein Drittel dieser Gruppen hat höchstens fünf Teilnehmerinnen. Gut die Hälfte (55%) haben fünf bis 10 Teilnehmerinnen, 8% 11-15 und nur 2% 16-20 Teilnehmerinnen. Die Funktion einer Gruppenleiterin hat dabei in etwa der Hälfte der Fälle eine ausgebildete Stillberaterin inne. „Ausgebildet“ bedeutet, daß diese Frauen ein vom Dachverband der Stillgruppen (des AFS) selbst entwickeltes und curricular organisiertes Fortbildungsprogramm absolviert haben und dafür ein Zertifikat erhalten, das von den Krankenkassen als Grundlage für Honorarerstattungen meist

problemlos anerkannt wird. In der Einzelberatung sind die Stillberaterinnen gefordert, die Grenzen für die Selbst- und Laienhilfe und -beratung zu erkennen und z.B. bei schwereren Erkrankungen auch den Gang zum Arzt rechtzeitig zu empfehlen - im Vorfeld allerdings können sie mit ihrem durch Fortbildung systematisierten Erfahrungswissen erheblich zur Prävention von „stillbezogenen“ Erkrankungen bei Befindlichkeitsstörungen von Mutter und Kind beitragen.

Das Ratsuchen und das Interesse am Erfahrungsaustausch beziehen sich aber bei vielen Frauen, die über längere Zeit an Stillgruppen teilnehmen, nicht nur auf Stillprobleme im engsten Sinn, sondern auch auf die oft belastende Situation in der Familie und Partnerschaft nach Geburt eines (weiteren) Kindes. Die Gruppen sind ein erster „öffentlicher“ und doch geschützter Raum, den viele der Gruppen-Teilnehmerinnen nach der Geburt besuchen, wenn sie das Bedürfnis danach haben, der gar zu engen alltäglichen Abgeschlossenheit der Mutter-Kind-Dyade zu entgehen. Daß dieses Interesse nach einem selbst bestimmten öffentlichen Sozialraum, in dem das (Still)Mutter-Sein nicht als störend und sperrig empfunden wird, über die Zeit nach dem sechsten Lebensmonats des Säuglings hinaus anhält, drückt sich darin aus, daß aus Stillgruppen heraus weitere Bausteine der „Infrastruktur für Mutter und Kind“ entwickelt worden sind; dazu gehören sogenannte Still-Cafés als offene Treffpunkte für Stillmütter - und dann schon sehr rasch die Gründung von Krabbelgruppen. 30% der von uns befragten Stillmütter hatten selbst an der Gründung einer Krabbelgruppe mitgewirkt: 90% haben durch die Teilnahme an der Stillgruppe für sie wichtige soziale Kontakte gefunden, 80% sogar dauernde Freundschaften geschlossen.

Als eine klassische „Empowerment“-Funktion der Gruppen läßt es sich interpretieren, daß 96% der Frauen ihre Verunsicherung als Stillfrau als Gruppenthema nennen; fast ebenso häufig wird mit 92% das Thema „Ermutigung zum Stillen“ genannt. Die Überwindung des Widerstands gegen das Stillen in der Öffentlichkeit nennen mehr als der Hälfte der Frauen als Thema von Gruppentreffen. Wenn je ein Drittel der Frauen die Bearbeitung von Problemen mit den Vätern und mit älteren Geschwistern der Stillkinder als Thema der Gespräche und des Erfahrungsaustauschs in den Gruppen nennen, dann sind das weitere Aspekte der Stärkung der Mütter in ihrem Selbstbewußtsein in dieser äußerst verletzlichen Lebensphase. Gerade dann fallen meist auch die Würfel darüber, ob die Frauen noch weitere Kinder bekommen möchten. Es mag sein, daß vor allem ohnehin stark kindorientierte Frauen den Weg zu Stillgruppen finden und dort aktiv werden. Unter den von uns befragten Kongreßteilnehmerinnen sind die Mütter zweier Kinder mit mehr als 50% die größte Gruppe, die Zahl der Mütter von drei Kindern ist mit 21% größer als die derjenigen mit nur einem Kind. Damit ist bei dieser Gruppe von Frauen die Verteilung der Kinderzahlen genau umgekehrt wie z.B. in einer Großstadt wie München, wo in 60% der Haushalte mit Kindern unter 18 nur ein Kind lebt; zwei Kinder gibt es in 34% der Haushalte mit Kindern, drei Kinder nur in 7% dieser Haushalte; der Anteil dieser „kinderreichen“ Frauen ist also bei den Stillmüttern dreimal größer als in der Stadt München.

3.4.3 Leistungen für das Gemeinwesen „vor Ort“

Die Beratungsarbeit in den einzelnen Vor-Ort-Stillgruppen sichert der Arbeit der Gruppen eine weiter stabile Resonanz. Das schließt nicht aus, daß einzelne Gruppen mit „biographisch abgeschlossener Still- und Kleinkindphase“ ihrer Initiatorinnen in ihrer Aktivität nachlassen oder auslaufen: an ihrer Stelle entstehen im gleichen Ort oder anderswo neue. Gegenüber der Gründungsphase zu Beginn der achtziger Jahre hat sich das Spektrum der in den Stillgruppen aktiven und Rat suchenden Frauen stark verbreitert: Heute kommt ein breiter Querschnitt von Müttern in die Gruppen, während es zu Beginn vor allem Frauen mit einer „alternativen“ Orientierung, besonders hohem Gesundheitsbewußtsein usw., waren. Dabei ist die kritische Auseinandersetzung mit dem Wissen und der Praxis der Fachwelt in der medizinischen und sozialen Infrastruktur für Schwangere und für die Mütter von Kleinstkindern auf der lokalen Ebene eine praktisch wahrgenommene Daueraufgabe der Stillgruppen mit den von der AFS ausgebildeten Stillberaterinnen als „Motoren“.

Diese Auseinandersetzung findet in der Zusammenarbeit mit und der Beratung von Hebammen, Krankenschwestern und Ärzten in freier Praxis und auf geburts-hilflichen und Säuglingstationen in Krankenhäusern statt, aber auch in Kampagnen wie der für ein „still“- bzw. „babyfreundliches Krankenhaus“, mit denen versucht wird, das Konzept der Förderung des Stillens an möglichst vielen Orten des professionellen medizinischen und sozialen Versorgungs- und Betreuungssystems zu verankern. Eine Evaluation von „Stillkampagnen“ (deren Hauptträger Stillgruppen waren und sind) hat für den Zeitraum von 1991 bis 1995 eindrucksvolle Verän-

derungen im praktischen Stillverhalten junger Mütter nachweisen können - in Richtung auf einen weiter wachsenden Anteil der „voll“ stillenden Mütter (Tietze u.a. 1998).

Daneben sind viele lokale Stillgruppen je nach örtlicher Situation auf verschiedene-n Feldern aktiv - von der Verkehrsberu-higung und Spielplatzgestaltung (7%) über die Qualität der geburts-hilflichen Versorgung bis hin zu Spenden- und Hilfsaktionen für die Verbesserung der Lebenssituation von Kindern in der Dritten Welt aus den verstrahlten Regionen rund um Tschernobyl. In mancher lokalpoliti-schen Arena gehören die Mütter aus den Stillgruppen darüber hinaus zu den Akti-vistinnen einer örtlichen Frauenpolitik mit Themen wie Einrichtung und Ausstattung einer kommunalen Gleichstellungsstelle, Berufsrückkehr von Familienfrauen u.ä. Ein Engagement auf diesem Themenfeld reklamieren 20% der von uns befragten Stillmütter.

3.4.4 Leistungen für das Gemeinwesen: gesamtgesellschaftliche Ebene

Neben der Fortbildung und Qualifizierung von Stillmüttern als „Laien-Expertinnen“ hat die Arbeitsgemeinschaft Freier Stillgruppen große Fortbildungsveranstaltungen für Fachleute aus dem Feld Geburts-hilfe und Säuglingsversorgung, von He-bammen über Krankenschwestern bis zu Frauenärzten, Geburtshelfern und prakti-schen Ärzten, organisiert. Dort wurde der anwesende Teil der Fachwelt, die über das Thema „Stillen“ wegen der Gering-schätzung von Erfahrungswissen in der professionellen Ausbildung oft nur lücken-haft informiert ist, mit dem hochkonzent-rierten Fach- und Erfahrungswissen kon-frontiert, das die „Stillmütter“ in bundes-weiten Arbeitskreisen unter Beteiligung von professionellen Frauen, die in Still-

gruppen mitarbeiten oder mitgearbeitet haben, zusammentragen und ständig aktualisieren. Ein weiterer bundesweiter Arbeitskreis „Schule“ befaßt sich mit Möglichkeiten, schon an den Schulen Verständnis für den guten entwicklungsfördernden Sinn des Stillens und damit für die Selbstverständlichkeit dieser „Nahrungsoption“ für Säuglinge zu wecken.

Da für (oder gegen) ein „stillfreundliches“ Klima in der Gesellschaft nicht nur im lokalen Kontext, sondern auch auf der Ebene z.B. von gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen die Weichen gestellt werden, leisten die Stillgruppen auch politische Lobby-Arbeit auf bundespolitischer Ebene. Die Einrichtung einer vom Bundesminister für Gesundheit einberufenen nationalen Stillkommission, in die die Präsidentin der AFS berufen wurde, können sich die Stillgruppen mindestens teilweise als eigenen Erfolg gutschreiben.

Von bundesweiter Bedeutung war auch das massive Eintreten der Stillgruppen für die Beschränkung von Markterschließungsoffensiven der Babynahrungsindustrie, das mit Verabschiedung des Säuglingsnahrungswerbungsgesetzes immerhin einen greifbaren Erfolg brachte, auch wenn die Gesetzesbestimmungen hinter den Forderungen der Stillgruppen an Striktheit zurückbleiben.

Thematisch auf derselben Linie liegt das Engagement der Stillgruppen für eine Politik der Stillförderung vor allem in Entwicklungsländern, wo der unvorbereitete Übergang zur Flaschennahrung, zubereitet aus unhygienischem Wasser, beträchtlich zu der hohen Säuglingssterblichkeit beigetragen hat. Wichtige Erfolge sind - nach der Phase der Boykottkampagnen („Nestlé tötet Babys“) - mit Selbstverpflichtungen der Industrie zur Einhaltung eines Marketing-Kodex in den Entwick-

lungsländern erreicht; dennoch sehen die Stillgruppen hier weiter die Notwendigkeit, falsch verstandene „Modernisierungs“-Strategien in der Entwicklungspolitik zu kritisieren und gerade am Beispiel der Säuglingsernährung mit Muttermilch gesellschaftspolitische Konzepte des „Vertrauens auf die eigene Kraft“ und der „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu fördern. An diesem Thema kooperieren die Stillgruppen nicht nur mit der Weltgesundheitsorganisation, sondern auch mit nationalen und internationalen Aktionsgruppen und Organisationen. Das internationale Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen, die sich unter dem Namen International Baby Food Action Network zusammenschlossen haben und die seit fast 20 Jahre für das Recht der Mütter eintreten, ihre Babys zu stillen eintreten, im vollen Wissen um die gesundheitlichen Vorteile der Muttermilch und frei von kommerziellem Druck und Fehlinformationen, hat für seine Arbeit 1998 den „Right Livelihood Award“, den sogenannten alternativen Nobelpreis verliehen bekommen.

Zur Erfolgsgeschichte der Stillgruppenbewegung gehört auch die offensive Thematisierung der Schadstoffbelastung (vor allem mit PCB und Dioxinen) der Muttermilch in den späten 70er und 80er Jahren, die zu einem intensiven Monitoring der Muttermilch durch die öffentlichen Gesundheitsdienste, zu umweltpolitischem Handeln (Anwendungsverbote) und im Ergebnis zu einer deutlichen Verringerung der Schadstoffbelastung in der Muttermilch beigetragen hat.

Stark engagiert waren die Stillgruppen in den Informationsnetzen, die nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl stillende Mütter über die unterschiedliche Belastung von verschiedenen Lebensmitteln in den verschiedenen Regionen aufklärten und damit zu einer Minimierung

der Gesundheitsrisiken von gestillten Kleinkindern beitragen.

Im Rahmen der Modellphase „Vernetzung der Familienselbsthilfe Ost-West“ hat die AFS begonnen, auch in den neuen Bundesländern, wo das Stillen vom medizinisch-geburtshilflichen System nie so stark abgewertet worden war wie in der „alten“ Bundesrepublik - in der Landschaft der gesundheitspolitischen Professionellen für eine offensivere Förderung und Unterstützung des Stillens zu werben. Erster Schritt dabei war ein Anschreiben an alle Gesundheitsämter in den neuen Bundesländern und ein Angebot zur Kooperation und Beratung.

Die eher zögerliche Resonanz bei professionellen Stellen auf dieses Angebot mag damit zusammenhängen, daß in den neuen Bundesländern eine besonders breite Szene von sozialen Projekten im Sinne der von uns beschriebenen sozialen Unternehmen besteht, gefördert aus Mitteln für den Zweiten Arbeitsmarkt, die den - ohnehin schwächer als in den alten Bundesländern ausgeprägten - Bedarf nach Beratung und Unterstützung rund ums Stillen auffangen. Als Strukturproblem zeigt sich das auch in den alten Bundesländern: Viele der ehemaligen AFS-Frauen und Stillberaterinnen drängen zumindest auf eine Teil-Professionalisierung und Teil-Vergewerblichung ihrer Beratungsarbeit. Das ist ein sehr naheliegender Schritt, geben doch von den befragten Stillmüttern mehr als zwei Drittel an, ehrenamtlich durchschnittlich 10,8 Stunden im Monat - auf der Basis ihrer Ausbildung zur Stillberaterin - Beratungsarbeit zu leisten; 34 geben an, solche Beratung gegen Honorar im Umfang von durchschnittlich 8 Stunden pro Monat zu leisten. Neben den „auf den Markt drängenden“ Stillberaterinnen mit AFS-Zertifikat⁴⁶ hat

⁴⁶ Es gibt auch noch andere Fortbildungswege in diesem

die stark gewachsene Bedeutung von Hebammen und Geburtsvorbereiterinnen im System der kassenfinanzierten medizinischen Geburtsvorsorge dort ein Wachstum der freiberuflichen AnbieterInnen von Angeboten „rund um die Geburt“ in Gang gesetzt, das mittlerweile fast flächendeckend als Möglichkeit für Frauen vor und rund um die Geburt spürbar wird, sich direkt an professionelle oder teilprofessionelle nichtärztliche Beraterinnen zu wenden. Damit wird ein Teil des früheren Energiepotentials, aus dem sich das rasche Wachstum der Stillgruppen-Bewegung speiste, in neu entstandene „gemischte“ Wachstumsmärkte des Sektors sozialer und gesundheitlicher Dienstleistungen umgelenkt.

Vor diesem Hintergrund läßt sich die Vermutung formulieren, daß die Stillgruppen als genuine Selbsthilfeinitiativen von und für Frauen in der Zeit um und nach der Geburt ihren Platz im breiten Spektrum der medizinischen und sozialen Hilfen für Mütter in den nächsten Jahren neu werden justieren müssen. Viel wird bei dieser Entwicklung davon abhängen, ob das professionelle System in medizinischer und sozialer Versorgung das Potential an Erfahrungswissen und Engagement nutzen und stärken wird, das in den Stillgruppen versammelt ist - oder ob die Konkurrenzorientierung überwiegt und professionelle Angebote demonstrieren wollen, daß sie „besser“ sind als das, was die Selbsthilfegruppen zu leisten vermögen.

Es gibt keinen anderen Bereich der Familienselbsthilfe, in dem ein so starker „Marktdruck“ spürbar ist. Die Leistungen

Feld der Mütterberatung rund um das Stillen; das qualifizierte Tätigkeitsbild heißt dann „Laktationsberaterin“; es wird aber nach den Regeln einer internationalen und vor allem in den USA verwurzelten Institution definiert und zertifiziert, weil es in Deutschland außer dem AFS-Zertifikat erst Ansätze für eine Verankerung dieses spezifischen Beratungsprofils in Ausbildungswegen gibt.

in allen anderen Feldern von Familien-selbsthilfe haben in ihrem ganzheitlichen und bedarfsorientierten Zuschnitt „Monopolcharakter“ und werden in der nachgefragten Form vom professionellen System der sozialen Infrastruktur nicht angeboten.

3.5. Familienselbsthilfeinitiativen jenseits der „vier Säulen“

3.5.1 Mutter-Kind-Gruppen

Für die Lebensphase, in der die über-große Mehrheit der Mütter mit kleinen Kindern, in den alten Bundesländern länger als in den neuen, sich mit der fast hundertprozentigen Nutzung (aber immer weniger: vollen Ausschöpfung) des Erziehungsurlaubs und der Inanspruchnahme von Erziehungsgeld auf ihre neue Rolle als Mutter und die damit verbundene Rundum-Verantwortung einläßt und konzentriert, haben sich neben den in Profilbeschreibungen schon dargestellten Mütterzentren und Stillgruppen sehr unterschiedliche Formen von Mutter-Kind-Gruppen (MuKis) gebildet. Sie bieten teilweise, in einer Mischung aus Erzieherinnen- und Elternmitarbeit, feste Betreuungszeiten an und heißen dann oft Spielkreise oder Spielgruppen. Oft nennen sie sich auch Eltern-Kind-Gruppen, gelegentlich programmatisch „Vater-Mutter-Kind-Gruppen“. Sie sind auf einem Kontinuum zwischen privatem FreundInnenkreis bzw. loser Selbsthilfegruppe und verregelterm Angebot im System der Kinderbetreuung angesiedelt⁴⁷. Meist steht die kollektive Beschäftigung mit den Kindern, ergänzt um Erfahrungsaustausch, Diskussion oder Vorträge zu Erziehungsthemen im Vordergrund. Aber es gibt auch viele Gruppen mit offener Struktur, in denen die Kommunikation der Mütter untereinander und das Sammeln von Erfahrungen in

⁴⁷ Diese Bandbreite registrierte Rabe-Kleberg schon 1984

Gruppenprozessen und dabei das Einbringen eigener Kompetenzen größeres Gewicht haben. Ein großer Teil der Gruppen trifft sich in kirchlichen Räumen und erfährt dort in unterschiedlichem Ausmaß Unterstützung durch Fachkräfte, die eine Anleiter-Rolle spielen. Oft gehen diese Gruppenleiterinnen aus den Gruppen selbst hervor, nehmen an Fortbildungen teil, die in manchen Regionen - so z.B. im Bereich der Erzdiözese München und Freising - curricular organisiert sind und eine Art neues Berufsbild hervorbringen, in dem eigene Erfahrung als Hausfrau und Mutter und das Engagement in einer Mutter-Kind-Gruppe als Qualifikation zählt. Bundesweit hat die Bewegung der Mutter-Kind-Gruppen soviel Schwungkraft entfaltet, daß sie zu einem zentralen Arbeitsfeld der Familienbildungsstätten geworden sind. Soweit diese ihre Standorte in Städten haben, haben sie sich als Treffpunkt für diese Gruppen geöffnet; und soweit sie „auf der grünen Wiese“ liegen, bieten sie Seminare für solche Gruppen an.

All diese Gruppen haben eine wichtige Funktion für die Integration von neu zugezogenen Müttern, denen am neuen Wohnort das Hilfs- und Kontaktnetz der eigenen Familie und alter FreundInnen fehlt. In den alten Bundesländern allein dürfte die Zahl all dieser Gruppen nicht unter 20.000 liegen⁴⁸. Die Gruppen sind längst nicht alle über Jahre stabil; mit dem Ausscheiden aktiver Gründerinnen schlafen Gruppen oft ein; dafür gründen andernorts aktive Frauen neue. Etwa ein Drittel der jungen Mütter (allerdings fast nur: der muttersprachlich deutschen Müt-

⁴⁸ Allein in der katholischen Erzdiözese München und Freising liegt die Zahl dieser Gruppen bei gut 600. In einer eigenen Untersuchung hat die Familienabteilung des DJI diese Gruppen evaluiert. Hochgerechnet auf alle katholischen Bistümer, ergänzt durch die Gruppen, die sich in evangelischen Gemeindehäusern und kommunalen bzw. Räumen von Wohlfahrtsverbänden treffen, scheint uns diese Zahl eher eine Untergrenze zu markieren.

ter) in den alten Bundesländern⁴⁹ dürfte wenigstens zeitweise an einer solchen Gruppe teilnehmen bzw. einzelne Angebote (vom Babyturnen über das Babyschwimmen bis zum gemeinsamen Singen und Vorträgen zu pädagogischen Themen) darin wahrnehmen.

3.5.2 Initiativen von Eltern kranker Kinder

Zu diesem Feld gehören die Initiativen von Eltern von allergie- und asthmakranken Kindern über die krebskranken Kinder bis zu denen von Kindern mit schweren Herzfehlern. Dazu kommen die Initiativen der Aktion „Kind im Krankenhaus“ und Elternkreise von Jugendlichen mit Drogenproblemen sowie die Angehörigen psychisch Kranker. Für sie alle ist kennzeichnend: Eine besonders intensive Auseinandersetzung bzw. Anbindung an das medizinisch/professionelle Versorgungssystem, was sich z.T. darin ausdrückt, daß es Direktoren von Universitätskliniken gibt, die den Anstoß für die Gründung solcher Elterngruppen geben und die über diese Gruppen als über „unsere“ Gruppen sprechen. Außerdem zeichnen sich diese Gruppen - oft unterstützt von medizinischen Experten, auch solcher unkonventioneller Heilmethoden - durch eine besonders wirkungsvoll organisierte Öffentlichkeitsarbeit mit einem hoch spezialisierten Themenspektrum - rund um die jeweiligen Krankheitsbilder der Kinder - aus. Und es gibt eine Reihe von Zusammenschlüssen auf Bundesebene, die zwischen einigen und etlichen Dutzend angeschlossene örtliche oder regionale Gruppen in ihrer Arbeit unterstützen. Was die äußerlich sichtbaren Effekte ihrer Arbeit angeht - neben der

⁴⁹ Diese Schätzung rechnet für die Gruppen mit zehn bis 15 Teilnehmerinnen und bezieht außerdem ein, daß viele Mütter mit dem zweiten Kind, soweit es in größerem Abstand zum ersten geboren wird, an solchen Gruppen nicht mehr teilnehmen.

unschätzbar wertvollen Stärkung und Stützung der Eltern in den oft jahrelang extrem belastenden Phasen bei der Begleitung ihrer kranken Kinder - , so stehen diese Gruppen ähnlich wie die Stillgruppen für weitreichenden Veränderungen von Umgang und Verständnis der Medizin- und Pflege-Professionellen für die Familiensituation der schwerkranken Kinder.

Zu den greifbarsten Veränderungen in der Versorgungsstruktur gehören die Gründung von Elternhäusern mit Übernachtungsmöglichkeiten am Standort von Universitäts- oder anderen Spezialkliniken (z.T. weitgehend aus selbst aufgebrachtten Spendenmitteln, z.T. von Unternehmen im Rahmen von social sponsoring finanziert), die zusätzliche Ausstattung von Kinder-Krebsstationen mit Fachpersonal für die psychosoziale Begleitung der Kinder (und Eltern) und die Finanzierung von Forschungsprojekten zur Standardisierung der jeweils avanciertesten Behandlungsmethoden. Auf der Basis einer selbst erarbeiteten, auf Spendengeldern beruhenden soliden Finanzstruktur sind z.B. Elterninitiativen krebskranker Kinder sogar in der Lage, Eltern in schwieriger finanzieller Lage (nach der oft notwendigen Einschränkung oder gar Aufgabe der Erwerbstätigkeit durch zumindest einen der Partner) aus Sozialfonds unter die Arme zu greifen.

Eine Sonderrolle spielen in diesem Zusammenhang die Elternkreise von Jugendlichen mit Drogenproblemen - und zwar deshalb, weil Familienselbsthilfe im Regelfall vor allem an der besonderen Situation von Müttern mit kleinen Kindern anknüpft. Schon für Eltern im Schulkindalter hat Familienselbsthilfe beschränktere Bedeutung - allenfalls die Betreuungsininitiativen, die Schülerhorte, -läden, pädagogischen Mittagstisch u.ä. anbieten, bezie-

hen sich auch auf die Alltagssituation von Familien mit älteren Kindern. Die selbstgewählten Arbeitsformen und -aufgaben der Elternkreise von Jugendlichen mit Drogenproblemen - und auch des von ihnen schon vor über 25 Jahren gegründeten Dachverbands - unterscheiden sich nur unwesentlich von denjenigen der anderen „problembezogenen“ Elterninitiativen: Sie reichen vom Erfahrungs- und Informationsaustausch über die gegenseitige Unterstützung im Alltag bis zur intensiven Auseinandersetzung mit dem System der institutionellen Versorgung, angefangen bei der Drogenberatung über Polizei und Justiz bis zu niedergelassenen und Klinikärzten.

3.5.3 Familien-Wohnungsbau in organisierter Selbsthilfe

Wir haben es schon erwähnt: Die Lebensqualität von Familien wird nicht nur von sozialen und pädagogischen Angeboten und vom Wohnumfeld, gewissermaßen der Freizeit-Infrastruktur, geprägt. Größe, Preis und Qualität der Wohnungen spielen sowohl für das verfügbare Einkommen der Familien als auch für die Entfaltungsmöglichkeiten aller Familienmitglieder eine wichtige Rolle. Gerade Familien mit mehreren Kindern und allenfalls mittleren Einkommen träumen oft den Traum vom eigenen Haus mit Garten, ohne ihn je realisieren zu können. Auf diese Schere zwischen Familienbedarf und (bezahlbarem) Wohnungsangebot antworten seit vielen Jahrzehnten Konzepte der kollektiven Selbsthilfe im Wohnungsbau. Die Tradition solcher Bemühungen ist nie ganz abgerissen, sie ist aber - wie viele Selbsthilfe-Traditionen - z.B. in den großen Wohnungsbaugenossenschaften gewissermaßen durch ihren eigenen Erfolg überflüssig geworden.

Trotzdem hat sich vor allem in den letzten

zwanzig Jahren eine Szene von Selbsthilfe-Wohnprojekten erhalten und weiter entwickelt, in der oft Ideen von neuen Lebensformen und der Überwindung der strikten Abgrenzung von Kleinfamilien-Haushalten gegeneinander Antriebsmotor waren - neben dem Motiv, durch kollektive Selbsthilfe und Eigenleistung preisgünstig zu einem eigenen Haus/einer eigenen Wohnung zu kommen⁵⁰. Vermutlich ist die vitale Tradition der verwandtschaftlich-nachbarschaftlichen gegenseitigen Hilfe beim Hausbau dafür verantwortlich, daß die Familien- und Nachbarschaftsgrenzen überschreitenden Versuche zur kollektiven Wohnungsbau-Selbsthilfe in den Regionen, wo das Häuserbauen für Familien auch mit mittleren Einkommen erschwinglich ist, kaum Fuß gefaßt haben. Jedenfalls sind viele Projekte in den langen Phasen des Plänemachens an einem Übermaß an gemeinsamen Ansprüchen gescheitert und gar nicht erst in die Umsetzungs- bzw. Bauphase gelangt. Immerhin sind wir in einer unserer regionalen Fallstudien - in Bergisch Gladbach - auf ein erfolgreiches Projekt der Familienselbsthilfe im Wohnungsbau gestoßen - eine Mustersiedlung, in der neben allerlei innovativen Öko-Ideen beim Bau auch Ideen für ein besseres Zusammenleben im Alltag eine wichtige Rolle spielten. Und wir halten es für alles andere als Zufall, daß einer der tragenden Akteure in der Stadtverwaltung von Bergisch Gladbach, der ein in ungewöhnlichem weitem Ausmaß auf Selbsthilfe, auf Elternvereine sich stützendes System der Kinderbetreuung maßgeblich mit gestaltet hat, auch einer der Motoren in diesem Projekt kollektiver Wohn-Selbsthilfe ist.

⁵⁰ Vgl. Bodenstein (1994); Novy (1983), kritisch Potter 1993; von „organisierter Gruppenselbsthilfe“ im Wohnungsbau spricht die Karl-Kübel-Stiftung, die das Entstehen von über 4.000 Eigenheimen in mehr als 70 Siedlungen in dieser Form gefördert hat. Vgl. dazu die Zeitschrift dfh - das familienfreundliche Heim - Siedlungsbau GmbH der Karl-Kübel-Stiftung.

3.5.4 Migranten und ihre Selbstorganisation

Auch die Familien von Migranten entwickeln Formen der Selbstorganisation; aber nur wenig beteiligen sie sich an selbst organisierten Initiativen, in denen Deutsch die Muttersprache ist. Im breiten Spektrum der ausländischen kulturellen, politischen und religiösen Organisationen und Vereine dagegen spielen, in unterschiedlicher Mischung und Ausprägung, Elemente von Familienselbsthilfe eine Rolle. Es gibt darunter auch Initiativen, die den Mutter-Kind-Gruppen oder Elternvereinen exakt nachgebildet scheinen. In der Diskussion in Politik und Sozialwissenschaft um Chancen einer Integration einerseits, Gegentrends zur ethnischen Segregation andererseits wird zunehmend diesen Formen der Selbstorganisation, die auch eine deutlich ökonomische Komponente haben, Aufmerksamkeit gewidmet⁵¹. Aber die Selbstorganisation von Migranten ist generell noch eher ein Dunkelfeld für die Forschung; und es zählt zu den Schwachstellen der (Familien-) Selbsthilfebewegung, daß sie den „ethnischen Graben“ zu den Formen und Ansätzen der Selbstorganisation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bisher nur in wenigen Ansätzen überwinden konnte, zu denen einige wichtige Beispiele für die Integration von Migranten-Frauen in Mütterzentren zählen. Allerdings teilt die (Familien-) Selbsthilfe diese Schwachstelle mit den „sozialen Regeldiensten“, die bisher den Umgang mit der Migrations-Bevölkerung weitgehend den Spezialdiensten zu deren Betreuung und Beratung überlassen hat. Allerdings ist unter dem (Ein-) druck der schon jahrelang geführten Debatte um die interkultu-

⁵¹ Vgl. z.B. schon Puskeppeleit/Thränhardt (1990); Loch (1998); Gaitanides (1998); Krummacher/Waltz (1996). Als Beispiel für eine kommunale Bestandsaufnahme und konzeptionelle Überlegungen zur Förderung der Selbstorganisation von Migranten: Lehmann (1998).

relle Öffnung der sozialen Dienste dieses Feld doch stark in Bewegung gekommen⁵². Entsprechende Ansätze in der (Familien-) Selbsthilfe bedürfen zunächst nachdrücklicher konzeptioneller Unterstützung und der Absicherung durch die empirische Erhellung des Felds der Selbstorganisation von Migranten.

3.5.5 Pflegende Angehörige

Beim biographisch „anderen Ende“, der Sorge für pflegebedürftige Angehörige, endet dieses Panorama der Familienselbsthilfe. Hilfs- und Pflegebedürftige sind und bleiben, vor und neben aller Unterstützung durch soziale Dienste und Einrichtungen, auf Hilfe im familialen Netzwerk angewiesen. Die Pflegeversicherung hat die Pflegearbeit in der Familie als Grundlage einer „neuen Kultur des Helfens“ hervorgehoben, honoriert sie mit dem Pflegegeld und erkennt Pflegezeiten rentenrechtlich an. Angedeutet nur ist im Gesetz die Unterstützung kollektiver Formen der gegenseitigen Hilfe, des Erfahrungsaustauschs unter pflegenden Angehörigen (die, wie in der Familienselbsthilfe generell, zu etwa 85% Frauen sind). Die nahezu flächendeckend bestehenden Gesprächskreise pflegender Angehöriger sind fast durchweg angeleitete Kreise, in denen meist professionelle Kräfte die Initiativ-Funktion wahrnehmen. - Aber mit der weiteren Zunahme der Anzahl Älterer und Pflegebedürftiger, mit dem Hineinwachsen einer Generation von höher gebildeten Frauen in die Rolle der Pflegenden werden sich die mit dem Erbringen der Pflegeleistungen verbundenen Aushandlungsprozesse intensivieren. Es liegt auf der Hand, daß der damit verbundene Kommunikationsbedarf zu wesentlichen Teilen in Formen der Selbstorganisation zum Erfahrungsaustausch und zur wechselseitigen Hilfe gedeckt werden wird.

⁵²Vgl. Barwig/Hinz-Rommel (1995).

Erfahrungen vor allem in Großbritannien zeigen, daß - bei entsprechendem Rückenwind durch fördernde Rahmenbedingungen, zu denen dort eine besondere Tradition von „community care“ gehört - die Selbstorganisation von pflegenden Angehörigen eine Perspektive in der Richtung hat, im Gesamtsystem von „elder care“ der übergroßen Mehrheit der häuslich Pflegenden eine Stimme zu geben⁵³.

Die große Bandbreite des hier vorgestellten Panoramas von Familienselbsthilfe, das sich durch die ausführlicheren Profilbeschreibungen der vier Säulen der auf Bundesebene verbandlich organisierten Familienselbsthilfe noch einmal erweitert,

erklärt die Breite des empirischen Zugangs, den unser Forschungsprojekt zur Evaluation der Familienselbsthilfe wählen mußte. Es hätte ein zu enges Bild ergeben, wenn wir uns mit den schriftlichen Fragebogenaktionen bei den Aktiven aus diesen vier „Verbandssäulen“ der Familienselbsthilfe hätten begnügen müssen. Zur Forschungsmethode gehörte deshalb auch die konventionelle Literatur- und Dokumentenanalyse, die Recherche, das Expertengespräch und, als komplex-integrativer Zugang zum ganzen Themenbereich des Projekts, die regionale Fallstudien.

⁵³ Vgl. Evers/Leichsenring/Pruckner (1993)

4. Die Bedeutung der Familienselbsthilfe für die sozialpolitische Infrastruktur und Lebensqualität von Familien in Region und Kommune

4.1 Vorbemerkung zu den regionalen Fallstudien

Die im folgenden berichteten Ergebnisse aus vier regionalen Fallstudien stellen eine unentbehrliche Ergänzung zu den quantitativ auswertbaren Fragebogenaktionen bei Aktiven aus den vier „Säulen“ der klassischen Familienselbsthilfe: Mütterzentren, Elterninitiativen, Stillgruppen und den Selbsthilfegruppen von Stieffamilien dar. Denn die Initiativen der Familienselbsthilfe reagieren zwar auf einen gesellschaftsweiten Bedarf von Familien nach Kommunikation, Austausch und alltagsnaher Unterstützung jenseits der eigenen vier Wände und der Kernfamilien. Das soll heißen: Dieser Bedarf ist nicht etwa z.B. auf einkommensarme Familien, auf Migrantenfamilien oder kinderreiche Familien, auf Stadt- oder Landfamilien begrenzt. Aber trotz eines strukturell gesellschaftsweit ähnlichen Bedarfs nimmt der Entwicklungsverlauf und das Aktivitäts- und Reichweitenprofil der Familienselbsthilfe vielfältige und stark voneinander unterschiedene lokal-regionale Ausprägungen an, die nicht zuletzt vom Auftreten und Mit- oder Gegeneinander-Agieren von Gründer/innen und Promotor/innen von Familienselbsthilfe im lokalen Umfeld abhängen. Die Fallstudien sollen in der Darstellung solcher lokaler Ausprägungen von Familienselbsthilfe eine Bandbreite möglicher Konstellationen zeigen. Auf dieser Grundlage sollten sich, trotz fehlender Repräsentativität, Thesen über Entwicklungsbedingungen und -perspektiven von Familienselbsthilfe „in der

Landschaft des Sozialen zur Jahrtausendwende“ mit begründetem Anspruch auf allgemeinere Gültigkeit ableiten lassen.

Bei der Auswahl der Untersuchungsregionen spielten eine Reihe pragmatisch-methodischer Überlegungen eine Rolle: Die Bedingungen für die Entwicklung von Familienselbsthilfe in Ostdeutschland sollten durch wenigstens zwei unterschiedliche Fallbeispiele in ihrer Andersartigkeit und auf dem Hintergrund von Aspekten der Sozial- und Mentalitätsgeschichte der Ostdeutschen „eingefangen“ werden. (Groß)Städte und ländliche Regionen sollten in der Auswahl vertreten sein; besonders lag uns daran, eine bei typisierenden Regionalvergleichen oft übersehene Raumkategorie mit aufzunehmen: den suburbanen Raum in großen Verdichtungsräumen, weil diesem oft als „Speckgürtel“ der Großstädte bezeichneten Regionstyp nachgesagt wird, sich nicht zuletzt durch die Wanderungsgewinne der Stadt-Umland-Wanderung aus den Kernstädten zur „Familienzone der Gesellschaft“ (Strohmeier 1988: 31) zu entwickeln. Weiter sollten Kommunen mit ausgefeilten Konzepten der Selbsthilfeförderung, aus Bundesländern mit unterschiedlicher „Kultur“ der Selbsthilfeförderung und der Förderung innovativer Angebote in der Kinderbetreuungslandschaft ausgewählt werden; und schließlich sollten in den Fallstudien Kommunen mit einer weit aufgefächerten „Landschaft“ von Selbsthilfeinitiativen einschließlich Mütterzentren und, als weiterer Gesichtspunkt, Kommunen oder Stadtteile mit höherem Ausländeranteil in der kleinen Gruppe der untersuchten Regionen enthalten sein. All

diese Überlegungen flossen in die Entscheidung ein, den früheren Landkreis Wolgast mit der Insel Usedom, Leipzig als große Stadt in Ostdeutschland mit einer ausgeprägten Tradition bürgerrechtlichen und kulturellen Alternativmilieus, Bergisch Gladbach als Stadt im suburbanen Verdichtungsraum um Köln und München als Stadt mit einem elaborierten Konzept der Selbsthilfeförderung, aber auch mit verdichteten Wohnquartieren z.T. in Hochhausbebauung, vom „Abrutschen“ in Richtung sozialer Brennpunkt gefährdet, als Gegenstand der regionalen Fallstudien auszuwählen.

Die Fallstudien folgen sowohl bei der Feldarbeit als auch im folgenden Kapitel den Linien, die vom lokal-regionalen Kontext vorgegeben sind. Für die beiden regionalen Beispiele aus den neuen Bundesländern - für Leipzig dabei mit Schwerpunkt bei der Großwohnsiedlung Grünau - schien es notwendig, die in Ostdeutschland gegenüber den alten Bundesländern viel stärkere Bedeutung der Frauenerwerbstätigkeit, die stark ausgeprägte Tradition der institutionellen Kinderbetreuung schon im Kleinkindalter und auch den Stellenwert von Fördermitteln des Zweiten Arbeitsmarkts in ihrer Bedeutung für das Entstehen und die Entwicklung von Familienselbsthilfe deinzubeziehen. Da wir nicht bei allen Leser/innen eine hinreichend genaue Vorstellung von der strukturellen Lage der Untersuchungsregion bzw. Stadtteile voraussetzen können, werden diese in knappen Skizzen vorgestellt. Diese Vorstellung haben wir uns für München erspart, weil wir allen Lesern ein „Bild im Kopf“ von München voraussetzen. Dafür haben wir versucht, den für die Untersuchung ausgewählten Stadtteil Neuaubing so dicht zu beschreiben, daß sich seine sozialräumliche Welt vor den Augen der Leser/innen ausbreitet.

Ein besonders wichtiges Ziel war es für die Fallstudien, die Wechselwirkung zwischen den Initiativen („von unten“) und der kommunalen Landschaft der fördernden Institutionen und den in ihnen handelnden Personen („von oben“), aber auch der Ausgestaltung und Typik der sozialen Infrastruktur (für Familien) insgesamt einzufangen. Zu diesem Zweck haben wir in unseren Befragungen und Expertengesprächen vor Ort eine Liste identischer Fragen in allen vier Regionen abgearbeitet; in der Darstellung konzentrieren wir uns aber auf die jeweilige lokale Färbung und Ausprägung, die sich bei diesen Befragungen für jede der untersuchten Regionen herauszuschälen schien.

Der Großteil der Informationen in den regionalen Fallstudien bezieht sich auf den Stand vom Sommer und Herbst 1997, als die Vor-Ort-Recherchen durchgeführt wurden. Wichtige Einzelinformationen wurden aber später nachrecherchiert und sind in den Text eingeflossen.

In den neuen Bundesländern hat sich seit der Wende, unterstützt durch den Transfer westdeutscher Erfahrungen aus der Förderung von (vor allem: gesundheitsbezogener) Selbsthilfe durch ein Netz von Selbsthilfekontaktstellen (in einer Bundesmodellförderung) eine bunte Landschaft an Selbsthilfegruppen herausgebildet, die in ihrer quantitativen Verbreitung und der Vielfalt ihrer Themen immer näher an die Struktur der Selbsthilfelandchaft in den alten Bundesländern heranrückt⁵⁴.

Auch Familienselbsthilfe-Initiativen und -projekte haben sich entwickelt; aber - bisher - in deutlich schwächerer Ausprägung. Schon die heftige Dynamik im Feld der „allgemeinen“ Selbsthilfe macht als Erklärung

⁵⁴ Vgl. dazu die schon zitierten Studien und Tagungsbände aus dem Kölner ISAB: Braun/Kasemann/Kettler (1994); Braun/Kettler (1996); Braun/Klemmert (1998).

rung für die Langsamkeit und Begrenztheit der Entwicklung von Familienselbsthilfe Erklärungen dafür untauglich, die auf mentale Sperren, Unfähigkeit zur Selbstorganisation als Erblast des Lebens unter dem vormundschaftlichen Arbeiter- und Bauernstaat zurückgreifen. Auch das - im Vergleich mit den alten Bundesländern - deutlich größere Gewicht selbstorganisierter Projekte und Initiativen im Bereich der (offenen) Jugendarbeit in den neuen Bundesländern (Seckinger u.a. 1998: 114) spricht massiv gegen die These von mangelnder Selbstorganisationsfähigkeit der Menschen in den neuen Bundesländern. Vielmehr liegt es nah, die relative „Unterentwicklung von Familienselbsthilfe dort auf die spezifische Arbeitsteilung zwischen staatlichen Institutionen und familiärer Leistung und Zuständigkeit im Bereich der Kinderbetreuung zurückzuführen; und auf das mentale Muster der „ausgeprägten Erwerbsorientierung“ von jungen Frauen in den neuen Bundesländern - das allerdings zunehmend in Gegensatz zur gelebten eigenen Lebenswirklichkeit tritt. Wenn unsere Eindrücke aus den regionalen Fallstudien auf Usedom und in Leipzig zutreffen, dann wird dieser Gegensatz zwischen in Wertbezügen verankerten biographischen Wünschen und notwendiger Orientierung in einer veränderten Wirklichkeit - mit prekären Arbeitsmarktperspektiven - zunehmend bearbeitet und in soziale Aktivität umgesetzt. Mütter im Erziehungsurlaub begreifen sich dann nicht mehr als „erwerbstätig im Wartestand“, sondern als in einer eigenen - wenn auch begrenzten, deutlich kürzer als im Westen angelegten - Lebensphase als junger Familienfrau/-mutter stehend. Die Auseinandersetzung mit dieser Rolle beginnt denn auch mehr Raum im Leben junger Frauen in den neuen Ländern einzunehmen. Familienselbsthilfe-Initiativen sind ein Ort, wo dieser Auseinandersetzung Raum gegeben

wird, wo über die Zwischenräume und die Spannung zwischen Beruf und Familie „verhandelt“, wo diese Zwischenzone aktiv ausgestaltet wird. Das Knüpfen kollektiver Netzwerke über persönliche Freundschaften hinaus, tauglich dennoch auch und gerade für Alltagsunterstützung bis hin zu schweren Lebenskrisen und für die Lebensorientierung in der „Multioptionsgesellschaft“ ist „community building“, ist Arbeit, die „soziales Kapital“ bildet – im Sinn verlässlicher Bindungen, die schon Kindern und ihren Eltern, aber nicht nur als vereinzelt Individuen, sondern auch als ganzen Familien, aus dem sozialen Nahraum als Stütze zur Verfügung stehen.

Der folgende Rundgang durch die Szene von Familienselbsthilfe und ihr sozialen Nachbar-Zonen - am Beispiel von Usedom und Leipzig, wo wir unsere regionalen Fallstudien in den neuen Ländern durchgeführt haben - beschreibt damit ein Feld, dem wir eine erhebliche Wachstumsdynamik vorhersagen.

4.2 Elternvereine auf Usedom: mehr als Kinderbetreuung

Usedom, zweitgrößte Insel Deutschlands, liegt an der Ostsee im Kreis Ostvorpommern in Mecklenburg-Vorpommern. Es ist eine ländliche, nicht sehr dicht besiedelte Gegend. Usedom besitzt, im Gegensatz zu anderen Ost-Regionen eine ausgebaute Tourismusindustrie für jeden Geldbeutel: schon zu Zeiten der DDR galt die landschaftlich schöne Halbinsel als beliebtes Reiseziel - zumal die Auswahl für DDR Bürger bekanntermaßen stark eingeschränkt war. Doch auch in vor-sozialistischen Zeiten war die Insel Usedom mit den Seebädern Ahlbeck, Bansin und Heringsdorf mondäner Bade- und Erho-

lungsort. Insbesondere in diesen drei Kaiserbädern wurden nach der Wende zahlreiche Häuser und Villen, erbaut in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts, stilgerecht restauriert, die Orte entwickelten sich dadurch zu Nobeladressen deutscher Reiseveranstalter. Der Tourismus als Wirtschaftsfaktor beeinflusst die ansonsten eher negative Arbeitsmarktlage zumindest im Sommer für die Einheimischen sehr positiv.

Die Arbeitslosenquote im Jahr 1996 liegt bei 20,1% für den Kreis Ostvorpommern (DJI Regionaldatenbank). Besonders massiv war der Einbruch der Beschäftigtenzahlen in den Jahren nach der Wende in den Wirtschaftsbereichen Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei. Aber auch im Schiffbau und auf den Werften ging ein Großteil der Arbeitsplätze verloren. Während vor diesem Hintergrund die Arbeitslosenquote für den Kreis Ostvorpommern (DJI Regionaldatenbank) 1996 noch bei 20,1% lag, hat sie sich bis zum Juni 2000 auf 16,9% verringert, und für den Teilbereich der Arbeitsamts-Nebenstelle Wolgast auf 14,0%. Darin schlägt die starke Aufwärtsentwicklung des Tourismus auf der Insel Usedom deutlich durch. Vor allem im Sommer beeinflusst der Tourismus die Arbeitsmarktlage hier sehr positiv.

4.2.1 Veränderungen in der Kinderbetreuungslandschaft: Usedom

Von 1991 bis 1997 ist die Anzahl der Kinder in der Altersgruppe der 0-12jährigen um ca. 7.500 gesunken. Diese Zahlen (Beschlussvorlage des Landkreises Ostvorpommern) verdeutlichen den drastischen Kinderschwund auf der Insel Usedom, auch wenn zwischen 1995 und 1997 der Rückgang etwas geringer war. Die sinkenden Kinderzahlen brachten die Infrastruktur der Kinderbetreuung in eine prekäre Lage: infolge dieser Entwicklung und

der mageren finanziellen Ausstattung der Kommunen mußten die Gemeindevertreter auf die Situation vor Ort reagieren und verschiedene Lösungsmodelle für das Weiterbestehen der Kinderbetreuungseinrichtungen in Erwägung ziehen. In einigen Orten sollten Kindergärten geschlossen werden und die betroffenen Kinder Einrichtungen im Nachbarort besuchen - eine Zusammenlegung verschiedener Einrichtungen. Innerhalb der Gemeinden wurde die institutionelle Dreiteilung der Einrichtungen nahezu aufgehoben, d.h. altersgruppenspezifische Einrichtungen (Krippe, Tageseinrichtung, Hort) aufgelöst und in eine einzige Kindertagesstätte transformiert. Personalabbau, veränderte Arbeitsstrukturen und für die Eltern zusätzliche Anfahrtswege sind einige der Folgen dieser strukturellen Veränderungen. Die relative Ratlosigkeit und gleichzeitige Offenheit der politisch Verantwortlichen regte die betroffenen Eltern und Erzieherinnen sowie einige Gemeindevertreter an, nach kreativen, für alle Beteiligten tragbaren Lösungen zu suchen.

Das Ergebnis in einigen Ortschaften, deren Vorbild andere bald folgten, war der Zusammenschluß von engagierten Eltern zu Vereinen und die Übernahme der Kinderbetreuungseinrichtungen als anerkannte freie Träger der Jugendhilfe. Auf der Insel Usedom befanden sich damit ein Drittel aller Kinderbetreuungseinrichtungen in Trägerschaft der Eltern (30 Einrichtungen, davon 9 Elternvereine). Einige der Initiativen sind wegen weiter sinkender Kinderzahlen und des daraus folgenden Zusammenlegens von mehreren Einrichtungen akut gefährdet oder bereits wieder geschlossen (ein Elternverein).

4.2.2 Die Entstehung der Elternvereine

Die Entstehungsgeschichten der neun Elternvereine unterscheiden sich voneinander: in einigen Ortschaften rieten einzelne Gemeinderatsmitglieder den Erzieherinnen, die Eltern zu einer Vereinsgründung zu motivieren, um drohende Schließungsvorhaben abzuwenden. Ein Teil der Elternvereine entstand als spontane Reaktion auf einen Betreuungsbedarf, so z.B. in Ahlbeck, wo es keinen Hort, wohl aber einen dringenden Bedarf danach gab. Eine Mutter mobilisierte die Eltern durch Flugblätter und Einladungen und erreichte gemeinsam mit anderen Eltern innerhalb von zwei Monaten die Übernahme der Trägerschaft, die Renovierung der Räume und die Einstellung der Erzieher, so daß im Hort pünktlich zum Schulanfang die Arbeit begonnen werden konnte - ein Beispiel, wie Selbsthilfe mit der notwendigen Unterstützung flexibel und unbürokratisch auf Versorgungslücken reagiert. Unter der Trägerschaft dieser Einrichtung befindet sich mittlerweile auch der Kindergarten, der vorher im selben Haus unter kommunaler Trägerschaft geleitet wurde.

Die Motive der Eltern und der Erzieherinnen bei der Übernahme der Trägerschaft ergänzten sich - die Sicherung ihrer Arbeitsplätze (seitens der Erzieherinnen) und die Sicherung der Betreuungsplätze (seitens der Eltern), um einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können. Eine weitere, die Elternschaft mobilisierendes Motiv bestand in der Idee, aus den Elternvereinen heraus Stätten der Begegnung und der Kommunikation zu entwickeln, um so bröckelnde lokale Identitäten zu stärken. Vor allem in kleineren Ortschaften besaßen die Kinderbetreuungseinrichtungen eine Art symbolische Bedeutung für die Ortsidentität - ohne einen sozialen Treffpunkt entwickeln sich die kleineren Dörfer

durch den Wegfall von Militärsiedlungen und die hohe Anzahl an Fernpendlern zu teilweise „verwaisten Geisterstädten“.

Um den Eltern diesen Schritt, die Übernahme der Trägerschaft, zu ermöglichen, bedurfte es der Fürsprache des Engagements von Vertretern auf der politischen Landesebene und der tatkräftigen Unterstützung von Aktiven aus der Verwaltung, speziell einer Vertreterin des Jugendamts in Anklam, die durch Beratung, Supervision der Eltern und Erzieherinnen und durch die Vertretung der Idee gegenüber Land und Kommunen einen großen Beitrag zum Zustandekommen und der Entwicklung der Elternvereine leistete. Erfolg bringen konnte ihr Engagement nur im Wechselspiel mit motivierten Ansprechpartnern vor Ort - zum Teil aus der Elternschaft, zum Teil durch die Erzieherinnen, Aktive, die als Antriebsmotor die Vereinsgründung und die damit verbundenen Organisationsaufgaben und die Klärung der Inhalte (z.B. des pädagogischen Konzeptes) vorantrieben.

4.2.3 Vernetzung und kommunale Einbindung der Initiativen

1994 erfolgte die Gründung des Vereins zur Förderung von - Familien- und Nachbarschaftshilfe e.V. Der Verein ist ein Zusammenschluß der selbstorganisierten Elternvereine im Landkreis Ostvorpommern. Das Sozialministerium unterstützte 1994 den Förderverein mit einer Anschubfinanzierung. Die Zielsetzung des Vereins liegt in der Förderung von Familienselbsthilfeinitiativen, um die Situation von Familien im Landkreis zu verbessern. Als Kontakt- und Beratungstelle, als Organisator von Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Erzieher und Eltern dient er der Vernetzung und somit der Entlastung des Arbeitsalltags der Initiativen. In Zusammenarbeit der Eltern und

Erzieherinnen mit dem Förderverein entwickelten sich die Elternvereine in unterschiedlichem Ausmaß und jeweils unterschiedlichem Zuschnitt zu Familienzentren, zu Begegnungsstätten und offenen Treffpunkten für Eltern, Großeltern und ihre Kinder und Enkel. Im Mittelpunkt des Engagement stand zwar die Kinderbetreuung aber zunehmend auch die Öffnung zur aktiven Gemeinwesenarbeit - „wir alle erlebten Elternselbsthilfe als eine Form direkter Mitbestimmung im sozialen Raum. In all den kleinen Gemeinden wurde durch Eltern Familienpolitik betrieben. Familienfunktionen, die der Staat vorher übernommen und abgesichert hat, funktionieren jetzt in Form von aktiver Selbsthilfe“ (Stellungnahme und Bericht des Fördervereins Familie- Nachbarschaftshilfe). Um diesem Anspruch gerecht zu werden, entwickelte der Förderverein neue Projekte, die den Aufbau nachbarschaftlicher und familiärer Beziehungen fördern und unterstützen, z.B. durch gezielte Integration benachteiligter Gruppen. Die Initiatoren des Vereins begreifen sich als Motor produktiver Unruhe gegen behördliche Mangelzustände und bürokratische Schwerfälligkeit. Die Ideen, Erfahrungen und Bewältigungsstrategien der mitwirkenden -Laien (Eltern) ermöglichen es, die Öffentlichkeit für eine aktive Familienpolitik und kinderfreundliche Umwelt zu sensibilisieren. Der Förderverein dient der Vernetzung und Koordinierung, um so die Familienselbsthilfeaktivitäten der Gemeinden zu bündeln und den gemeinsamen Forderungen Nachdruck zu verleihen.

4.2.4 Familienselbsthilfe als Bereicherung für Familien und Kommune

Durch die Elternvereine verbessert sich die Lebensqualität in essentiellen Lebensbereichen für viele der Familien und Aktiven entscheidend. Der oben beschrie-

bene Erweiterungsansatz umfasst die Einrichtung von Familiencafes oder generationsübergreifenden Mittagstischen, verschiedenen Kursangeboten, z.B. Nähkurse, Fortbildungen, gemeinsame Feste, Gesprächskreise oder Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen. In dem Elternverein „Peenemünder Spatzen“ befanden sich beispielsweise ursprünglich Kinderbetreuung, selbstverwaltetes Jugendclubhaus und Seniorentreff auf einem Gelände. Eine eigens angestellte Köchin sorgte für die Verpflegung der Kinder und einzelner Senioren. Durch eine zum Teil hohe Fluktuation der Anwohnerschaft, vor allem in Peenemünde, wird eine kontinuierliche Arbeit allerdings erschwert. Viele Usedomer Eltern bezeichnen die so entstandenen Familienzentren als Anlaufstelle für Bildung, Freizeit und Kommunikation.

Durch die Übernahme der Kinderbetreuungseinrichtungen seitens der Elternvereine verbessert und erweitert sich die Qualität der Kinderbetreuung, und zwar durch die erhöhte Bereitschaft der Erzieherinnen in Elternvereinen, neue pädagogische Ansätze in der Fortbildung kennenzulernen und in der Einrichtung umzusetzen sowie die Möglichkeit, das Konzept gemeinsam mit den Eltern frei gestalten zu können. Die Erzieherinnen erarbeiten ihre Konzepte, Arbeitspläne und Arbeitszeiten zum Teil in Abstimmung mit den Eltern, zum Teil in Eigenregie, je nach Struktur und Wahrnehmung der Einflußmöglichkeiten durch die Elternschaft. Ein weiterer bedeutsamer Motor für die Verbesserung der Betreuungsqualität liegt in der Konkurrenzsituation um Kinder: die Betreuung muß flexibel und den Bedürfnissen der Eltern angepasst sein, da bei Kindermangel der Einrichtung Schließung und der Erzieherin Verlust des Arbeitsplatzes droht, d.h. Erzieherinnen können

es sich schlichtweg nicht leisten, Wünsche der Eltern außer acht zu lassen.

Für die Eltern aus den neuen Bundesländern bietet das Ausmaß der Partizipationsmöglichkeiten nach eigenen Aussagen eine neue und herausfordernde Erfahrung. Die Eltern als Träger sind berechtigt, bei allen Belangen der Vereine mitzubestimmen: sie setzen die Richtlinien des pädagogischen Konzeptes fest, sie regeln Personalangelegenheiten (in einigen der Elternvereine mußten sämtliche Bewerberinnen für die Tätigkeit als Erzieherin vor der gesamten Mitgliederversammlung eine Vorstellung mit Kurzreferat geben, die Elternschaft stimmte über die Einstellung ab) und organisieren und erledigen anfallende Aufgaben, wie z.B. Festgestaltung und Renovierungen, teilweise auch Verwaltungs- und Bürotätigkeiten für den Verein und die Einrichtung. Durch die Einforderung der Elternmitarbeit ergab sich auch für Väter innerhalb der Initiativen ein Betätigungsfeld und die Möglichkeit zur Partizipation, die sich analog zu den alten Bundesländern vielfach auf handwerkliche Tätigkeiten oder die Mithilfe bei Festivitäten (Grillen) beschränkt.

Die Eltern bewerten ihren erweiterten Handlungsspielraum positiv, da er ihnen einen Einblick in die Betreuung ihrer Kinder in einem Ausmaß ermöglicht, das zu DDR-Zeiten undenkbar war. Auf Usedom haben wir festgestellt, daß sich die Form der Initiierung der Elternvereine auf die Motivation zur Beteiligung und Mitbestimmung seitens der Eltern auswirkt. Unterschieden werden kann zwischen zwei Prototypen der Gründung: zum einen Gründungen von unten, Basisgründungen, bei denen in der Elternschaft ein hohes Motivationspotential besteht. Im Vordergrund stehen ein persönlicher Betreuungsbedarf für eigene Kinder, Verwirkli-

chung bestimmter (pädagogischer) Vorstellungen oder der Erhalt einer Einrichtung vor Ort. Die andere Form der Gründung, bezeichnen wir als außenmotiviert. Treibende Kraft war in diesen Fällen eine Erzieherin, die ihren Arbeitsplatz und damit die Kinderbetreuungseinrichtung erhalten wollte. In solchen Fällen motivieren die Erzieherinnen die notwendige Anzahl an Eltern, um den zum Bestandserhalt notwendigen Verein zu gründen, die Organisation und das Konzept stellt die Erzieherin. Bei diesem Typ des Elternvereins erfolgt kaum eine Übernahme an Verantwortung und Aktivitäten seitens der Elternschaft. Im Fall der Basisgründungen kommt der Elternmitarbeit und dem Wunsch zur Mitbestimmung eine größere Bedeutung zu - dieser Anspruch spiegelt sich nicht zuletzt in der stärkeren Öffnung und Erweiterung des Elternvereins wieder.

Die zu Familienzentren erweiterten Elternvereine bieten eine breite Palette an Dienstleistungsangeboten, die es auch Familien mit geringerem Einkommen ermöglichen, durch freie Nutzung von Büchereien, Videotheken, Spielotheken, Weiterbildungskursen, Sport- und Entspannungsangebote sowie dem Zugang zu Computern an gemeinschaftlichem Leben teilzunehmen. Vorträge und Beratung durch Fachleute erfüllen den Bedarf nach Information und Beratung in Bereichen wie Pflege von Säuglingen (Stillen, Impfen, Ernährung) oder zu aktuellen Erziehungsfragen.

Die These, daß Familienselbsthilfe und Eigeninitiative Kreativität freisetzen, findet in den Elternvereinen auf Usedom ihre Bestätigung. Bemerkenswert erscheint allerorts die Ideenvielfalt, vor allem der Erzieherinnen, (in Zusammenarbeit mit den Eltern) zur finanziellen Absicherung der Initiativen und zum Anwerben von Kindern: eine Einrichtung übernahm nach

der Hortgründung durch engagierte Eltern die Kita im selben Haus und warb mit einem Geburtstags-Party-Service für alle Kinder in der Stadt, Babysittervermittlung für Touristen oder generell mit einem Ferienprogramm für einheimische und für UrlauberKinder. Die Schließungszeiten im August wurden aus diesem Grund aufgehoben. Die Kommunen an der Ostsee werben für familienfreundlichen Urlaub, die Kinderbetreuungseinrichtungen finden sogar in Prospekten der Fremdenverkehrsämter auf Usedom Erwähnung. Die Einbettung in die Gemeinde und die Anerkennung als soziale Institution wird durch die Netzwerke und die Reaktion auf Öffentlichkeitsarbeit deutlich: Kontakte zum Theater, zur Kurverwaltung, zum Handwerkerhof ermöglichen das Werben von Sponsoren und Interessierten. Sommerfeste, Basteleien für die Tourismusmesse und die Gestaltung von öffentlichen Festen festigen die Rolle der Einrichtungen vor Ort. „Diese Aktivitäten, die Umgestaltung der Räume, die Renovierung des gesamten Hauses und das Einbringen der Konzepte zur Öffnung der Einrichtung wären unter der Regie der Kommune nie möglich gewesen“, so faßt ein Erzieher die Bedeutung der Trägerschaft durch die Eltern zusammen.

Durch die Förderung der Elternvereine als freie Träger wird die kommunale Pluralität gewährleistet und die Attraktivität der Kommune, auch für neu zugezogene Familien, durch das Vorhandensein einer sozialen, integrativen und niederschweligen Anlaufstelle gesteigert. Der Ansatz der Ausweitung der Aktivität seitens der Elternvereine zu Familienzentren wurde allerdings nicht von allen kommunalen Vertretern befürwortet: „Das hat doch nichts mit Kinderbetreuung zu tun“. Genau wie in den alten Bundesländern wurde auch der Anspruch nach Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der Eltern-

vereine schwer akzeptiert - zumal die Gemeinde die Trägerschaft meist aus finanziellen Gründen aufgeben mußte, aber ihr Recht auf Mitbestimmung nicht abgeben wollte. Einige Gemeindevertreter und Bürgermeister haben sich von der Initiatarbeit überzeugen lassen und gewähren den Elternvereinen eine große Unterstützung.

Die Elternvereine auf Usedom entlasten den kommunalen Haushalt, da die Gemeinden das Betreuungsangebot ohne die Übernahme durch die Elternvereine nicht mehr aufrecht erhalten konnten - dadurch fiel die Finanzierung der Kindertagesstätten in die Verantwortung der Landesförderung.

Nicht zuletzt erkennen die kommunalen Vertreter die geleistete lokale Prävention: Die Unterstützung und die Angebote der Familienzentren bewirken bei psychosozialen Lebenskrisen und defizitären Verhältnissen eine niederschwellige und nicht-professionelle Hilfe und Stabilisierung, durch die sich, zumindest teilweise, weitergehende Intervention und kommunale Hilfe erübrigt. Die Elternvereine als kleinräumige Netzwerke ermöglichen eine persönliche und bewußte Krisenintervention bei einzelnen Mitbürgern: z.B. bei plötzlichem Rückzug ehemals Aktiver wird ein privates Gespräch gesucht, Einzelne werden aus ihrer Isolation (z.B. Rückzug wegen plötzlicher Arbeitslosigkeit) in die Gemeinschaft zurückgeholt.

Die oben erwähnte Entwicklung von Kreativität durch die Elternvereine bringt der Gemeinde ebenfalls Nutzen: Die Attraktivität als Tourismiszentrum wird durch die oben genannten Angebote der Elternvereine noch gesteigert.

4.2.5 Pädagogische und strukturelle Veränderungen in den Kindertagesstätten

Nach der Wende vollzog sich in den Kindertagesstätten der neuen Bundesländer ein großer Umbruch. Auch in den Elternvereinen auf Usedom entstand unter den Erzieherinnen zum Teil Unsicherheit und Orientierungslosigkeit, verursacht durch die generelle Abwertung ihrer pädagogischen Arbeit, die Stigmatisierung der Krippen und Kindergärten als Bewahranstalten und durch die vorherrschende Unkenntnis anderer Erziehungsinhalte wie Montessori, Reggio, Situationsansatz, Waldorfpädagogik oder ähnliches. Der Erzieherinnenalltag unterlag einer starken Wandlung. Das plötzlich entstehende Vakuum zwischen dem Nicht-mehr der Rahmenpläne bis hin zu ihrer Verteufelung und dem Noch-nicht an neuen pädagogischen Inhalten - diesmal selbstbestimmt oder wie im Fall der Elternvereine auf Usedom gemeinsam mit den Eltern ausgehandelt - löste unter den befragten Erzieherinnen ein ambivalentes Verhalten bis hin zu Verunsicherung aus, wurde aber bald als Zuwachs von Möglichkeiten gesehen und gestaltet. Die Erzieherinnen in den von uns befragten Elternvereinen betonten die vielfältigen Herausforderungen, denen sie mit verschiedenen pädagogischen Konzepten begegnen, u.a. mit dem Situationsansatz oder mit Elementen des früheren Erziehungsprogramms, allerdings mehr auf individuelle kindliche Bedürfnisse ausgerichtet.

Hierzu zählen die Freiwilligkeit von Bastelarbeiten, bedürfnisorientierte Schlaf- und Brotzeitzeiten, Freispiel und strukturelle Bedingungen wie altersgemischte Gruppen und flexible Bring- und Holzzeiten, außerdem dürfen die Eltern in allen Einrichtungen einen Tag oder längere Zeit verbringen z.B., um einen Einblick in den

Tagesablauf zu gewinnen, was zu DDR-Zeiten unerwünscht war.

Die Anwendung solcher Konzepte ist mit der Vorstellung bestimmter Erziehungsziele untrennbar verbunden. Auf Usedom zeigt sich eine Veränderung der Erziehungsziele: In den Gesprächen mit Eltern und Erzieherinnen wird deutlich, dass Eigenschaften wie „mitfühlend sein“, „Durchsetzungsvermögen entwickeln“, „Selbstvertrauen und Selbstverwirklichung stärken“ und ein „konstruktives Konfliktlösungsverhalten“, aber auch „Phantasie und Kreativität“ ausleben, an Bedeutung gewonnen haben. Eher traditionale, zugleich-„DDR-typische“ Erziehungsziele wie „Anpassungsverhalten“, „Leistungsstreben“, „Unterordnung und Gehorsam“ verlieren langsam an Bedeutung. An den Kindern beobachtete Verhaltensveränderungen weisen auf ein gestiegenes Selbstbewußtsein, aber auch auf ein gesteigertes Aggressionspotential hin. Daraus resultieren für die Eltern wie auch für die Erzieherinnen neue Aufgaben und Probleme. Häufig werden die Erzieherinnen mit entwicklungspsychologischen Fragen der Eltern konfrontiert (wann und wie wird mein Kind trocken?, wie verhalte ich mich bei kindlichem Trotzverhalten?).

Die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung mit Kindern inklusive der Problematik einer sinnvollen Nutzung der Medien werden häufig mit den Erzieherinnen besprochen. Allgemein erleben Kinder innerfamiliär Hilflosigkeit, Unsicherheit, Aggression und Auseinandersetzungen politischer Art in einem vorher nicht gekannten Ausmaß - Arbeitslosigkeit war z.B. bis Ende der 80er Jahre ein Phänomen, das den Lebenszusammenhang eines DDR-Bürgers nicht betraf. Familienselbsthilfe kann durch Öffnung und Erweiterung des Familiensystems gemeinsam zu einer Bewältigung oder Kompensation dieser Probleme

matik verhelfen - und so Bedürfnisse von Familien thematisieren und ausgleichen.

Neben den inhaltlichen Wandlungen veränderten sich auch Struktur und Ausstattung der Kindertagesstätten. Die Ausstattung der Kitas in Trägerschaft der Elternvereine wurde größtenteils aus den alten Einrichtungen übernommen oder durch Sachspenden erneuert. Die Raumgestaltung und Nutzung lockerte sich auf, die vor der Wende üblichen Isolierräume wurden z.B. in Gruppenräume umfunktioniert.

In der ehemaligen DDR bestand eine strikte institutionelle Trennung von Krippe, Kindergarten und Hort. Die Rahmenpläne und die spezielle, altersgemäß unterschiedliche Pflege der Kleinstkinder führte zu altershomogener Gruppenbildung. Nach der Wende konnte diese Struktur aufgrund der sinkenden Kinderzahl und der Offenheit für neue Konzepte nicht aufrecht erhalten werden. 1996 waren bereits 87% der Kinderbetreuungseinrichtungen in Ostvorpommern altersgemischte Kindertagesstätten, nur noch 1% Krippen, 4% Kindergärten und 8% Horte. (Beschlußvorlage des Landkreis Ostvorpommern vom 21.05.1997) Die Horte wurden nach der Wende aus den Schulen ausgegliedert. Die Übernahme der Hortkinder durch die Elternvereine steht in Konkurrenz zu dem Projekt „betreute Schule“, bei dem Schüler bis 14 Uhr von Lehrern in der Schule beaufsichtigt werden.

Die Erzieherinnen der Elternvereine (und mit ihnen alle Erzieherinnen von Einrichtungen für unter 6jährige) mußten sich für den Hortbereich nachqualifizieren, eine sogenannte Anpassungsqualifikation erwerben. Krippenerzieherin, Kindergärtnerin und Hortnerin waren in der ehemaligen DDR getrennte Fachschulabschlüsse, innerhalb derer man sich funktionsbezo-

gen qualifizieren und einen Hochschulabschluß erwerben konnte.

Die sich daraus ergebende große Altersmischung stellt die Erzieherinnen vor neue Herausforderungen, denen sich die befragten Erzieherinnen engagiert stellen. Sie beschreiben ihre Arbeit als interessanter und anspruchsvoller als früher und die Kinder werden zu gegenseitigen Hilfeleistungen und einem rücksichtsvollen Miteinander angespornt. Als problematisch bezeichnen einige Erzieherinnen die Situation nur dann, wenn eine Altersgruppe völlig ausgedünnt ist und die Kinder keine gleichaltrigen Spielgefährten mehr finden.

Die Öffnungszeiten in den Kindertagesstätten belaufen sich in der Regel auf 10 Stunden. Die Flexibilität und Akzeptanz der Kinderbetreuung in den neuen Bundesländern hat sich erhalten, nicht zuletzt weil die Anfahrtswege zur Arbeit der Eltern häufig viel Zeit in Anspruch nehmen. Die Arbeitszeiten der Erzieherinnen erfordern eine hohe Flexibilität, zum Teil beginnt die Arbeit morgens, wird um die Mittagszeit für einige Stunden unterbrochen und am Nachmittag fortgesetzt. Die Gehälter sind allorts, teilweise mittels Änderungskündigungen, unter die Tariflöhne gesetzt worden und der Betreuerschlüssel wurde gesenkt.

Im Gegensatz zu den öffentlichen Trägern fanden in den Elternvereinen größere Veränderungen und Umwälzungen statt. Insgesamt läßt die Struktur der Elternvereine zu einem offenen, partnerschaftlichen Austausch über die Bedingungen und Inhalte der Kinderbetreuung ein, gerade auch die Transparenz und die Chance zur Mitgestaltung. Die Arbeitsweise in den kommunalen Kindertagesstätten wird als schwerfällig und weniger änderungswillig beschrieben aber auch

eine ältere Erzieherin eines Elternvereins erlebte die fehlenden Rahmenpläne und die fehlende Altershomogenität vor allem als Verlust. Die von uns befragten Erzieherinnen legten großen Wert auf Fortbildungen im gestalterischen Bereich, z.B. Basteln mit Naturmaterialien oder auch auf Seminare im pädagogischen Bereich. Das Verhältnis zwischen Eltern und Erzieherinnen wird als offen und kooperativ beschrieben. Zum Teil haben die Erzieherinnen Schwierigkeiten, das pädagogische Mitspracherecht der Eltern zu akzeptieren und fühlen sich in ihrer Kompetenz angezweifelt, obwohl die Erzieherinnen häufiger als in den alten Bundesländern als kompetente Ansprechpartner in Erziehungsfragen seitens der Eltern genannt und anerkannt werden.

Die erweiterten Möglichkeiten der Mitbestimmung und Mitarbeit werden durch die Eltern nicht in allen Standorten ausgeschöpft, vor allem bei außenmotivierten Gründungen der Elternvereine überlassen die Eltern Gestaltung des pädagogischen Alltags und organisatorische Arbeiten in der Einrichtung fast vollkommen den Erzieherinnen.

4.3 Leipzig nach der Wende: eine Stadt im Umbruch

Leipzig ist nicht nur die „Heldenstadt“ und die der Montagsdemonstrationen, von wo wesentliche Energien für den Zusammenbruch des DDR-Regimes ausgingen. Eng damit zusammen hängt ein Spitzenplatz Leipzigs bei der Zahl der Ausreiseanträge in den Westen während der 80er Jahre und eine wahre Abwanderungsflut westwärts im Wendejahr 1989 und den Jahren danach. Allein für 1989 und 1990 ist von einem Bevölkerungsverlust von 32.000 Menschen auf diesem Weg die Rede

(Rink 1995a:68). Leipzig wird aber auch die Rolle eines „Gewinners unter den Verlierern“ unter den ostdeutschen Großstädten zugesprochen (Rink 1995a). Denn es ist auch die Stadt des Milliarden-Projekts Neue Messe, Symbol für die großen Hoffnungen, die sich an die Zukunft der Stadt als „postindustriellem“ Wirtschaftsstandort knüpfen. Die Innenstadt um die großen Handelshöfe war jahrelang und ist auch Ende 1998 noch eine Großbaustelle; eindrucksvolle Bauwerke sind aufwendig modernisiert und in Tempel noblen Konsums verwandelt; dasselbe gilt für den Hauptbahnhof als bundesweit erstem Projekt dieser Größenordnung der Bahn zur Verwandlung eines traditionellen Bahnhofs in ein Shopping Center. Weiträumig ist die Stadt von einem Ring von Einkaufszentren, Büropalästen mit z.T. weithin sichtbaren Leerständen und hingeworfenen Wohnanlagen im gehobenen Miet- und Eigentumssegment umklammert.

Eine massive Suburbanisierung hat eingesetzt, die wesentlich zur weiteren Abnahme der Bevölkerungszahl seit der Wende auf nur noch 480.000 Einwohner im Jahr 1996 beigetragen hat⁵⁵. An der Abwanderung ins Umland sind besser Verdienende⁵⁶ und Familien mit Kindern überproportional beteiligt. „Die Struktur der Stadt-Umland-Wanderung zeichnet sich ...durch eine für die Wohnsuburbanisierung typische Familienwanderung aus“ (Herfert 1996:36). Allein 1994 waren am negativen Wanderungssaldo der Stadt Leipzig mit dem Kreis Leipziger Land 750 Kinder und Jugendliche im Alter bis 15

⁵⁵ Der Bevölkerungsrückgang hatte schon zu DDR-Zeiten etwa ab 1971 mit einer Einwohnerzahl von 583.000 (Rink 1995) auf 1988 nur noch 540.000 Einwohner begonnen: Lütke Daldrup (1996:13).

⁵⁶ Nach einer Untersuchung des Instituts für Länderkunde Leipzig waren von den ins Umland von Leipzig Abgewanderten 1994 40% der Haushaltsvorstände Selbständige oder leitende Angestellte, über 50% hatten einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss; 60% dieser Haushalte hatten ein Haushaltsnettoeinkommen von über 4.000, 33% sogar von über 6.000 DM: Herfert (1996:41).

Jahren beteiligt, und wenn man den weite-
ren Umlandbereich einbezieht, ist der Ab-
wanderungsverlust sogar doppelt so groß.

Gleichzeitig ist die industrielle Basis der
Stadt⁵⁷ seit der Wende weggebrochen,
auf weniger als ein Fünftel (17,4% 1996)
ihrer Beschäftigtenzahl von 1989 ge-
schrumpft, die Stadt als Industriestadt
mehr Vergangenheit als Gegenwart oder
Zukunft. Gemessen an diesem Einbruch
der industriellen Beschäftigtenzahl nimmt
sich eine Arbeitslosenquote von 16,4% im
3. Quartal 1997 und in Juni 2000 immer
noch 17,6% fast maßvoll aus: Sie weist
auch auf eine weit aufgefächerte Land-
schaft an Beschäftigungsmöglichkeiten im
Zweiten Arbeitsmarkt hin, unter denen
1.000 Beschäftigte im Leipziger Betrieb
für Beschäftigungsförderung („Hilfe zur
Arbeit“-Maßnahmen) bundesweit Beach-
tung gefunden haben (Zimmermann
1998).

Leipzig ist auch die Großstadt, die wie
sonst kaum eine in der DDR die Misere
der Stadtentwicklungspolitik zu DDR-Zei-
ten verkörpert: Mit dem großflächigen
Verfall von Altbau-Wohnungsbeständen
und einer rigoros auf das Wohnen in
Großsiedlungen („Platte“) konzentrierte
Wohnungs(bau)politik⁵⁸. Alte Arbeiter-
viertel mit Industriebauten auf Abriß (an-
dere sind modellhaft umgenutzt; z.B. be-
findet sich das Jugendamt in einem
hochwertig sanierten ehemaligen Fabrik-
bau aus roten Ziegelsteinen) liegen heute
z.T. flächenhaft brach und warten auf

⁵⁷ 1989 waren in 280 Industriebetrieben, darunter 32 mit
über 1.000 Beschäftigten, etwa ein Drittel der Leipziger
Beschäftigten tätig (Scholz/Heinz 1995). Die Industrie
hatte damit zwar große Bedeutung für den Leipziger
Arbeitsmarkt, andererseits dominierte aber „DDR-untypisch“
der tertiäre Sektor schon in der Vorwendezeit die
Wirtschaftsstruktur der Stadt. („Bürokratisierung als
Tertiarisierung“: Rink 1995). Die großen Chemie- und
Energiekombinate im Umland, die nach der Wende
ebenfalls weitgehend „abgewickelt“ wurden, hatten aller-
dings das Gewicht der Industriebeschäftigung auch für
den städtischen Arbeitsmarkt verstärkt.

⁵⁸ vgl. Scholz/Heinz (1995)

Entwicklung. Manche Altbauquartiere ha-
ben sich zu bunt gemischten, lebendigen
Stadtteilen entwickelt; anderen drücken
die steuerbegünstigter Investitionen für
„Luxussanierungen“ den Makel einer steri-
len, sozialen Einseitigkeit auf. - Und für
die nach der Wende vor allem in West-
Medien, aber auch in wissenschaftlichen
Studien⁵⁹ als Abrißkandidaten gehandel-
ten Plattenbausiedlungen wie - die größte
der Stadt - Grünau mit heute noch etwa
77.000 Einwohnern warten skeptische
Beobachter auf eine Zunahme der sozia-
len Segregation und eine Beschleunigung
sozialer Abwertungsprozesse.

4.3.1 Leipzig-Grünau

Innerhalb eines Jahrzehnts seit der
Grundsteinlegung 1976 wurden in Grü-
nau, auf einer von der übrigen Stadt
räumlich klar abgesetzten Fläche, von 4 x
2,5 km, bis dahin weitgehend „grüne
Wiese“ mit nur einer kleinen Ein- und
Zweifamilienhaussiedlung fast 35.000
Wohnungen in großen Blocks unter-
schiedlicher Höhe und Bauart gebaut.
Ende 1985 hatte der Stadtteil 89.000 Ein-
wohner. An Infrastruktur waren entstan-
den: vier Feierabend- (= Alten-)heime,
fünf Internate, 25 Schulen, 15 Sporthallen,
24 Tageseinrichtungen für Kinder („Kom-
bis“), neun Kaufhallen, acht Gaststätten,
fünf ärztliche Ambulanzen und sechs Ju-
gendclubs (Neubaugebiet Leipzig-Grünau
1976-1986). Damit war zwar vor allem die
soziale und pädagogische Infrastruktur für
die ganztägige Betreuung von Kindern
ausreichend; aber es bestand ein ekla-
tanter Mangel an sozialen und kulturellen

⁵⁹ Vor allem Pestel Institut für Systemforschung (1996).
Die Wohnungsbaupolitik der Kommunen, Länder und des
Bundes hat aber sehr rasch nach der Wende gegen diese
Strömung vor allem in der Berichterstattung der West-
Medien Position bezogen und schon wegen des großen
Anteils der Plattenbauwohnungen am Gesamtwohnungs-
bestand in den neuen Bundesländern (mehr als 20%) die
Notwendigkeit für deren gebäude- und quartierbezogene
Sanierung betont. Vgl. BMBau (1996); Rietdorf (Hrsg.)
(1997), BMBau/Sächsisches Staatsministerium des Innern
(1997); Hannemann (1997).

Treffpunkten, auch wurde das Fehlen eines Schwimmbads von den Bewohnern kritisiert. Vor allem fehlte aber eine städtebauliche und kulturelle Mitte des Stadtteils - die an den Haltestellen der das Viertel erschließenden S-Bahn vorgesehenen Teilzentren wurden nur in Ansätzen realisiert. Dazu kam eine deutliche Qualitätsverschlechterung der „jüngeren“ Bauabschnitte („Wohnkomplexe“), bei denen immer stärker Quantität vor Qualität zählte, d.h. die Bausubstanz war im Interesse der Kosteneinsparung und raschen Baufortschritts „einfacher“, es wurde stärker verdichtet und im Durchschnitt mit mehr Etagen gebaut; und zur Anlage von Grünflächen zwischen den Gebäudekomplexen kam es bis zur Wende vor allem bei den jüngsten Wohnkomplexen praktisch gar nicht mehr; wenn überhaupt, dann wurde einfach Rasen ohne jede grünplanerische Raffinesse angelegt. Nur in den älteren Wohnkomplexen war es zur Anlage von Vorgärten durch die Mieter bzw. Hausgemeinschaften gekommen, vor allem in Gebäuden im Eigentum von Wohnungsgenossenschaften.

Nach der Wende war Grünau im Rahmen des Bundesprogramms „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau - EXWOST“ Modellstandort für den Planungsschwerpunkt „Entwicklung des Systems der Zentren im größten sächsischen Neubaugebiet“. Im Mittelpunkt stand dabei die Entwicklung eines Stadtteilzentrums, das ursprünglich als integrierter Komplex mit Kultur- und Einkaufszentrum gedacht war. Wegen der außer Kontrolle geratenen Entwicklung von Einzelhandelsgroßprojekten weit vor der Stadt, die innerstädtische Kaufkraft binden und damit Marktchancen für den Einzelhandel auch in Grünau verschlechterten, zogen aber die privaten Investoren ihre ursprüngliche Zusage zurück, den Komplex auch für eine kulturelle Mischnutzung zu entwi-

ckeln. Öffentliche Gelder standen angesichts der schwierigen Haushaltssituation für einen kulturellen Zweckbau nicht zur Verfügung. Übrig blieb deshalb ein großes Einkaufscenter mit Kino.

Im Bereich der sozialen Infrastruktur für Kinder und Jugendliche kam es zwar zu Schließungen und Zusammenlegungen von Kindertagesstätten, aber damit wurde nur auf den massiv verringerten Platzbedarf reagiert; das Netz der Tageseinrichtungen ist engmaschig geblieben. Zu massiven Einschnitten kam es vor allem bei den Jugendclubs, von denen in einer Art Kurzschlußreaktion ein Teil an private Betreiber z.B. von Spielsalons übertragen wurde. Dafür mußten dann in einer Art Feuerwehr-Aktion Streetworker eingestellt werden, um überhaupt einen Kontakt zwischen Jugendhilfe und Gangs bzw. Cliques von Problemjugendlichen herzustellen⁶⁰. Einzelne der offen gebliebenen Jugendtreffpunkte gerieten zeitweise „außer Kontrolle“ und wurden dann ebenfalls vorübergehend geschlossen. Einer ist als Hochburg rechtsradikaler Skins, denen eine als anpasslerisch kritisierte Jugendarbeit nicht genug entgegengetrete, erst 1999 wieder in die Schlagzeilen geraten und wird als Symbol für die vielen Klischees benutzt, mit denen im Westen die Plattenbausiedlungen in Ostdeutschland vor allem als Brutstätten ausländerfeindlicher und gewaltbereiter Orientierungen in den Blick genommen werden (Schneider 1999).

Das Angebot an offener Jugendarbeit ist nach den Vorgaben der vom Stadtrat beschlossenen Jugendhilfeplanung 1997 nicht bedarfsgerecht verteilt: In den neueren Wohnkomplexen mit einem hohen Anteil an Jugendlichen (in Lausen-Grünau und Grünau-Nord beträgt 1995 der Anteil der Kinder und Jugendlichen zwischen

⁶⁰ Vgl. Klass (1995).

sechs und 18 Jahren 18,9% bzw. 20,4% gegenüber 12,1% im „alten“ Teilbereich Grünau-Ost mit den Wohnkomplexen 1 und 2) fehlen Jugendräume, im zentralen Bereich gibt es ein rechnerisches Flächen-Überangebot. Für Neubauten von Jugendräumen bestehen derzeit keine Planungen, die Jugendlichen aus den neuen Wohngebieten sollen auf die Angebote in den älteren Teilen des Viertels verwiesen werden. Jugendcliquen treffen sich vor und in Hochhäusern, auf Höfen, Spielplätzen und Grünanlagen, Investruinen und Plätzen auch wegen eines zumindest kleinräumig zu geringen Angebots an offenen Jugendräumen. Allerdings kann es nicht das Ziel offener Jugendarbeit sein, durch ihr Angebot an Aktions- und Kommunikationsräumen „die Jugend“ vollständig aus dem öffentlichen Raum „hinauszusäubern“. In verdichteten Wohnbereichen mit einem höheren Anteil an Jugendlichen liegt immer ein unaufhebbares (aber nicht unlösbares) Konfliktpotential zwischen Jugendlichen und Anwohnern oder auch der Polizei⁶¹

4.3.2 Familienselbsthilfe I: Elterninitiativen/-vereine; der „Stadtelternrat ohne Grenzen“

Die Situation der Kinderbetreuungseinrichtungen wird seit der Wende auch in Leipzig vom Thema Geburtenrückgang, vom dramatischen Einbruch der Kinderzahlen beherrscht. Die Zahl allein der 0- bis 6/7jährigen Kinder in der Stadt ist von 1990 mit damals knapp 40.000 auf 17.800 = 45% im Jahr 1997 regelrecht „abgestürzt“ (Bedarfsplan Kindertagesstätten, Anlage 2). Der daraus resultierende Über-

⁶¹ Die „Jugendsach(!)bearbeiter“ der Polizei tragen unserem Eindruck aus Gesprächen nach eher zur Entdramatisierung dieser Konflikte bei - auch wenn sie nach eigenem Bekunden einen viel zu hohen Anteil ihrer Arbeitszeit mit Schreibtischarbeit, z.B. der Abarbeitung der vielen Ladendiebstahlsanzeigen gegen Jugendliche in der Weihnachtszeit („unser Weihnachtsgeschäft“) verbringen müssen.

schuß an Plätzen in Kindertageseinrichtungen diktiert eine Tagesordnung, auf der Einrichtungszusammenlegungen und -schließungen und die Entlassung von Erzieherinnen (immer noch) eher anstehen als der Aufbruch zu neuen pädagogischen Ufern. Allerdings hat der Geburtenrückgang zunächst die Krippen betroffen und deshalb - wie in allen neuen Bundesländern fast flächendeckend - die Integration von Krippen und Kindergärten erzwungen. Das wäre ohne eine pädagogische Neuorientierung und neue Arbeitsstrukturen nicht möglich gewesen und verlangte von den Erzieherinnen vor allem der ehemaligen Krippen die Bereitschaft zu einer inhaltlich völlig veränderten Arbeit, aber auch große Weiterbildungsanstrengungen in Form formalisierter Nachqualifikationen.

Vor diesem Hintergrund sind Elternvereine und Elterninitiativen in Leipzig schnell beschrieben: Es gibt nur sieben⁶², und sie stellen (Planung 1998) nur 2,5% der mehr als 10.000 Plätze in Leipziger Kindertageseinrichtungen (ohne Hortplätze). Sie sind alle von dem Motiv der Eltern bestimmt, die Arbeit mit ihren Kindern entlang anderer pädagogischer Leitlinien zu gestalten als in städtischen Regeleinrichtungen. Die pädagogische Orientierung reicht von der Waldorfpädagogik über Konzepte einer betont sozialraumorientierten Pädagogik (Straßenkindergarten e.V.), die Tagesstätte einer freien Schule bis zur „typischen“ Elterninitiative mit einem „handgestrickten“ Konzept kindzentrierter Arbeit in enger Kooperation mit den als Träger eigenverantwortlichen Eltern (freier Kindergarten, Elterninitiative). Zusätzlich bestehen drei Horte für Schulkinder in Trägerschaft von Elternvereinen,

⁶² Eine weitere kleine Initiative von ErzieherInnen für Kinder mit besonderem Förderbedarf, im selben Gebäude untergebracht wie das Mütterzentrum in Grünau, hat bisher die Anerkennung als freier Träger noch nicht erlangen können. Ihre Perspektive war zum Zeitpunkt unserer Vor-Ort-Recherchen ungeklärt.

die von den in der Verantwortung des Jugendamts und den freien Trägern stadtweit insgesamt bereitgestellten Hortplätzen (1997: 1.017) mit 306 Plätzen immerhin 30% stellen.

Aber insgesamt ist das soziale „Alternativ“-Milieu, in dem Lebensstil- und Wertorientierungen so intensiv ausgetauscht und verfestigt werden, daß sie sich in Praxisprojekten niederschlagen, in Leipzig wie überall in den neuen Bundesländern nur schwach ausgeprägt, trotz der hier relativ weitverzweigten Bürgerbewegungen zu Vorwende-Zeiten (vgl. Rink 1995b). Immerhin werden die Initiativen vom Jugendamt als Element der Trägerpluralität ernstgenommen und in verschiedene Gesprächs- und Planungsunden einbezogen, obwohl sie bisher zu wenige und zu schwach waren, um ein eigenes „Dach“ in Form einer Kontaktstelle aus der Taufe zu heben. Ein Versuch in dieser Richtung, der - angekoppelt an einen freien Kindergarten - auf der Basis von ABM-Stellen unternommen wurde, scheiterte u.a. deshalb, weil die eher zugewiesenen als selbst ausgewählten Kräfte - arbeitslos gewordene Erzieherinnen - für den Aufbau eines Netzwerks selbstorganisierter Initiativen nicht die notwendige ideelle Mitgift an Engagement und Begeisterung mitbrachten.

Im Bedarfsplan Kindertagesstätten wird die spezifische Rolle von Elterninitiativen als Ferment für die Pluralisierung und Differenzierung des Angebots im Bereich der Tagesbetreuung allerdings nicht eigens konzeptionell erwähnt oder gar hervorgehoben..

Ein seit 1997 auf den Plan getretener „Stadtelternrat ohne Grenzen“, der den Elternprotest gegen Schließungen/Zusammenlegungen von Tageseinrichtungen für

Kinder und den damit verbundenen Personalabbau stadtweit bündeln will, hat begonnen, eigene Ideen zur inhaltlichen Veränderung und Ergänzung des Angebots in den Einrichtungen zu entwickeln und umzusetzen. Es zeichnet sich aber nicht ab, daß er oder die Elterninitiativen bzw.-vereine zu einem wesentlichen Faktor in der Infrastruktur für Kinder in Leipzig werden.

4.3.3 Familienselbsthilfe II: Mütterzentren

In kurzer Folge nacheinander sind in Leipzig vier Mütterzentren entstanden. Ausgangspunkt war bald nach der Wende die Vorstellung des Konzepts „Mütterzentren“ durch VertreterInnen der Mütterzentrums-Bewegung aus dem Westen. Das Konzept fand eine sehr positive Aufnahme und wurde - unterstützt durch Beratungsmaterialien und ein Transfer-Modellprogramm des Bundes (finanziert vom Bundesfamilienministerium), das den Aufbau einer Vernetzungsstelle für die Mütterzentren in den neuen Bundesländern für eine zeitlich begrenzte Modellphase erlaubte - „lehrbuchmäßig“ umgesetzt. Die Zentren unterscheiden sich in ihrer Struktur und den Angebotsformen ebenso wie die Wohnquartiere, aus denen der Großteil der Besucherinnen und Aktiven kommt: Während in einem gemischten Altbauquartier Frauen mit höherem Bildungsstand (wenn auch oft niedrigen Einkommen) und weitgespannten Interessen bis hin zu gesunder Ernährung dominieren (was sich z.B. im Betrieb eines Naturkostangebots niederschlägt), repräsentieren die Besucherinnen im Mütterzentrum des Neubauviertels Grünau eher die gewandelte soziale Zusammensetzung dieses Stadtteils, der seit der Wende einen erheblichen Teil gerade der Familien mit höherem Bildungsstand und höheren Einkommen durch Wegzug verloren hat - in

nennenswertem Ausmaß ins Umland, wo ein gewaltiger Boom an Wohnungsbauten in Ein- und Mehrfamilienhäusern die bis zur Wende in Ostdeutschland unbekannte Suburbanisierung vorangetrieben hat.

Die vier Mütterzentren in der Stadt haben sich als Dach einen gemeinsamen Trägerverein gegeben, der gegenüber der Kommune als Verhandlungspartner auftritt und die wirtschaftliche und Personalverantwortung für die Zentren trägt - eine Konstruktion, die angesichts der strukturellen Unterschiede der einzelnen Zentren nicht nur Vorteile hat, sondern Konfliktpotential birgt.

Sowohl in einem der Zentren in einem Altbauquartier als auch im Grünauer Mütterzentren befinden sich im selben Gebäude, teils lose verbunden mit dem Zentrum, teils völlig unabhängig, eine Elterninitiative bzw. eine Kinderbetreuungsinitiative, die von Professionellen mit einem besonderen Konzept für Kinder mit besonderem Förderbedarf in einer förderrechtlichen Grauzone ins Leben gerufen wurde, deren Zukunftsperspektiven aber noch sehr unsicher ist.

Mit ihrem offenen Kinderbetreuungsangebot gerade für Erziehungsurlauberinnen als wichtiger Zielgruppe und „Aktivposten“ der Zentren stehen diese in Konkurrenz zu den Krippen, die wegen des dreijährigen Erziehungsurlaubs und einer generell (auch aus finanziellen Gründen!) gesunkenen Akzeptanz institutioneller Betreuung in diesem frühen Lebensalter, vor allem aber wegen des extremen Geburtenrückgangs seit der Wende an akutem Kindermangel leiden und deshalb weithin in kombinierte Tagesstätten integriert wurden. Das offene Betreuungsangebot in den Mütterzentren kommt aber den Bedürfnissen gerade der Erziehungsurlauberinnen stark entgegen, weil sie sich nicht

auf feste und womöglich ganztägige Betreuungszeiten in der Krippe festlegen müssen.

4.3.4 „Westimport oder Eigengewächs“? - Mutter-Kind-Gruppen in Grünau

Viel weniger als in den westlichen Bundesländern sind in Ostdeutschland, so auch in Leipzig, die Kirchengemeinden soziale Orte mit einer Ausstrahlung über die Mitglieder der Kirchengemeinden hinaus. Die Schwelle für die große Mehrheit der kirchlich nicht gebundenen Ostdeutschen, Räume kirchlicher Gemeinden als soziale Treffpunkte und nicht zu Veranstaltungen mit religiösem Bezug aufzusuchen, ist hoch. Umgekehrt ist es auch in den alten Bundesländern längst nicht überall selbstverständlich, daß die Gemeinden für Mutter-Kind-Gruppen Räume zur Verfügung stellen, vor allem, wenn sie ausdrücklich auf ihrer konfessionellen Unabhängigkeit bestehen. In Leipzig-Grünau sind, zwar nahe bei großen Wohnkomplexen, aber raumpsychologisch ebenso davon abgetrennt wie das benachbarte Verwaltungs- und Geschäftszentrum, eine evangelische und eine katholische Kirche mit je zugehörigem Gemeindehaus, spät in den 80er Jahren aus Mitteln westdeutscher Landeskirchen gebaut worden. Im evangelischen Gemeindehaus trifft sich seit einiger Zeit wöchentlich eine Gruppe von fast 20 Müttern mit ihren Kleinkindern, begleitet von einer u.a. für dieses „Arbeitsfeld“ zuständigen Diakonin (die daneben u.a. für die Jugendarbeit zuständig ist). Die Treffen⁶³ sind nicht straff thematisch strukturiert, sie bieten neben der gemeinsamen Kaffeemahlzeit und dem Singen von Liedern sowie etwas Freispielzeit für die Kinder auch begrenzten Raum für informellen Austausch und

⁶³ An einem von ihnen haben wir beobachtend teilgenommen.

Gespräche. Unter den Frauen befindet sich eine deutliche Minderheit von relativ neu Zugezogenen (auch aus den alten Bundesländern), die diesen Treffpunkt als Gelegenheit nutzen, sich mit Müttern in ähnlicher Lebenssituation auszutauschen. Einige Frauen wachsen in die Rolle eigenverantwortlicher Initiatorinnen hinein und entfalten Eigeninitiative; aber im Kern ist die Gruppe ein Angebot, mit dem sich die Kirchengemeinde gegenüber einer bestimmten Zielgruppe im Wohngebiet durch ein niederschwelliges Angebot öffnen möchte.

Im Kinder- und Jugendzentrum der Caritas, dem in der Sozialplanung für den ganzen Stadtteil ein hoher Stellenwert als Ausgangspunkt für selbstorganisierte Initiative rund um den Bedarf von Familien zugemessen wird, trifft sich seit einiger Zeit ebenfalls eine Mutter-Kind-Gruppe. Eine zweite ist „in Aussicht genommen“. Bei beiden handelt es sich um Gruppen, die als von Professionellen der sozialen Arbeit auf einen „eingeschätzten“ Bedarf hin vorgeschlagen werden. Als niederschwellige Angebote bieten sie Raum für die Übernahme von selbstverantwortlichen Teilaufgaben und die Entfaltung von Eigeninitiative. Aber die Gruppen entstehen nicht als selbstorganisierte Gruppen, die Dynamik von Selbsthilfegruppen zeichnet sie nicht aus.

4.3.5 „Jenseits der Erwerbsarbeit“: Die Aktion 55

Das Programm „Aktion 55“ der sächsischen Staatsregierung stellt Projekten der Familienselbsthilfe (und vielen anderen Sozial- und Umweltprojekten) gegen ein Monatshonorar von zunächst 200, inzwischen nur noch 150 DM, Kräfte zur Verfügung, die etwa 7-10 Stunden wöchentlich mitarbeiten. Idee des Programms war, Menschen, die im Alter von „55 +“ durch

die Arbeitsmarktkrise abrupt aus dem Erwerbsleben herausgerissen wurden, sinnvolle und (über das Honorar) wenigstens symbolisch-monetär anerkannte Tätigkeitsfelder zu eröffnen. Es wurde im Startjahr 1993 von 16.000, 1994 von über 20.000 „Berechtigten“ genutzt ; seit 1995 „schmilzt“ die Teilnehmerzahl allmählich ab (Sächsisches Staatsministerium 1996, 1997, Baur u.a. 1997). Die „Kunst“ für die Träger besteht bei der Nutzung des Programms darin, das „matching“ von möglichen Aufgaben und den Motiven der „Aktionäre“ (wie die TeilnehmerInnen an der Aktion umgangssprachlich genannt werden) zu bewerkstelligen. Wo das gelingt, sind die „AktionärInnen“ oft engagierte Frauen, die sich an der ganzen Bandbreite der Arbeiten im Projekt, z.B. bei einem Mütterzentrum von der offenen Kinderbetreuung über den Mittagstisch bis zum Second-Hand-Shop und Abend-Angeboten mit Phantasie und Eigeninitiative beteiligen.

Wurde das Programm in den Anfangsjahren überwiegend von Vorrueheständlern in Anspruch genommen, stellen inzwischen Arbeitslose etwa 80% der Nutzer/innen, unter denen der Frauenanteil bei 60% liegt. Im Haushaltsentwurf der sächsischen Staatsregierung für die Jahre 2001/2002 sind für das Programm keine Mittel mehr vorgesehen. Dass Elemente aus Vorhaben des sächsischen Wirtschaftsministeriums es erlauben werden, das Konzept weiterzuverfolgen, erscheint derzeit ebenfalls eher zweifelhaft. Dennoch: Die Potentiale generationenübergreifenden Engagements in der Grauzone zwischen „aktiver Freizeitgestaltung“, sozialem Ehrenamt und einer Subform von Erwerbsarbeit als Zuverdienst zur Rente (oder anderem Erwerbseinkommen) sind im Programm sichtbar geworden, ebenso die Abhängigkeit einer Realisierung dieser Potentiale von kreativ und flexibel aus-

gestalteten öffentlichen Finanzierungsinstrumenten.

4.3.6 Selbsthilfe-Elemente bei der Selbsthilfe-Initiative Alleinerziehender und anderen Sozialprojekten

Eine ähnliche Rolle spielen AktionärInnen bei der Selbsthilfe-Initiative Alleinerziehender (SHIA), einem weit ausfächernden Projekt rund um die Geschäftsstelle des in den neuen Bundesländern als ostdeutschem Gegenstück zum Verband Alleinerziehender Väter und Mütter - VAMV - gegründeten Interessenverbands. Die Leipziger Geschäftsstelle der SHIA, Sitz der hauptamtlich-professionellen Geschäftsführung, sichert mit Hilfe von ABM-Kräften, der AktionärInnen und von Ehrenamtlichen einen offenen, niederschweligen Betrieb mit ungewöhnlich langen Öffnungszeiten, auch an Wochenenden, der das professionelle Beratungsangebot zur Orientierung nach Trennungen und in Rechtsfragen ergänzt und „unterfüttert“. Freizeitangebote für Mütter mit Kindern, Betreuungsangebote für Kinder, Bildungs- und Begegnungsangebote werden durch ein Dienstleistungsangebot abgerundet, das kostengünstige Hilfen beim Umzug und Kinderbetreuung in der Form eines Abhol- und Nach-Hause-Bringdienstes nach den Schließzeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen mit der Schaffung von Arbeitsplätzen des zweiten Arbeitsmarkts koppelt.

Eine ähnliche Mischform von professioneller sozialer und Verbandsarbeit, Stellen des zweiten Arbeitsmarkts, AktionärInnen und von Laienarbeit (auch auf Honorarbasis) realisiert die „Selbsthilfe Plagwitz“. Sie ist als Antwort auf die Schließung eines „Feierabend(=Alten)heims“ entstanden und hat sich zu einem Träger der Altenhilfe entwickelt, der ambulante Pflege, hauswirtschaftliche Hilfen, Tagespflege im

eigenen Haus mit einer wiederum niederschweligen offenen Arbeit verknüpft und von diesem „Brückenkopf“ aus generationenübergreifende Verbindungen auch zu Familien mit Kindern und zu Kindern und Jugendlichen schlägt, nicht nur bei Höhepunkten im Jahresverlauf wie dort organisierten Nachbarschaftsfesten. Angelagert, aber selbständig agierend, findet sich eine eingetragene Genossenschaft von Älteren, die gegen Entgelt einfacher handwerkliche Dienstleistungen für Ältere z.B. zur Wohnungsanpassung, aber auch einfache Reparaturen, anbietet.

Das Projekt mußte aus seinem Altbau, einem städtischen Gebäude in einem abrißintensiven Sanierungsgebiet, ausziehen und befindet sich jetzt, der Planung nach für eine Übergangszeit, in zentraler Lage im Stadtteil Grünau, wo es von einer Wohnungsgenossenschaft günstig gelegene Räume überlassen bekam. Es wird sich zeigen, ob in dem rasch „demographisch alternden“ Stadtteil Grünau ein Projekt mit einem so niederschweligen und für die Eigeninitiative von Besuchern offenen Konzept für Ältere einen Beitrag zur Entstehung neuer sozialer Netzwerke - auch über die Generationengrenzen hinweg - leisten kann.

Weitere Sozialprojekte in der Gesamtstadt, die sich die Förderung der Selbsthilfe auf die Fahne geschrieben haben, wie z.B. „Fink e.V.“ - ein Anbieter von Kinderbetreuung zu ungewöhnlichen Zeiten und Vermittler von Tagespflegeplätzen -, sind eingestandenermaßen bei der Entwicklung und Unterstützung von Selbsthilfe, von zaghaften Ansätzen abgesehen, erfolglos geblieben, u.a. dann und deshalb, wenn die für diese Aufgabe „eingeteilten“ ABM-Kräfte für diese Aufgabe nicht die nötige Motivation auf der Basis eines eigenen Engagements mitbrachten.

4.3.7 Verein zur Förderung von Familie, Frauen und Jugend

Dieser Verein, der sein Büro und einladendem offenen Treffpunkt zentrumsnah in einem noch nicht luxussanierten Altbauquartier hat, ist auf ähnliche Weise entstanden wie die Selbsthilfe Plagwitz oder die SHIA - als Sozialunternehmen, konzeptionell entwickelt von wenigen GründerInnen, die nach dem Einsturz ihrer beruflichen Möglichkeiten mit der Wende auf der Suche nach neuen - bezahlten - Aktionsfeldern waren. Die ursprüngliche Konzeption ging von einem riesigen Bedarf an sozialer Neuorientierung vor allem bei den von der Arbeitsmarktkrise betroffenen Frauen aller Qualifikationsstufen aus. Für sie sollte ein niederschwelliges Treffpunktangebot Hilfen bei der Entwicklung neuer Perspektiven bieten. Dieses Konzept, unter dem Dach der Volkssolidarität als großem Träger in Angriff genommen, fiel aber nicht auf fruchtbaren Boden: der Treffpunkt wurde von der Zielgruppe nicht angenommen. Dafür entstanden auf der Basis der engen räumlichen Nachbarschaft zu einem Stadtviertel mit extrem sanierungsbedürftiger Gebäudesubstanz und einer Hausbesetzerszene, um die herum sich eine Szene von Straßenkindern, eine Drogenszene und lose Gruppen von jugendlichen Autodieben für „Ralleys“ entwickelt hatten, Kontakte zu den Eltern solcher Szene-Jugendlichen. Rund um diese Kontakte wurde in einer Mischung aus aufsuchender Sozialarbeit, niederschwelliger Beratungsarbeit im Treffpunkt und Elternarbeit ein innovatives und wirksames, ganzheitliches Arbeitskonzept formuliert, das neben der Arbeit mit und für jugendliche Problemgruppen der Selbsthilfe-Gruppenarbeit betroffener Eltern eine Schlüsselrolle zumißt.

Der Vereinssitz ist zum „Stammlokal“ von

zwei Eltern-Selbsthilfegruppen geworden: Einer von Eltern drogenabhängiger und -gefährdeter Jugendlicher und einer von Eltern kriminalitätsgefährdeter Jugendlicher. Bei regelmäßigen Treffen - im Rhythmus ähnlich wie das bei gesundheitsbezogenen Selbsthilfegruppen der Fall ist, also etwa zweimal monatlich, phasenweise öfters - trifft man sich zum Erfahrungsaustausch und zu fortbildungsähnlichen Angeboten und Gesprächen mit Fachleuten, z.B. Jugend“sachbearbeitern“ der Polizei oder Ärzten aus Drogenkliniken⁶⁴. Die Elterngruppen unter dem Dach des Vereins entsprechen in ihrem Profil den Elternkreisen drogengefährdeter und drogenabhängiger Jugendlicher, die es in den alten Bundesländern seit fast 30 Jahren gibt und an deren Beispiel die vielfältigen Formen der Abgrenzung, aber auch des Miteinander-Arbeitens von Professionellen und Laien in Forschungsberichten ausführlich behandelt worden sind (Dembach 1990; Schippan 1993). Ähnlich wie die frühen Elternkreise arbeiten die Gruppen unter dem Dach des Leipziger Vereins als Pioniere in einem Feld, wo sich professionelle Strukturen erst herausbilden. Der Umgang mit Nicht-Alkohol-Drogen war bis zur Wende für die Institutionen der sozialen und gesundheitlichen Versorgung ein Nicht-Thema.

4.3.8 (Familien-) Selbsthilfe und ihre Verankerung in den kommunalen Institutionen

Über ihren Trägerverein sind die vier Leipziger Mütterzentren auch in die Strukturen der Jugendhilfe und die Kommunikation unter den freien Trägern eingebunden. Außerdem sind sie im vom Stadtrat verabschiedeten Jugendhilfeplan als Angebot der niederschwelligen Beratung für Familien-Probleme festgeschrieben.

⁶⁴ Einen Gruppenabend mit zwei solcher Vorträge und anschließender Diskussion haben wir „teilnehmend beobachtet“.

ben. Die freien Kindergärten und Elterninitiativen haben dagegen noch keinen festen Ort im Aushandlungssystem der Jugendhilfe, auch wenn sie über Arbeitsgemeinschaften in Planungsgespräche zumindest von Fall zu Fall eingebunden sind.

Generell sind in Leipzig im Dialog mit Verwaltung und Politik wichtige Schritte in Richtung auf eine Förder-Infrastruktur und ein selbsthilfefreundliches Klimas (vgl. Deutscher Verein 1998) in der Stadt zurückgelegt.

Im Rahmen des Bundes-Modellprogramms zur Förderung von Kontaktstellen für Selbsthilfegruppen ist eine solche Stelle auch in Leipzig, angesiedelt beim Gesundheitsamt, gefördert worden. Wie das generell für die Selbsthilfekontaktstellen gilt, liegt ihr Arbeitsschwerpunkt bei der gesundheitlichen Selbsthilfe. Die Familienselbsthilfe mit ihrer Orientierung nicht auf Defizite und soziale Problem- und Notlagen, sondern auf den Alltag von Familien mit Kindern, steht im Arbeitsprofil der Kontaktstelle(n) eher ganz am Rande. Nach Auslaufen der Bundesförderung blieb die Zukunft der Unterstützungs-Infrastruktur für Selbsthilfegruppen ein gutes Jahr lang in der Schwebe. Inzwischen ist für eine neue Kontaktstelle in einigermaßen tragfähiger Struktur, angesiedelt beim Paritätischen Wohlfahrtsverband, eine Lösung gefunden. Zugleich hat sich mittlerweile ein Selbsthilfebeirat konstituiert; neben Vertretern der Selbsthilfegruppen und der Kommune sind in ihm auch Vertreter der Krankenkassen und die Wohlfahrtsverbände eingebunden. Damit wird eine Tendenz befestigt, die in den neuen Bundesländern (aber in schwächerer Form auch in Westdeutschland) stark ausgeprägt ist: die Verwischung der Grenzlinie zwischen Sozialarbeit und Selbsthilfe. Die beiden großen konfessio-

nellen Wohlfahrtsverbände haben in einem Grundsatzpapier ihren Anspruch angemeldet, als Träger und Beförderer von Selbsthilfe zusätzliche finanzielle Mittel zu erhalten. Auch das Engagement der Leipziger AOK für die Selbsthilfe hat zur Verwischung dieser Grenzlinie beigetragen: Ihr in Form einer systematischen Loseblatt-Sammlung herausgegebener Selbsthilfe-Wegweiser zählt in bunter Abfolge Projekte der sozialen Arbeit und Selbsthilfegruppen auf. Die von uns geschilderten Projekte der sozialen Selbstorganisation in ihrer Mischung aus „sozialem Unternehmen“, Beschäftigungsprojekt, Arbeitsplatz für Vorruheständler/innen, Verbandsarbeit, Selbsthilfe und sozialem Treffpunkt machen die analytische Trennung von Selbsthilfe und sozialer Arbeit generell schwierig. In einem geplanten, aber wegen Finanzierungsschwierigkeiten lange nicht gedruckten neuen Selbsthilfewegweiser, herausgegeben von der Selbsthilfekontaktstelle, werden für die wichtige Abgrenzung der Selbsthilfe von Projekten sozialer Arbeit klarere Kriterien zugrundegelegt.

Der Leipziger Selbsthilfebeirat hat weniger klare Kompetenzen als z.B. der in München, von dem alle Förderanträge von Initiativen bewertet und mit Empfehlungen versehen werden, er muß seinen Platz in der Landschaft der kommunalen Sozial- und Familienpolitik wie der Jugendhilfe erst noch finden. Bis ein konzeptionelles Verständnis von Selbsthilfe und für die Notwendigkeit, Rahmenbedingungen für ihre Entfaltung herzustellen in den Kernbereich kommunaler Sozialpolitik und in das Beziehungsgeflecht zwischen Kommune und freien Trägern vorgedrungen und dort akzeptiert ist, bleibt noch eine erhebliche Wegstrecke im sozialpolitischem Dialog zurückzulegen.

Als Anfang 1997 die Zuschüsse der Stadt für die Freien Träger der Jugendhilfe

drastisch gekürzt werden sollten, wäre auch der Mütterzentrums-Verein massiv betroffen gewesen. Der Jugendhilfeausschuß ging aber mit einer knappen Mehrheit - gegen das Votum des Stadtrats-Plenums, in dem eine de-facto große Koalition aus SPD und CDU die Grundentscheidungen trägt - auf Oppositionskurs gegen diese Kürzungsvorschläge, die freien Träger organisierten eine aktive Öffentlichkeitskampagne und fanden mit ihrem Protest breite Resonanz in den Medien. Danach fand sich auch im Stadtrat-Plenum eine knappe Mehrheit gegen die Zuschußkürzungen. Das Beispiel wird hier geschildert, weil es eine ungewöhnlich weitreichende Autonomie des Jugendhilfeausschusses demonstriert, der eine Fachkoalition gegen die Logik der politischen Mehrheiten im Stadtparlament erfolgreich schmiedet und bis zum Beschluß zusammenhält.

Es sei hinzugefügt, daß das Jugendamt eine konzeptionell-methodisch weit entwickelte Jugendhilfeplanung in langwierigem und engem fachlichen Dialog mit den freien Trägern entwickelt und ohne wesentliche Änderungen auch vom Stadtrat abgesegnet bekommen hat (Stadt Leipzig 1997b). Darin finden sich fachliche Ziele und Standards für alle Arbeits- und Leistungsbereiche der Jugendhilfe. Die Mütterzentren werden im Plan als Angebot der niederschweligen Beratung für Familien-Probleme festgeschrieben. Der „Laien-mit-Laien“-Ansatz der Mütterzentren wird zwar hier zu einer Mischung aus Laien- und professioneller Arbeit umdefiniert, aber immerhin löst sich der Plan hier vom Denken in professionellen Angeboten, die in Planstellen gerechnet werden. Zudem wird der Blick darauf gelenkt, daß das Angebot der Mütterzentren beleibe nicht allen Familien in Leipzig in zumutbarer Entfernung zur Verfügung steht. Insofern ist der Plan eine förmliche Einla-

dung, noch weitere Zentren in der Stadt zu entwickeln. Dafür allerdings fehlen dem Trägerverein die Aktivistinnen, die - gleichsam unabhängig von ihrem eigenen Bezug zu dem Zentrum, in dem sie ihre Aktivität begonnen haben - „kader-ähnlich“ oder wie ein sozialer Franchise-Unternehmer ein weiteres ähnlich orientiertes Projekt auf den Weg bringen könnten und wollten.

4.3.9 Familienselbsthilfe: Gemeinsames „Muster Ost“?

Es gibt einige Punkte, an denen die Selbsthilfe von Familien in den neuen Bundesländern in so unterschiedlichen Kontexten wie der ländlichen Tourismusregion Usedom und der Großstadt Leipzig Strukturähnlichkeiten aufweist, die sich mit so klaren Konturen in den alten Bundesländern kaum finden. Das sind:

ABM-Stellen als Stütze und Gefährdung zugleich

In allen Formen von Familienselbsthilfe in den neuen Bundesländern (wie auch fast durchweg bei allen freien Trägern, bei Sozial- und Jugendhilfeprojekten in den neuen Ländern) wird die Arbeit durch ABM-Stellen - stärker als in den alten Bundesländern, wo die Mittel des Zweiten Arbeitsmarkts an Bedeutung verloren haben - einerseits getragen und gestützt, andererseits auch „gefährdet“.

Das betrifft zunächst generell die Unsicherheit über die längerfristigen Perspektiven der so begonnenen Projektarbeit. Bei unseren Recherchen 1997 und 1998 hat uns der große Optimismus überrascht, mit dem die Projekte eine „Irgendwie“-Fortsetzung der Förderung von Personalstellen über Mittel für den Zweiten Arbeitsmarkt erwarteten. Das Füllhorn zusätzlicher Mittel, die 1998 offenbar auch

im Hinblick auf die Bundestagswahl im September 1998 über die Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen - nach vorausgehenden Kürzungen - hereinbrach, schien diese Erwartungen weitgehend zu bestätigen. Inzwischen wächst aber die Zahl der Initiativen, die für die Fortführung ihrer Arbeit in der bisherigen Form entweder auf das Einspringen der Kommune angewiesen sind (und dabei angesichts der schwierigen kommunalen Haushaltssituation, aber auch wegen mangelndem Verständnis für die soziale Produktivität von Selbsthilfe auf Ablehnung stoßen). Von den von uns besuchten Projekten in den Untersuchungsregionen trifft das z.B. für das Familienzentrum Wolgast zu, für das weitere Arbeitsmarkt-Mittel nur fließen sollten, wenn von der Kommune eine hauptamtliche professionelle Leitung finanziert würde. Es scheint wahrscheinlich, daß viele Projekte ihre Struktur ändern und in stärkerem Maß auf honorierte und unbezahlte Laienarbeit zurückgreifen müssen. Derartige Strukturänderungen, die immer neue Rekombinationen von regulären Fördermitteln, Spenden, Arbeitsmarktförderung und der Investition von Laien-Zeit erfordern, hat auch bisher schon die Geschichte zahlreicher Projekte der „sozialen Bürgerinitiative“ in den neuen Ländern geprägt.

Die Evaluationsstudie zu den von der Robert-Bosch-Stiftung in ihrem so betitelten Programm geförderten Projekten verwendet für dieses immer neue Austarieren von Arbeitsformen und Finanzierungsformen den Begriff des „Phasing“⁶⁵. Sie konnte zeigen, daß zwar die ökonomischen Überlebensinteressen der Aktiven durchaus das Ziel „Festanstellung“ obenan setzen, daß aber eine hohe Bereitschaft auch ehemaliger ABM-Kräfte besteht, nach Auslaufen ihrer Stellen sich weiter in den Projekten zu engagieren.

⁶⁵ Vgl. Kramer/Wagner/Billeb (1998)

Kreativität beim sozial-, familien- und jugendpolitischen Engagement der Kommunen ist deshalb verlangt. Es ist gerade das Feld der Selbsthilfe, dem dabei der Erfinder- und soziale Unternehmergeist zugetraut werden kann, um hier immer wieder maßgeschneiderte Lösungen zu finden.

Eine Gefährdung dieses Erfindergeistes und der Innovationskraft von Selbsthilfeprojekten ist aber gerade darin zu sehen, daß gerade in der (Familien)Selbsthilfe, deren Ansatz auf der gleichberechtigten, hierarchiearmen, aktiven Teilnahme möglichst Vieler beruht, von der Arbeit von ABM-Kräften auch eine partiell demotivierende Dynamik ausgeht; sie ist in den neuen Bundesländern, wo Erfahrungen selbstbestimmter Eigenarbeit in Initiativen und Vereinen weniger gesammelt werden konnten, stärker ausgeprägt als in den alten Ländern. Sie besteht in einem Trend zur Delegation von Verantwortung und unangenehmer Arbeit - bis hin zum Putzdienst - an die bezahlten Kräfte. Es verlangt einen dauernden aktiven Prozeß des Ausbalancierens, diese Dynamik außer Kraft zu setzen und die ABM-Stellen als stärkende Ressource für die Laienarbeit - statt als ihren Ersatz - nutzen zu können.

Soziale UnternehmerInnen in sozialen „Mischkonzernen“ neuen Typs

Gestützt auf die zahllosen Finanzierungsmöglichkeiten des Zweiten Arbeitsmarkts hat sich in den neuen Bundesländern mit deutlich größerer Vielfalt als in den alten Ländern eine Landschaft kleiner Träger sozialer Projekte gebildet, die in der Umbruchzeit nach der Wende soziale Bedarfe ausmachten (den nach „Arbeitsplätzen“ zuerst) und ihnen mit kreativ gemischten Finanzierungskonzepten und vielfältigen Arbeitsansätzen „zu Leibe rückten“. Für das Feld jugendbezogener

Projekte diagnostiziert eine parallele Studie aus dem DJI (Seckinger u.a. 1998:175ff) „ein größeres Gewicht von regionalen Vereinen und Initiativen im Zusammenspiel öffentlicher und freier Träger“ als in den alten Bundesländern - und sie deutet das als mögliche „erste Gehversuche einer neuen „Solidarwirtschaft“ als einem Netzwerk von Initiativen, die mit geringen Mitteln ausgestattet sind und auf die Schließung von Lücken in der sozialen Infrastruktur zielen. Anders als in den großen Arbeitsförderbetrieben, die am Muster des industrieähnlichen Unternehmens mit Vollzeitarbeit festhielten, waren hier von Anfang an kreative Mischungen verschiedener Arbeitsformen, Arbeitsrichtungen, Qualifikationen, Biographien die Regel. Und in einem großen Teil von ihnen sind Frauen ihre Ideengeber, Gründer, Motoren, Personalentwickler, Finanzkoordinatoren. Uns schien für diesen Typ der weiblichen „Projektschmiede“ der Begriff der „SozialunternehmerIn“ angemessen, ganz in demselben Sinn wie ihn der von Ulrich Beck bekannt gemachte Charles Leadbeater (1997:34) verwendet: Ihre Leistung definiert er unmittelbar als Produktion sozialen Kapitals, und er folgert: „So wie wir in der Wirtschaft Technologie-Transferprogramme haben, so brauchen wir in der Sozialpolitik Programme für den Transfer von sozialer Innovation. Die Politik muß dazu beitragen, wirksamere Mechanismen für das Auffinden, Interpretieren und die Verbreitung von Modellen „bester Praxis“ bei der Erstellung sozialer Leistungen zu entwickeln“.

Für die weiblichen Sozialunternehmer, die uns im Altlandkreis Wolgast und in Leipzig begegnet sind, ist kennzeichnend, daß sie nicht aus sozialen Berufen kommen. Ihr beruflicher Hintergrund ist häufig - anders als das in der alten Bundesrepublik denkbar wäre - naturwissenschaftlich-tech-

nisch oder ökonomisch-betriebswirtschaftlich. Das Leistungsprofil der von ihnen in Gang gebrachten sozialen Unternehmen beginnt bei Beratungsangeboten, umrankt von mehr oder weniger geglückten und angenommenen offenen sozialen Treffpunkten. In ihnen spielt - neben beruflichen Qualifizierungsprojekten - voll bezahlte professionelle pädagogische und sozialarbeiterische Tätigkeit die wichtigste Rolle. Daneben hat sich ein so in den alten Bundesländern praktisch überhaupt nicht vorhandenes Kinderbetreuungsangebot etabliert: Individualisierte Angebote für Betreuungsbedarf zu ungewöhnlichen Zeiten, wenn die Eltern wegen Schichtarbeit oder z.B. als Verkäuferin auch abends arbeiten müssen. Diese Angebote sind sehr kostengünstig, weil die Teilzeitkräfte (aus Einrichtungen entlassene Erzieherinnen) von der Arbeitsverwaltung finanziert werden.

Wie diese Angebote nach dem Kürzen/Auslaufen dieser Mittel aufrechterhalten werden können, läßt sich noch nicht ausmachen. Einzelne Projekte (in Leipzig: Fink e.V.) haben auch Pionierarbeit als „Eisbrecher“ für die Einführung von Tagespflege in das Spektrum der Betreuungsmöglichkeiten geleistet. Im „Arbeits-Mix“ der Projekte spielen auch junge Frauen im freiwilligen sozialen Jahr eine Rolle, zusätzlich „Aktionäre“ aus der Aktion 55. Dazu kommen unterschiedliche Formen des honorierten und unbezahlten Ehrenamts bzw. der „angeleiteten“ Selbsthilfe. Auf solchen „Subbeschäftigungsformen“ beruhen z.B. Angebote wie der - besonders billige - Umzugsdienst für Alleinerziehende (angeboten von SHIA Leipzig) und der Dienst für Kleinreparaturen im Haushalt unterhalb der „Handwerkspflichtigkeit“ durch eine regelrechte Genossenschaft von Älteren bei der Selbsthilfe Plagwitz. Typisch für die hier skizzierten sozialen Mischunternehmen

sind auch durchweg Elemente von generationsübergreifender Arbeit, die teils über den offenen Bereich entstehen, teils von interessierten Aktiven in den Arbeitszusammenhang eingebracht werden. Wichtig und kennzeichnend für die Projekte ist schließlich ihre Unterbringung in Räumen mit Reparatur- und Renovierungsbedarf, der ebenfalls in Mischungen aus ehrenamtlicher, honorierter und formell entlohnter Eigenarbeit bewältigt wird.

Familienselbsthilfe in der Jugendarbeit?

Als Familienselbsthilfe sind in den alten Bundesländern - mit wenigen Ausnahmen - bisher nur Initiativen von Eltern mit kleinen, allenfalls mit Schulkindern im Hortalter verstanden worden. Es ist allerdings keine Selbstverständlichkeit, daß das ganze Feld der Jugendarbeit, der Freizeitgestaltung von und für Jugendliche eine „erwachsenenfreie“ Zone sein muß, in der Eltern nicht vorkommen könnten. Vielmehr lassen sich spezifische Einseitigkeiten und Verengungen in den Konzepten von sozialer und von Jugendarbeit (auch mit jugendlichen Migrant*innen) ausmachen, aufgrund derer Arbeitsformen gar nicht in Erwägung gezogen werden, die Eltern oder gar deren Eigeninitiative einbeziehen (Vgl. Otman 1999). Wir sind in unseren regionalen Fallstudien sowohl auf Usedom - beim Elternverein „Peenemünder Spatzen“ - als auch in Leipzig - beim Bürgerverein Probstheida mit seiner, Eltern und Jugendliche einbeziehenden Initiative für den Bau eines offenen Jugendzentrums - zumindest auf Lockerungen starrer Grenzen zwischen den Generationen gestoßen. Die Leipziger Bürgervereine haben ihre Wurzeln in der Wendezeit, sie sind vom dem Motiv angetrieben, bei der Stadtgestaltung und -entwicklung in ihren Vierteln mitzuwirken - und sie werden von der Kommune behandelt wie „Träger öffentlicher Belange“,

d.h. bei Planungsprozessen frühzeitig und ernsthaft einbezogen. Mit dieser Form der für Initiativen von unten offenen Planungskultur (im Gegensatz zu den von Planern selbst „erzeugten“ Beteiligungsformen) scheint uns die Stadt Leipzig an einem weiteren Punkt ein vermutlich für die neuen Bundesländer typisches Muster „kommunikativer Offenheit“ zu repräsentieren, ein weiteres Steinchen in einem Mosaik, das sich zum Bild eines an verschiedenen Stellen sichtbaren „Modernitäts“-Vorsprungs von Institutionen und, an anderer Stelle, von Lebensmustern in den neuen Bundesländern zusammenfügt. Die größere Offenheit sozialer Projekte für generationsübergreifende Initiative gehört in diesen Zusammenhang.

4.4 Bergisch Gladbach: Selbsthilfe als Institution und ihre Tücken

Wenn man Köln mit der S-Bahn in östlicher Richtung verläßt, die Stadtrandgemeinden und Vorort passiert, erreicht man schon nach knapp 20 Minuten die Stadt Bergisch Gladbach, am östlichen Rand der Kölner Bucht gelegen und auf den auslaufenden Rheinterrassen erbaut. Mit über 108.000 Einwohnern ist sie kultureller und wirtschaftlicher Mittelpunkt des Rheinisch Bergischen Kreises. Bergisch Gladbach ist, anders als die „idealtypische“ Umlandgemeinde, keine Schlafstadt mit nachwachsendem Gewerbe, sondern eine dynamisch gebliebener alter Industriestandort. Es hat den Übergang in die Dienstleistungsökonomie nicht als Krise erlebt, sondern als Entwicklungsprozeß gestaltet.

Das Stadtgebiet von Bergisch Gladbach umfaßt eine Gesamtfläche von 83,12 qkm, d.h. die größte Entfernung in Nord-Süd-, bzw. West-Ost-Richtung beträgt

jeweils circa 10 km. Die meisten Stadtteile haben ein z.T. etwas ländliches Ambiente⁶⁶. Der Wohnpark Bensberg, auch Klein-Manhattan genannt, und das Marienkrankenhaus fallen durch eine vielgeschossige Hochhaussilhouette auf. Bemerkenswert ist der hohe Anteil an Einfamilienhäusern⁶⁷. Direkt an das Stadtgebiet grenzen die großen Städte Köln im Westen und Leverkusen im Nordwesten. Diese Nähe findet auch in den täglichen Pendlerströmen ihren Ausdruck.

Die Arbeitslosenquote betrug 1998 10,8% und ist vergleichbar mit dem Anteil der Arbeitslosen im Rheinisch-Bergischen Kreis von 10,3%⁶⁸. Das Durchschnittseinkommen der Steuerpflichtigen liegt bei circa 72.000.- DM im Jahr. Als „Wohlstandsindikator“ liegt der Betrag deutlich über dem durchschnittlichen Einkommen in NRW. Die These vom „Speckgürtel“ ist also nicht von der Hand zu weisen.

Bergisch Gladbach verfügt über ein breites Angebot professioneller sozialer Dienste im Sinne einer Regelinfrastruktur. Im Bereich der Familienbildung gibt es ein sehr breitgefächertes und vielseitiges Angebot in der Trägerschaft der freien Wohlfahrtspflege mit ihren Außenstellen und der Kirchen. Einen Großteil dieser Angebote stellen die Krabbel-, Mutter-Kind- bzw. Eltern-Kind-Gruppen. Aus ihrer Grundstruktur heraus können sich Formen von Selbstorganisation und Eigenverantwortlichkeit der Gruppen bilden⁶⁹.

⁶⁶ 24% der gesamten Stadtfläche wird landwirtschaftlich genutzt, 39% sind Wald.

⁶⁷ 64% der Bebauung sind Einfamilienhäuser, 19% sind Zweifamilienhäuser.

⁶⁸ Grundlage ist das statistische Jahrbuch von 1998.

⁶⁹ Hierzu das Zitat von Frau P., der Ansprechpartnerin ihrer Gemeinde für Krabbelgruppen:

„Die Gruppen haben sich unterschiedlich organisiert. Das bedeutet, wie diese eineinhalb Stunden gestaltet werden, mit Leitung, Kaffeetrinken, Lieder singen, liegt allein in der Verantwortung der jeweiligen Gruppen. Es sind immer Frauen dabei, die zur Gestaltung etwas beitragen können“.

Mit dem „Türkischer Müttertreff“ stellt das Jugendamt ein besonderes Angebot zur Verfügung.

Einmal pro Woche für drei bis vier Stunden gibt es unter der Anleitung einer türkischen Sozialpädagogin jeweils eine Treffpunkt in der Stadtmitte in den Räumen der Volkshochschule und im Stadtteil Gronau im evangelischen Gemeindezentrum. Ziel des Müttertreffs ist es, Kontakte der türkischen Mütter untereinander, aber auch zum Jugendamt, zu schaffen. Es geht vorrangig darum, sich zu unterhalten und sich auszutauschen. Zur gleichen Zeit werden die Kinder von einer Fachkraft betreut. Gerade von den Müttern der „2. Generation“ wird der Treff als wichtige Unterstützung angenommen. Denn sie sind es, die im Spannungsfeld westlicher Welt, Arbeitsplatz, Geldverdienen auf der einen Seite und rigider sozialer Kontrolle durch die Männer in ihren Familien leben.

Daneben gibt es noch zahlreiche Selbsthilfegruppen. Der Schwerpunkt liegt hier, und das ist in anderen Städten ähnlich, auf dem Gesundheitsbereich, z.B. in den Bereichen Allergie, Rheuma, Tinnitus. Die Nähe zu Köln dürfte sicherlich ein gewisses Selbsthilfepotential abziehen. So hängt die Gruppengründung zu einem bestimmten Krankheitsbild von einer Mindestzahl „betroffener“ Personen ab. Wenn zuwenig zusammen kommen, kann sich keine Gruppe bilden. Eine anderer Grund für das Nichtzustandekommen ist ein „sich nicht outen wollen“ in einer gegenüber Köln eher provinziellen Stadt. Nach Auskunft von KISS, der Kontakt- und Beratungsstelle für Selbsthilfegruppen in Köln, kommen viele Mitglieder der ihnen bekannten Selbsthilfegruppen aus Bergisch Gladbach daher in die Großstadt. Nach Auskunft des Verbandes alleinerziehender

Mütter und Väter (VAMV) in Köln, gibt es in Bergisch Gladbach keine eigene VAMV-Gruppe. Beim VAMV in Köln gibt es jedoch Teilnehmerinnen aus Bergisch Gladbach, die deren Aussage nach lieber nach Köln kommen, da „sie sich in Bergisch Gladbach alleine fühlen durch die vorherrschend normalen Familienstrukturen“.

4.4.1 Familienselbsthilfe in Bergisch Gladbach – was gibt es vor Ort?

„Die familienbezogene Selbsthilfegruppenarbeit erweist sich in diesem Rahmen als ein Thema mit besonderen Schwierigkeiten: zum einen ist der Lebenszusammenhang Familie sehr stark mit anderen Lebenslagen verknüpft (z.B. Gesundheit, Alter), so daß eine exakte Eingrenzung dessen, was familienbezogene Selbsthilfegruppen charakterisiert, kaum möglich ist. Die Vielfalt der Zugänge und deren unterschiedliche Gestaltung sind sicherlich auch ein Grund dafür, daß dieses Thema in der Literatur bislang relativ wenig Beachtung findet.“⁷⁰ Mit dieser „Vielfalt der Zugänge“ und mit der Bandbreite von Lebenszusammenhängen können auch Selbsthilfeprojekte zugeordnet werden, die sich nicht unbedingt als Familienselbsthilfe verstehen und z.T. nicht einmal als Selbsthilfe.

So wird der Begriff Selbsthilfe oftmals eher mit Problemlagen verknüpft und auch Frau A., eine engagierte Mutter der Selbsthilfegruppe „Überaktives Kind“ sagt: „Vielleicht haben interessierte Eltern Schwellenangst vor dem Begriff Selbst-

hilfe. Mir selbst ist es auch so gegangen“. Vor circa 10 Jahren ist die Elterngruppe „Überaktives Kind“ gegründet worden, weil sich, so das Informationsblatt der Gruppe, „die Eltern alleingelassen fühlten“. Die Eltern wollen sich „gegenseitig Hilfe, Stütze und Rat geben, um gemeinsam die Belastungen besser tragen zu können“.

Die Gruppe sammelt Adressen und Informationen, geben sie weiter und wollen somit einen besseren Informations- und Argumentationsstand in Schule, Kindergarten etc. erreichen. Dazu das Zitat von Frau A: „Wir wollen die Mütter schlau machen, besonders für die Schule.“

Die Gruppe „Omega – Mit dem Sterben leben“ ist aus einem Angebot der katholischen Familienbildungsstätte heraus entstanden. Die Leiterin bat damals eine Witwe, ihre Erfahrungen an andere Trauernde weiterzugeben.

Das Wohndorf Diepenschrather Weg/Thorner Straße ist ein Beispiel für ein sehr zeitintensives und komplexes Engagement. Hier haben sich Mütter und Väter zusammengetan, um im Sinne von familien- bzw. kinderfreundlichem Bauen kostensparend und ökologieorientiert ihre Ideen von einem gemeinsamen Leben und Wohnen umzusetzen. Nach dreijähriger Planungsphase entstand für 14 Familien ein Wohndorf mit 14 individuellen Häusern. Bestandteil des Wohndorfkonzeptes waren eine Kindertagesstätte, ein öffentlicher Spielplatz, die Vernetzung des Wohnumfeldes mit Rad- und Fußwegen (Autos müssen draußen bleiben) und die Abgrenzung öffentlicher und privater Zonen, nach dem Motto: „Gute Nachbarschaft, aber keine Wohngemeinschaft!“

⁷⁰ Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Nordrhein-Westfalen (NRW) hat 1996 im Rahmen der Studie „Zukunft des Sozialstaates – Freiwilliges soziales Engagement und Selbsthilfe“ eine Studie zu familienbezogener Selbsthilfe veröffentlicht. Die Autoren der Studie zu „Situation und Perspektiven der Unterstützung familienbezogener Selbsthilfegruppen“, Prof. Dr. N. Wohlfahrt und H. Breitkopf, schreiben hier von den Schwierigkeiten, diese Form der Selbsthilfe einzugrenzen.

Familienselbsthilfe und Kinderbetreuung

Der weitaus größte Anteil an Familienselbsthilfegruppen läßt sich in Bergisch Gladbach im Bereich Kinderbetreuung finden. Elterninitiativen und von Eltern organisierte Spielgruppen (es gibt mittlerweile auch Spielgruppen in kirchlicher oder anderer institutioneller Trägerschaft) sind heute ein wichtiges und „buntes“ Standbein in der Kinderbetreuungslandschaft von Bergisch Gladbach.

Spielgruppen

Ende der 70er Jahre entstand aus einer Mütterinitiative, „Mütter helfen Müttern“ im Hochhausgebiet „Kleinmanhatten“ die erste Spielgruppe mit eigener Konzeption. Von den 1997 existierenden 23 Spielgruppen mit 389 Plätzen sind 13 in Trägerschaft von Eltern. Auch die meisten Spielgruppen in evangelischer Trägerschaft sind von Eltern initiiert worden und werden auch heute noch von den Eltern organisatorisch betreut.

Spielgruppen werden als eigenständige sozialpädagogische Einrichtungen verstanden, die in erster Linie als Angebot für nicht berufstätige Mütter die Betreuungslücke zwischen Mutter-Kind-Gruppen und Kindertagesstätten schließen. So sieht es das Jugendamt und fördert die Spielgruppen, ihren Richtlinien entsprechend mit 75% der Betriebskosten. Somit belaufen sich die restlichen 25% als Elternbeiträge je nach Betreuungstagen auf einen Wert zwischen 30.- DM und 45.- DM pro Monat.

Ab dem Alter von 2 Jahren werden die Kinder in einer Gruppenstärke von 10 – 12 Kindern an zwei oder drei Tagen für jeweils drei Stunden betreut, bis zur Aufnahme in den Kindergarten. Es sind also feste Gruppen mit zwei Kräften, einer sozialpädagogischen Fachkraft, meist einer

Erzieherin auf Honorarbasis, und einer Mutter. Die Räumlichkeiten werden von den Eltern angemietet, z.B. eine 2 1/2 Zimmer-Wohnung im Erdgeschoß.

„Für die Erteilung der Betriebserlaubnis durch das Landesjugendamt hat es in den Anfängen einen langen und schwierigen Verständigungsprozeß zwischen dem Landesjugendamt Rheinland, dem Stadtjugendamt Bergisch Gladbach und mancher Trägervertretung gegeben“ (Dokumentation BNE 1995). Heute gibt es mit der Betriebserlaubnis nach dem KJHG (§ 45) keine Probleme mehr. Das Konzept Spielgruppe in Bergisch Gladbach hat sogar Anregungsfunktion für die gesetzliche Ausgestaltung der Tagesbetreuung für Kinder auf Landesebene gehabt, denn in Bergisch Gladbach leisten Spielgruppen mit ihren Elterndiensten und – abenden nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der Eltern bei ihrer Erziehungsaufgabe im Sinne von Elternbildung, sondern sie helfen auch der Kommune den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zu erfüllen.

Interessant ist, daß sich die Spielgruppen nicht zu Kindertagesstätten „weiterentwickelt“ haben, mit einer Ausnahme. Das liegt sicherlich an der großen Nachfrage, gerade für Zweijährige. Die Gruppen hatten früher lange Wartelisten. Das bedeutet, daß gar keine Notwendigkeit einer konzeptionellen Erweiterung der Spielgruppen für über 3jährige besteht.

Auf der anderen Seite ist gerade dieser Punkt ein Problem der von Eltern geführten Spielgruppen. Die Verweildauer der Kinder und somit der Eltern als Mitglied des Vereins ist relativ kurz, außer es kommen Geschwisterkinder nach. Das heißt, es gibt eine hohe Fluktuation von Eltern in einem kurzen Zeitraum. Für die Arbeit des Elternvereins bedeutet das

immer wieder ein mühsames Einführen und Einarbeiten der neuen Eltern in Sinn, Notwendigkeit, Pflichten, aber auch Möglichkeiten und Chancen dieser Form der selbstorganisierten Kinderbetreuung. Dazu berichtet Frau C., die Vorstandsmitglied einer Spielgruppe mit vier Gruppen und einer Krabbelgruppe: „Der Verein hat 60 Mitglieder. Zur letzten Mitgliederversammlung sind nur 14 Eltern gekommen. Vorletztes Jahr stand der Verein kurz vor der Auflösung, da sich niemand für verantwortliche Tätigkeiten zur Verfügung stellen wollte.“

Eine weitere Schwierigkeit kommt auf diese Elterninitiativen durch abnehmende Kinderzahlen zu. Frau C. bemerkt dazu: „Die Vormittagsgruppen sind in der Regel voll, aber um die Plätze am Nachmittag, auch für die Krabbelkinder, zu füllen, müssen wir sehr viel Werbung machen. Das geschieht mit Plakaten bzw. Aufrufen in der Zeitung.“

Mittagsbetreuung an den Grundschulen

Auch bei dieser Form der Betreuung sind es größtenteils die Eltern, die angebotsorientierte Betreuungsstrukturen für die Mittagszeit organisiert haben, z.T. auch bis 14 Uhr. Finanziert werden die Honorarkräfte, meistens Mütter auf 620.- DM Basis, aus dem Jahressatz von 6.000.- DM pro Jahr vom Kultusministerium und Elternbeiträgen. Zur Organisation und finanziellen Abwicklung haben Eltern in vielen Fällen Schul-Fördervereine gegründet.

Für Bergisch Gladbach bedeutet das, daß an 15 von 18 Grundschulen Mittagsbetreuung angeboten wird. An den restlichen drei Schulen liegt jedoch kein Mangel an Bedarf vor, sondern ein Mangel an geeigneten Räumen.

Die Politik reagiert hier auf den Druck der Eltern mit verschiedenen Modellen - so z.B. mit dem vom Kultusministerium initiierten Modell der „verlässlichen Grundschule von 8-13 Uhr“. Während der Schulferien greift dieses Modell aber nicht.

Kindertagesstätten

Von den 78 Kindertagesstätten (Kitas) in Bergisch Gladbach liegen 32 in der Trägerschaft von Elterninitiativen bzw. -vereinen. Dieser hohe Prozentsatz von über 40% ergibt sich zum einen aus dem Umstand, daß hier alle Kitas, wie auch die Spielgruppen, in freier Trägerschaft liegen. D.h. die Kommune betreibt keine eigenen Einrichtungen. Zum anderen gibt es entsprechende Förder- und Rahmenbedingungen, bzw. Unterstützung von Seiten des Jugendamtes; z.B. leistete damals das Jugendamt eine langwierige Überzeugungsarbeit beim Landesjugendamt. Heute bietet es u.a. trägerübergreifende Fortbildungen und Elternseminare an.

Die Kitas in der Trägerschaft von Eltern bieten eine breite Palette von Betreuungszeiten: bis mittags, über Mittag, bis 14 Uhr, vor- und nachmittags sowie ganztags. Das Alter der Kinder bewegt sich je nach Art und Konzeption der Einrichtung zwischen einem halben Jahr und 14 Jahren.

Um sich ein besseres Bild von der Entwicklung, den Chancen und eventuellen Problemen von Elterninitiativen in Bergisch Gladbach zu machen, soll hier der Werdegang einer Kita aufgezeigt werden, der exemplarisch für die anderen stehen kann. Er beruht auf einem ausführlichen Interview mit einer Vorsitzenden.

Angefangen hat die Elterninitiative vor über 25 Jahren in einem Ladenlokal mit 60 qm für 3- bis 6jährige mit Öffnungszeiten von 8 bis 12 Uhr. Anfangs waren zwei Erzieherinnen auf Teilzeitbasis eingestellt. Heute stellt sich die Kita als Einrichtung für mehr als drei Gruppen im Alter von vier Monaten bis 14 Jahren dar, untergebracht in einem vor vier Jahren bezogenen Neubau mit großem Grundstück, von der Stadt zur Pacht überlassen, am Waldrand. Diese Entwicklung war im Verein unter den Eltern mit allen damit verbundenen Fragen lange debattiert worden. Eigentlich wollte man sich zu einer zweigruppigen Einrichtung erweitern. Es gab auch Eltern, deren Kinder aus dem Kindergartenalter herausgewachsen waren und die nicht aus der Einrichtung in eine andere wechseln wollten. Sie wünschten sich also eine Betreuung für ihre Schulkinder. Am „unteren Ende“ gab es z.T. kleine Geschwisterkinder, die auf die Einrichtung einer Spielgruppe für unter 3jährige drängten.

Letztlich war es der „mehr als sanfte“ Druck der Stadt, der zum Bauentschluß führte, mit der damit verbundenen Mehrverantwortung für den Verein. Das Jugendamt forderte schlicht den Schritt zur Einrichtung eines Angebotes für Schulkinder und drohte auch, zumindest andeutungsweise, mit Zuschußstreichungen. Vor allem wegen des ungedeckten Bedarfs im Hortbereich machte es den Vorschlag, eine dreigruppige Einrichtung zu bauen. An der Planung des Hauses unter der Leitung eines ehemaligen Vaters waren der Verein mit seinen Eltern und die ErzieherInnen intensiv beteiligt.

Generell laufen Grundsatzentscheidungen „sehr basisorientiert“ ab. Team, Vorstand und Vereinsmitglieder sind einbezogen. Dabei stößt das Eltern-Engagement natürlich an Grenzen. Immerhin sind in die-

ser Elterninitiative etwa die Hälfte „missionarische“ Initiativ-Eltern, die sehr viel eigenes Interesse am pädagogischen Konzept und seiner praktischen Umsetzung haben. 25% haben sehr wenig Zeit und ein restliches Viertel hat wenig bis kein Interesse an dem, was in der Einrichtung abläuft.

Die Aufnahme neuer Kinder wird ebenso sehr sorgfältig diskutiert. Das Altersspektrum der Gruppen, die Situation der Eltern, die Einschätzungen der ErzieherInnen; das alles wird gegeneinander abgewogen. Zuständig für diese Aufgabe ist eine Arbeitsgruppe, zusammengestellt aus der Kita-Leitung und zwei Eltern. Für den Vorstand, bei dem die Last der Verantwortung verbunden mit einem erheblichen Zeitkontingent liegt, ist es immer schwer, Leute zu finden, die diese Tätigkeit übernehmen wollen. Gewählt wird der Vorstand für zwei Jahre. Zur besseren Einarbeitung gibt es bei jeder Wahl eine Teilrotation. D.h. es übernehmen fast alle Vorstände diesen Job zweimal hintereinander.

Vorstandsarbeit heißt hier einmal im Monat ein Treffen, bei Bedarf auch öfter, wobei mit den formalen Vorstandsterminen die Arbeit natürlich nicht getan ist. Sehr viel Zeit wird durch die informelle Arbeit benötigt, die sich oftmals an das Kinder-Abholen anschließt. Die Kommunikation der Eltern mit dem Team, mit Kindern und mit anderen Eltern ist sehr intensiv. Viele kommen nicht nur schnell zum Abholen, sondern bleiben regelmäßig rund um die Sitzcouch in der offenen Halle für ein Gespräch.

Zur Vorbereitung für den Hausbau hatte es mehrere lange und intensiv arbeitende Ausschüsse im Verein gegeben: einen für das pädagogische Konzept, einen für die Einrichtung und einen für die Planung der

Küche. Der Bau hat 1,5 Mio DM gekostet, wobei das Grundstück, wie schon erwähnt, von der Stadt überlassen wurde. Die Baukosten haben Land und Stadt je zur Hälfte getragen. Die Kosten für die Ausstattung von ca. 200.000 DM haben Land und Stadt zu 95% übernommen; 5% mußte der Elternverein aufbringen.

Der größte Problem- bzw. Krisenpunkt in der Geschichte des Vereins war sicherlich der Entschluß zur Erweiterung und zum Bau des neuen Hauses 1993, mit allem, was an Verantwortung und praktischer Arbeit damit verbunden war.

Eine weitere Schwierigkeit liegt – gegenwärtig und für die absehbare Zukunft – darin, die Offenheit in den Elterngruppen für neue Eltern zu bewahren und eine Akzeptanz für unterschiedliche Lebensmodelle als selbstverständliche Regel im Umgang miteinander zu gewährleisten. „Wir wollen unser Elternpotential sichern“, sagt die Vorsitzende.

Zu den Problembereichen in der Initiativ-Geschichte gehört, daß sich die Anforderungen, die das Jugendamt formulierte, z.T. innerhalb weniger Jahre rapide gewandelt haben. Heute stehen Hortplätze und nochmals Hortplätze im Vordergrund des Interesses der Eltern, denn hier ist der Bedarf am größten – und ist im Rahmen des Neubaus durch eine Hortgruppe mit 20 Plätzen auch berücksichtigt worden. Nach der Fertigstellung ging es dann wegen des bevorstehenden Inkrafttretens des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz wieder verstärkt um die Schaffung von Plätzen für die 3- bis 6Jährigen. Deshalb hat sich der Elternverein dafür entschieden, seiner dreigruppigen Kindertagesstätte noch eine Waldgruppe anzugliedern.

4.4.2 Die Sichtweise und Rolle des Jugendamtes

„Eine städtische Einrichtung kommt uns teurer als über einen freien Träger“, so die Meinung des Jugendamtes Bergisch Gladbach. Diese Jugendamtspolitik der 80er Jahre, keine eigenen Einrichtungen zu installieren, ergab ein Einsparungspotential, das wiederum gezielt für die Förderung neuer Einrichtungen zur Verfügung gestellt wurde. Die Angebote der klassischen Träger waren 1981 nicht bedarfsgerecht, es gab zu diesem Zeitpunkt nur 64 Hortplätze und 120 Ganztagsplätze in Kindergärten. Von Seiten der Eltern bestand allerdings ein deutlicher Mehrbedarf an solchen Betreuungsplätzen. Sie entschlossen sich daher, mit innovativen Ideen diese Bedarfslücke zu füllen. Unterstützt wurden sie durch die Beratung und eine in die gleiche Richtung zielende Offensive des Jugendamtes. Die neugebauten Einrichtungen mußten das Defizit der alten kompensieren. Die Kirchen und die anderen „klassischen“ Träger zeigten in dem katholisch geprägten Landstrich ursprünglich nur geringe Bereitschaft, sich konzeptionell zu öffnen und zu verändern. Heute kann sich Bergisch Gladbach damit rühmen, die beste Krippen-, Hort-, und Kindergarten-Ganztagsbetreuung in NRW zu haben. Dazu gehört auch die über dem Landesdurchschnitt liegende Versorgung mit Spielgruppen.

Die Elterninitiativen werden vom Jugendamt als ein wichtiger Motor und Impulsgeber für die gesamte Kinderbetreuungslandschaft in Bergisch Gladbach anerkannt. Denn es waren die Eltern, die erste Angebote für den Krippen-, Hort- und Ganztagsbereich mit flexiblen Öffnungskonzeptionen zur Verfügung stellen konnten. Mit ihren Architekten und dem Jugendamt ergab sich ein kreatives Zusammenspiel, so daß andere Träger, z.B.

die aus dem kirchlichen Bereich, nachziehen mußten.

Das Jugendamt schätzt dabei besonders die Kompetenz der engagierten Eltern, gemeint sind die Mütter und Väter, die bewußt Initiativeltern sein wollen: „Wir wissen, daß es sie gibt und wir brauchen sie. Die Eltern haben eine Aktionsbereitschaft, die wir ihnen nicht nehmen wollen.“ Und dazu rechnet man auch mit einem Elternpotential, das aus den selbstorganisierten Spielgruppen „nachwächst“. Diese Einschätzung wird auch durch unsere Befragung bestätigt. Denn 79,4% der Mütter und immerhin 63,6% der Väter haben schon Erfahrungen in und mit Spielgruppen gemacht. Für das Jugendamt haben diese Eltern Kenntnisse sammeln können u.a. bei Konzeptentwicklung, beim Management ihrer Einrichtung und bei der Einschätzung der Entwicklung ihrer Kinder. „Damit haben sie Kompetenzen gewonnen, die den Müttern und Vätern die Sicherheit und das Zutrauen gibt, in den Elterninitiativen Verantwortung zu übernehmen.“

Zur Entwicklung der Elterninitiativen

1981 wurde das Stadtjugendamt Bergisch Gladbach ins Leben gerufen. Bis dahin lag die Zuständigkeit in den Händen des Kreisjugendamtes des Rheinisch-Bergischen Kreises. Zu diesem Zeitpunkt gab es ca. 2000 Betreuungsplätze in Kindergärten und Horten, davon waren, wie oben schon erwähnt, 64 Hort- und 120 Ganztagsplätze. Nachdem eine Bestandsaufnahme gemacht wurde, war festzulegen, in welche Richtung man verstärkt vorgehen wollte. Es bestand ein politischer Wille, der auch von der Verwaltung getragen wurde, Kinderbetreuungseinrichtungen vorrangig und ausschließlich in freie Trägerschaft zu geben. Ebenso war es politischer Wille, die da-

durch erreichten Einsparungen öffentlicher Mittel wieder in den Kinderbetreuungsbereich zu investieren, in neue Einrichtungen und bessere Ausstattung. Diese Politik war schon vom Landkreis initiiert worden und wurde dann 1981 von der Stadt Bergisch Gladbach ohne Abstriche übernommen und in den folgenden Jahren fortgeschrieben. Der Wunsch, den Bürgerwillen mit seiner Vielfalt zum Tragen kommen zu lassen, gehörte dabei zu den wesentlichen politischen Leitlinien. Da die anderen Träger, wie schon erwähnt, anfangs den Neuerungen und Umstrukturierungen sehr reserviert gegenüberstanden, blieb dem Jugendamt nichts anderes übrig als auf die Elterninitiativen zu setzen, um flexibel und bedarfsorientiert handeln zu können. Mittlerweile stehen die VertreterInnen des Jugendamtes dieser Linie eher skeptisch gegenüber. An dieser Stelle wird von ihnen gerne der Satz einer nach einem Betreuungsplatz suchenden Mutter zitiert, die meinte: „Ich will einen Kindergartenplatz und keinen Nebenjob.“

4.4.3 Die Förderung der Elterninitiativen in NRW

In NRW gelten Elterninitiativen als sogenannte „arme“ Träger. Sie erhalten von Stadt und Land 95% ihrer Betriebskosten (nach Abzug der Elternbeiträge)⁷¹. Im Vergleich dazu bekommen die Kirchen 73% und die anderen freien Träger, wie z.B. die Arbeiterwohlfahrt, 90%. Da die Elterninitiativen in Bergisch Gladbach einen für das Jugendamt wichtigen Part übernommen haben, sattelt die Stadt auf die 95% noch 4% als freiwillige Leistung auf. D.h. es muß nur 1% an Eigenleistung erbracht werden. Der Vereinsbeitrag der Eltern liegt zur Deckung dieses einen

⁷¹ In NRW sind die Elternbeiträge durch das Kindertagesstättengesetz (GTK) festgesetzt und werden nach Elterneinkommen und Art der Einrichtung gestaffelt.

Prozents zwischen 20.- und 35.- DM pro Monat.

Nach Aussage des Jugendamtes stehen die oben genannten 4% kommunaler Zusatzleistung gegenwärtig auch nicht zur Diskussion. Dem Jugendamt geht es vor allem darum, die Elterninitiativen durch diese umfangreiche Förderung so zu unterstützen, daß sie ihre Einrichtungen mit der gleichen Leistungsfähigkeit betreiben können wie andere Träger auch. Man ist dort weiterhin der Auffassung, daß es keine „Zwangsverpflichtungen“ zu Elternmitarbeit geben muß, bzw. darf. Zur Erinnerung der schon oben aufgeführte Spruch: Ich will einen Betreuungsplatz und keinen Nebenjob. Dem Jugendamt ist wichtig, daß ein Nicht-Engagement nicht zu „Diskriminierung“ führen darf. Beides, Engagement und Nichtengagement, müsse gleichberechtigt in der Elterninitiative Platz haben.

4.4.4 Bedarfsorientierung als Planungsgrundlage in Bergisch Gladbach

Mit dieser Politik will es Bergisch Gladbach schaffen, bis spätestens Ende 1999 eine wohnortnahe Vollversorgung im Bereich der Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen, mit 20% Hortplätzen, 20% Spielgruppenplätzen, 10% Krippenplätzen und einer vollen Bedarfsdeckung für die 3-6jährigen (auf Grundlage einer differenzierten Bedarfsplanung).

Ausgangspunkt der Bedarfsplanung war die Situation in NRW mit einem Angebot von 20% Ganztagsplätzen und 80% Plätzen mit geteilter Öffnungszeit, d.h. 80% der Kinder müssen über die Mittagszeit von ca. 12.30 Uhr bis 14 Uhr nach Hause gehen. Diese Form gilt in NRW (noch) als Regelangebot. Allerdings hat diese Angebotsstruktur mittlerweile kaum noch etwas mit dem realen Bedarf zu tun. Die Nach-

frage der Eltern, vor allem der Mütter, deren Erwerbsquote in Bergisch Gladbach mit 30% angesetzt wird (mit Kindern bis sechs Jahren) betrifft vor allem eine flexible Mittagsbetreuung. Eine Befragung unter den Eltern hat ergeben, dass nur 13% der Eltern eine geteilte Öffnungszeit wünschen. Auf dieser Grundlage wurden schließlich die Eckdaten für die Schaffung eines bedarfsgerechteren Betreuungsangebots entwickelt.

„Fünf Bausteine“ haben die Eltern nun zur Auswahl: den Platz in der Spielgruppe, den Kindergarten-Vormittagsplatz, den Kindergartenplatz mit geteilter Öffnungszeit, der Kindergartenplatz mit durchgehender Betreuung bis 14 Uhr und den Ganztagsplatz im Kindergarten. Die Möglichkeiten, die das „Fünf-Bausteine-Konzept“ bietet, liegen auf der Hand: Zum einen bedarfsorientierte Wahlmöglichkeiten auf Seiten der Eltern; zum anderen Einsparungsmöglichkeiten auf Seiten des Jugendamtes.

Wenn heute vom Jugendamt über eine bedarfsgerechte Reduzierung von Ganztagsplätzen diskutiert und über Umsetzungsmöglichkeiten nachgedacht wird, dann trifft das, aus ihrer Historie heraus, vorrangig die Elterninitiativen mit ihrem konzeptionellen Schwerpunkt der Ganztagsbetreuung. Das ehemals gute Einvernehmen zwischen Elterninitiativen und Jugendamt leidet natürlich darunter.

Mit dem Konzept der „Fünf Bausteine“ versucht das Jugendamt den Spagat zwischen Sparzwang und Zukunftsvision zu schaffen. Das heißt, auf der einen Seite ein vielfältiges Angebot noch bedarfsgerechter und qualifizierter zu machen, auf der anderen Seite dabei Einsparungen zu erzielen. Die Elterninitiativen wissen auch, daß es nicht darum gehen kann, ob eingespart werden soll oder nicht: Es muß

eingespart werden. Aber für sie ist die Frage des „Wie und Wo“ von z.T. existentieller Bedeutung. Der Diskurs mit dem Jugendamt über diese Fragen hat begonnen und die Stimmung hat sich nach Aussage des Jugendamtes wieder verbessert.

Der Ausbau für die unter dreijährigen und die über sechsjährigen Kinder ist so gut wie abgeschlossen; der Bedarf auch bei der schulischen Mittagsbetreuung ist gedeckt. Das war nur mit Hilfe der zwar finanziell sehr gut ausgestatteten Elterninitiativen möglich, aber letztendlich war es die Tatkraft und die Verantwortungsbereitschaft der Eltern, die dies ermöglichte.

4.4.5 Die Rolle des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Die Elterninitiativen in Bergisch Gladbach sind fast alle dem DPWV als Dachverband angeschlossen; das sind 23 Mitgliedsorganisationen mit 62 Gruppen, die 1.270 Plätze zu Verfügung stellen. Die Kommune beteiligt sich finanziell an der Fachberatung. Sie anerkennt je Gruppe eine Wochenstunde Arbeitszeit (maximal eine Vollzeitstelle), die zu 99% bezuschußt wird.

Nach Aussage des DPWV liegt im Moment der Schwerpunkt der Beratung im Bereich Konfliktberatung in den Einrichtungen. Hier die Erfahrungen der Fachberaterin: „Die Vereine machen in unterschiedlicher Intensität Entwicklungskrisen durch, gerade bei einem starken Wachstum von einer auf drei Gruppen oder in Bezug auf einen Neubau. Es kann sich manchmal geradezu einen Art innerer Konfliktstau bilden. Er hat oft mit dem Gegensatz zwischen Gründungs- und heutigen Nutzereltern zu tun“.

Weiterhin bietet der DPWV auch einen betriebswirtschaftlichen Unterstützungs-

service, z.B. Gehaltsabrechnungen, für Elterninitiativen an. Durch die Größe der Vereine bis zu vier Gruppen haben sie Etats weit über eine Million DM zu verwalten. In diesem Bereich ist der Beratungsbedarf derzeit unendlich. Der „Paritätische“ hat dazu einen Verein zur Förderung der Jugend- und Sozialarbeit ins Leben gerufen. Außer dieser Fachberatung unterstützt er auch verschiedene Arbeitskreise, die aus Elterninitiativen gebildet wurden, und begleitet sie; so z.B. Öffentlichkeitsarbeit und Qualitätssicherung. Im Jugendhilfeausschuß mit 6 Plätzen hat der Dachverband einen Sitz und versucht die Interessen der Initiativen zu vertreten. Dem oben beschriebenen Sparkonzept stand der DPWV zu Beginn der Diskussion sehr kritisch gegenüber. Inzwischen hat sich nach Aussage eines Verbandsvertreters die Stimmung allerdings verbessert: „Wir haben einen tragfähigen Kompromiß gefunden.“

4.4.6 Die Rolle der Eltern

Bei unseren empirischen Untersuchungen von Müttern und Vätern in München wurde deutlich, daß Eltern, wenn sie sich auf die oft mühsamen Prozesse von Eigenverantwortung und Selbstorganisation innerhalb ihrer Elterninitiativen einlassen, einen hohen individuellen „Mehrwert“ für sich gewinnen können. (s. Kap. 5.1) Die Bedingungen der Elterninitiativen in Bergisch Gladbach und München unterscheiden sich hauptsächlich durch die Fördermodalitäten, damit durch das Elternengagement, und durch die Größe der Einrichtungen.

Aus unseren Untersuchungen wissen wir, daß der individuelle Nutzen sehr stark vom zeitlichen Engagement der Eltern in ihren Einrichtungen abhängt. Das Engagement der Eltern ist, wie oben erwähnt, nicht Pflicht und damit sehr unterschied-

lich. Die schon erwähnte DJI-Befragung bestätigt das (s. Kap. 5.1). So beteiligt sich die Mehrheit (64%) der Elternschaft nicht bzw. wenig in den Einrichtungen, d.h. weniger als vier Stunden im Monat. 29% arbeiten vier bis dreizehn Stunden und immerhin 7% sind über vierzehn Stunden tätig.

Abschließend kann man sagen, die Elterninitiativen in Bergisch Gladbach sind ein wichtiger Motor, der Kinderbetreuung zu einem öffentlich verhandelten, politischen Thema macht – eine soziale Bewegung von bunter und erfreulicher Sichtbarkeit.

Abschließende Anmerkungen

Im Folgenden soll aufgezeigt werden, welche positiven und negativen Konsequenzen sich für alle Beteiligten, Eltern – Elterninitiativen – Jugendamt, aus dieser Art der Förderpolitik ergeben können.

Die Größe der Einrichtung:

Das Besondere bei der Entwicklung der Elterninitiativen in Bergisch Gladbach ist, daß die Bedarfsanpassung im Laufe der Jahre nicht so sehr durch Neugründungen weiterer Initiativen, wie z.B. in München, zustande kam, sondern sie erfolgte durch das Wachstum der einzelnen Elternvereine. Die meisten haben als eingruppige Einrichtungen begonnen und sind heute drei- oder viergruppig. Hierdurch ergibt sich eine breite Angebotsvielfalt in einer Einrichtung. Kinder müssen mit zunehmendem Alter nicht wechseln, Eltern können Geschwisterkinder in die selbe Einrichtung geben. Allerdings: Wenn man jedoch drei bis vier Gruppen auf die Zahl der Kinder und damit auf die Anzahl der beteiligten Eltern hochrechnet, wird deutlich, wie kompliziert dadurch der Kommunikations- und Informationsfluß wird. Die

ursprünglich auf Selbstorganisation und informelle Strukturen ausgerichteten Vereine verlieren mit zunehmender Größe an Transparenz der Entscheidungsprozesse.

Elternmitarbeit:

Eine immer stärker werdende „Konsumentenhaltung“ der Eltern im Sinne einer Nutzung der Kinderbetreuungseinrichtung als Dienstleistung, verbunden mit einem relativ geringen „Arbeitseinsatz“ der Eltern hat ihren Ursprung und ihre Verstärkung in der Förderphilosophie des Jugendamtes, Elternmitarbeit nicht zur Pflicht zu machen. Auf der einen Seite bedeutet das „Nicht-mitmachen-müssen“ natürlich eine große Entlastung für die meisten Eltern. Auf der anderen Seite aber eine große Belastung für den Verein als Träger. So sprechen sich die „Aktiven“ der befragten Elterninitiativen mehrheitlich für mehr Elternmitarbeit aus.

Wie „satt“ kann eine Förderung machen?

Durch die Förderung von 99% sind die Elterninitiativen sehr gut ausgestattet, ihren Kinderbetriebsbetrieb „gesichert“ abzuwickeln. Die Zusage des Jugendamtes, die 4% zusätzlichen kommunalen Zuschuß nicht in Frage zu stellen, bekräftigt diese Sicherheit. Doch wie nah liegen Sicherheit und Besitzstandswahrung auf der einen Seite und mögliches Innovationspotential und Bedarfsorientierung auf der anderen Seite. Ist Innovationspotential überhaupt nötig bzw. möglich, wenn alles zur Zufriedenheit aller vorhanden ist? Im Laufe der Jahre hat sich zunehmend eine „Konsumentenhaltung“ der Vereine gegenüber dem Jugendamt herausgebildet.

Mit Hilfe der Elterninitiativen war das Jugendamt in der Lage, über die Erfüllung eines Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz hinaus eine Bedarfsde-

ckung für Kinder unter drei und über sechs Jahre zu erreichen. Ein stolzes Ziel, das von allen Beteiligten mit hohem finanziellen und ideellen Aufwand betrieben wurde. Und heute? Wie steht es Ende 1998 bei der Erreichung solch ehrgeiziger Ziele? Der „alte“ Bedarf ist gedeckt – aber wie sieht der „neue“ aus?

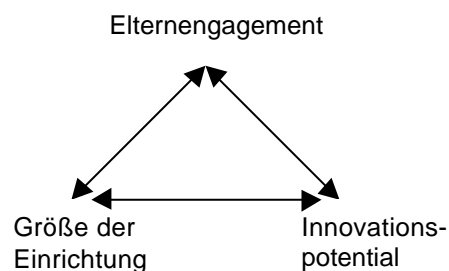
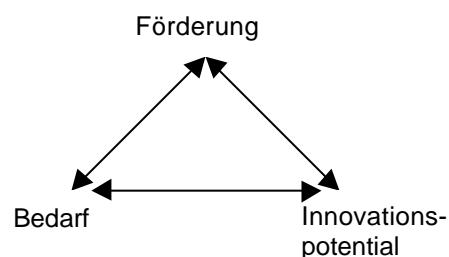
Die Elterninitiativen haben ihre Ziele erreicht – wie sehen die neuen aus? Zum einen wird der Bedarf an Betreuungsplätzen in Zukunft durch die immer geringer werdenden Jahrgangsstärken weiter zurück gehen. Doch diesem quantitativen Aspekt steht ein qualitativer Anspruch im Sinne von zeitlicher Flexibilität und einer Nachfrage nach neuen pädagogischen Konzepten entgegen.

Zum anderen wird der Finanzierungsspielraum der Kommunen immer enger. Das bedeutet, auch in Bergisch Gladbach wird überlegt, ob der „alte“ Bedarf wirklich bedarfsgerecht ist (s. Fünf-Bausteine-System). Erwähnenswert ist hier die unterschiedliche Bewertung dieses Bergisch Gladbach-Konzeptes durch die Eltern in der DJI-Befragung. Denn grundsätzlich wird das Fünf-Bausteine-Konzept zu 70 % positiv bewertet. Jedoch auf die Frage, ob das Konzept für die eigene Einrichtung geeignet ist, antworten nur 40,4% der Eltern mit „ja“. Die Hälfte der Elterninitiativen, die den Fragebogen beantwortet haben, halten das Bergisch Gladbach-Konzept grundsätzlich für positiv, aber nur ein geringer Anteil der Einrichtungen halten es für ihre eigene Kita geeignet.

Eine Ursache für die Diskrepanz der Aussagen kann u.a. in der Berufstätigkeit der Mütter liegen. Für ganz Bergisch Gladbach wird von etwas über 30% ausgegangen, die Elternbefragung hat demgegenüber ergeben, daß über 50% der Elterninitiativ-Mütter berufstätig sind. Die

Frage, die sich auf dieser Grundlage stellt, ist: Wie kann das Innovationspotential der Elterninitiativen aufgegriffen und eventuell wieder (und immer neu) „mobilisiert“ werden, um auf ein mögliches Überangebot an Betreuungsplätzen zu reagieren? Es geht somit u.a. um den Erhalt der „Konkurrenzfähigkeit“ ihrer Einrichtungen durch neue Konzepte. Von einigen Elternvereinen wird das auch schon erkannt und sie führen entsprechende Gespräche innerhalb ihrer Einrichtungen bzw. mit dem Jugendamt.

Die beschriebenen Wechselwirkungen lassen sich auch in folgenden „Spannungsdreiecken“ darstellen.



Es wird in Zukunft darum gehen, die hier entstehende Dynamik aufzugreifen und als „positive Energie“ für weitere Entwicklungen einzusetzen. Auch diese Diskussion wird, wie schon die eigentliche Entwicklungsgeschichte, ein länger andauernder Prozeß werden. Die ersten Schritte sind gemacht. Offenheit und gegenseitige Wertschätzung dürften dabei helfen, für alle Beteiligten zufriedenstellenden Lösungen zu finden.

4.5 Neuaubing: Ein Stadtteil auf dem Weg zum Problemquartier?

In einem ersten Schritt erfolgt die Kurzbeschreibung der urbanen Region Neuaubing mit den dort vorhandenen Familienselbsthilfeeinrichtungen, -initiativen und -projekten. Anschließend werden die Wirkungsweise und die Bereicherung der Initiativen für die Familien und für die Kommune (Neuaubing als Stadtteil von München) anhand einiger Beispiele geschildert.

4.5.1 Sozialstruktur in Neuaubing

Laut statistischem Taschenbuch 1996 (Hrsg. Statistisches Amt der Landeshauptstadt München) wird die Sozialstruktur des Bezirks Aubing-Lochhausen-Langwied von den folgenden Gruppen wesentlich bestimmt: Einkommensschwache, kinderreiche Haushalte in den Großwohnanlagen (Neuaubing) und traditionelle Arbeiterquartiere finden sich ebenso wie qualifizierte Erwerbstätigenhaushalte in Gebieten mit Eigentumsanlagen und Eigenheimbebauung sowie alteingesessene Bevölkerung (vor allem ehemalige Großbauern) mit gemischter Sozialstruktur (Altaubing). Unsere Untersuchung konzentriert sich auf Neuaubing. Neuaubing weist aufgrund seiner Großwohnanlagen eine relativ hohe Bevölkerungsdichte auf. Vor allem in den Großwohnanlagen bildet sich aufgrund von Existenzängsten und subjektiv empfundener Überzahl an ausländischen Familien brisanter sozialer Sprengstoff, der auf Stadtteil-Veranstaltungen⁷² thematisiert und mit Bürgern gemeinsam diskutiert wird. Bei der Betrachtung des Ausländeranteils im Vergleich zum restlichen Gesamtstadtviertel 22 fällt

eine Konzentration in Neuaubing auf. Aubing-Lochhausen-Langwied hat mit 16,1% Ausländern den viertniedrigsten Ausländeranteil aller 25 Stadtbezirke Münchens während Neuaubing mit 21,2% Ausländern exakt dem Münchner Durchschnitt entspricht. Andere Viertel wie beispielsweise Schwanthalerhöhe oder Milbertshofen weisen mit 40,2% bzw. 30% wesentlich höhere Werte auf. Auffällig in Neuaubing ist aber der im Vergleich mit allen anderen Münchner Stadtvierteln relativ hohe Anteil an 0-18jährigen Ausländern. Zurückzuführen ist dies eventuell auf die Großwohnanlagen von Neuaubing, in denen die größeren Wohnungen vor allem an kinderreiche ausländische Familien vermietet werden.

Zusammenfassend läßt sich das Bild eines Stadtviertels zeichnen, in dem die „soziale Mischung“ langsam aus dem Gleichgewicht geraten zu scheit, zumindest aus Sicht verunsicherter und zumeist älterer deutscher Bewohner. Gerade in den Bereichen, die brisanten sozialen Sprengstoff bergen wie das Zusammenleben mit Ausländern oder die Situation der Jugendlichen, gibt es wenig unterstützende und ausgleichende Aktivitäten – aber es hat ein Prozeß der Problemwahrnehmung begonnen, an dem Aktive aus der Familienselbsthilfe nicht ganz unbeteiligt sind.

4.5.2 Familienselbsthilfeinitiativen in Neuaubing

Im gesamten Stadtbezirk 22 (Aubing, Neuaubing und Lochhausen) findet sich ein großes Angebot an sozialen Einrichtungen und sozialen Diensten. Speziell in Neuaubing entwickelten sich einige Familienselbsthilfeinitiativen, die im folgenden beschrieben werden.

⁷² „Sozialer Brennpunkt Neuaubing?“ am 3.2.98; oder „Zusammen leben - zusammen wohnen?“ am 31.3.98

Das Mütterzentrum, gegründet 1981 in Neuaubing-West als eine Einrichtung des SOS-Kinderdorf e.V., stellt den zentralen sozialen Ort von Neuaubing dar. Es liegt mitten im Einkaufszentrum und ist mit Bus, S-Bahn und Auto gut zu erreichen. Aus diesem Grund und wegen der Attraktivität und des kontinuierlichen Aus- und Aufbaus des Zentrum erweiterten sich das Einzugsgebiet und die Öffnungszeiten stetig. Das Mütterzentrum verfügt über großzügige Räumlichkeiten: Einen Seminarraum, einen Raum für die psychologische Beratung, einen Computerarbeitsplatz, eine kleine Frisierstube, eine Werkstatt für Töpferarbeiten etc., einen Raum für die Nutzung des Kursangebotes, eine große Kaffestube, ein Kinderzimmer und über Räumlichkeiten, in denen seit September 1997 die über das Mütterzentrum gegründete „Netz für Kinder“⁷³-Initiative integriert ist. Das Mütterzentrum in Neuaubing bietet für Frauen, auch für Neuzugezogene oder ausländische Mütter, eine Möglichkeit zur Integration in und Information über das Viertel, zum Knüpfen von Kontakten, zur gegenseitigen Hilfe und Unterstützung oder einfach zum Entspannen, Mittagessen oder Kaffeetrinken. Das Zentrum ist ein fester Bestandteil des Viertels geworden.⁷⁴ Für viele Nutzerinnen ist das Mütterzentrum seit Jahren ein Ort der Entspannung, der Kommunikation und des Lebens und Lernens geworden. Die ausländischen Mitbürgerinnen finden freundliche Aufnahme, obwohl die Stimmung in Teilen Neuaubings, vor allem in einigen großen Wohnblöcken teilweise durch Intoleranz und ausländerfeindliche Attitüden geprägt ist.

⁷³Das Netz für Kinder ist eine kommunal geförderte besondere Art der Kinderbetreuung für altersgemischte Gruppen von 2-12jährigen, zur genaueren Information vgl. Becker-Textor (1995).

⁷⁴Sichtbar wurde die Bedeutung des MüZe als Anlaufstelle, als nach einem Bombenalarm in Neuaubing 56 Kinder aus den umliegenden Kindergärten dort untergebracht gebracht wurden und sämtliche Eltern des Umkreises zur Information dort anriefen.

Neben dem relativ breit gestreuten Angebot an städtischen und kirchlichen Kinderbetreuungseinrichtungen gründeten sich in Neuaubing zwei Elterninitiativen, die den Bedarf an besonderer Betreuung erfüllen⁷⁵. Die zwei Initiativen entsprechen mit ihren alternativen Konzepten dem „klassischen“ Elterninitiativtyp. Die Elterninitiative Pasing⁷⁶ besteht seit fast 20 Jahren und befindet sich seit mehreren Jahren in einem Haus mit verwildertem, großem Garten mit viel Wiese und Baumbestand auf einem ehemaligen Bahngelände. Die Elterninitiative verfügt über ausreichende Räumlichkeiten. Der Kindergarten nimmt zwischen 15 und 19 Kindern zwischen drei und sechs Jahren auf, die zur Zeit unserer Recherchen von einer Erzieherin (Leitung, eine Grundschullehrerin), einer Kinderpflegerin und einer 630-DM Kraft betreut wurden. Das Gründungsmotiv der Eltern (einige Pädagoginnen schlossen sich zusammen) bestand darin, eine Alternative zu herkömmlichen Kinderbetreuungseinrichtungen zu schaffen. Die Eltern, die ihre Kinder zum Befragungszeitpunkt dort untergebracht hatten, legten alle besonderen Wert auf eine pädagogisch wertvolle, ausschließlich familienergänzende Betreuung nach einem anthroposophischen Konzept. Die Rahmenbedingungen des Kindergartens werden mit den Eltern geplant, ausgearbeitet, überprüft, verbessert und erweitert. Das pädagogische Konzept wurde in Zusammenarbeit mit den Eltern erstellt und festgelegt, die Kindergartenleitung wollte die Kontinuität ihrer erzieherischen Arbeit weitgehend absichern und nicht jedes Jahr mit einem völlig neuen Konzept konfrontiert werden.

Die zweite Elterninitiative in Neuaubing liegt mitten im Zentrum, ebenfalls in einem Einfamilienhaus mit Garten. Sie besteht

⁷⁵ In dem gesamten Bezirk 22 gibt es 4 Elterninitiativen.

⁷⁶ Die ersten Jahre nach ihrer Gründung war die Initiative im benachbarten Stadtteil Pasing angesiedelt.

aus zwei Gruppen die jeweils 12 Kinder zwischen 2 und 6 Jahren aufnehmen. Betreut werden die Kinder von 2 Erzieherinnen, einer Kinderpflegerin, einer Berufspraktikantin und einer Vorpraktikantin. Die Leitidee des Konzeptes lautete „Kinder spielen miteinander und lernen voneinander“, wobei dem kreativen Freispiel viel Platz eingeräumt wurde. Nach einem Wechsel der Leitung veränderte sich das Konzept: Die Altersmischung wurde (auch auf Wunsch der Eltern) erweitert, d.h. die Trennung zwischen Krippenkindern und Kindergartenkindern wurde aufgehoben und ein neues pädagogisches Konzept erstellt. In beiden Elterninitiativen werden Kinder und ihre Eltern von den Erzieherinnen und den anderen Eltern ausgesucht. Auswahlkriterium ist hierbei neben persönlicher Sympathie (passen Kinder und Eltern in die Gruppe?) auch die Frage, ob die Eltern „initiativ geeignet“ sind, und das Alter der Kinder.

Neben der Fremdbetreuung für Kinder haben sich an den Kirchen Neuaubings Mutter-Kind-Gruppen gebildet, die einem anderen Bedürfnis entspringen: der Zusammenkunft und Kommunikation der Mütter gemeinsam mit ihren unter dreijährigen Kindern in einem allwöchentlichen Rhythmus. Die Mutter-Kind-Gruppen in der katholischen St. Konrad Kirche verfügen über einen eigenen Raum, der mittels finanzieller Unterstützung der Pfarrei „kindgerecht“ eingerichtet wurde. Die Mütter lagern ihre Treffen, falls sie als Gruppe zusammenwachsen, häufig zu sich nach Hause aus, da die Räumlichkeiten nicht sehr ansprechend sind. Die Mutter-Kind-Gruppen bestehen aus fünf-sechs Müttern und ihren Kindern im Alter von eineinhalb bis drei Jahren. Sie treffen sich meistens einmal die Woche vormittags zu einem gemeinsamen Frühstück mit einer Mischung aus Freispiel und Bastelangebot für die Kinder. Als An-

sprechpartnerin für interessierte Mütter steht eine Gemeindefereferentin zur Verfügung. Die Gruppen regeln ihre Treffen selbständig. Neue Mütter erfahren von den Gruppen z.B. über den Gemeindeboten, bei der Taufe ihrer Kinder oder durch Mundpropaganda.

Die Kinder- und Jugendfarm in Neuaubing kann nicht direkt als eine Einrichtung der Familienselbsthilfe bezeichnet werden, sondern als eine Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Sie entspricht ihrer Struktur gemäß aber den Prinzipien Eigeninitiative, Selbsthilfe und Bedürfnisorientierung. Die Kinder- und Jugendfarm ist eine von mehr als hundert vergleichbaren Projekten in Deutschland. Der Dachverband „Bund Kinder- und Jugendfarm“ wurde in Stuttgart gegründet und liefert den einzelnen Einrichtungen Informationsmaterial und günstige Konditionen für die notwendigen Versicherungen. Der Gründergedanke umfasst Lernziele wie den Erwerb von Sozialkompetenzen, z.B. das Erlernen von Toleranz und Teambereitschaft, das Begreifen ökologischer Zusammenhänge und die Übernahme von Verantwortung. Die Ziele dienen der Präventivwirkung gegen Orientierungslosigkeit oder Gewaltbereitschaft von Kindern und Jugendlichen und wirken sich unterstützend auf negative persönliche Lebensbedingungen aus, wie z.B. Wohnungslosigkeit und Arbeitslosigkeit. Die Mitglieder des Vereins sind hauptsächlich Eltern und ihre Kinder. Die Farm befindet sich auf einem 1,5 ha großen Gelände mit insgesamt 80 Haus- und Nutztieren sowie einem Wohn- und Bürogebäude. Die Kinder und Jugendlichen arbeiten nach Anleitung selbständig bei der Pflege der Tiere mit, die Älteren weisen die Neuhinzukommenden in die verschiedenen Aufgabengebiete ein. Spezielle Angebote an die Kinder entstehen bei Bedarf, z.B. gibt es mittlerweile einen Mittagstisch und eine

Hausaufgabenbetreuung für die Kinder als Reaktion auf deren Wunsch. Die Mitarbeiterinnen bieten Training zur Führung von Bewerbungsgesprächen an sowie spezielle Vorbereitung für einen besseren Schulabschluß. Durch intensive Betreuung und Unterstützung schafften 50% der Jugendlichen den qualifizierten Hauptschulabschluß. Die Kinder und Jugendlichen dürfen das Gelände mit Hütten bebauen und nach eigenen Wünschen und Ideen mit- und umgestalten. Bei Problemen untereinander wird erwartet, daß die Kinder und Jugendlichen zuerst eigene Lösungsversuche vornehmen, oft im Dialog mit den Älteren. Das Zusammenleben auf der Farm soll die Geborgenheit einer Großfamilie ersetzen oder vermitteln. Die Leiterin beschreibt die Kinder und Jugendlichen als „sehr selbständig, selbstbewußt und konfliktfähig“.

Ein besonderes Beispiel für die Aktivität und die Aktivierung von familialen Ressourcen zeigt sich am Beispiel von Neuaubing's „Mütterzentrum“, eines Arbeitskreises, der durch das Engagement einer aktiven alleinerziehenden Mutter ins Leben gerufen wurde. Sie lebt in einer Großwohnanlage mit 800 Wohneinheiten, von denen ein Teil Sozialwohnungen sind, und bemüht sich gemeinsam mit einer wachsenden Anzahl an Bewohnern und Bewohnerinnen, auf das Wohnumfeld und die Wohnqualität Einfluß zu nehmen. Die Entwicklung und Darstellung der Aktivität dieses Arbeitskreises erfolgt im folgenden Unterpunkt.

Eine wichtige Rolle als Vernetzungsgremium für die Soziale Arbeit des Stadtviertels spielt in Neuaubing die sogenannte Fachbasis, zusammengesetzt aus Vertreter/innen der meisten im Stadtteil vertretenen Institutionen und Trägern mit sozialem Aufgabenbezug. Ihre Aufgabengebiete und Funktionen und die daraus

erwachsene kommunalpolitische Bedeutung werden später näher erläutert.

4.5.3 Bedingungen für die Aktivierung familialer Ressourcen

Eine Bedingung für die Entstehung von Familienselbsthilfeeinrichtungen vor Ort besteht in den Bedürfnissen von Eltern, die nicht durch herkömmliche Angebote sozialer Arbeit abgedeckt werden können, aber eine flexible Reaktion vor Ort erfordern. Hierzu zählen z.B. Lücken in der Betreuung für Kinder. Der Stadtteil Aubing weist eine Unterversorgung an Hortplätzen auf. Im April 1996 startete, initiiert von einer der Leiterinnen des Mütterzentrums der Versuch einer flexiblen Kinderbetreuung an einem Tag in der Woche. Die Grundschul Kinder konnten einmal die Woche zum Mittagessen und zur anschließenden Hausaufgabenbetreuung angemeldet werden, die Betreuung leisteten zwei Mütter. Da die Betreuung schon bald an anderen Tagen gewünscht wurde, bot das Zentrum mit Beginn des neuen Schuljahres eine flexible Schülerbetreuung an, die Kinder konnten für nur einen Tag in der Woche oder auch täglich angemeldet werden und zusätzlich zu unterschiedlichen Zeiten abgeholt werden. Die Eltern hatten die Möglichkeit, mitzugestalten und eigene Ideen einzubringen. Wegen des großen Andrangs und mangelnder räumlicher Kapazitäten, mußten an manchen Tagen schon zu Anfang des Projekts Anmeldungen zurückgestellt werden. Ein Gründungsgedanke der Schülerbetreuung bestand darin, daß die betreuten Kinder⁷⁷ in einer familienähnlichen Situation aufgehoben sind, denn während der Betreuungszeit war das Mütterzentrum geöffnet und dadurch ergaben sich viele gemeinsame Berührungspunkte zwischen den Besucherinnen

⁷⁷Die Kinder verbrachten ansonsten oftmals schon mit 6 Jahren Stunden allein zu Hause (Interview mit Eva Sambale, Spiellandschaft Stadt).

mit ihren Kindern und den „Hortkindern“. Die Durchführung erwies sich nach einiger Zeit als problematisch, da den Kindern kein eigener Raum zur Verfügung gestellt werden konnte. Durch einen Zufall konnte das Mütterzentrum neue Räume anmieten und so wurde im September 1997 eine „Netz für Kinder“-Initiative im Mütterzentrum aufgebaut. Insgesamt gibt es 23 Plätze zu belegen, wobei täglich 15 Kinder an der Gruppe teilnehmen können. Das Konzept enthält das Prinzip des „Platz-sharing“, die Eltern können sich tageweise oder nach Vor- und Nachmittagen die Plätze aufteilen. Das Mittagessen wird im Mütterzentrum gekocht, für das Mütterzentrum ergab sich dadurch als positive Konsequenz eine durchgehende Öffnung. Die Betreuungszeiten liegen zwischen 8.00 bis 17.00 Uhr und beinhalten keine festen Bring- und Holzeiten. Die Auswahlkriterien sind neben dem Alter der Kinder auch die Bereitschaft der Eltern, mitzuarbeiten – die Warteliste wird mittlerweile immer länger.

Die Bedarfsorientierung von Familien-selbsthilfe zeigt sich aber auch an dem ständig steigenden Dienstleistungsangebots des Mütterzentrums: gerade in einem Viertel wie Neuaubing, gekennzeichnet durch überdurchschnittlich viele Haushalte mit Kindern (auch ausländische) besteht ein erhöhter Bedarf an günstigen Dienstleistungen, die einerseits Kinder betreffen (z.B. günstige Kleidung) andererseits auch Frauen mit kleinerem Einkommen ermöglichen an „Luxusartikeln“ teilzuhaben, z.B. durch Kosmetik, günstige Friseurstube oder bezahlbare Massage.

Eine weiterer Grund für die Aktivierung von sozialen Ressourcen ist das Bedürfnis nach einem „sozialen Raum“ für Mütter und ihre Kinder. Das Mütterzentrum ermöglicht und verstärkt soziale Integrationsprozesse durch das Einbinden von

Neuzugezogenen und vor allem auch von ausländischen Frauen. Eine Gruppe türkischer Mütter konnte sich durch den Umbau⁷⁸ der Kaffeestube eine eigene Nische schaffen, in der sie ungestört sein können. Das Zusammenleben zwischen den ausländischen und deutschen Frauen verläuft größtenteils harmonisch, vor allem aktive Mitarbeit im Mütterzentrum fördert die gegenseitige Akzeptanz und ermöglicht Annäherungen. Gerade Frauen aus der Türkei gewinnen ein Stück Freiraum von zu Hause, wenn sie die Möglichkeit haben, an einem „männerfreien“ Ort zusammenzutreffen. Im Mütterzentrum als sozialen Raum ergibt sich die Möglichkeit einer spontanen Aktivität und das Einbringen vielfältiger Ideen und die Fähigkeit, eigene Ressourcen (wieder) zu entdecken. Es zeigt sich aber auch, daß eine kontinuierliche Vergrößerung des Projekts und seiner Aktivitäten auch eine Professionalisierung oder wenigstens Arbeitsteilung zur Folge haben muß, um kreative Prozesse nicht einzuschränken. Eine der beiden Leiterinnen faßt diese Problematik folgendermaßen zusammen: „in den ersten Jahren ohne Bürokratie habe ich gearbeitet und wenig geholt ... mein Arbeitsplatz zeichnet sich durch Flexibilität und einen großen Handlungsspielraum aus, erst durch die Einstellung einer Bürokratie konnte ich mich wieder auf meine eigentliche Aufgabe besinnen, die Kontaktpflege zu den Müttern, um Konflikte im Vorfeld zu entschärfen, Integrationsarbeit zu leisten, das Geschehen kreativ mitzugestalten und ein offenes Ohr für alle Belange des Zentrums zu haben.“

Eine andere Bedingung zur Entfaltung von familialer Aktivität besteht in dem Wunsch nach Partizipation und Mitgestaltung in Bereichen, die die eigene Familie und die kindgerechte Umwelt betreffen. Elterniniti-

⁷⁸ In Eigenregie der Mütterzentrumsfrauen wurde das Kinderzimmer zugunsten der Kaffeestube verkleinert.

ativen finden ihre Bedeutung beim Übergang zu einer Berufstätigkeit oder beim Übergang von der Eigenbetreuung des Kindes zu einer teilweisen Fremdbetreuung. Für viele Eltern entsteht der Wunsch nach Mitgestaltung in einer Betreuungseinrichtung, die ähnliche Erziehungsvorstellungen verfolgt. Die Motivation der Eltern von den zwei untersuchten Neuaubinger Elterninitiativen wird in den Interviews deutlich: die Eltern legen großen Wert auf eine familienergänzende Kinderbetreuung, die sich an den Bedürfnissen der Kinder orientiert und einen möglichst großen Freiraum für die kreative, kindliche Entwicklung läßt.

Die Aussage einer Mutter faßt die pädagogische Motivation zur Wahl der Initiative folgendermaßen zusammen: „In der Initiative haben meine Kinder einen großen Freiraum, eine Schutzzone, in der sie Kind sein können und langsam ihre Fähigkeiten entwickeln können, das wirkt sich vor allem für zurückhaltende, vorsichtige Kinder positiv aus. Grenzen werden da gesetzt, wo der Schutzraum anderer verletzt wird“. Die Partizipation und die Mitgestaltung spielen bei Neueinstellungen von Erzieherinnen, der Mitgestaltung des pädagogischen Konzepts oder bei Ernährungsfragen eine große Rolle. Durch die Partizipation an Gestaltung und an Entscheidungen entwickeln die Eltern vielfältige Kompetenzen: sie erwerben die Fähigkeit, im Team zu lernen, erfahren „Demokratie“ im kleinen und gewinnen Erfahrung in Gruppenprozessen. Auch die Teilhabe an der Lebenswelt des Kindes ist von großer Bedeutung: „... der Kindergarten ist keine Welt für sich sondern ein fließender Übergang zum Alltag, durch das Dabeisein der Eltern und auch die Freundschaften untereinander.“

Darüberhinaus besteht allerdings auch der Wunsch nach Partizipation und Mit-

gestaltung in Bereichen, die über die Bedürfnisse der eigenen Familie hinausgehen. Die Partizipationsprozesse in der Initiative oder dem Mütterzentrum eröffnen manchen Beteiligten den Blick auf die kommunalpolitische Bühne: Aktive und Nutzerinnen von verschiedenen sozialen Einrichtungen und Selbsthilfeinitiativen starteten z.B. eine gemeinsame Demonstration mit anschließendem Spielefest, um gegen eine Entscheidung des Bezirksausschusses zu protestieren, der die Genehmigung eines Spielplatzes verweigerte. Dies nur als ein Beispiel der unzähligen Möglichkeiten der Mitwirkung, wie z.B. Teilnahme an der Jugendhilfeplanung, Versuch der Verkehrsberuhigung etc.

Ein weiteres Beispiel für den Regelkreis „Anlaß – Reaktion – Aktion“ ist der sogenannte „Mieterkreis“. Die Initiatorin dieses Projekts war einige Jahre in Neuaubings Mütterzentrum aktiv, was vielleicht ihr besonderes Engagement und ihre Hartnäckigkeit erklärt. Die Zusammenarbeit der Initiative mit dem Mütterzentrum und die Unterstützung durch das Zentrum unterstreicht die Bedeutung von Vernetzung der Initiativen untereinander: gemeinsame Ressourcen erweitern die Handlungsspielräume der einzelnen Initiativen. Die Initiatorin lebt (s.o.) in einer Großwohnanlage einer bayerischen Wohnungsgesellschaft. Den Anstoß für das Engagement der alleinerziehenden Mutter gab das Spielverbot in den Außenanlagen: die Wiesen dürfen nicht betreten werden, Ballspiele sind verboten und die spartanisch ausgestatteten Spielplätze verwahrlost. Den Hauptstreitpunkt bildet das Fußballspielen – andere Freiflächen zu benutzen erweist sich als nicht praktikabel, da z.B. der geplante Bau eines Spielplatzes durch den Bezirksausschuß gekippt wurde. Die Hauptinitiatorin startete eine Unterschriftenaktion, in der sie u.a. die Aufhebung des Spielverbotes

auf den Wiesen, eine neue Hausordnung, eine Umgestaltung der Spielplätze und einen Gesprächstermin mit dem Hausbesitzer forderte. Sie sammelte 150 Unterschriften und erreichte, daß sich 10 Frauen und ein türkischer Vater zusammenschlossen und die Initiative „Mieterzentrum“ bildeten.

Nach mehrmaligen unfruchtbarem Schriftverkehr mit dem Eigentümer, entwarf die Initiative einen Serienbrief mit der Bitte um Unterstützung an sämtliche soziale Einrichtungen, an einzelne PolitikerInnen, an Behörden, an die Medien und an den Bezirksausschuß. Die Lokalbaukommission führte aufgrund dieses Schreibens eine Ortsbegehung durch und forderte den Hausbesitzer auf, Sicherheitsmängel zu beheben, die Spielplätze zu sanieren und die Eltern miteinzubeziehen. Der Verein „Urbanes Wohnen“, der an der Verbindung von architektonischer mit sozialen Gestaltung arbeitet, steht der Initiative mit unterstützenden Beratungen zur Seite.⁷⁹ Öffentlicher Druck auf die Baugenossenschaft entstand durch die Weitergabe der Forderungen der Initiative an den Petitionsausschuß des Bayerischen Landtags, in dem eine engagierte Kommunal- und Landespolitikerin, die im Bezirk wohnt, das Anliegen unterstützt; sowie durch die Weiterleitung des Anliegens an die oberste Baubehörde. Gleichzeitig trug die Fachbasis von Neuaubing die Forderungen an den Bezirksausschuß heran. Durch den ausgeübten Druck seitens genannter Institutionen, Behörden und Ausschüsse, stellte der Hausbesitzer als Vermittlungsperson eine selbständige

⁷⁹ Der Verein ist münchenweit tätig und spielt eine besondere Rolle bei Projekten zur Verbesserung der Wohnqualität. In Neuperlach z.B. wurde durch seine Unterstützung den Bewohnern der Hochhaussiedlung ermöglicht, eigene Gärten zu bepflanzen sowie der Aufbau eines Spielplatzes. Der Verein arbeitet bei verschiedenen Projekten mit: Aktion grün für unsere Kinder, bei der Hinterhofbegrünung und durch praktische Hilfen und Anleitung z.B. durch das Bereitstellen eines Bauwagens, von Werkzeug oder durch einen Schreiner.

Sozialpädagogin ein, die als erste Aktion eine Mieterbefragung durchführte. Durch das Einschalten dieser Vermittlungsinstanz konnte der Hausbesitzer zu kleinen Zugeständnissen bewegt werden.

Über die Einrichtung eines Büros für Senioren in einer der Wohnungen versucht die Sozialpädagogin, Aufenthaltsräume und Projekte auch für die Kinder und Jugendlichen zu erwirken. Geplant wird der Ausbau der Wohnung zu einem Mieterzentrum und die Bereitstellung von Kellerräumen, in denen die Jugendlichen mit und ohne Eltern basteln, werken oder Musik machen können. Die Nutzungsänderung für eine 120 qm große Wohnung ist bereits beantragt, getragen werden soll das Mieterzentrum von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen mit sozialpädagogischer Begleitung. Bislang erwirkte die Initiative einige Veränderungen: Seit dem Frühjahr 1998 erfolgt die Umgestaltung der Außenanlagen der Wohnsiedlung in Form eines Modellprojekts mit dem Verein Urbanes Wohnen. Ein Vater übernahm die Freizeitgestaltung mit interessierten Kindern und Jugendlichen. Um eine breite Zustimmung möglichst vieler Mitbewohnerinnen zu erhalten, bildeten sich kleine Gesprächskreise unter der besonderen Integration der Senioren, deren Zustimmung zur Realisierung der Projekte eine sehr große Bedeutung beigemessen wird. In Zusammenarbeit mit dem Verein Spiellandschaft Stadt wurde eine Aktionswoche „Spiele rund ums Haus“ organisiert, die ihren Abschluß in einem Hof fest mit dem Motto „Miteinander leben“ fand. Das Fest zeigte deutlich die Möglichkeiten auf, wie man miteinander seine Wohnumwelt gestalten kann und so Kommunikation und Lebensqualität auch zwischen den Generationen oder zwischen den Nationalitäten fördert und gemeinsam kreative Ideen entwickelt. Die Initiatorin des „Mieterzentrums“ bleibt ge-

meinsam mit ihren Mitstreiterinnen weiterhin der Motor für das Vorantreiben zukünftiger Ideen und Entwicklungen. Das Mütterzentrum trägt einen Teil zu dem Gelingen dieses Projektes bei, die Initiatorin war selbst vier Jahre lang im Mütterzentrum aktiv und beschreibt die integrative Leistung des Zentrums nach ihrem Zuzug als alleinerziehende Mutter.

Das Mütterzentrum unterstützt ihr Projekt, indem es Räume für die Mieterversammlungen zu Verfügung stellt. Viele der Aktiven in dem Projekt „Mieterzentrum“ sind Besucherinnen und Aktive des Mütterzentrums. Die Gründerin der Bewohnerinitiative bezeichnet die Rolle des Mütterzentrums für Neuaubing als herausragend, da ihrer Meinung nach das Mütterzentrum „der Verwahrlosung des Viertels entgegenwirkt und mir in meinem Engagement Rückhalt und Unterstützung bietet.“

4.5.4 Bedeutung der Familienselbsthilfe in der Kommune

Familienselbsthilfe kann wirksamer vorangetrieben werden, wenn sie mit Gremien zusammenarbeitet, die ihre Interessen bündeln und öffentlichkeitswirksam vertreten. Ein wichtiges Gremium zur Unterstützung familiärer Belange durch die sozialen Initiativen und Einrichtungen entstand in Neuaubing in Form der sogenannten Fachbasis: die zahlreichen sozialen Einrichtungen und Initiativen schlossen sich zusammen, um die soziale Arbeit im Viertel besser zu koordinieren. Die Fachbasis dient als intermediäre Instanz zwischen Bürgeranliegen und Kommunalpolitik; das wird z.B. am Einbringen des Anliegens der Bewohnerinitiative in die Arena der Stadt- und Landespolitik deutlich. Durch die Möglichkeiten der Fachbasis, Anträge an entscheidende Stellen (z.B. die Stadt) heranzutragen und Koor-

diinationskompetenzen (z.B. Bedarf feststellen und Vorschläge zur Verbesserung einbringen) wahrzunehmen, kommt es zu Interaktions- und Kommunikationsprozessen sowie einer verstärkten Wahrnehmung von Bürgeranliegen und deren Akzeptanz durch die kommunalpolitischen Instanzen. Die Kooperation zwischen den Familienselbsthilfeeinrichtungen und institutionellen Angeboten erfolgt ebenfalls über die Fachbasis: dieser Zusammenschluß bündelt zum einen Bürgerinteressen auf „Stellvertreterebene“, wird so zum Sprachrohr für Bürgerinteressen und fördert durch diese Struktur gleichzeitig die Akzeptanz seitens der Kommunalpolitik, nicht zuletzt durch die Kontinuität ihrer Ansprechpartner.

Auf Anregung der Fachbasis erfolgte eine öffentliche Diskussion über die Bedürfnisse und Wünsche der Bürger des Stadtviertels mit dem Thema: „Neuaubing – ein sozialer Brennpunkt?“. Die Veranstaltung zeigt deutlich, daß zwar das Bewußtsein und der Wille seitens der Stadt vorhanden ist, soziale Einrichtungen aufzubauen, im Vordergrund stehen aber finanzielle Begrenzungen. Hinzu kommt, daß die Dringlichkeit des Handlungsbedarfes in einem Viertel statistisch ermittelt wird und Neuaubing zwar Problembereiche aufweist, in anderen Viertel aber ein dringenderer Bedarf ermittelt wurde.

Kommunalpolitiker und Verwaltungsangestellte werden durch die Arbeit von Familienselbsthilfe angeregt, Bürgerinteressen stärker wahrzunehmen und Bürger stärker an stadtteilbezogenen Entscheidungen partizipieren zu lassen. Die Diskussion zwischen Bürgern, sozialen Einrichtungen, Selbsthilfeinitiativen und politischen Akteuren, zeigt, mit welchen kreativen Ideen und minimalem Einsatz Veränderungen in Gang gesetzt werden könn(t)en, z.B. die Öffnung der Schulhöfe, das Zur-

Verfügung-Stellen einer Turnhalle oder der Standort für einen neuen Spielplatz. Allerdings wird diese Initiativkraft einzelner aufgrund bürokratischer Restriktionen häufig ausgebremst und eine präventive, gemeinsame Lösungsmöglichkeit erschwert.

Kommunalpolitiker und Verwaltungsangestellte werden außerdem durch die Präsenz und die Öffentlichkeitsarbeit von Familienselbsthilfe⁸⁰ auf soziale Probleme aufmerksam gemacht und zur Stellungnahme und praktischen Reaktion veranlaßt. Verwaltung und Politik profitieren im lokalen Umfeld vom Dialog mit den verschiedenen Einrichtungen und Gruppen und lernen eine neue Einschätzung von Engagement und sozialen Ressourcen von Familien. Durch die Zusammenarbeit mit den Selbsthilfegruppen wird eine Abstimmung zwischen „Laien“ und „Professionellen“ und zudem eine Interessenartikulation von und zwischen Gruppen gelernt.

Abschließende Anmerkungen

Die Familienselbsthilfeinitiativen in Neuaubing zeigen, wie unersetzlich sie als Ergänzung und auch als Motor für Veränderung traditioneller sozialer Einrichtung fungieren. Sie stellen für die Familien selber und auch für die Kommune eine Bereicherung dar.

Die Aktivität einzelner setzt dort an, wo Bedarf erkannt und Möglichkeiten und Gleichgesinnte zur Umsetzung gefunden werden – zum Beispiel angeregt durch eine durch äußere Einflüsse stark sinkende Wohn- und Lebensqualität, zu deren Verbesserung zu wenig wirksame Unterstützung oder Kompensation seitens

Verantwortlicher (z.B. Eigentümer, Kommunalpolitiker) erfolgt.

Unabdingbare Voraussetzung für ein eigenes Engagement ist das Vorhandensein oder das Aktivieren von personalen Ressourcen, das Knüpfen eigener Netzwerke sowie die Unterstützung durch andere Familienselbsthilfeinstitutionen (oder soziale Einrichtungen) oder Einzelpersonen.

Die Familienselbsthilfeeinrichtungen in Neuaubing lassen „halböffentliche“ Räume entstehen, in denen soziale Gestaltung, Anregung zur Gestaltung des eigenen Lebens sowie Hilfe und Unterstützungsleistungen gleichermaßen möglich sind. Beispiele hierfür sind die Integrationsfunktion der Mütterzentren (gerade auch „Problemfällen“ oder ausländischen Müttern gegenüber), niederschwellige Angebote oder auch die Möglichkeit zur Gestaltung und damit auch zur Identifikation mit dem Wohnumfeld. Die Übernahme von Verantwortung, gerade auch durch Jugendliche wirken dem in Neuaubing zunehmend konstatierten jugendlichen Vandalismus entgegen.

Familienselbsthilfeeinrichtungen lenken den Blick von Kommunalpolitikern und Verwaltung auf die Möglichkeit von ressourcenorientierter Arbeit, die nicht Defizite, sondern eigene Potentiale in den Vordergrund rückt: Seitens einiger kommunaler Politiker überwiegt der defizitäre Blickwinkel bei der Analyse Neuaublings: die Wohnverhältnisse, die explosive Mischung innerhalb der Bewohnerschaft durch steigenden Ausländeranteil und wachsenden Anteil an Sozial Schwachen, die Probleme an den Schulen und in Freizeitheimen verstärken und beschleunigen Neuaublings Entwicklung hin zu einem „sozialen Brennpunkt“. Das Beispiel des Mieterzentrums zeigt, daß durch die Akti-

⁸⁰ Z.B. auf der von der SPD initiierten Veranstaltung „zusammen wohnen – zusammen leben?“

vierung eigener Ressourcen, durch eigeninitiativ vorangetriebene Ideen neue Impulse und Ansätze entstehen, die soziale Bedingungen und die Lebensqualität in und um die Wohnblöcke herum verbessern. Diese Veränderungen finden in einem generationsübergreifenden Kontext statt⁸¹.

Die Interaktion zwischen Familienselbsthilfe, Politik und Verwaltung, die in Neuaubing durch die Fachbasis vernetzt und angeregt wird, bewirkt mehr Bürgernähe und weckt Potentiale und Partizipationsmöglichkeiten auf der kommunalpolitischen Ebene. Hierzu zählen z.B. die Teilnahme an Sitzungen des Bezirksausschuß, die Teilnahme oder Organisation von „runden Tischen“ und anderen Diskussionsrunden.

Familienselbsthilfeeinrichtungen in Neuaubing decken den Bedarf nach „sozialen Orten“, in denen individuelle Lebenskonzepte in bedürfnisgerechter Form in jeder Familienphase gelebt und verwirklicht werden können zwar nicht rundum ab, leisten aber einen großen Beitrag dazu, daß familiäre Ressourcen aktiviert werden. Familienselbsthilfe wirkt durch den Partizipationsgedanken möglichen Erscheinungen von (jugendlichem) Vandalismus an der „Wurzel“ entgegen, denn wer mitbestimmen und mitgestalten darf, fühlt sich in seinen Bedürfnissen ernstgenommen und geht sorgfältiger mit „Selbstgeschaffenem“ um.

Da durch die Pflege von Kontakten, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit, Potential für die „eigentliche“ Selbsthilfe verlorengelht, erfordert die Familienselbsthilfe in Neuaubing einer verstärkte Förderung auch ihrer Vernetzungsarbeit.

⁸¹ Ein weiteres Merkmal der Familienselbsthilfe, die unter der Aktivierung familialer Ressourcen auch die Integration und Zusammenheit mit der älteren Generation versteht.

Eine Unterstützung der Familienselbsthilfe in der Annäherung an Personen, die sich aufgrund ihrer persönlichen Lebenssituation isolieren, wäre wünschenswert, um die ungleiche Ressourcenverteilung nicht weiter zu verschärfen, sondern um vermehrt Bedingungen zu schaffen, die eine Integration von Randgruppen ermöglichen. Das Aufbrechen und Infragestellen traditioneller Angebote, gerade auch im Bereich von Schulen, Schulhoföffnung, das Andenken von einer kindgerechten und eigenen Vorstellungen entsprechenden Wohnumwelt und die kreative Gestaltung der sozialen Infrastruktur des Viertels bedarf einer Flexibilisierung von Strukturen und Denkmustern auf kommunalpolitischer und bürokratischer Ebene. Das Potential einiger kreativer politischer Akteure kann solche Prozesse produktiv anregen und unterstützen, vor allem in Zusammenarbeit mit den Initiativen vor Ort.

Die Familienselbsthilfe ist für die soziale Landschaft in Neuaubing inzwischen ein unverzichtbarer Bestandteil geworden, der allerdings nicht die wachsenden sozialen Probleme Neuaubings auffangen oder lösen kann. Die Familienselbsthilfe vor Ort weiter zu finanzieren, zu unterstützen und wachsen zu lassen, bedeutet allerdings einen weiteren Schritt dahin, Neuaubing als zukünftigen „sozialen Brennpunkt“ zu verhindern⁸².

⁸² Die Kontinuität und Ausweitung der Arbeit des Mütterzentrums ist nur deshalb möglich, weil der Trägerverein SOS-Kinderdorf e.V. die Bedeutung der Arbeit erkannt hat und stetig finanziell fördert.

5. Ressourcen, Wirkungen und Leistungen der Familienselbsthilfe

5.1 Soziales Kapital und Humankapital: Die gesellschaftlichen Wertschöpfungspotentiale von Familienselbsthilfeinitiativen

Ziel des Beitrags ist es, die Bedeutung von Familienselbsthilfeinitiativen in modernen Gesellschaften als Form von eigeninitiativ erzeugter und gestalteter Gemeinschaft darzulegen, in der neben der eigentlichen Zielsetzung von Selbsthilfeinitiativen gesellschaftlich wertvolles und nutzbares soziales Kapital entsteht. Familienselbsthilfeinitiativen eignen sich zur Darstellung besonders, da sie als Seismographen gesellschaftlicher Neubestimmungen Träger neuer Formen von Solidarität und sozialer Unterstützungssysteme darstellen und gleichzeitig an die gesellschaftliche Bedeutung von Familie (und erweiterter Familie) anknüpfen. Gerade in Familienselbsthilfeinitiativen treffen traditionelle und moderne Elemente familialen Zusammenlebens aufeinander. So leisten z. B. Elterninitiativen einerseits, den Gegebenheiten der modernen Arbeitswelt und individuellen Bedürfnissen angepaßt, eine flexible Kinderbetreuung und andererseits knüpfen sie durch individuelle Betreuungskonzepte, ansprechende Räumlichkeiten, gesunde Mahlzeiten etc. eng an familiäre Strukturen an und schaffen dadurch besonders günstige Sozialisationsbedingungen. Um solche Leistungen nachweisen zu können, wird im folgenden auf das Konzept des sozialen Kapitals zurückgegriffen. Es wird als theoretischer und analytischer Bezugsrahmen benutzt, um einerseits die Potentiale und Ressourcen von Familienselbsthilfeinitiativen sichtbar zu machen und um

andererseits Kriterien an die Hand zu bekommen, mit denen die Leistungen und der gesellschaftliche Nutzen von Familienselbsthilfeaktivitäten bewertet werden können. Gemeint ist damit die Übertragung der Logik des ökonomischen Kapital- bzw. Vermögenskonzepts auf andere Bereiche menschlichen und sozialen Handelns, die sich nicht oder nicht so ohne weiteres unter Kosten-Nutzen-Aspekten messen lassen, die aber dennoch einen wichtigen Beitrag zum Bruttosozialprodukt und zur gesellschaftlichen Wertschöpfung leisten.

5.1.1 Exkurs: Humankapital und Soziales Kapital in der Diskussion

Es ist der ökonomischen Forschung der Universität von Chicago zu verdanken, die in den 60er und 70er Jahren zu einer bahnbrechenden Erweiterung des Kapitalbegriffs beitrug. Bis dahin kannte man in den Wirtschaftswissenschaften nur zwei Arten des Kapitals, das Finanz- und Sachkapital. Theodore W. Schultz (1961) und vor allem Gary S. Becker (1975) haben die Logik der einzelwirtschaftlichen Kapitalbildung durch Investitionen auf den Bereich der Bildung übertragen. So ist z.B. einzelwirtschaftlich gesehen das vorhandene Betriebs- und Sachvermögen eines Unternehmens das Ergebnis von Investitionsentscheidungen früherer Perioden. Betriebliche Investitionen stellen daher einen Verzicht auf gegenwärtigen Konsum dar, der im Hinblick auf den erwarteten künftigen Ertrag getätigt wird. In seinen Investitionsentscheidungen stellt das Unternehmen also einen Vergleich zwischen gegenwärtigem und zukünftigem Nutzen an. Der zukünftig zu erwartende Nutzen

aus einer Investition liegt vor allem darin, daß mit Hilfe des investiv erworbenen Sachkapitals (z.B. eine neue Maschine) eine effizientere Nutzung der bisherigen Vermögensgüter möglich wird, bzw. daß dadurch die Produktionskosten gesenkt werden können. Nach der Auffassung von Gary S. Becker und anderen Ökonomen haben Erziehung und Ausbildung eine ganz ähnliche Funktion: Sie beanspruchen Ressourcen in der Gegenwart (z.B. die Zeit der Investoren) um zukünftiger Vorteile willen. Der Besuch eines Gymnasiums, das Studium an einer Hochschule, die Ausbildung zum Elektromonteur oder der Erwerb von Zusatzqualifikationen sind Investitionsentscheidungen, die sich durchaus mit unternehmerischen Überlegungen und Entscheidungen vergleichen lassen. Der Ertrag der Bildung bzw. Ausbildung stellt dann eine neue Form von „Vermögen“ dar, das nun Humanvermögen oder Humankapital genannt wird.

Das Humankapitalkonzept hat dazu geführt, daß man die enorme Bedeutung von Bildungsstandards für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung eines Landes erkannt hat. So ist auch zu verstehen, daß den Bildungs- und Ausbildungsprogrammen eine zunehmend größere Bedeutung bei der Bekämpfung von Armut in den sogenannten Entwicklungsländern zukommt. Auch in der Diskussion um die Reform des Bildungswesens in der Bundesrepublik Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre spielte neben der Verbesserung von Chancengleichheit die Erhöhung des gesellschaftlichen Humanvermögens zur Sicherung von Wettbewerbsvorteilen eine wichtige Rolle; ähnliches läßt sich für die jüngste Debatte um den Standort Deutschland feststellen.

Der Begriff des Humanvermögens bzw. des Humankapitals hat schließlich auch in die Begründung familienpolitischer Maß-

nahmen Eingang gefunden. Der 1994 erschienene 5. Familienbericht der Bundesregierung trägt nicht umsonst den Untertitel „Die Zukunft des Humanvermögens“. Hier wird Abschied genommen von einem eher funktionalistischen Konzept wirtschaftlicher Abläufe, in dem Familien lediglich als Nachfrager nach Konsumgütern auftreten. Es wird deutlich gemacht, daß in Familien in großem Umfang bedeutende Investitionsprozesse ablaufen, deren „Erträge“ für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft von großer Bedeutung sind und daß ein Rückgang dieser Investitionen langfristig gravierende Folgen für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung haben könnte.

Auf die Bedeutung der Familie als Produzent von Humankapital hat als erster Coleman hingewiesen, der in diesem Zusammenhang auch den Begriff des sozialen Kapitals verwendet, und zwar als wesentliche Voraussetzung für die Entstehung von Humankapital (Coleman 1995). Er bezieht sich dabei auf Loury (1977), der den Begriff des sozialen Kapitals in die Wirtschaftswissenschaften eingeführt hat, um die sozialen Ressourcen zu identifizieren, die für die Entwicklung von Humankapital von Nutzen sind. Loury zeigt mit Hilfe ökonomischer Modelle, daß nicht nur individuelle Kompetenzen, sondern auch der soziale Kontext den wirtschaftlichen Erfolg bestimmen. Damit wurde die bis dahin eher funktionalistische Denkweise in vielen ökonomischen Theorien durch einen weiteren wichtigen Aspekt ergänzt: Nämlich die Bedeutung von konkreten persönlichen Beziehungen und Netzwerken von Beziehungen für den Erfolg von ökonomischen Austauschprozessen.

In den umfangreichen Studien von Coleman und Hoffer (1987) in den USA konnte nachgewiesen werden, daß für den Schul-

erfolg von Kindern nicht nur die materiellen Ressourcen und das Bildungsniveau der Eltern eine wichtige Voraussetzung sind, sondern daß auch die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern, bzw. das „soziale Kapital“ der Familie - eine zusätzliche und bedeutende Rolle spielen. Coleman bezeichnet daher das soziale Kapital als die Menge der Ressourcen, die in Familienbeziehungen oder in anderen sozialen Organisationen der Gemeinschaft enthalten sind, welche die kognitive und/oder soziale Entwicklung eines Kindes oder Jugendlichen fördern. Solche Ressourcen sind aber nicht nur für Kinder und Heranwachsende im Hinblick auf die Entwicklung ihres Humankapitals von Vorteil, sondern sie sind nach Coleman auch von zentraler Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt innerhalb der Familie und außerhalb der engen Familiengrenzen (Coleman 1995).

Zu einer ganz ähnlichen Definition gelangt Bourdieu, der unter sozialem Kapital die Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen versteht, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen, gegenseitigen Kennens oder Anerkennens verbunden sind; es handelt sich dabei um Ressourcen, die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen. Solche Gruppen können die Familie, Vereine, Clubs oder andere soziale Organisationen sein. Dieses Beziehungsnetz ist das Produkt „individueller oder kollektiver Investitionsstrategien, die bewußt oder unbewußt auf die Schaffung von Sozialbeziehungen gerichtet sind, die früher oder später einen unmittelbaren Nutzen versprechen“ (Bourdieu 1983: 192). Für Aufbau und Reproduktion dieses Beziehungs- bzw. Verpflichtungskapitals ist „unaufhörliche Beziehungsarbeit in Form von ständigen Austauschakten erforderlich, durch die sich die gegenseitige Aner-

kennung immer wieder neu bestätigt“ (ebd.: 193). In diesen Definitionen unterscheiden sich Coleman und Bourdieu kaum voneinander.

In Bezug auf die Definition von Humankapital vertritt Bourdieu allerdings ein breiter gefaßtes Konzept (kulturelles Kapital), das zwar in den Überlegungen von Coleman angelegt ist, aber nicht weiter ausgeführt wird. Bei Coleman und vor allem bei den Vertretern der Humankapital-Schule steht eher der traditionelle Bildungsbegriff im Vordergrund, wobei Bildung in mehr oder weniger formalisierten Lernprozessen abläuft und am Schul- bzw. Ausbildungserfolg gemessen wird. Nach Bourdieu kommt den Ökonomen der Humankapital-Schule der scheinbare Verdienst zu, explizit die Frage aufgeworfen zu haben, in welchem Verhältnis die durch Erziehungsinvestition oder die ökonomische Investition generierten Profit zueinander stehen und wie dieses Verhältnis sich entwickelt. Allerdings beziehe das von ihnen benutzte Maß für den Ertrag schulischer Investition nur solche Investitionen und Profite ein, die sich in Geld ausdrücken oder direkt konvertieren lassen, wie z.B. die Studienkosten oder das finanzielle Äquivalent für die zum Studium verwendete Zeit. Außerdem würden die Ökonomen die schulischen Investitionsstrategien nicht in einen Gesamtzusammenhang mit den anderen Erziehungsstrategien stellen. Für ihn ergibt sich hieraus das Paradoxon, daß die Humankapital-Theoretiker sich selbst dazu verdammten, „die am besten verborgene und sozial wirksamste Erziehungsinvestition unberücksichtigt zu lassen, nämlich die Transmission kulturellen Kapitals in der Familie“ (Bourdieu 1983: 186). Die Ökonomen fragen nur nach der Rentabilität der Erziehungsausgaben für die Gesellschaft bzw. den Beitrag der Erziehung zur nationalen Produktivität. Diese eingeeengte De-

definition der Erziehungsfunktionen ignoriert nach Bourdieu den Beitrag, den das Erziehungssystem zur Reproduktion der Sozialstruktur leistet, in dem es die Vererbung von kulturellem Kapital sanktioniert. D.h., es wird übersehen, daß der schulische Ertrag schulischen Handelns vom kulturellen Kapital abhängt, daß die Familie zuvor investiert hat und daß der ökonomische und soziale Ertrag des schulischen Titels von dem ebenfalls vererbten sozialen Kapital abhängt, das zu seiner Unterstützung zum Einsatz gebracht wurde.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt man, wenn man sich soziale Netzwerke außerhalb der engeren Familienbeziehungen anschaut, wie z.B. Familienselbsthilfeinitiativen, die im Mittelpunkt dieses Berichts stehen. Die „Transmission“ von kulturellem Kapital oder Humankapital in einem erweiterten Sinne bleibt auch hier in der öffentlichen Diskussion meist unberücksichtigt, da sich ihre Leistungen und Erträge nur schwer und auch nicht in vollem Umfang unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten oder in Geldwerteinheiten messen lassen. Dies hängt zum einen damit zusammen, daß es sich hier vorwiegend um Lern- und Erfahrungsprozesse handelt, die informell und unbewußt ablaufen, wo Kompetenzen quasi nebenbei vermittelt werden. Aber auch weil diese Form des Kompetenzerwerbs oder diese Form der Humankapitalgewinnung wenig öffentliche Anerkennung findet, da sie mit dem Attribut „sozial“ und „Familie“ behaftet ist.

Zum anderen hängt dies mit dem Wesen des sozialen Kapitals zusammen, für das es im Gegensatz zum Humankapital bisher nur wenig ökonomisch umsetzbare Modelle gibt (Routledge/Amsberg: 1996), da es sich hierbei um ein komplexes Gefüge aus Austauschbeziehungen, Normen, Werten, Erwartungen, Verpflichtungen

und Vertrauen handelt, die sich nur schwer oder gar nicht mit den traditionellen ökonomischen Kategorien fassen lassen. Aber auch in den Sozial- und Politikwissenschaften, wo sich das Konzept des sozialen Kapitals in den letzten Jahren zunehmender Verbreitung erfreut, läßt sich kein einheitliches Konzept von sozialem Kapital herauskristalisieren. Sowohl theoretische als auch empirische Studien verwenden den Begriff soziales Kapital in gänzlich unterschiedlichen Kontexten. Es zeigt sich, daß trotz der Vielfalt der Studien keine allgemein akzeptierte Operationalisierung von sozialem Kapital vorhanden ist (Haug 1997). Dennoch ist unbestritten, daß das Konzept des sozialen Kapitals sowohl unter ökonomischen wie sozialpolitischen Gesichtspunkten in Zukunft an Bedeutung gewinnen wird, da es auf ein Handlungsfeld aufmerksam macht, dessen ökonomische und soziale Komponente bisher ignoriert oder unterschätzt wurde. Vor allem im anglo-amerikanischen Sprachraum gibt es inzwischen eine Fülle von Studien, die auf die Bedeutung von sozialem Kapital und seine politischen und ökonomischen Implikationen im Zusammenhang mit Stadtentwicklung, Entwicklungshilfepolitik und betrieblichen Innovationsstrategien hinweisen (Putnam 1993; Fountain 1997; Jansen 1996; Hartl 1998; World Bank 1998).

5.1.2 Von der individualisierten Gesellschaft zur Ellbogengesellschaft?

Angesichts der Debatte um die Pluralisierung der Lebensstile und der Individualisierung der Lebensformen sowie der schrumpfenden Bedeutung traditioneller Familienstrukturen wird der Begriff des sozialen Kapitals zunehmend auch in der öffentlichen Diskussion in Deutschland verwendet. Dabei geht es vor allem um die Frage, wie angesichts dieser gesellschaft-

lichen Veränderungsprozesse der soziale Zusammenhalt erhalten oder neu gestiftet werden kann. Die vor allem gesellschaftspolitisch motivierte Aufwertung des Ehrenamtes und des bürgerschaftlichen Engagements ebenso wie die Auseinandersetzung um den Kommunitarismus sind aktuelle Beispiele dieser Debatte.

Die Antworten und Einschätzungen auf gesellschaftliche Individualisierungsprozesse seitens der Sozialwissenschaft verlaufen unterschiedlich. Besondere Ängste löst der von der Dynamik der Individualisierung ausgelöste vermeintliche Verfall von Solidarität aus.⁸³ Rauschenbach bemerkt dazu: „Wenn die Selbstversorgungskräfte und –möglichkeiten der kleiner werdenden Haushaltseinheiten nicht nur in materieller, sondern auch in sozialer und psychischer Hinsicht schrumpfen, wenn zudem auch die darum herum angelegten sozialen Milieus nicht mehr reibungslos funktionieren bzw. unangekündigt außer Betrieb genommen werden, dann entschwinden entweder die Ressource Solidarität und das Sozialkapital aus der Sphäre der Zwischenmenschlichkeit oder aber etwas Neues muß eigens hergestellt werden, um an dessen Stelle zu treten“ (Rauschenbach 1994: 96).

Das Werk von John Rawls (1975), „A theory of justice“, löste die fast zwei Jahrzehnte andauernde Debatte – bekannt als Kommunitarismusdebatte – über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften aus (Honneth 1993). Im Zentrum der Diskussion standen das altgediente soziologische Begriffspaar von traditionellem Gemeinschaftsdenken (verkörpert durch den Kommunitarismus) und der

⁸³ F. Kamphaus, Katholischer Bischof in Limburg, befürchtet, daß der Mensch, der seine Freiheit ausleben will, am Ende sich selber auslebt und stellt sich die Frage „Gehen moderne Gesellschaften an ihrer Atomisierung zugrunde, an Solidaritätserschöpfung?“

rechtsstaatlich gefaßte Gesellschaftsbegriff.⁸⁴ Zugespitzt wurde die Kontroverse durch die Frage der Verankerung gemeinsamer Wertvorstellungen – muß es einen Horizont gemeinsamer Wertvorstellungen geben, wenn über eine Gesellschaftsordnung entschieden wird oder kann nur das allgemeine Prinzip gleicher Rechte, Freiheiten und Chancen als ein normativer Maßstab dienen? Die kommunitarische Auseinandersetzung veranschaulicht, übertragen auf die soziologische Debatte über den Werteverfall in der Moderne, den Gegensatz zwischen (traditionalen), solidarischen Handeln nach festgelegten, konventionellen Werten oder den Zerfall der Gesellschaft aufgrund (neoliberalistischen) eigennutzorientierten (unsolidarischen) Handeln.

Die Rückkehr zu „traditionellen“ Werten und eine Umkehrung individualistischer Tendenzen sind ein Anliegen der Kommunitarier (u.a. Etzioni 1995), die genau wie Coleman (1995) den sozialen Wandel mit einem Verlust von Gemeinschaft, Verlust von sozialem Kapital in Beziehungen gleichsetzen. Das kommunitarische Projekt ist der Versuch einer Wiederbelebung von Gemeinschaftsdenken unter den Strukturen postmoderner Dienstleistungsgesellschaften. Die Re-Traditionalisierung von Familie im kommunitarischen Modell entspricht Colemans Ideal des generationsübergreifenden gemeinsamen Wohnens (Coleman idealisiert das „ganze Haus“) und dem Vermeiden von Trennungen und Scheidungen. Coleman und Etzioni verwerfen auch die Alternativen zu der Kinderbetreuung zu Hause (Krippe, Hort, Kindergarten), mit der Argumentation, daß Erzieherinnen Eigeninteresse, Dienstplänen und einer Fluktuation unterliegen und folglich keine stabile Beziehung mit einer

⁸⁴Zu den „Kommunitariern“ gehören z.B. Sandel, Taylor, Walzer, zu den Vertretern des Liberalismus z.B. Dworkin, Nagel, Rawls.

kontinuierlichen Vertrauensbasis zu den Kindern aufbauen können.

Seitens konservativer Politiker erschöpfen sich die Solidaritätspotentiale in modernen Gesellschaften zunehmend - ein ‚bowling-alone‘-Effekt, wie Putnam für die USA feststellt (und gleichzeitig beschreibt, daß Vernetzung die Anfälligkeit für soziale Risiken vermindert). Wolfgang Schäuble stellt gesellschaftliche Ermüdungserscheinungen fest, unter anderem wachsende Neigung zu Gewalt gegen Minderheiten, relativen Wohlstand der Bürger einhergehend mit Larmoyanz und Zukunftängsten der Bürger und „..... Ego- oder Ellbogengesellschaft, Hedonismus, Freizeit- oder Erlebnisgesellschaft, ... so wenig wie langandauernder Wohlstand auch notwendigerweise Veränderungsbereitschaft oder Zukunftsmut fördert, so wenig auch Solidarität sondern eher Egoismus.“ (Schäuble 1996: 65).

Gewissermaßen als Synthese von traditioneller Umkehr oder kulturpessimistischem Szenario, besagt eine weitere Interpretation gesellschaftlicher Entwicklung (Beck 1997; Wilkinson 1997; Wuthnow 1997), daß aus dem Verfolgen von Eigeninteresse heraus Solidaritätspotentiale entstehen und ein (meist lebensphasenspezifisches) Engagement den Aufbau von stabilisierenden Netzwerken für sich und damit auch nutzbar für andere, ermöglicht. Wilkinson beschreibt, daß in allen Analysen auffällt, daß junge Menschen Bindungen eingehen und das Politische und Soziale mitgestalten wollen, an Entscheidungen teilhaben wollen, die ihr Leben betreffen und die Verantwortung dafür übernehmen (Wilkinson 1997: 121). Das bedeutet, daß mit zunehmender Individualisierung die Bereitschaft wachsen kann, anderen zu helfen. Die sich daraus entwickelnden neuen Formen des Sozialen, die Träger eines anderen

Solidaritätsgedanken sind, werden laut Beck durch vier Grundannahmen über politisches Engagement (übertragbar auf Familienselbsthilfe-initiativen, die sich jenseits der Wohlfahrtsverbände entwickeln) blockiert: (1) Engagement wird mit Mitgliedschaft gleichgesetzt – und verwechselt. Wenn nur Mitgliederrollen Engagement anzeigen, dann sind allerdings Nicht-Mitglieder Egoisten. (2) Selbstaufopferungsannahme: Nur wer von sich absieht kann für andere dasein. (3) Stille Hilfe oder Hausfrauen-Syndrom: Die Würde des Dienstes für andere liegt darin, daß sie unsichtbar bleibt, d.h. unbezahlt, un(an)erkannt, im Auftrag anderer, welche Regie führen. (4) Klare Rollentrennung von Helfern und Hilfsbedürftigen: Daß diejenigen, die sich für andere engagieren, zugleich auch Hilfsbedürftige sind, die durch ihre Hilfeleistung empfangen, ja gerade in der Erfahrung wechselseitiger Hilflosigkeit die Bereicherung liegen könnte, bleibt unbedacht“ (Beck 1997: 15).⁸⁵ Genau wie in den USA (Wuthnow 1997) verändern sich in Deutschland mit der Abkehr von traditionellen Wertmustern die Formen des sozialen Engagements⁸⁶, Eigennutz, eigene Betroffenheit, eigene Bedürfniserfüllung oder einfach nur Spaß (Motive gibt es unzählige) führen zu demselben Schluß: individuelle Motivation führt zu individuellem Engagement und bringt der Gemeinschaft neue (andere) Solidaritätspotentiale. Familienselbsthilfeinitiativen sind ein Beispiel für diese individualisierte Form von Solidarität. Mo-

⁸⁵ Hier wäre noch hinzuzufügen, daß sich Aktive in der Familienselbsthilfe vor allem durch das gemeinsame nicht-hierarchische Engagement gegenseitig unterstützen und ihre eigenen Fähigkeiten kennenlernen und ausbauen, d.h. sich nicht gegenseitig als hilflos und defizitär erleben sondern im Gegenteil als sich „gemeinsam befähigend“.

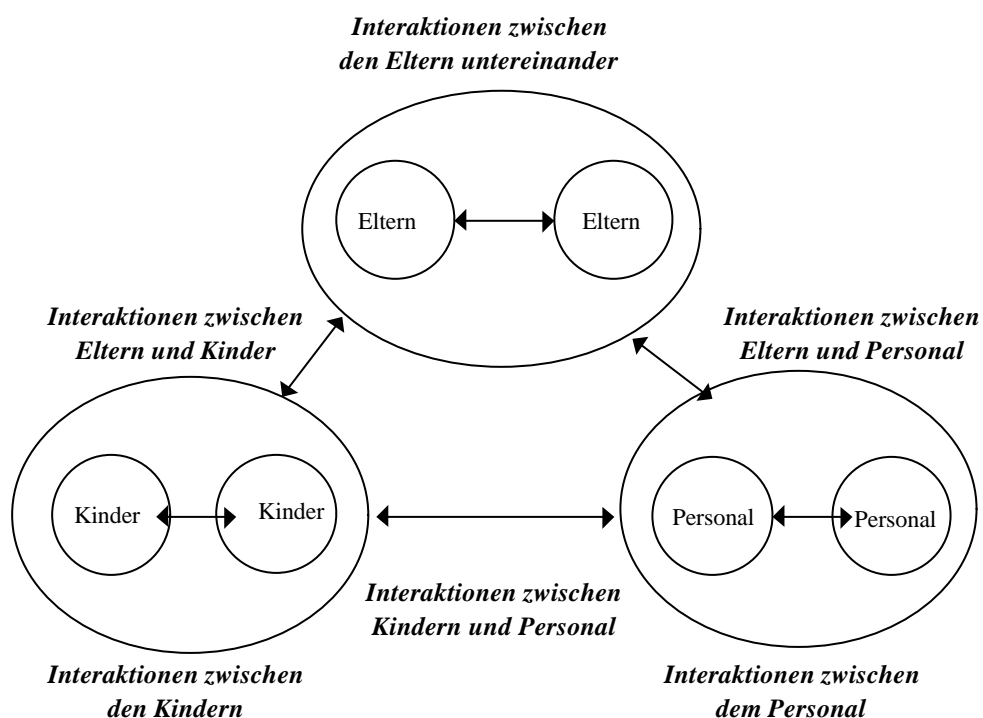
⁸⁶ Klages belegt, daß der Wertewandel Engagement fördert, daß sich jenseits des „konventionellen“, tugendhaften Engagements neue Formen des freiwilligen, unbezahlten Engagements abzeichnen: „daß es von den im Vormarsch befindlichen Selbstentfaltungswerten nicht etwa unterminiert und eingeschränkt sondern vielmehr umgekehrt kräftig unterstützt und mitgetragen wird...“ (Klages 1998: 30). Die Mitgliederzahlen in den großen Wohlfahrtsverbänden schwinden allerdings.

tive wie die eigenen Bedürfnisse zu erfüllen oder der Wunsch, die eigene Lebenslage zu verändern fungieren als Motor für das Entstehen von Initiativen. Die eigene lebensphasenspezifische Bedürfnislage bildet die Grundlage für die Motivation einzelner, sich mit anderen Gleichgesinnten zusammenzutun und gemeinsame Ideen und Vorstellungen zu realisieren.

Wie wirken sich die gesellschaftlichen Veränderungen und die dadurch hervorgerufenen „egoistischen“ Solidaritätspotentiale auf die Erziehung von Kindern aus? Gerade Kinder sind auf Fürsorge angewiesen, die sich an ihren kindlichen Bedürfnissen orientiert, die sich nicht als Nebenprodukt individueller elterlicher Bedürfnisse ergeben. Verlaufen die Erziehungsaufgaben auch nach einem individualistischen Prinzip oder zeigt sich die Familie als ‚Gegenpol‘ gesellschaftlicher Entwicklungen, als traditionelle Bastion in der Moderne?

5.1.3 Zur Bedeutung von sozialem Kapital bei der Kinderbetreuung in Elterninitiativen

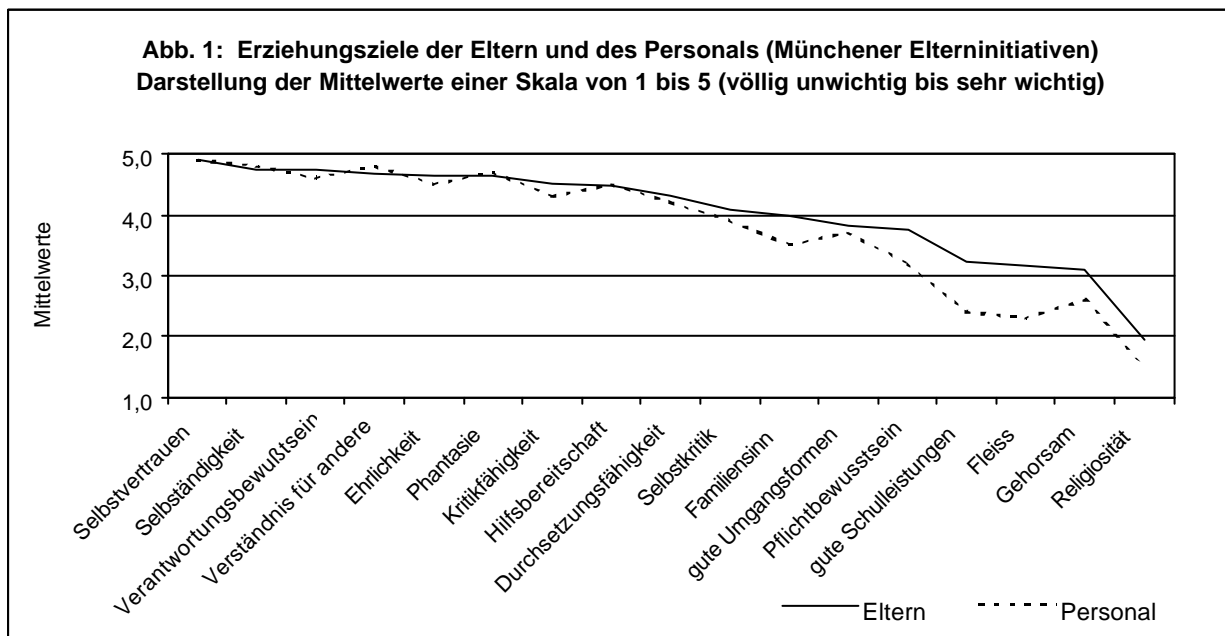
Im Mittelpunkt der folgenden Betrachtung stehen exemplarisch die Auswertungen der von uns befragten Elterninitiativen, deren erklärtes Gründungsmotiv die eigenverantwortliche Kinderbetreuung ist. Wenn wir davon ausgehen, daß es sich beim sozialen Kapital um Ressourcen handelt, die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen, bzw. die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens, Anerkennens und Handelns verbunden sind, dann lassen sich die Austauschbeziehungen in einer Elterninitiative am besten in der untenstehenden Graphik veranschaulichen. In dieser Komplexität können die Beziehungsstrukturen von Familienselbsthilfeinitiativen empirisch leider nicht dargestellt werden.



Hierzu wären umfangreichere Befragungen notwendig gewesen, u.a. auch die der Kinder. Dennoch zeigt sich hier recht deutlich der prinzipielle Unterschied zu den öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen. In den Familienselbsthilfeinitiativen nehmen die Kinder zumindest partiell am Netzwerk ihrer Eltern teil und die Eltern sind umgekehrt in die soziale Umwelt ihrer Kinder eingebunden. Ähnliches gilt für die Beziehungsstrukturen zwischen Eltern und Personal. In den öffentlichen Einrichtungen beschränken sich die Interaktionen, von Ausnahmen abgesehen, im wesentlichen auf die zwischen dem Personal und den Kindern und dem Personal untereinander.

Das Hauptanliegen der Eltern in Elterninitiativen ist, wie oben schon betont, die Betreuung der Kinder nach einem von ihnen selbst bestimmten pädagogischen Konzept, von dem sie sich früher oder später einen unmittelbaren Nutzen ver-

laufen, läßt sich nur in Längsschnitt- bzw. Langzeitstudien und „am Kind“ beantworten. Wir müssen uns hier auf die zum Zeitpunkt der Befragung angestrebten und geförderten Erziehungsziele der Eltern und des Personals sowie auf die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Personal beschränken. Diese beiden Fragenkomplexe dienen, wenn auch sehr unzulänglich, als Indikatoren für den Erfolg des Sozialisationsverlaufs. Wir können jedoch davon ausgehen, daß durch die Teilnahme der Kinder am Netzwerk der Eltern, durch die Einbindung der Eltern in die soziale Umwelt der Kinder⁸⁷ sowie durch unmittelbare Einbindung des Personals in diese Interaktionsstrukturen⁸⁸ sowohl eine Akkumulation von sozialem Kapital als auch eine Akkumulation von kulturellem Kapital stattfindet und daß in Familienselbsthilfeinitiativen im Vergleich zu den institutionellen Einrichtungen mehr Interaktionen stattfinden und damit auch wesentlich mehr Ressourcen bzw. sozia-



sprechen, und zwar in erster Linie für die Kinder. Die Frage, ob die Sozialisationsprozesse in der Initiative für die Kinder erfolgreich oder nicht erfolgreich (im Sinne der angestrebten Erziehungsziele) ver-

les Kapital (in Gestalt von Bezugspersonen, d.h. Eltern, Personal, Kinder) zur

⁸⁷ Vgl. hierzu Abschnitt 5.2 Umfang und Art der Mitarbeit in Eltern-Kind-Initiativen.

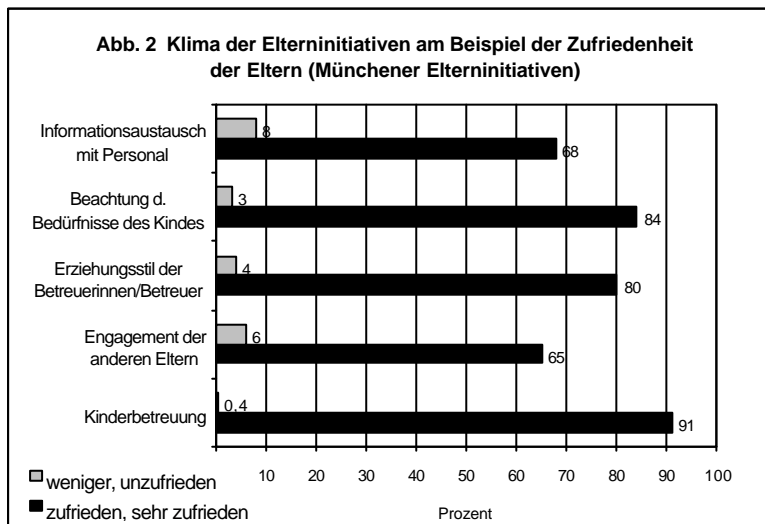
Verfügung stehen. Weiterhin können wir davon ausgehen, daß durch diese „geballte“ Konzentration von sozialem Kapital auch die Sozialisierungseffekte, in diesem Fall die Bildung von kulturellem Kapital, verstärkt werden. Welcher Art das kulturelle Kapital ist, läßt sich annäherungsweise an den Erziehungszielen messen.

Erziehungsziele der Eltern und des Personals

Der Vergleich zwischen den Erziehungszielen der Eltern und des Personals⁸⁹ zeigt insgesamt eine hohe Übereinstimmung. Lediglich bei den sog. Sekundärtugenden, wie Pflichtbewußtsein, gute Schulleistungen, Fleiß und Gehorsam weichen die Einstellungen deutlicher von-

ein bestimmtes Maß an Übereinstimmung auch erforderlich, um die Arbeit mit den Kindern nicht kontraproduktiv werden zu lassen. Das heißt nicht, daß die Aushandlungsprozesse bezüglich der Erziehungsziele, der pädagogischen Konzepte, der organisatorischen Strukturen usw. möglichst ohne Konflikte ablaufen sollten, um so den höchst möglichen Nutzen zu erzielen. Entscheidender ist vielmehr im Konfliktfall die Form der Aushandlungsprozesse, die Art und Weise wie Konflikte bewältigt werden. Wenn Konflikte in einem Klima des gegenseitigen Vertrauens und Anerkennens ausgetragen werden, dann können letztendlich alle Beteiligten davon profitieren. Dann können zwar aus subjektiver Sicht bestimmte Nutzenaspekte verloren gehen, dafür kommen aber

neue Gewinne hinzu. So hat z. B. fast die Hälfte aller Eltern durch ihre Mitarbeit in der Initiative in Bezug auf die Fähigkeit „konfliktfähig zu sein“ etwas dazugelernt (vgl. dazu auch Kapitel 5.2). Indikatoren für das Klima oder auch das Vertrauen in den Elterninitiativen sind die Zufriedenheit mit der Kinderbetreuung, die Kooperationsformen zwischen Eltern und Personal und die Koope-



einander ab. Die Eltern vertreten hier etwas traditionellere Positionen als das Personal (vgl. Abbildung 1). Dennoch können wir von einer relativ großen Homogenität zwischen Eltern und Personal sprechen, was ihre Erziehungsvorstellungen betrifft. Bei der besonderen Konstruktion von Familienselbsthilfeinitiativen, wo die Eltern eng mit dem Personal zusammenarbeiten, die pädagogischen Konzepte vorgeben und Arbeitgeberfunktionen ausüben, ist

ration der Eltern untereinander. Auf all diesen Ebenen ist die Mehrheit der Eltern zufrieden oder sogar sehr zufrieden. Nur eine kleine Minderheit ist weniger oder gar nicht zufrieden (vgl. Abbildung 2). Insgesamt können wir also von einem positiven Binnenklima in den Familienselbsthilfeinitiativen sprechen. Zusammen mit der weitgehenden Übereinstimmung der Erziehungsziele gibt dies den Eltern ein relativ großes Vertrauens- und Sicherheitsgefühl, was die Realisierung ihrer Erziehungsvorstellungen betrifft.

⁸⁹ Für den folgenden Vergleich wurden nur die Münchener Familienselbsthilfeinitiativen herangezogen, da dort sowohl für die Eltern (N=905) als auch für das Personal (N=142) größere Fallzahlen vorlagen.

Stärkung der Erziehungsfunktion von Familien durch Elterninitiativen

In der Debatte um die Pluralisierung von Lebensformen und die Individualisierung der Lebensführung, kommt dem sozialen und dem kulturellen Kapital eine besondere Bedeutung zu, und zwar im Hinblick auf die Konsequenzen dieses Individualisierungsprozesses, wie sie z. B. von Coleman (1995) und Miegel/Wahl (1994) diskutiert werden. Die von diesen und anderen Autoren eher pessimistischen Auslegungen der gegenwärtigen Individualisierungsprozesse gehen davon aus, daß die Menschen in individualisierten Gesellschaften zunehmend weniger Zeit in dauerhafte Beziehungen zu ihren eigenen Familienmitgliedern, Verwandten und Nachbarn investieren und daß traditionelle Verbindlichkeiten und Wertmuster, wie Verantwortlichkeit, Fürsorge zugunsten von subjektiven individuellen Entscheidungen zurückgedrängt werden. So weist z. B. Coleman daraufhin, daß durch die zunehmende Erwerbstätigkeit insbesondere von Müttern die Beziehungsressourcen in der Familien zwangsläufig zurückgehen (weil einfach weniger Zeit für die Familie zur Verfügung steht bzw. weniger soziales Kapital vorhanden ist) und damit auch weniger Humankapital entsteht. Als Konsequenz der abnehmenden Investitionen in Humankapital folgt, daß Kinder, für die die Eltern weniger Zeit haben, auch weniger mit den kulturellen Wertmustern der Gesellschaft vertraut gemacht werden. Das Gleiche gilt auch für Kinder, deren Eltern bei der Wertvermittlung ein hohes Maß an Beliebigkeit zeigen.

Von Bertram werden diese eher pessimistischen Gesellschaftsdiagnosen allerdings relativiert. Anhand eines Zeitbudgetvergleichs zwischen Ost- und Westdeutschland weist er nach, daß die Kumulation von kulturellem Kapital in der Familie nicht

zwangsläufig durch die außerhäusliche Erwerbstätigkeit beeinträchtigt wird. Die durch die Erwerbstätigkeit verlorene Beziehungszeit wird durch zusätzliches zeitliches Engagement am Morgen oder am Abend kompensiert, und zwar ausschließlich durch die Mütter.⁹⁰ Ergänzend ist dem hinzuzufügen, daß nicht nur die Zeit, die für Beziehungen aufgebracht wird, eine Rolle spielt, sondern daß es auch auf die Qualität und Intensität dieser Beziehungen ankommt.

Wenn man auch den Thesen der kulturkritischen Autoren nicht in letzter Konsequenz folgen muß, so hat die zunehmende Pluralisierung von Werten und Verhaltensmustern in der heutigen Gesellschaft unmittelbare Auswirkungen auf die Erziehungsfunktion und Erziehungsleistungen von Familien: Für die Eltern wird es immer schwieriger, eindeutige Werte und Verhaltensregeln zu vermitteln; für die Kinder wird es aufgrund individualisierter Wertemuster immer schwerer, von ihren Eltern eindeutige Verhaltensregeln zu übernehmen. Ein bestimmtes Maß an Eindeutigkeit und Verbindlichkeit ist aber für die kindliche Erziehung notwendig, um bestimmte soziale Fähigkeiten, wie z. B. Vertrauen entwickeln zu können. Das Leben mit Kindern, bzw. das Zusammenleben zwischen Eltern und Kindern wird sehr stark von Verantwortlichkeit, Solidarität und Vertrauen geprägt, Eigenschaften, die nicht so ohne weiteres abgelegt werden können, wie z.B. in einer Freundschafts- oder Partnerbeziehung. Elternschaft – und damit ist vor allem die Verantwortlichkeit und die Fürsorge für das Kind bzw. die Kinder gemeint - kann im Grunde nicht revidiert werden. Das Leben mit Kindern und damit auch die individuelle Lebensplanung der Eltern (insbesondere der Mütter) ist auf eine längerfristige Perspektive angelegt und hat deshalb

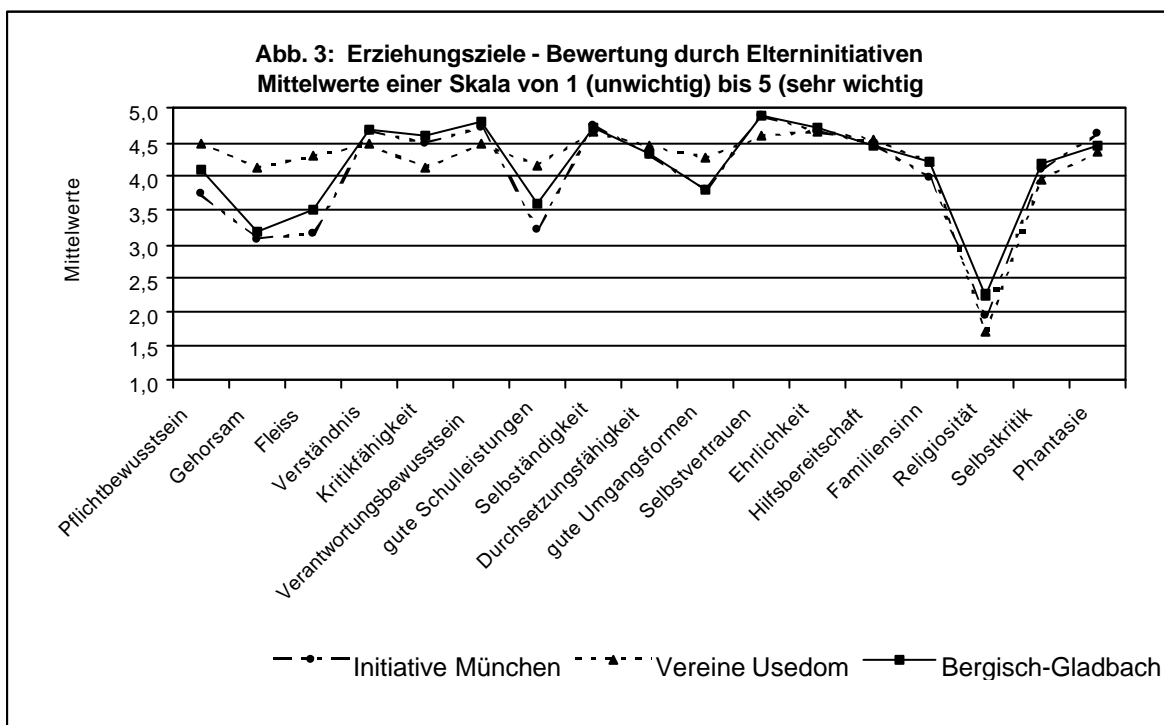
⁹⁰ Bertram (1997b).

auch nicht den Beliebigkeitsaspekt, der mit den Begriffen der Individualisierung von Lebensformen und individualisierter Autonomieansprüche assoziiert wird. Die Familie sieht sich also zunehmend vor die schwierige Aufgabe gestellt, zwischen der Logik der Individualisierungsprozesse und ihren eigenen traditionellen Wertmustern zu vermitteln. Sie ist sozusagen der Schmelztiegel, in dem die unterschiedlichen Lebenskonzepte, die unterschiedlichen Wertorientierungen, die Logik der Arbeitswelt, der Freizeit- und Mediengesellschaft mit der Logik der Familie zusammentreffen und wo diese verarbeitet werden. Um diese Aufgaben zu bewältigen braucht oder sucht sich die Familie Unterstützung. Dies kann über Beratung erfolgen, über Freunde, Verwandte oder auch über Selbsthilfeaktivitäten. Die hier vorgestellten Elterninitiativen sind ein gu-

am Aufwachsen ihrer Kinder beteiligt sein wollen und daß sie sich bewußt einen Ort suchen, wo sie gemeinsam mit anderen Eltern in ihren Erziehungsvorstellungen und Erziehungsfunktionen unterstützt werden.

Förderung von kooperativen Erziehungszielen in Elterninitiativen

Die Erziehungswerte, die von den Eltern der hier untersuchten Initiativen vertreten werden, scheinen in einem gewissen Gegensatz zu einer Reihe von Studien zu stehen, in denen nachgewiesen wird, daß in modernen Gesellschaften postmaterielle Werte, die die persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten und Bedürfnisse sowie die Verwirklichung subjektiver Lebensziele in den Mittelpunkt stellen, zugenommen haben, und zwar auf Kosten



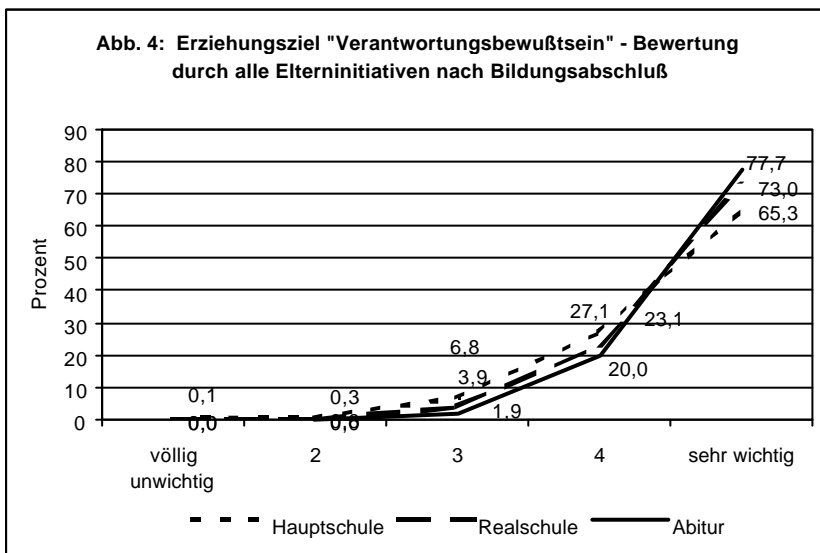
tes Beispiel für ein solches Netzwerk. Die Motivationen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben gezeigt, daß es den Eltern nicht nur um praktische Unterstützung im Alltag und um die kurzfristige Lösung von Betreuungsproblemen geht, sondern daß sie selbst mitgestalten und

traditioneller Orientierungen.⁹¹ Was die sog. Sekundärtugenden (Gehorsam, Pflicht, gute Schulleistungen etc.) betrifft, bestätigen die Einstellungen der Eltern diesen Trend. Sie werden erheblich skept-

⁹¹ Vgl. Inglehart (1989); Bertram (1992).

tischer beurteilt als alle anderen Werte (vgl. Abbildung 3). Eine Ausnahme bilden dabei die Eltern aus Ostdeutschland (Elternvereine Usedom), die die Sekundärtugenden deutlich höher bewerten als die Initiativen aus Westdeutschland. Postmaterielle Werte, wie Selbständigkeit, Selbstvertrauen, Durchsetzungsfähigkeit finden dagegen bei allen Initiativen eine deutlich höhere Zustimmung. Daneben – und das erscheint uns sehr bedeutsam – werden aber auch Werte, wie Verantwortungsbewußtsein, Verständnis für andere und Hilfsbereitschaft sehr hoch eingestuft. Dies bestätigen ähnliche Befunde bei

Schulbildung und zunehmendem Postmaterialismus festzustellen - bei gleichzeitigem Rückgang von Sekundärtugenden, ebenfalls in Abhängigkeit von der Schulbildung. Auf der anderen Seite findet sich bei den Eltern die zunehmend positive Wertschätzung von kindlicher Selbständigkeit, verbunden mit Verantwortlichkeit und Hilfsbereitschaft für andere und Kritikfähigkeit an sich selbst. Bertram nennt diese Wertekonstellation in Anlehnung an Durkheim den kooperativen Individualismus. Eine ähnliche Wertekonstellation in bezug auf Bildung finden wir auch bei den hier untersuchten Familienselbst-



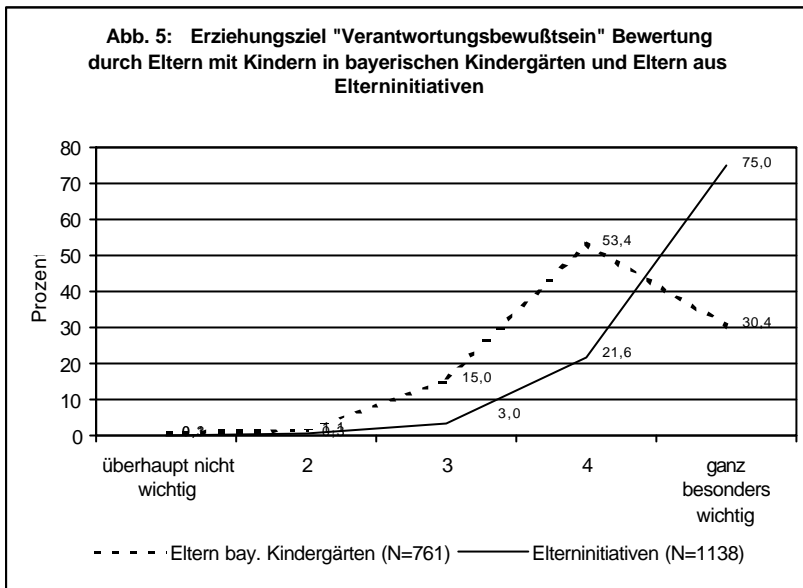
hilfeinitiativen: Eltern mit Abitur bzw. Fachhochschulreife oder auch mit Mittlerer Reife vertreten häufiger kooperative Erziehungsziele als Eltern mit Hauptschulabschluß. Die Unterschiede sind allerdings sehr gering. Insgesamt gesehen ist die Zustimmung bei allen Bildungsschichten zu den kooperativen Erziehungszielen, wie z.B. Verantwortungs-

Bertram, der aufzeigen konnte, daß zwar bei den meisten Eltern die postmateriellen bzw. individualistischen Wertorientierungen zugenommen haben (bei gleichzeitiger vermehrter Ablehnung von Sekundärtugenden), daß aber bei genauerem Hinsehen, sich hinter dem Individualismus nicht nur der Wunsch nach Selbstverwirklichung und Selbständigkeit (als Erziehungsziele für die Kinder) verbirgt, sondern gleichzeitig auch kooperative Wertorientierungen gefördert werden.⁹² Dies führt nach Bertram zu einem anderen Interpretationsmuster von Individualisierungsprozessen: Auf der einen Seite ist ein deutlicher Zusammenhang zwischen

bewußtsein sehr hoch (vgl. Abbildung 4). Schließlich ist noch auf die Kritik hinzuweisen, die Bertram und andere Autoren⁹³ im Zusammenhang mit dem kooperativen Individualismus an den öffentlichen Erziehungseinrichtungen (Kindergarten, Hort, Schule) üben. In diesen Einrichtungen finde der kooperative Individualismus möglicherweise nicht jene Beachtung, die notwendig sei, um die Entwicklungstendenzen innerhalb der Familie auch in diesen Institutionen so zu verstärken, daß diese Kindergeneration später als Erwachsene über stabile Orientierungsmuster eines kooperativen Individualismus verfügen, um in der Gesellschaft ver-

⁹² Bertram (1997a: 73f.)

⁹³ Vgl. Bertram (1997a), Etzioni (1993).



chen Werteeinstellungen in Familienselbsthilfeinitiativen und öffentlichen Einrichtungen betrifft das Erziehungsziel „Hilfsbereitschaft“: Während in den Initiativen dieses Ziel zu 56,1% für besonders wichtig gehalten wird, sind es in den öffentlichen Einrichtungen nur 17,1%.

Vertrauen wichtig für die Umsetzung der Erziehungsziele

verantwortlich zu handeln. Ein Beleg für diese Annahme liefert auch ein Vergleich mit einer Untersuchung in bayerischen Kindergärten von 1994, in der Eltern u.a. auch nach ihren Erziehungszielen gefragt wurden. So bewerteten Eltern aus Elterninitiativen z.B. das Erziehungsziel „Verantwortungsbewußtsein“ deutlich höher als Eltern mit Kindern in öffentlichen Einrichtungen (vgl. Abbildung 5). Dieser Befund gilt auch für die einzelnen Bildungsschichten: Z. B. halten 65,3% der Eltern aus den Initiativen mit Hauptschulabschluß das o.g. Erziehungsziel für ganz

Die Frage stellt sich, ob die von den Familienselbsthilfeinitiativen angestrebten Erziehungsziele auch im Erziehungsalltag angewandt werden, bzw. inwieweit sie dort gefördert werden. Wie schon weiter oben angesprochen, spielt das Vertrauen als ein wichtiger Indikator für die Bildung von sozialem Kapital auch eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Erziehungsziele in den Initiativen. Um diese These zu überprüfen, wurde ein Indikator „Vertrauen“ gebildet⁹⁴ und mit den (nach Ansicht der Eltern) tatsächlich geförderten Erziehungszielen verglichen. Es zeigt sich, daß Eltern, die kein oder sehr wenig Vertrauen in die Initiative haben, gleichzeitig der Ansicht sind, daß insbesondere die kooperativen Erziehungsziele kaum oder nicht gefördert würden (vgl. Abbildung 6). Der Unterschied zwischen den persönlichen oder angestrebten und den tatsächlich geförderten Erziehungszielen ist bei dieser Elterngruppe außerordentlich

Tab.1: Eltern mit keinem oder sehr wenig Vertrauen* und Einschätzung des Erziehungsziels „Verantwortungsbewußtsein“

Erziehungsziel	Einschätzungsskala	Prozent
Verantwortungsbewußtsein (persönl. Erziehungsziel)	unwichtig	0
	2	0
	3	3,0
	4	24,2
	sehr wichtig	72,7
Verantwortungsbewußtsein (Erziehungsziel wird in der Initiative gefördert)	nicht gefördert	13,6
	2	36,4
	3	22,7
	4	22,7
	sehr gefördert	4,5

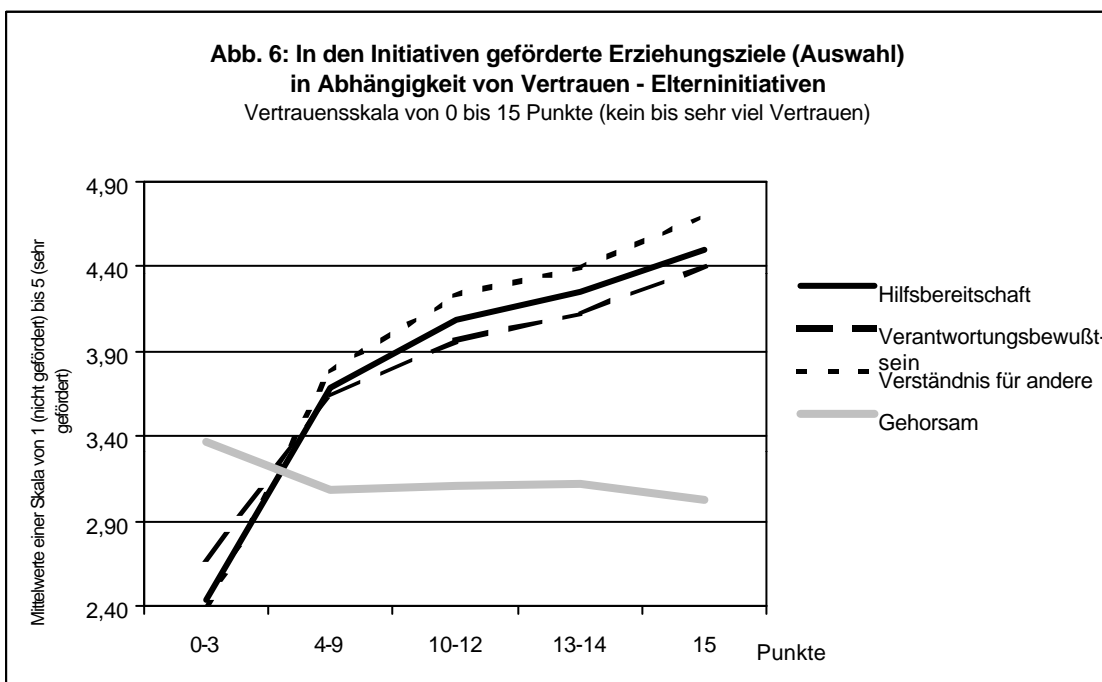
* Eltern mit 0-3 Punkten einer 15-Punkteskala des Indikators „Vertrauen“

besonders wichtig gegenüber 28,5% der Eltern mit Kindern in öffentlichen Einrichtungen und gleichem Bildungsabschluß. Ein weiteres Beispiel für die unterschiedli-

⁹⁴ Der Indikator „Vertrauen“ setzt sich aus den Variablen „Zufriedenheit mit der Kinderbetreuung“, „Informationsaustausch zwischen Eltern und Personal“ sowie „Beurteilung der Zusammenarbeit der Eltern untereinander“ zusammen. Und wurde auf eine Skala von 0 bis 15 Punkten (kein bis sehr viel Vertrauen) transformiert.

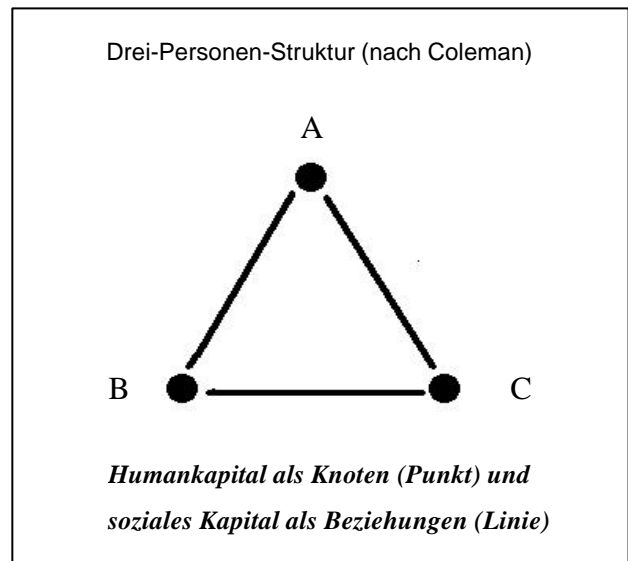
hoch (vgl. als Beispiel „Verantwortungsbewußtsein“ in Tab. 1). Diese Eltern sind offensichtlich sehr unzufrieden mit der Betreuung ihrer Kinder und schenken daher auch der Initiative wenig Vertrauen. Allerdings betrifft dies mit 2,6% nur einen sehr kleinen Teil der Eltern. Eltern mit mehr Vertrauen – der Umschwung beginnt bei etwa 4 bis 9 Punkten - oder mit viel bzw. sehr viel Vertrauen sind dagegen sehr viel häufiger der Meinung, daß die o.g. kooperativen Erziehungsziele auch gefördert werden (vgl. Abbildung 6). Der Unterschied zwischen den persönlichen und tatsächlich geförderten Erziehungszielen ist hier erheblich geringer. Einen ähnlichen, wenn auch nicht so starken, Zusammenhang mit Vertrauen haben die postmateriellen Werte (wie Selbstbewußtsein, Durchsetzungsfähigkeit u.ä.). Demgegenüber läßt sich bei der Umsetzung der Sekundärtugenden wie z.B. „Gehorsam“ kein linearer Zusammenhang zu dem Indikator „Vertrauen“ feststellen (vgl. Abbildung 6). Vertrauen wird nicht unmittelbar mit diesen Werten in Verbindung gebracht, während vor allem bei den kooperativen Werten eine inhaltliche Gemeinsamkeit assoziiert wird.

Folgt man der These von Bertram und den hier beispielhaft zitierten Befunden, dann erfüllt die Familienselbsthilfe in den Familienselbsthilfeinitiativen eine wichtige gesellschaftliche Funktion: Durch ihren kollektiven Zusammenschluß in einer Gruppe und durch ihre Funktion als Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen setzen die Eltern die Maßstäbe für die dort geförderten Erziehungsziele, wobei die kooperativen neben den postmateriellen Wertorientierungen ein zentrales Anliegen der Eltern darstellen. Familienselbsthilfeinitiativen können somit auch als Gegenpol zu den zunehmenden individualistischen Wertorientierungen gesehen werden.



5.1.4 Bildung von sozialem Kapital und Humankapital durch die Mitarbeit der Eltern

Eine wichtige Funktion erfüllt das soziale Kapital als Nebenprodukt von Aktivitäten, an denen man sich im Hinblick auf andere Zwecke oder Ziele beteiligt hat (Coleman/Bourdieu). Auf die Familienselbsthilfeinitiativen bezogen heißt dies, daß die Aktivitäten bzw. die Mitarbeit der Eltern nicht nur der Förderung der kognitiven und sozialen Entwicklung der Kinder oder der unmittelbaren Kinderbetreuung dienen, sondern indirekt auch für die Entwicklung von Humankapital bei den Erwachsenen von Bedeutung sind. Während die Erziehungs- und Sozialisationsleistungen der Initiativen wegen der Momentaufnahme der Befragungen keine gültigen Rückschlüsse auf ihren Erfolg bei den Kindern zulassen, können wir bei den Eltern - zumindest retrospektiv - belegbare Aussagen zu den Wirkungen des sozialen Kontextes von Familienselbsthilfeinitiativen auf die Bildung und Umsetzung von Humankapital machen. Dieser erweiterte Blickwinkel ermöglicht es, die Selbsthilfeinitiativen nicht nur im Hinblick auf ihre Zielsetzungen hin zu betrachten, sondern auch ihre anderen gesellschaftlichen Wertschöpfungspotentiale einzubeziehen. Das ehrenamtliche Engagement der Eltern soll über den Ertrag ihrer Aktivitäten und ihrer Arbeit meßbar und damit auch sichtbar gemacht werden. Gesellschaftspolitisch bedeutet dies ein Perspektivenwechsel, da z. B. Elterninitiativen nicht mehr allein unter dem Aspekt einer Ergänzung des öffentlichen Betreuungsangebots gesehen werden, sondern auch unter dem Aspekt der Bildung von sozialem Kapital und Humankapital, sowohl auf der Mikroebene der Initiative wie auf der Makroebene der Gesellschaft.



Zur Operationalisierung von sozialem Kapital und Humankapital

Wie schon erwähnt, war eine der wichtigsten Entwicklungen in der Bildungsökonomie die Idee, den Begriff des physischen Kapitals so auszudehnen, daß es auch Humankapital umfaßt. Während physisches Kapital sehr konkret ist, da es eine sichtbare materielle Form besitzt, ist Humankapital weniger konkret, da es die Fähigkeiten und das Wissen verkörpert, die ein Mensch erwirbt. Soziales Kapital ist dagegen noch weniger konkret, denn es wird durch die Beziehungen zwischen Menschen verkörpert. Es ist allgemein bekannt, daß physisches Kapital und Humankapital die Produktion erleichtern können. Aber auch soziales Kapital ist produktiv, denn es ermöglicht die Verwirklichung bestimmter Ziele, die ohne es nicht zu verwirklichen wären. Soziales Kapital ist vor allem wichtig für die Bildung und Förderung von Humankapital. Wobei erwähnt werden muß, daß soziales Kapital nicht nur bestimmte Handlungen begünstigen kann, sondern daß es für andere Handlungen nutzlos oder sogar schädlich sein kann. Dies hängt von den Zielen und Wertvorstellungen ab, die in einer gegebenen Sozialstruktur vorherrschen. Der Unterschied zwischen Hu-

mankapital und sozialem Kapital läßt sich nach einem Diagramm von Coleman (Coleman 1995: 395) wie folgt verdeutlichen: In der weiter obenstehenden Abbildung werden die Beziehungen zwischen drei Personen (A, B und C) dargestellt. Dem Humankapital entsprechen die Knoten und dem sozialen Kapital die Linien, welche die Knoten miteinander verbinden. Soziales Kapital und Humankapital sind meistens komplementär. . Wenn z.B. A ein Erwachsener ist und B ein Kind von ihm, dann muß für A sowohl in dem Knoten als auch in der Verbindung Kapital vorhanden sein, um z.B. die kognitive Entwicklung von B (dem Kind) zu fördern. C könnte in diesem Beispiel ein weiterer Erwachsener sein (der andere Elternteil oder die Erzieherin) mit entsprechenden Verbindungen zu A und B. Die Förderung des Kindes kann sowohl bewußt geschehen – durch strukturierte Lernprozesse – als auch unbewußt – durch informelles Lernen.

a) Soziales Kapital

Der soziale Kontext bzw. die internen Netzwerkstrukturen sind das soziale Kapital oder die sozialen Ressourcen von Familienselbsthilfeinitiativen. Die Netzwerkstruktur hängt allerdings von einer Reihe von Faktoren ab, die sich unmittelbar oder mittelbar auf die Bildung von sozialem Kapital auswirken. Hierzu zählen u.a. die Zielsetzungen der Initiativen, ihre Organisationsstruktur, die Aktivitäten und Motive ihrer Mitglieder, ihre expliziten oder impliziten Normen und Wertvorstellungen sowie Vertrauen. Darüber hinaus ist ein Mindestmaß an Homogenität erforderlich, damit sich die Netzwerkstrukturen nicht auflösen. Zielsetzungen, Organisationsstruktur und Normen betrachten wir als feststehende Parameter oder Rahmenbedingungen, die entweder als bekannt vorausgesetzt werden oder für die keine em-

pirischen Daten erhoben wurden. Soziales Kapital wird daher im folgenden als individuelle Ressource verstanden, die als Nebenprodukt aus der „Beziehungsarbeit“ oder als Folge direkter Investition in Beziehungen entsteht (Coleman/Bourdieu). Für diese Beziehungsarbeit muß Zeit investiert werden, die in unserer Untersuchung über die Mitarbeit der Eltern in den einzelnen Aktivitätsbereichen, wie z. B. Elternabende, Elterndienste usw. ermittelt wird (Mitarbeitsstunden pro Monat). Zeit ist damit ein zentraler Indikator für die Bildung von sozialem Kapital. Ein weiterer Indikator betrifft die Kooperationsbereitschaft der Eltern, da die Mitarbeit auch ohne oder nur mit wenig sozialen Kontakten erfolgen kann. Die Kooperationsbereitschaft wird über die Motive der Eltern, sich an einer Initiative zu beteiligen, gemessen. Hierzu gehören z.B. „eigene Erziehungsvorstellungen zu verwirklichen“, „am Aufwachsen der Kinder beteiligt zu sein“, „Kontakt zu anderen Eltern“ oder auch „Unterstützung durch andere Eltern“. Ein dritter Indikator ist das allgemeine Klima, in dem die Austauschbeziehungen stattfinden. Ist es eher offen und vertrauensvoll, so daß soziale Kontakte noch befördert werden, oder ist es eher rigide und egozentriert und verhindert damit die Entfaltung von Beziehungen. Als Meßgröße hierfür wurde ein Indikator für Vertrauen gebildet (siehe hierzu die Ausführungen weiter oben). Diese drei Indikatoren – Zeit, Motive, Vertrauen – bilden zusammen schließlich die empirische Meßgröße für soziales Kapital in den hier untersuchten Initiativen. Für die Berechnung wurde eine Punkteskala entwickelt, in der die monatlich aufgewendete Stundenzahl und die einheitlich neu bewerteten Variablen der Indikatoren Motive und Vertrauen aufaddiert wurden. So erhielt z.B. die Variable „Kontakt zu anderen Eltern“ bei voller Zustimmung (Skalenpunkt 1 der Antwortvorgabe) fünf Punkte, bei

Skalenpunkt 2 vier Punkte und bei Skalenpunkt 3 zwei Punkte. Die Skalenpunkte 4 und 5 (Ablehnung oder volle Ablehnung) erhielten null Punkte. Bei dem Indikator Motive konnten danach maximal 20 Punkte und bei dem Indikator Vertrauen 15 Punkte je befragter Person erreicht werden.

b) Humankapital

Unter Humankapital werden die persönlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten, das Wissen und die Erfahrung als produktive Eigenschaften verstanden (Coleman/Bourdieu). Humankapital ist ebenso wie ökonomisches Kapital eine individuell besitzbare Ressource. Um diese Ressourcen zu ermitteln, wurden die Eltern befragt, ob sie durch ihre Mitarbeit in der Initiative bestimmte Kompetenzen dazu gewonnen haben. Hierzu gab es eine Liste von 20 Items (z.B. Verhandlungsführung, im Team gut arbeiten können, konfliktfähig sein usw., vgl. hierzu Kapitel 5.2). Die Angaben der Eltern zu den einzelnen Kategorien wurden ebenfalls mit Punkten bewertet⁹⁵ und in einer Punkteskala zusammengefaßt, zu der außerdem noch Eigenschaften wie Durchsetzungsfähigkeit und Belastbarkeit hinzugerechnet wurden, die in einem anderen Fragenkomplex standen. Maximal konnten hier insgesamt 80 Punkte erreicht werden.

c) Erträge

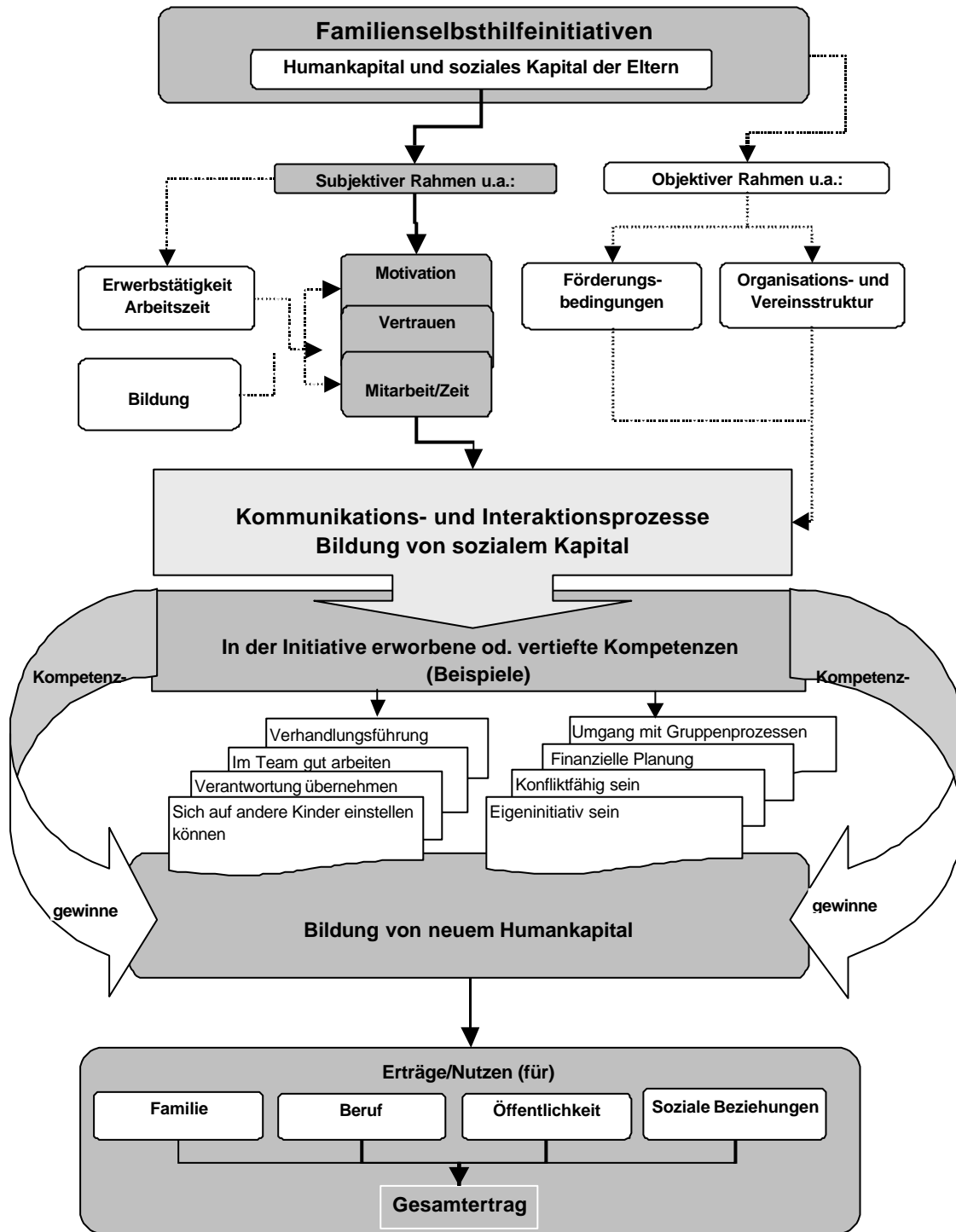
Die Erträge aus dem neu gebildeten Humankapital oder aus der Mitarbeit sind in einer Momentaufnahme wie bei dieser einmaligen Befragung nur schwer zu erfassen. Hierzu wäre eine Langzeitbeobachtung und vor allem ein Reflexionsprozess der Beteiligten notwendig, da

vielen gar nicht bewußt ist, daß sie durch ihre Mitarbeit etwas dazugelernt haben und daß sie das Erlernete im Beruf oder anderen Zusammenhängen eventuell anwenden könnten. Wissen oder Bildung durch informelles Lernen und durch Erfahrungen hat ganz offensichtlich nicht die Akzeptanz wie der Erwerb von Wissen oder Bildung in gesellschaftlich anerkannten Lernstrukturen. Durch die Befragung sind viele erst darauf aufmerksam gemacht worden, daß die aktive Mitarbeit in einer Initiative immer auch ein Lernprozess ist. Dennoch haben wir die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Untersuchung danach gefragt, ob sie über den subjektiven Kompetenzgewinn hinaus auch einen Nutzen in anderen Lebensbereichen haben. Hierbei stand zum einen der unmittelbare Nutzen bzw. Ertrag der Kompetenzgewinne für Beruf, Familie und Öffentlichkeit im Mittelpunkt. Zum anderen wurde gefragt, ob sich durch ihre Mitarbeit bestimmte Beziehungen (z. B. zu den Kindern, zum Partner/zur Partnerin) verbessert haben, ob neue Freundschaften entstanden sind und schließlich, ob sie durch andere Eltern bei Problemen oder persönlichen Fragen unterstützt worden sind. Alle Nutzenarten zusammengekommen ergeben dann eine „Gesamtertragskala“ von 0 bis maximal 135 Punkten.

Mit dem nachfolgenden Operationalisierungsschema (vgl. Übersicht 1) soll noch einmal zusammenfassend die Grundstruktur der empirischen Vorgehensweise nachgezeichnet werden.

⁹⁵ So erhielt z. B. die Kompetenz „Verhandlungsführung“ bei „viel dazugelernt“ 3 Punkte, bei „einiges“ 1 Punkt und bei „nichts“ oder keine Angabe 0 Punkte.

Übersicht 1: Operationalisierungsschema des sozialen Kapitals in Familienselbsthilfeinitiativen



Operationalisierte Datengrundlage Indikatorebenen
 Nicht oder nur z.T. überprüfte Daten

Je größer das soziale Kapital, desto größer auch das Humankapital und der Gesamtertrag

Bei den folgenden Analysen beschränken wir uns ausschließlich auf die Untersuchungen der Elterninitiative und Mütterzentren, da wir hier genügend große Fallzahlen zur Verfügung haben und weil hier die meisten Variablen miteinander vergleichbar sind.

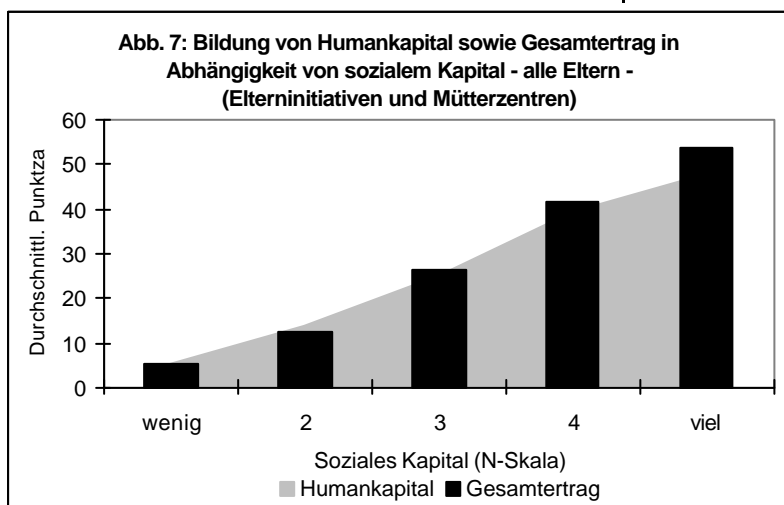
Abbildung 7 zeigt sehr deutlich, daß mit dem Anstieg von sozialem Kapital⁹⁶ sowohl das Humankapital als auch der Gesamtertrag bzw. Nutzen steigen. Insgesamt hat sich der Zeitfaktor als sehr nützlicher Indikator für die Messung von sozialem Kapital erwiesen. Zeit bedeutet diesem Falle nicht nur den Zeitaufwand für die Erledigung bestimmter Aufgaben, sondern steht auch für die Häufigkeit des Beziehungsaustauschs. Nachweisen läßt sich dies an der Bedeutung der Elternabende für die Elterninitiativen (als ein für diese Initiativen zentraler Kommunikations- und Interaktionsort).

Anhand von Regressionanalysen wurde überprüft, welche Zusammenhänge zwischen Humankapital und dem Gesamtertrag/Nutzen und den einzelnen Aktivitäts-

bereichen (Elternabende, Elterndienste etc.) bestehen.

Das sehr hoch signifikante Ergebnis für die Elternabende lautet: Je mehr die Eltern Zeit hierfür investieren, desto mehr profitieren sie davon, und zwar auf allen Ebenen (Kompetenzen, Nutzen für Beruf, Familie und Öffentlichkeit, Verbesserung von Beziehungen). Elternabende sind vor allen anderen Aktivitätsbereichen der Ort, wo am meisten soziales Kapital und Humankapital gebildet wird. Dies dürfte das Bild von Elternabend, das möglicherweise in der Öffentlichkeit existiert, korrigieren. Elternabende sind keineswegs eine gemütliche „Stammtischrunde“, hier werden vielmehr Probleme besprochen, Konflikte ausgetragen, Erfahrungen ausgetauscht und Entscheidungen gefällt. Hier werden mehr als in den anderen Tätigkeitsbereichen Fähigkeiten wie „konfliktfähig sein“, „kontaktfähig sein“, „Verantwortung übernehmen“ aber auch „Chaos aushalten“ gelernt.

Eine ähnlich breite - wenn auch nicht ganz so große - Wirkung in Bezug auf den Gesamtertrag wie auch auf die Einzelerträge haben die pädagogische Mitgestaltung und die Elterndienste. Die Arbeit dort hat viel mit den Kindern und dem Betreuungspersonal zu tun. Den relativ hohen Gewinn, den die Eltern gerade in diesen beiden Bereichen erzielen, könnte daher - ganz im Sinne des KJHG - eine Stärkung ihrer Erziehungskompetenz bedeuten. Der Beitrag der hauswirtschaftlichen und handwerklichen Arbeiten oder der Verwaltungstätigkeiten fällt dagegen geringer aus.

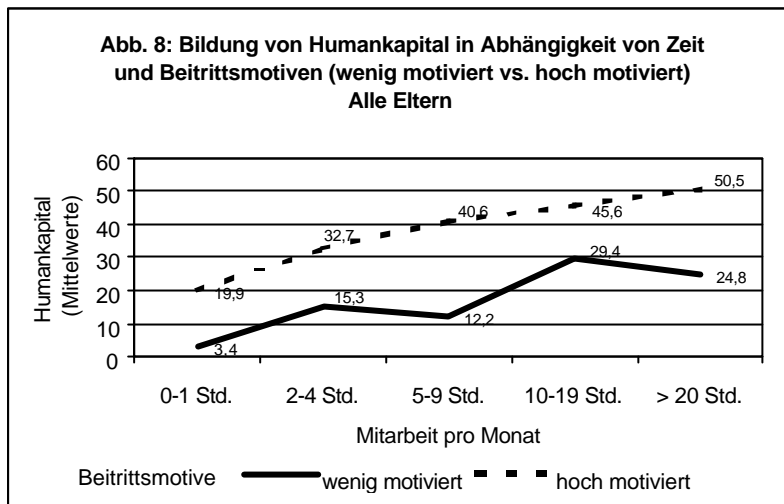


⁹⁶ Die Punkteskala von sozialem Kapital wurde hier der besseren Übersicht halber in eine Normalverteilungsskala transformiert (N-Skala nach Lienert).

Bei den Mütterzentren sind es vor allem die Aktivitätsbereiche „Mitgestaltung des

Mütterzentrums-Alltags“ und die „Organisatorische Arbeiten“, die eine besonders starke Wirkung auf die Humankapitalbildung haben. Für den Ertrag – also dem

motive und die Bedeutung der geschlechtsspezifischen Unterschiede für die Bildung von sozialem Kapital.



Nutzen in Beruf, Familie oder in Beziehungen – sind neben der Alltagsmitgestaltung noch die Plenums- und Teambesprechungen von großer Bedeutung. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß vor allem die kommunikativen und interaktiven Tätigkeitsbereiche mit besonders hohem sozialem Kapital maßgeblich zur Produktion von Humankapital und zur „Ertragssteigerung“ beitragen.

Interesse und Motivation – die Motoren des sozialen Kapitals

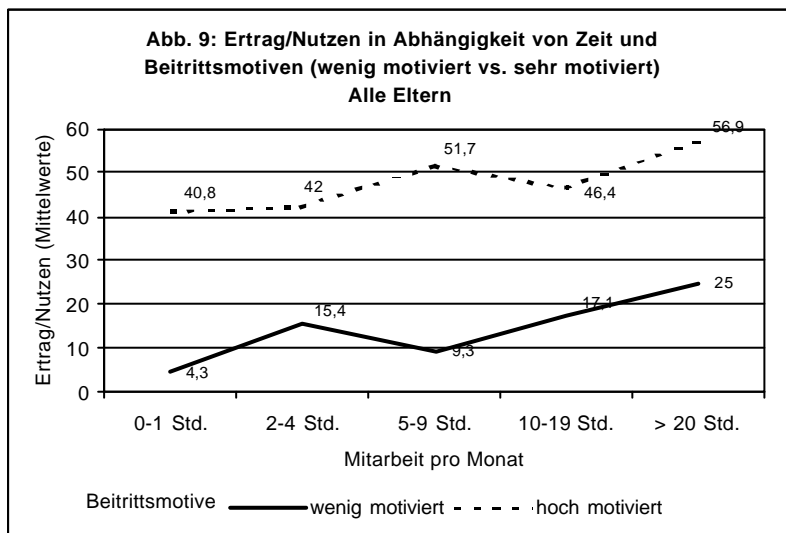
Wir haben bisher die Entwicklung von sozialem Kapital vor dem Hintergrund aller Eltern dargestellt und nur Differenzierungen nach dem Umfang der Mitarbeit und den Aktivitätsbereichen vorgenommen, um auf diese Weise den generellen Trend besser zu verdeutlichen. Bei weiteren Unterscheidungen, z. B. nach Bildung, Erwerbstätigkeit, Kinderzahl usw. zeigen sich allerdings z. T. erhebliche Abweichung vom Gesamttrend. Wegen der besseren Übersichtlichkeit, möchten uns hier aber auf zwei Aspekte beschränken, die sich aufgrund weitergehender Analysen als besonders bedeutsam herausgestellt haben: Die Bedeutung der Beteiligungs-

Bereits bei der Definition des sozialen Kapitals haben wir auf die Bedeutung der Motive hingewiesen. Wir konnten feststellen, daß in erster Linie die Beitrittsmotive „am Aufwachsen der Kinder beteiligt zu sein“, „Kontakte zu anderen Eltern“ und „eigene Erziehungsvorstellungen zu verwirklichen“ einen hoch signifikanten Effekt auf die Bildung von Humankapital und

dessen Ertrag haben. Diese Motive signalisieren schon von ihrem Inhalt her ein Interesse an zielgerichteten Aktivitäten – im Gegensatz z. B. zu dem Beitrittsmotiv „flexible Öffnungszeiten“. Von daher war es naheliegend, diese Motive im Hinblick auf die Bildung von Humankapital näher zu untersuchen. Hierzu wurden aus dem Indikator „Motive“ zwei sehr gegensätzliche Gruppen gebildet, um die möglichen Unterschiede besser zu veranschaulichen: Eine Gruppe mit sehr niedrigen Punktwerten, also mit sehr wenig motivierten Eltern (ca. 9% aller Befragten). Eine zweite Gruppe mit dem höchsten Wert, d.h. mit sehr hoch motivierten Eltern (ca. 9%). Auf der Zeitachse können wir erkennen, daß in beiden Gruppen vom Trend her gesehen mit steigender Stundenzahl auch mehr Humankapital produziert wird (vgl. Abbildung 8). Wobei die Kurve der hoch motivierten Eltern stetig ansteigt, die Kurve der weniger motivierten Eltern dagegen „Brüche“ aufweist. Dennoch wird deutlich, daß selbst bei den weniger motivierten Eltern allein durch mehr Mitarbeit auch mehr Humankapital gebildet wird. Bei den hoch motivierten Eltern ist das Niveau der Humankapital-

bildung insgesamt deutlich höher als bei den weniger motivierten. Bereits bei der monatlichen Stundenzahl von nur 0 bis 1 Stunde erfolgt eine fast sechsfach höhere Humankapitalbildung. Auch der Ertrag bzw. Nutzen aus der Bildung von Humankapital und sozialem Kapital liegt bei den hoch motivierten Eltern weit über dem der weniger motivierten (vgl. Abbildung 9). Die Differenzen zwischen den beiden Vergleichsgruppen bei den einzelnen Zeitkategorien sind z.T. erheblich höher als bei der Bildung von Humankapital. In der ersten Kategorie (0 bis 1 Std.) wird z.B. bei den hoch motivierten Eltern ein zehnfach höherer Ertrag erzielt als bei den weniger motivierten. Das bedeutet, daß die hoch motivierten Eltern offenbar eher in der Lage sind, ihre gewonnenen Kompe-

ten häufiger die Möglichkeit, sich ihre Arbeitszeit flexibel zu gestalten. Wichtiger für eine differenziertere Betrachtung sind dem-gegenüber bestimmte Einstellungsvariablen. Hoch motivierte Eltern unterscheiden sich signifikant gegenüber den weniger motivierten in folgenden Punkten: Sie vertreten häufiger kooperative und individualistische Erziehungsziele für ihre Kinder (die weniger motivierten dagegen häufiger Sekundärtugenden), ihnen sind soziales Engagement und soziale Fragen aber auch Interesse an Politik wichtiger, sie sind insgesamt optimistischer und sie haben deutlich mehr Vertrauen in die Initiative. Schließlich sind noch zwei weitere sehr wesentliche strukturelle Unterschiede zu nennen: In der Gruppe der weniger Motivierten sind überproportional mehr



Männer vertreten (gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtuntersuchung). Das Verhältnis beträgt 53% (in dieser Gruppe) zu 36% (Gesamtheit). Genau umgekehrt verhält es sich bei den hoch Motivierten. Hier sind die Frauen überdurchschnittlich repräsentiert (81 zu 65%).

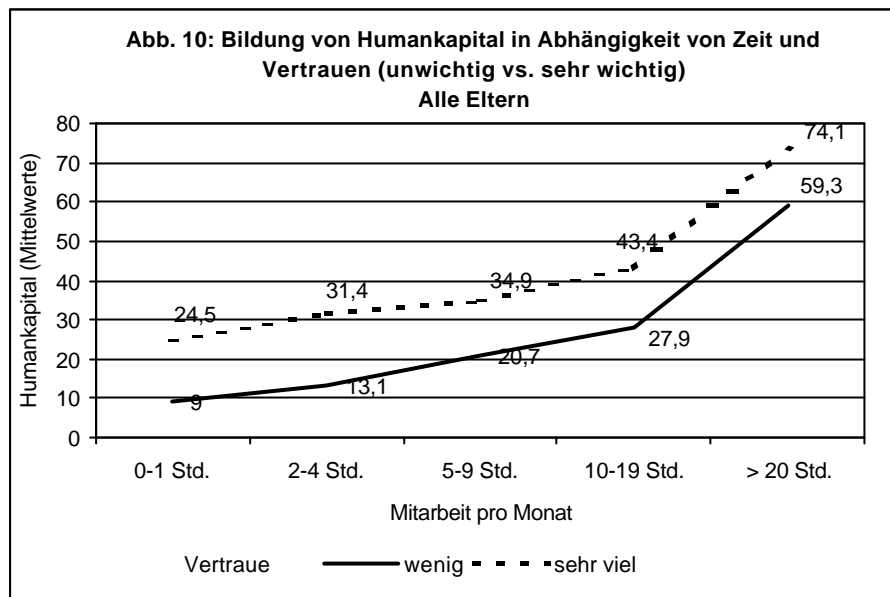
Ähnliche Unterschiede finden wir auch bei den vier Teilsamples: Die Elternver-

tenzen und Erfahrungen umzusetzen bzw. für sich zu nutzen. Den Grund hierfür sehen wir vor allem in ihrem Interesse und ihrer Motivation, die sie offener und aufnahmebereiter machen sowohl für neues (informelles) Lernen als auch für die Nutzung des Gelernten in anderen Lebensbereichen. Die beiden Vergleichsgruppen unterscheiden sich hinsichtlich bestimmter Strukturvariablen (wie Bildung, Einkommen, Erwerbstätigkeit, Alter u.ä.) kaum voneinander. Eine Ausnahme bildet die Arbeitszeiteinteilung: Die hoch Motivierten

eine Usedom sind überdurchschnittlich hoch in der Gruppe der weniger Motivierten zu finden (28 zu 9%), mit nicht ganz so großem Unterschied auch die Elterninitiativen aus Bergisch Gladbach (15 zu 11%). In der Vergleichsgruppe sind dagegen überdurchschnittlich die Münchener Elterninitiativen (77 zu 69%) und – mit weniger deutlichem Unterschied – die Mütterzentren (13 zu 12%) vertreten. Bevor wir auf diese Ergebnisse näher eingehen, möchten wir noch den Einfluß des

Indikators „Vertrauen“ auf die Bildung von Humankapital untersuchen.

motiviert sind, aktiv in den Initiativen mitzuarbeiten, auch sehr viel zur Vertrauens-



bildung beitragen. Auf der anderen Seite gibt es auch solche Eltern, die wenig Vertrauen und möglicherweise auch wenig zur Vertrauensbildung beitragen, die aber viel mitarbeiten (vgl. Abbildung 10, Kategorien über 10-19 Std. und >20 Std.) und die relativ viel an Kompetenzen dazu gewinnen. Dies

Vertrauen als ein Teilelement von sozialem Kapital (siehe hierzu die Definition von sozialem Kapital weiter oben) hat nicht die unterscheidende Wirkung wie der Indikator Motive. Das zeigt sich deutlich, wenn wir diesen Indikator ebenfalls in zwei gegensätzliche Gruppen aufteilen: Eltern mit wenig Vertrauen (7% aller Eltern) und Eltern mit sehr viel Vertrauen (9%). Abbildung 10 zeigt für beide Gruppen, daß mit steigender Stundenzahl auch die Bildung von Humankapital anwächst, bei den Eltern mit sehr viel Vertrauen allerdings auf einem etwas höheren Niveau. Der Unterschied zwischen beiden Gruppen ist aber bei weitem nicht so groß wie bei den Motiven. Der Indikator Vertrauen, so wie er hier aufgrund der empirischen Datenlage nicht besser definiert werden konnte, hat offensichtlich keine so große Aussagekraft wie der Indikator Motive. Beide Indikatoren korrelieren signifikant miteinander auf einem eher unteren Niveau (Pearsons' Korrelationskoeffizient: ,266). Das heißt, daß sehr viele Eltern mit wenig Vertrauen auch weniger motiviert sind und umgekehrt, daß Eltern mit sehr viel Vertrauen auch hoch motiviert sind. Es ist anzunehmen, daß Eltern, die sehr

läßt sich aufgrund der Datenlage nicht besser erklären als durch die Mitarbeit. Mitarbeit/Zeit steht für die Häufigkeit von Austauschbeziehungen und ist nach unserer Definition der zentrale Bestandteil von sozialem Kapital.

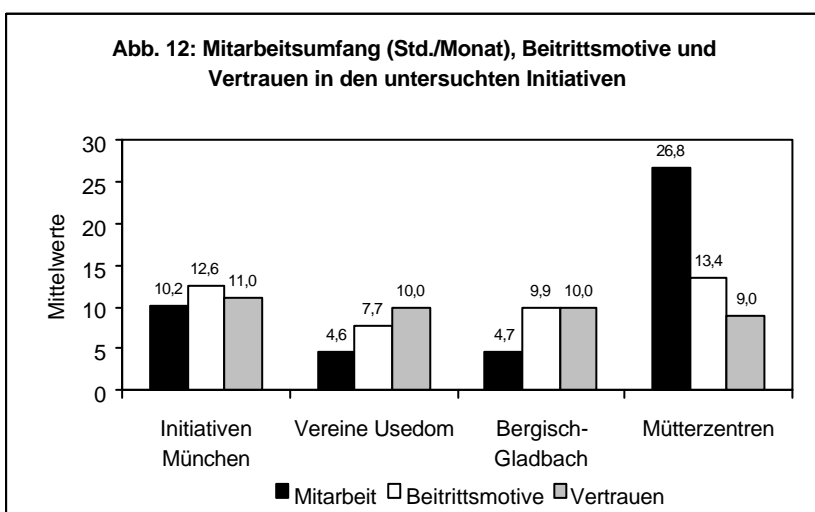
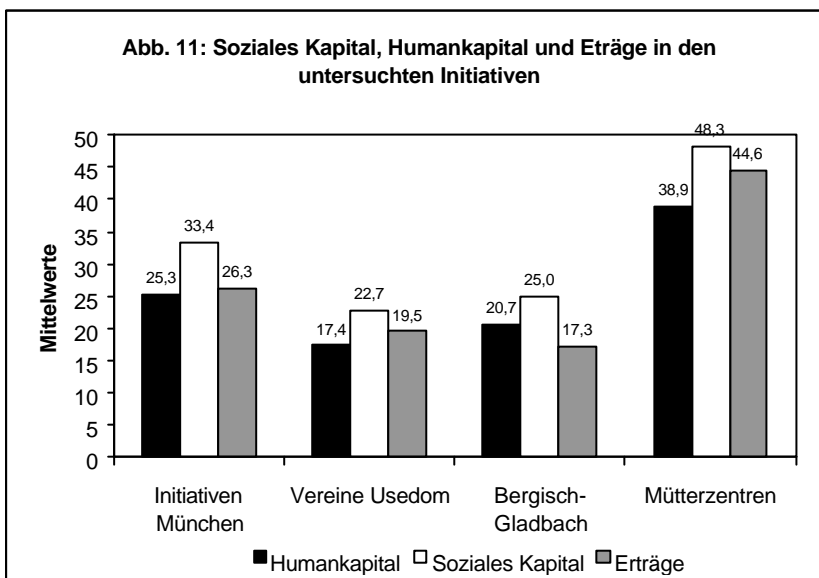
Weitere Analysen zeigen, daß fehlendes Vertrauen nicht unbedingt negativ oder defizitär gesehen werden muß. Ein Teil der Eltern aus den Münchener Elterninitiativen (hier gab es eine genügend große Fallzahl) war z.B. mit der Kinderbetreuung und dem Informationsaustausch mit dem Personal weniger zufrieden. Trotzdem war ihr zeitliches Engagement und ihre Motivation überdurchschnittlich hoch. Das geringere „Vertrauen“ dürfte in diesem Fall für eine kritischere Einstellung der Eltern stehen. Sie sind sehr wohl mit dem Konzept zufrieden, dagegen weniger mit dessen Umsetzung. Sie sind daher besonders engagiert und versuchen, ihre Vorstellungen durchzusetzen oder die pädagogische Alltagssituation zu verbessern. Dies führt zu Konflikten mit anderen Eltern und dem Personal, was aber die Bildung von sozialem Kapital und Human-

kapital keineswegs verhindert, sondern im Gegenteil eher noch befördert.

Kollektive Entscheidungsstrukturen tragen stärker zur Bildung von sozialem Kapital bei als hierarchische Strukturen

In die hier vorgestellten Ergebnisse sind vier unterschiedliche Samples einbezogen worden: Elterninitiativen aus München, Elterninitiativen aus Bergisch Gladbach, Elternvereine aus Usedom und Mütterzent-

und wenn, was sind die möglichen Ursachen. Ein Blick auf Abbildung 11 zeigt, daß es tatsächlich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen gibt. Das größte soziale Kapital, das größte Humankapital und die größten Erträge bilden die Mütterzentren, gefolgt mit einigem Abstand von den Münchener Elterninitiativen. Die deutlich geringsten Werte weisen die Elternvereine aus Usedom und die Elterninitiativen aus Bergisch Gladbach auf, wobei letztere etwas besser abschneiden als die Elternvereine. Diese



strukturellen Unterschiede zeigen sich auch, wenn wir nur nach Müttern oder Vätern differenzieren (in diesem Fall war nur ein Vergleich zwischen den Elterninitiativen möglich). Dieser Hinweis ist insofern wichtig, da Frauen in den Familienselbsthilfe-initiativen eine besondere Rolle spielen, was die Bildung von sozialem Kapital betrifft (siehe hierzu den nächsten Abschnitt). Entscheidender für die Unterschiede ist vielmehr der Umfang der Mitarbeit bzw. der Umfang der Austauschbeziehungen, die ja den wichtigsten „Produktionsfaktor“ von sozialem Kapital darstellen. Wenn wir uns die durchschnitt-

ren. Die Frage war nun, unterscheiden sich diese Samples, was die Bildung von sozialem Kapital, Humankapital und ihrer Erträge betrifft, signifikant voneinander

liche Arbeitszeit pro Person in den vier Initiativen anschauen, dann arbeiten die Mütter in den Mütterzentren deutlich mehr als doppelt soviel mit als die Eltern der

Münchener Initiativen und mehr als fünfmal soviel wie die Eltern in Usedom und Bergisch Gladbach (vgl. Abbildung 12). Hinsichtlich der Beitrittsmotive gibt es eine ähnlich lineare Hierarchie, wenn auch nicht mit so großen Differenzen; d.h. die Mütter aus Mütterzentren haben den höchsten durchschnittlichen Motiv-Wert und die Eltern aus Usedom den niedrigsten. Das Vertrauen ist demgegenüber in allen vier Samples etwa gleich hoch. Die Mitarbeit ist wohl gegenüber den anderen Faktoren das wichtigste Unterscheidungskriterium. Eine Aufteilung der Arbeitszeit pro Monat nach Größenklassen läßt erkennen, daß vor allem die Mütterzentren und abgeschwächt die Münchener Initiativen in den Gruppen von 10 bis 19 Stunden und über 20 Stunden zu finden sind (vgl. Tabelle 2). Dagegen ist der Anteil der Eltern, die wenig oder nicht mitarbeiten mit 41,4 und 38,3% bei den Initiativen in Usedom und Bergisch Gladbach am höchsten. Die Ursache hierfür dürfte in der unterschiedlichen Organisationsstruktur liegen. Sowohl die Elternvereine in Usedom wie auch die Initiativen in Bergisch Gladbach haben einen höheren Institutionalierungsgrad als die Initiativen in München oder die Mütterzentren. Damit ist gemeint, daß der überwiegende Teil der anfallenden Arbeit von bezahlten Kräften (Erzieherinnen/Erzieher) gemacht wird. Die Eltern führen vor allem Verwaltungs- und Führungsfunktionen aus. Das

heißt, daß diese Initiativen hierarchischer strukturiert sind (vgl. hierzu Kapitel 4). In den Mütterzentren und in den Münchener Initiativen finden die Entscheidungsprozesse eher in kollektiver Form statt. Dies läßt sich bei den Elterninitiativen sehr gut an der Häufigkeit der Elternabende zeigen. In München findet bei 74% der Befragten mindestens einmal im Monat ein Elternabend statt, in Usedom ist dies nur bei 4% und in Bergisch Gladbach bei 8% der Fall. Dort finden die Elternabende am häufigsten unregelmäßig statt oder zweibis dreimal pro Jahr, was auf eher traditionellere Vereinsstrukturen, wo der Vorstand entscheidet, schließen läßt.

Diese Befunde machen deutlich, daß vor allem die Eltern aus Usedom und Bergisch Gladbach die Angebote der Elterninitiativen mehrheitlich eher als eine Dienstleistung ansehen, mit der sie, wie der Vertrauensindex zeigt, auch recht zufrieden sind. Die Elterninitiativen in Usedom und Bergisch Gladbach nehmen damit gewissermaßen eine Zwitterstellung ein zwischen öffentlichen Einrichtungen, wo es kaum eine Elternbeteiligung gibt und Familienselbsthilfeinitiativen, die stärker auf kollektiver Basis und größerer Elternbeteiligung aufbauen. Für die Bildung von sozialem Kapital wirkt sich eine solche „Dienstleistungseinstellung“ allerdings eher negativ aus, da damit ein wesentliches Element, nämlich der gegenseitige

Beziehungsaustausch, entfällt oder stark reduziert ist.

Auf diesen Sachverhalt hat bereits Coleman hingewiesen, wenn er davon spricht, daß die Bildung von sozialem Kapital nur zweiseitig erfolgen kann. Er führt als Beispiel die öffentlichen Dienstleistungsangebote an, die genutzt werden können ohne weitere Verpflichtun-

Tab. 2: Umfang der Mitarbeit nach Größenklassen

Stunden pro Monat	Initiativen München	Elternvereine Usedom	Initiativen Bergisch-Gladb.	Mütterzentren
	%	%	%	%
0-1 Std.	18,6	41,4	38,3	23,9
2-4 Std.	16,5	25,9	31,9	3,2
5-9 Std.	22,2	12,1	16,3	8,4
10-19 Std.	29,0	15,5	9,9	21,9
> 20 Std.	13,8	5,2	3,5	42,6
Gesamt	100	100	100	100

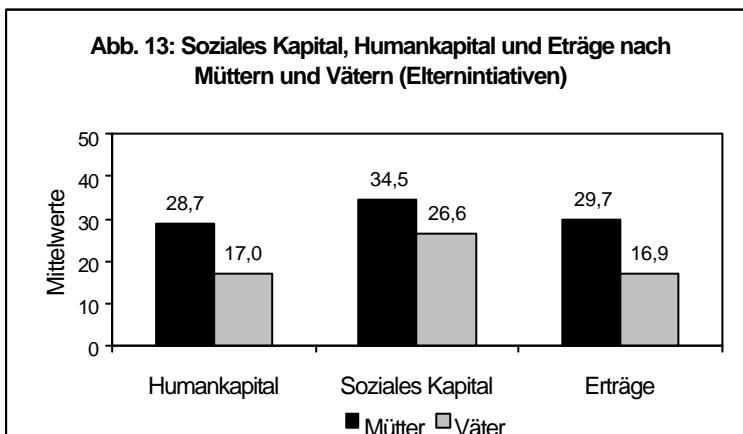
gen einzugehen. Dies ist nach Coleman allerdings nur ein vordergründiger Gewinn für den einzelnen. Gesellschaftspolitisch gesehen wird in diesem Fall einseitig von einem Konto abgeboben, das nicht wieder aufgefüllt wird; es wird vorhandenes soziales Kapital aufgebraucht und nicht neues gebildet.

In der gegenwärtigen Diskussion um die Krise und den Umbau des Sozialstaats könnte diese Argumentation eine wichtige Rolle spielen, da mit ihr die Chance wahrgenommen werden könnte, bürokratisierte und unbeweglich gewordene soziale Dienstleistungsstrukturen für ihr Klientel zu öffnen oder bestehende Selbsthilfeini-

Wir beschränken uns dabei auf die Untersuchungen in den Eltern-initiativen, da nur dort Mütter und Väter befragt wurden.

Wenn wir uns den zeitlichen Beitrag anschauen, den Mütter und Väter für die Initiativen leisten, dann zeigen sich hier - wie schon bei den Motiven - zum Teil sehr große Unterschiede: 74% der Gesamtstundenzahl pro Monat werden von den Müttern erbracht und nur 26% von den Vätern. Dieses Verhältnis von etwa 3:1 wird auch von den unabhängig davon befragten Trägern bestätigt. Nach ihren Angaben leisten die Frauen durchschnittlich 77% der Arbeit in den Initiativen die Männer nur 23%. Der Unterschied zeigt

sich auch in der durchschnittlichen Stundenzahl pro Monat. So arbeiten die Mütter durchschnittlich etwa 13 Stunden mit, die Väter knapp 6 Stunden. Diese Differenz ist nicht allein auf die unterschiedliche Erwerbsstruktur der Mütter und Väter zurückzuführen. So wäre z.B. zu erwarten gewesen, daß die



ativen von engagierten Bürgern zu unterstützen. Dies darf allerdings nicht dazu führen, daß solche Veränderungen allein von der Marktlogik oder den knappen Haushaltsressourcen bestimmt werden, was letzten Endes auch wieder bürokratische Reglementierung bedeutet, sondern es muß der Freiraum erhalten bleiben, der notwendig ist, damit Austauschbeziehungen und soziales Kapital entstehen können bzw. erhalten bleiben.

Mütter engagieren sich erheblich stärker als Väter

Im Folgenden geht es um den unterschiedlichen Beitrag von Müttern und Vätern bei der Bildung von sozialen Kapital.

Mütter deshalb mehr Zeit in die Initiative investieren können, weil sie in weit geringerem Umfang als die Väter Vollzeit arbeiten. Es zeigt sich jedoch, daß dieser Unterschied auch dann besteht, wenn beide - Mütter und Väter - vollzeitbeschäftigt sind: Die Mütter arbeiten in diesem Fall im Durchschnitt 9 Stunden, die Väter 5,5 Stunden. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei einem Blick auf die Beteiligung an den Elternabenden, die ja außerhalb der Normalarbeitszeit liegen: Nur 30% der Väter nehmen regelmäßig an Elternabenden teil, die Mütter dagegen zu 74%. Eine relativ große Gruppe von Vätern - nämlich 54% - geht nie oder sehr selten zu Elternabenden; bei den Müttern sind dies nur 8%. Die durchschnittliche Zeit, die die

Mütter dort verbringen, beträgt 2,4 Stunden, bei den Vätern nur 1,4 Stunden. Die Schwerpunkte der väterlichen Aktivitäten liegen neben den Elternabenden bei den handwerklichen Arbeiten (im Durchschnitt 1,5 Std.) und bei den Verwaltungstätigkeiten (0,8 Std.). Die Schwerpunkte der Mütter sind neben den Elternabenden: Hauswirtschaftliche Arbeiten (2,2 Std.), Verwaltungstätigkeiten (1,9 Std.), Elterndienste (1,7 Std.) und pädagogische Mitgestaltung (0,8 Std.). Hierin zeigen sich bereits qualitative Unterschiede: die Mütter sind stärker in kommunikative Zusammenhänge eingebunden als die Väter.

Frauen – Träger des sozialen Kapitals

Daß Frauen soviel stärker in Familienselbsthilfeinitiativen vertreten sind als Männer, hängt unter anderem mit ihrem eigenen und dem ihnen von der Gesellschaft zugeschriebenen Rollenverständnis zusammen. Sie sind, sobald sie Kinder haben, nach wie vor die Hauptverantwortlichen für deren Erziehung und überhaupt zuständig für die Familie. Familienselbsthilfeinitiativen könnte man von daher auch als eine Fortsetzung oder Erweiterung dieses Aufgabenfeldes ansehen. Möglicherweise liegt hier auch der tiefere Grund, daß Familienselbsthilfeinitiativen in der Öffentlichkeit leicht „übersehen“ werden. Die Mitarbeit in und die Funktion von Familienselbsthilfeinitiativen geht aber, wie wir sehen konnten, darüber hinaus:

Tab. 3: Vergleich zwischen Müttern und Vätern mit etwa gleichem Stundenanteil

	Mütter		Väter	
	Mitarbeit pro Monat			
	3-4 Std.	16-18 Std.	3-4 Std.	16-18 Std.
	Mittelwerte			
Erträge	23,30	40,02	18,51	32,88
Humankapital	23,42	40,36	18,30	31,44

Durch ein verantwortlich geregeltes Kinderbetreuungsangebot erfüllen sie eine öffentliche Aufgabe und durch ihr Unterstützungsnetzwerk entlasten sie öffentliche Bildungs- und Beratungseinrichtungen. Sie tragen nicht nur für die beteiligte Familien selbst, sondern auch für ihr nachbarschaftliches Umfeld zur Verbesserung der Lebensqualität bei. Und schließlich machen sie Familienaufgaben, die sonst als Privatsache behandelt werden, zu einer öffentlichen Angelegenheit, was wiederum mit einer größeren Anerkennung von Familienarbeit verbunden ist. Diese Leistungen sind zu berücksichtigen, um die Rolle der Frauen in den Familienselbsthilfeinitiativen bewerten zu können. Frauen sind, wenn wir uns die empirischen Befunde anschauen, die eigentlichen Träger der Familienselbsthilfeinitiativen. Sie investieren fast doppelt soviel Zeit in die Initiativen wie die Männer und sie produzieren damit zusammenhängend auch deutlich mehr soziales Kapital als diese. Sie profitieren allerdings auch mehr davon in Form von Humankapital und seinen Erträgen (vgl. Abbildung 13). Dies ist auch dann der Fall, wenn die Zeit für ihre Mitarbeit konstant gehalten wird. Mütter, die z.B. etwa 16 bis 18 Stunden im Monat mitarbeiten, erzielen einen durchschnittlichen Ertrag von 40,02 Punkten, Väter mit gleicher Stundenzahl nur einen Ertrag von 32,88 Punkten. Auch bei einer niedrigeren Stundenzahl erhalten wir ein ähnliches Ergebnis (vgl. Tabelle 3). Das heißt, daß Mütter und Väter, die etwa gleich viel Zeit investieren, einen unterschiedlich hohen Ertrag erzielen. Der Hauptgrund hierfür liegt wiederum in dem unterschiedlichen Interesse und der unterschiedlichen Motivation. Die Mütter sind bei gleichem zeitlichem Engagement wie die Väter an der Arbeit in den Familienselbsthilfeinitiativen interessierter und auch motivierter. Während die Mütter z. B. der Arbeitsgruppe „16-18 Std.“ zu 78%

das Motiv „bin mehr am Aufwachsen des Kindes beteiligt als in einer anderen Einrichtung“ für sehr wichtig erachtet (Skalenpunkt 5), sind es bei den Vätern nur 50%. Die entsprechenden Werte in der Gruppe „3-4 Std.“ betragen 38 und 25%. Eine weitere Erklärung, die wir allerdings empirisch nicht direkt nachweisen können, dürfte in der Art und Qualität der Austauschbeziehungen liegen. Es ist zu vermuten, daß die Kommunikation und Interaktionen zwischen den Müttern, schon allein wegen ihrer größeren und längeren Präsenz in den Initiativen, intensiver und häufiger ist. So haben z. B. 64% der Mütter durch ihre Mitarbeit in der Initiative neue Freundschaften geschlossen, gegenüber 31% der Väter. Durch ihre größere Motivation und durch die Art ihrer Beziehungen untereinander scheinen sie aufgeschlossener und bereiter dafür zu sein, Neues dazuzulernen und mit anderen Neues zu entwickeln. So profitieren die Mütter vor allem bei den dazu gewonnenen Kompetenzen (das Verhältnis zu den Vätern beträgt hier 3:1) und beim Nutzen für die Familie (ebenfalls 3:1). Geringer fällt dagegen der Ertrag bei den Beziehungen aus, wo das Verhältnis zwischen Müttern und Vätern 2:1 beträgt. Hier bringen die Mütter offenbar einen „Vorsprung“ mit; die Väter scheinen dagegen eher einen Nachholbedarf zu haben, deshalb profitieren sie hierbei am meisten.

Die Wertschöpfungspotentiale von Familienselbsthilfe

Die Initiativen zeigen, daß das Leben mit Kindern und die damit verbundene Verantwortung für sie eine eigene Wertigkeit haben. Das Engagement bildet auch eine Brücke zwischen den bisher getrennten Bereichen in unserer Gesellschaft, nämlich zwischen Privatheit/Familie und Öffentlichkeit/Beruf. Die Übergänge werden fließender: Kompetenzen, die in der Initia-

tive erworben werden, können in den komplexer werdenden Anforderungen der Arbeitswelt genutzt werden, Zeiten der Unterbrechung von Erwerbstätigkeit können durch ein Engagement in der Initiative als sinnstiftende Tätigkeit die Biographie bereichern.

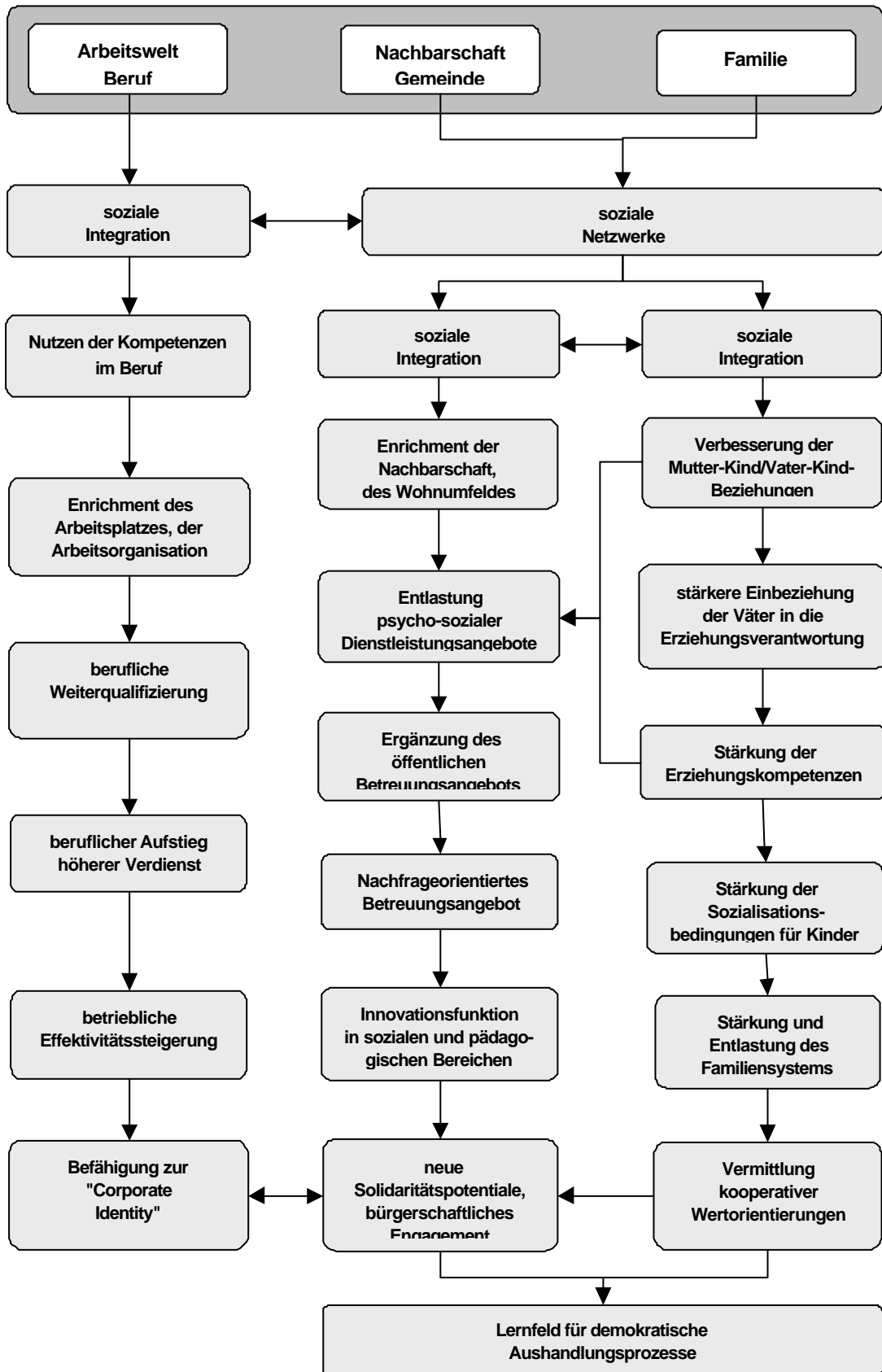
Damit wird ein Aspekt von sozialem Kapital angesprochen, der bisher noch nicht erörtert wurde: Soziales Kapital als öffentliches Gut. Wir haben das soziale Kapital auf der Mikroebene der Initiativen untersucht, wo es jeweils so etwas wie ein Kollektivgut der einzelnen Initiativen ist und wo Humankapital und die Erträge mehr aus der Nutzerperspektive betrachtet wurden. Auf der Makroebene stellt die Summe aller Initiativen und damit auch die Summe des dort produzierten sozialen Kapitals gleichzeitig aber auch einen Beitrag zur Bildung von sozialem Kapital in der Gesellschaft dar, wenn auch von den Teilnehmern nicht unmittelbar beabsichtigt. Soziales Kapital und damit verbunden die Produktion von Humankapital ist somit ein positives gesellschaftliches Nebenprodukt der Aktivitäten von Familienselbsthilfeinitiativen. Auf einer konkreteren und anschaulicheren Ebene soll dies noch verdeutlicht werden. In Abbildung 15 wird versucht, den möglichen Nutzen – oder wie wir es hier nennen – die Wertschöpfungspotentiale von Familienselbsthilfe im gesellschaftlichen „Nahbereich“ der Familie, der Nachbarschaft/Ge-meinde und der Arbeitswelt aufzuzeigen. In den folgenden Kapiteln (5.2 und 5.3) wird hierauf noch näher einzugehen sein.

Wir haben an anderer Stelle am Beispiel der Münchener Elterninitiativen bereits auf den volkswirtschaftlichen Nutzen der ehrenamtlichen Mitarbeit hingewiesen und versucht, dies in Geldwerteinheiten hoch zu rechnen. Die Leistungen der Familienselbsthilfe gehen aber, wie wir sehen

konnten, weit darüber hinaus. Neben ihren mehr anwendungsbezogenen Potentialen (siehe Abbildung 15) tragen sie auch zur Steigerung des, wie es bei Bourdieu treffender formuliert wird, kulturellen Kapitals der Gesellschaft bei. Damit werden auch diejenigen Ressourcen sichtbar gemacht, die bei einer eher ökonomischen oder praxisnahen Sichtweise leicht

übergangen werden, nämlich die für den Erhalt und die Weiterentwicklung einer demokratischen Gesellschaftsform wichtigen Eigenschaften, wie bürgerschaftliches oder ehrenamtliches Engagement, Fähigkeit zu demokratischen Aushandlungsprozessen, Corporate Identity und Solidarität.

Abb. 15: Wertschöpfungspotentiale von Familienselbsthilfe

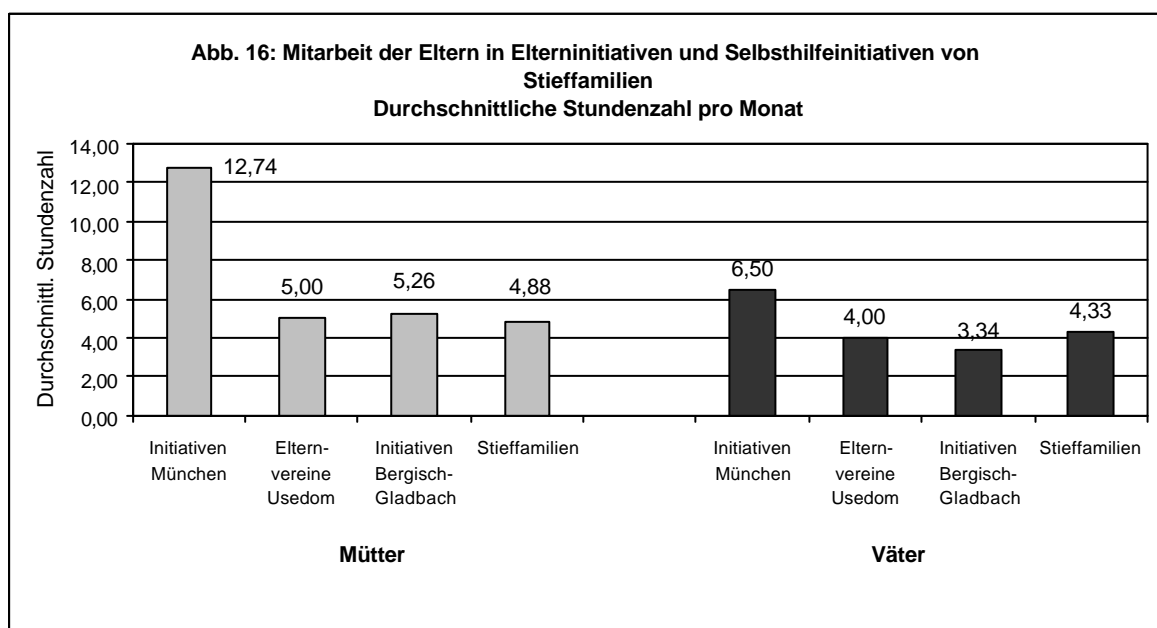


5.2 Förderung und Stützung von Erziehungskompetenzen der Eltern

Die Initiativen zeigen, dass das Leben mit Kindern und die damit verbundene Verantwortung für sie eine eigene Wertigkeit haben und zur Bildung des sozialen Kapitals auf der Mikro- wie auf der Makroebene beitragen (s. Kap. 5.1). Das Engagement und der damit verbundene Kompetenzerwerb bildet aber auch eine Brücke zwischen den bisher getrennten Bereichen in unserer Gesellschaft, nämlich zwischen der Privatheit bzw. Familie und der Öffentlichkeit bzw. dem Beruf. Die Übergänge werden fließender, Kompetenzen, die in der Initiative erworben werden, können nicht nur das Familienleben positiv beeinflussen, sie fördern und unterstützen auch die Handlungskompetenzen der engagierten Mütter und Väter (s. Kap. 5.3). Der Bogen der Nutzung des Kompetenzerwerbs reicht bis in die Arbeitswelt (s. Kap. 5.4).

5.2.1 Beschreibung der informellen Lernfelder im Familienselbsthilfebereich

Aus früheren Studien im Familienselbsthilfebereich, wie z.B. bei den Mütterzentren konnte herausgearbeitet werden, dass durch die Mitarbeit in diesen Initiativen nicht nur die in der Familie genutzten Kompetenzen und Fähigkeiten von den Müttern stärker wahrgenommen wurden, sondern auch nach Einschätzung der Mütter neue Kompetenzen dazugewonnen wurden (Hebenstreit/Pettinger 1991, Jaeckel u.a. 1996). Deshalb war ein Schwerpunkt der Evaluation, nach den Kompetenzen zu fragen, die engagierte Mütter und Väter durch ihre Mitarbeit in Elterninitiativen, Mütterzentren, Stillgruppen und Stiefelterngruppen nach ihrer eigenen Einschätzung dazugewonnen haben. Einerseits wurde nach Fähigkeiten gefragt, die das Zusammenleben in der Familie verbessern und die eigenen Erziehungskompetenzen erweitern, wie „auf Kinder einstellen können“, „Chaos aushalten“, „Verantwortung übernehmen“ usw., andererseits wurde aber auch nach Fähigkeiten gefragt, die als Schlüsselqualifikationen oder sog. weiche Qualifikationen im Personal- und Managementbereich der Unternehmen zunehmend an

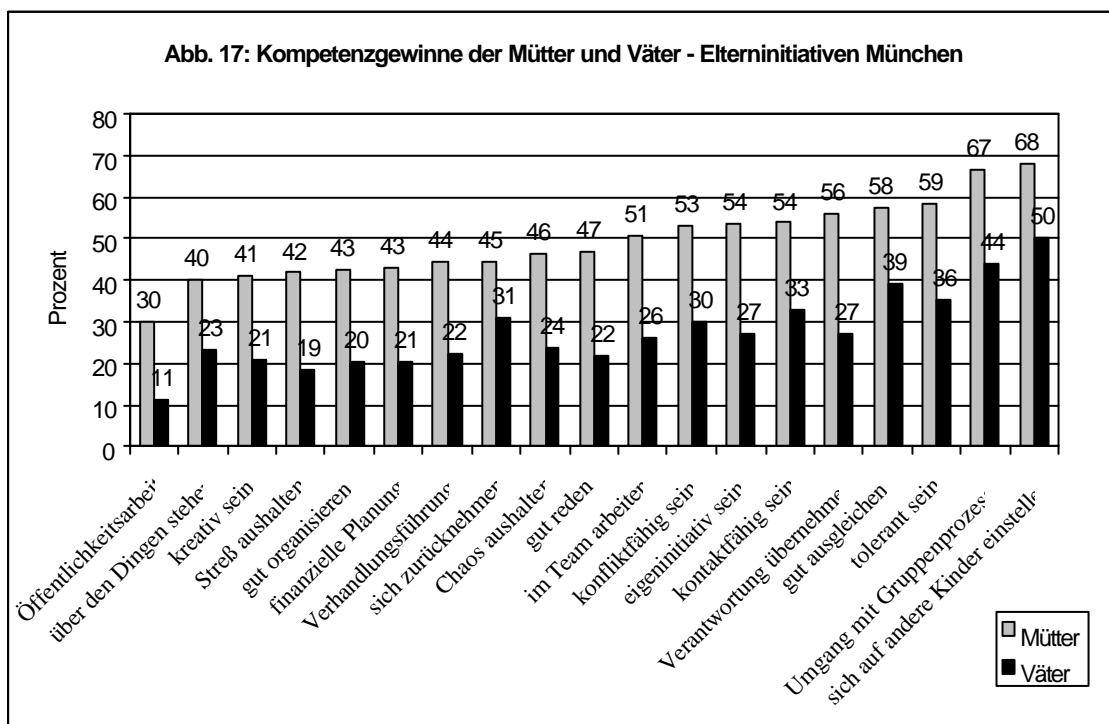


Bedeutung gewinnen, wie z.B. „im Team arbeiten können“, „kontaktfähig sein“, „zwischen Interessen ausgleichen können“, „konfliktfähig sein“, „eigeninitiativ sein“, „gut organisieren können“, „Stress aushalten können“.

Für viele – vor allem für Väter – war die Frage nach dem Kompetenzgewinn aus diesen Bereichen zunächst einmal befremdlich, wie die zahlreichen schriftlichen Anmerkungen der Befragten hierzu zeigten. Vermutlich, weil es sich bei der Arbeit in Initiativen vor allem um Erfahrungslernen handelt, das in den Augen vieler nicht die Bedeutung bzw. Anerkennung hat wie schulisch oder beruflich erworbene Qualifikationen. Auch dürfte ein weiterer Grund darin liegen, dass die hauptsächlich zu leistende Beziehungsarbeit, die Familienarbeit auszeichnet, mehrheitlich von Frauen erbracht wird. Der Transfer dieser erworbenen Kompetenzen blieb bisher mehr auf klassisch weibliche, d.h. hauswirtschaftliche, erzieherische und soziale Berufsfelder begrenzt, die ihrerseits wiederum wenig öffentliche Anerkennung genießen. Dennoch wurden die Fragen

zum Kompetenzgewinn mehrheitlich beantwortet, allerdings häufiger von den Frauen als von den Männern. Dies hat einmal damit zu tun, dass einige Familienselbsthilfeinitiativen frauenspezifisch ausgerichtet sind wie Stillgruppen und Mütterzentren. Aber auch in den Initiativen, in denen Väter engagiert sind, wie z.B. Elterninitiativen und Stiefelterngruppen zeigte sich das größere Engagement bei den Müttern nicht nur in der Beantwortung der Fragen, sondern auch in der Bereitschaft, sich zeitlich mehr einzubringen. So werden z.B. in den Münchner Elterninitiativen ca. 74% der Gesamtstundenzahl pro Monat von den Müttern erbracht und nur 26% von den Vätern (s. Kap. 5.1.4).

Da das zeitliche Engagement der Indikator für den Kompetenzgewinn ist, spiegelt sich dies in der unterschiedlichen Höhe der Kompetenzgewinne zwischen Müttern und Vätern wider, wie Abbildung 17 zeigt. Zwar besitzen die von uns untersuchten Initiativen eine gemeinsame Stoßrichtung, indem sie alle an ihrem familiären Lebenszusammenhang ansetzen und die

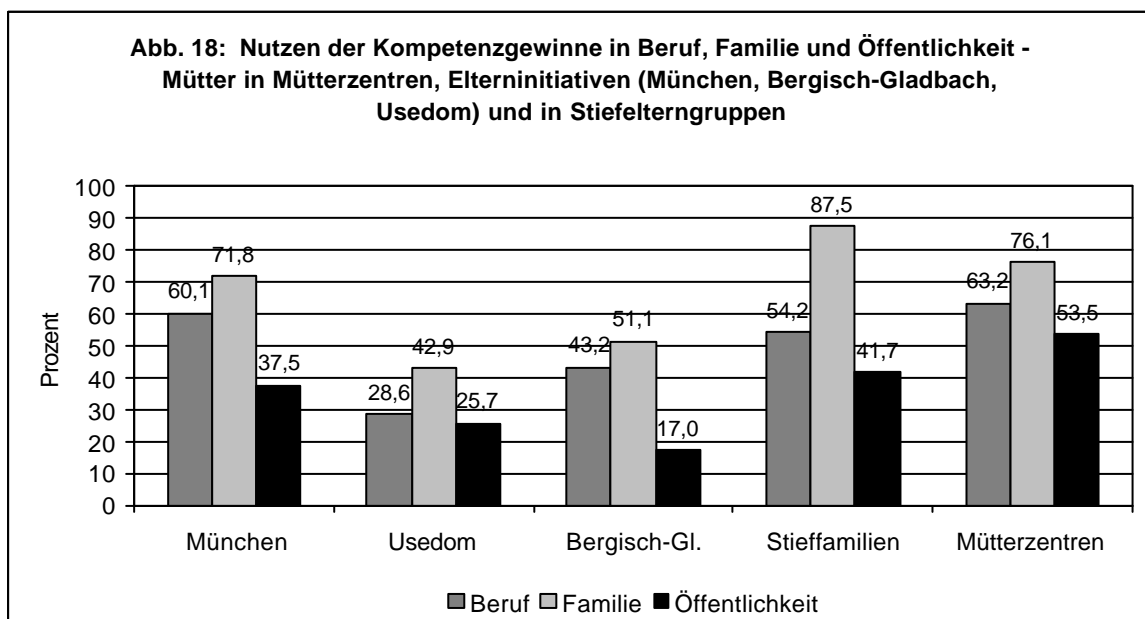


scheinbar privaten Probleme durch die Erweiterung ihres Familiensystems zu bewältigen suchen, doch sind sie in ihrer Konzeption unterschiedlich. So bieten Stillgruppen über ihre kleinmaschigen Unterstützungsnetze eine Stärkung der Mütter und zugleich Anregung und Aufklärung für das Gesundheitssystem an. Mütterzentren formen eine neue Nachbarschaftskultur in Verbindung mit flexiblen Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder und erschließen neue Dienstleistungsfelder. Elterninitiativen gestalten selbst Kinderbetreuung und fordern das professionelle System in bezug auf pädagogische Konzeption und Rahmenbedingung heraus. Stiefeltern ermöglichen durch die Bildung neuer Solidarnetze nicht nur die Bewältigung spezieller Problemlagen, sie regen z.B. auch durch ihre Erfahrungen Gesetzgebungsverfahren für diesen Bereich an.

Die Umsetzung der unterschiedlichen Konzeptionen produzieren auch unterschiedliche informelle Lernorte, wobei hervorzuheben ist, dass es nicht um ein zielgerichtetes Lernen geht. Man engagiert sich in einer Initiative nicht, um primär etwas dazulernen, sondern um für sich und den eigenen Kindern das eigene Lebensumfeld zu verbessern. Dass aber

die unterschiedlichen Konzeptionen und damit verbunden Strukturen Auswirkungen auf die Kompetenzgewinne und deren Nutzen haben, zeigt sich im Vergleich der einzelnen Initiativen (vgl. Abbildung 18).

Bei dem Vergleich ist neben den unterschiedlichen Nutzen in den verschiedenen Bereichen vor allem auch die unterschiedliche Struktur der Initiativen hervorzuheben. Beachtenswert ist der hohe Gewinn an Kompetenzen für die Familie bei den Stiefelterninitiativen; das gilt im übrigen nicht nur für die Mütter, sondern auch für die Väter in Stiefelterngruppen. Genauere Analysen der Tätigkeiten in einer Initiative zeigen, dass vor allem die Dichte der Interaktionsprozesse unter den Erwachsenen den Kompetenzgewinn ermöglichen. Da gerade die Stiefelterngruppen auf intensive Interaktion und Kommunikation aufbauen, erklärt sich daraus der hohe Kompetenzzuwachs. Das zeigen auch die Analysen der Münchner Elterninitiativen: je mehr zeitliches Engagement und damit verbunden mehr Interaktionsprozesse, desto mehr Nutzen für den Beruf und die Familie. Der Grad der Institutionalisierung einer Initiative und die damit verbundene Notwendigkeit eines größeren zeitlichen Engagements erweist sich als weiteres Strukturelement für den



Zugewinn an Kompetenzen. Die Elterninitiativen in Bergisch Gladbach und auf Usedom haben im Vergleich zu den Münchner Elterninitiativen nicht einen ergänzenden Charakter im Angebot von Kinderbetreuung, sondern sind Regelangebote. Das bedeutet, Eltern können bewusste Entscheidung treffen, wie z.B. in München, wo sie zwischen kommunalen und anderen freien Trägern wählen können. Die Eltern in München wissen meist genau, warum sie ihr Kind in eine Initiative geben und nicht in eine öffentliche Einrichtung. Sie sind stärker motiviert als die Eltern der anderen hier untersuchten Elterninitiativen und zeigen auch eine deutlich größere Bereitschaft zur Mitarbeit. Mit der Nutzung der Elterninitiativen als Regelbetreuung ist auch ein anderes Zuschussverfahren verbunden. So erhalten die Initiativen in Bergisch Gladbach als sogenannte „arme“ Träger bis zu 95 % ihrer Betriebskosten von der Kommune und vom Land. Dazu kommen weitere 4% als freiwillige Leistung der Stadt, so daß nur 1% Eigenleistungen erbracht werden müssen. In München werden dagegen von der Kommune nur ca. 60% der Kosten getragen. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass es sich im Falle von Bergisch Gladbach in der Regel um mehrgruppige Einrichtungen handelt, was zwangsläufig zu einem größeren Einsatz von professionellen Kräften führt, weil dies nicht allein durch die ehrenamtliche Tätigkeit der Eltern bewältigt werden kann. Ähnliches gilt auch für Usedom.

Bei dem Vergleich der Elterninitiativen mit den Mütterzentren zeigen letztere deutlich höhere Kompetenzgewinne in den Bereichen Beruf, Familie und Öffentlichkeit. Die Mütterzentren scheinen offensichtlich „idealer“ Ort für informelles Lernen zu sein. Durch ihre niederschweligen Angebote wird nicht nur ein leichter Zugang ermöglicht, sondern auch eine große

Vielfalt von unterschiedlichen Betätigungsmöglichkeiten angeboten. Dabei werden die Frauen je nach ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten ermutigt, sich am Geschehen zu beteiligen, bzw. mitzuarbeiten. In einem Klima von Unterstützung und Entlastung und durch das Feed-back aus der Gruppe können die Mütter relativ zwanglos in für sie oft völlig neue Tätigkeitsbereiche hineinwachsen. Mütterzentren sind somit Nischen, in denen auch etwas erprobt werden kann (s. auch Kap. 3.2 und 4.6.2).

Was bei allen hier vorgestellten Selbsthilfinitiativen besticht, ist das nicht zielgerichtete Lernen; man engagiert sich nicht in einer Initiative, um primär etwas dazuzulernen, sondern man engagiert sich, um für sich und die Kinder die Lebensumwelt zu verbessern. Die Lerneffekte in den Initiativen lassen sich daher durchaus als handlungsorientiertes Lernen verstehen, bei dem sich Persönlichkeitsentwicklung und Erkenntnisbildung auf der Grundlage tätiger Auseinandersetzung mit der Umwelt vollzieht (Reetz 1993). Die aktive Mitarbeit in den Initiativen erfordert einerseits, seinen Alltag für sich und die eigene Familie zur Zufriedenheit zu organisieren und zu managen, was dem Begriff der Selbstkompetenz nahe kommt. Andererseits erfordert die Mitarbeit eine ständige Auseinandersetzung und ein ständiges Aushandeln mit den anderen Initiativmitgliedern, so dass hier von Sozialkompetenz gesprochen werden kann. Bei der Bewältigung von Problemen und bei der Suche nach neuen kreativen Lösungswegen, z.B. wenn Räume gekündigt oder Zuschüsse verringert werden, ist außerdem Methodenkompetenz gefordert. Insgesamt kann man sagen, dass die Initiativen mit ihren vielfältigen Anforderungen eine lebendige Lernkultur zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen darstellen, die in den Bereichen von Familie,

Öffentlichkeit und Beruf genutzt werden können. Somit sind die Initiativen ein gutes Beispiel für den Kompetenzerwerb im außerschulischen und außerberuflichen sozialen Umfeld von Familie. Ein Aspekt, der in der öffentlichen Qualifizierungsdebatte, bisher wenig Beachtung fand.

5.2.2 Rückeroberung der Elternkompetenzen jenseits der Privatheit von Familie

Den Blick auf den Kompetenzerwerb für die Familie bzw. die Erziehungskompetenzen zu lenken, ist deshalb von Bedeutung, da die Erwartungshaltungen an die Erziehung in der Familie während der letzten Jahrzehnte immer mehr gestiegen sind – sowohl die der Gesellschaft und ihrer Institutionen als auch die der Eltern an sich selbst. Dabei ist Elternschaft heute ein Projekt unter vielen möglichen geworden. Im Zeitalter der Postmoderne und der vielen Lebensoptionen ist Familie fast ein „Anachronismus“ in der Moderne (Sass 1997). Familie ist in gewisser Weise eine antimoderne Institution geworden. Die postmoderne Devise, „alles ist möglich“ trifft für Familien nur bedingt zu, denn Elternschaft ist im Grunde nicht revidierbar. Gleichzeitig ist die Elternschaft kindbezogener denn je, wenn man nur die Entwicklung in diesem Jahrhundert betrachtet (Bertram 1997), und Eltern bemühen sich trotz hoher Scheidungsziffern und neuer Formen des Zusammenlebens weiterhin um eine aktive Elternschaft (Fthenakis 1998).

Letzterem entspricht auch die Reform des Kinder- und Jugendhilferechts von 1990, in dem ganz entscheidend die elterliche Erziehungsverantwortung gestärkt wurde. Jugendhilfe hat durch die Neuformulierung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) eine eindeutig nachrangige Bedeutung gegenüber der elterlichen Erzie-

hungsautonomie erhalten. Damit wird es zukünftig weniger die Aufgabe von Fachleuten sein, festzulegen, welche Maßnahmen für das Kind notwendig sind, um bestimmte Erziehungsprobleme zu lösen, als vielmehr die Eltern durch Kompetenzvermittlung in die Lage zu setzen, selbst die Probleme zu lösen.

Das bedeutet in seiner Konsequenz, dass die oft normative Vorstellung von professionellen Kräften, wie Familie sein sollte und handeln sollte, nicht mehr Maßstab für ihre Arbeit sein kann. Familien erleben sich oft gegenüber den diversen Institutionen in einer Situation der Machtlosigkeit, z.B. gegenüber dem Jugendamt, der Behörde, den Schulen und den Kindergärten. Am Beispiel von Regeleinrichtungen zeigt sich dies durch deren Struktur: dort herrscht mehrheitlich ein hierarchisches Gefälle von Fachkräften und Eltern bezüglich der Regelung von Zuständigkeit, Kompetenz und Verantwortlichkeit vor (Gerzer-Sass/Pettinger 1993). Hier setzen die Familienselbsthilfeinitiativen an. Sie holen sich durch die Gestaltung eigener öffentlicher sozialer Räume ihre elterlichen Kompetenzen wieder zurück: Wie z.B. bei den Elterninitiativen, die durch die Übernahme der Trägerschaft von Kinderbetreuungseinrichtungen die Entwicklung und Gestaltung der pädagogischen Konzeption selbst bestimmen und auch den Betreuungsalltag mit den professionellen Kräften gemeinsam gestalten. Oder den Mütter- und Familienzentren, die ohne Hinzuziehung professioneller Kräfte einen sozialen Nahraum für sich und ihre Familien entwickeln und aktiv mitgestalten. Auch im schwierigen Bereich der neuen Familienneuzusammensetzung behalten die Stiefelterngruppen in ihre elterliche Kompetenz und versuchen die Übergangsschwierigkeiten durch Austausch von Erfahrung und gemeinsames Lernen zu bewältigen.

Das KJHG hat in seinem §16 zur „allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie“ etwas konkreter ausgeführt, wodurch Mütter, Väter und andere Erziehungsberechtigte unterstützt werden sollten, um ihre Erziehungsverantwortung besser wahrnehmen können: z.B. durch Angebote der Familienbildung, Beratung, Familienfreizeit und Erholung. Die hier zusammengefassten Förderangebote werden bislang weitgehend von anerkannten Wohlfahrtsverbänden unter Einsatz von professionellen Kräften entwickelt und durchgeführt. Daneben haben sich in den letzten Jahren ergänzend zu diesen Angeboten Initiativen der Selbst- und Nachbarschaftshilfe entwickelt, die allerdings noch nicht annähernd die gleiche Bedeutung wie die professionellen Angebote haben; zumindest, was die öffentliche Anerkennung ihrer Arbeit und Finanzierung betrifft. Gerade durch die hier vorgestellte Untersuchung kann deutlich nachgewiesen werden, was Mütter und Väter, die sich in diesen Formen der Selbsthilfe engagieren, an Stärkung ihrer Erziehungskompetenzen erfahren. Dabei geht es nicht nur um die bessere Bewältigung von momentanen Erziehungsproblemen, sondern ganz generell auch um die Verbesserung des Familienlebens, des Lebens mit Kindern insgesamt.

5.2.3 Nutzen der dazugewonnenen Kompetenzen in der Familie bei den Müttern

Die große Mehrheit der befragten Mütter aus den Elterninitiativen in München, Bergisch Gladbach, Usedom sowie den Mütterzentren und Stiefelterngruppen gibt an, dass sie eine Reihe von Kompetenzen dazu gewonnen hat, die in der Familie genutzt werden können, wenn auch – je nach Initiative - in unterschiedlicher Höhe (vgl. Abbildung 18).

Den höchsten Zugewinn erfahren dabei die Mütter, die sich in Stiefelterngruppen engagieren mit 87,5%, gefolgt von den Müttern in Mütterzentren mit 76,1%, den Müttern in Münchner Eltern-initiativen mit 71,8% sowie den Müttern der Elterninitiativen in Bergisch Gladbach mit 51,1% und Usedom 42,9%. In allen Fällen wird deutlich, dass der Nutzen für die Familie um durchschnittlich 20 Prozentpunkte höher liegt als der Nutzen für den Beruf.

Auf die Unterschiede der Lernfelder in Mütterzentren und Elterninitiativen wurde schon hingewiesen. Hier ist vor allem auf das Lernfeld der Stiefelterngruppe und deren Zugewinn für die Familie aufmerksam zu machen; dies insbesondere unter dem Aspekt, dass es Mütter in der Stieffamilie als Stiefmutter aufgrund ihrer Selbseinschätzung (75%) schwerer haben als Väter in ihrer Rolle als Stiefvater. Zu einem etwa gleich hohen Prozentsatz bestätigen dies auch die Väter in Stieffamilien (77%). Darüberhinaus sind fast alle der befragten Mütter (96%) der Meinung, dass in einer Stieffamilie allgemein schwerer zu leben ist als in einer „Normalfamilie“. Somit wird erklärlich, dass die Hauptmotivation ihres Engagements darin liegt, „mit anderen Eltern über Gefühle und Erfahrungen in der gleichen Lebenssituation zu sprechen“ (100%). Aber auch die Hilfe bei der Lösung von Konflikten mit den Kindern (83%), die Verbesserung der Partnerbeziehung (69%) und Sicherheit durch neue Anregungen im Umgang mit den Stiefkindern zu erhalten (73%) sind beachtenswerte Ergebnisse.

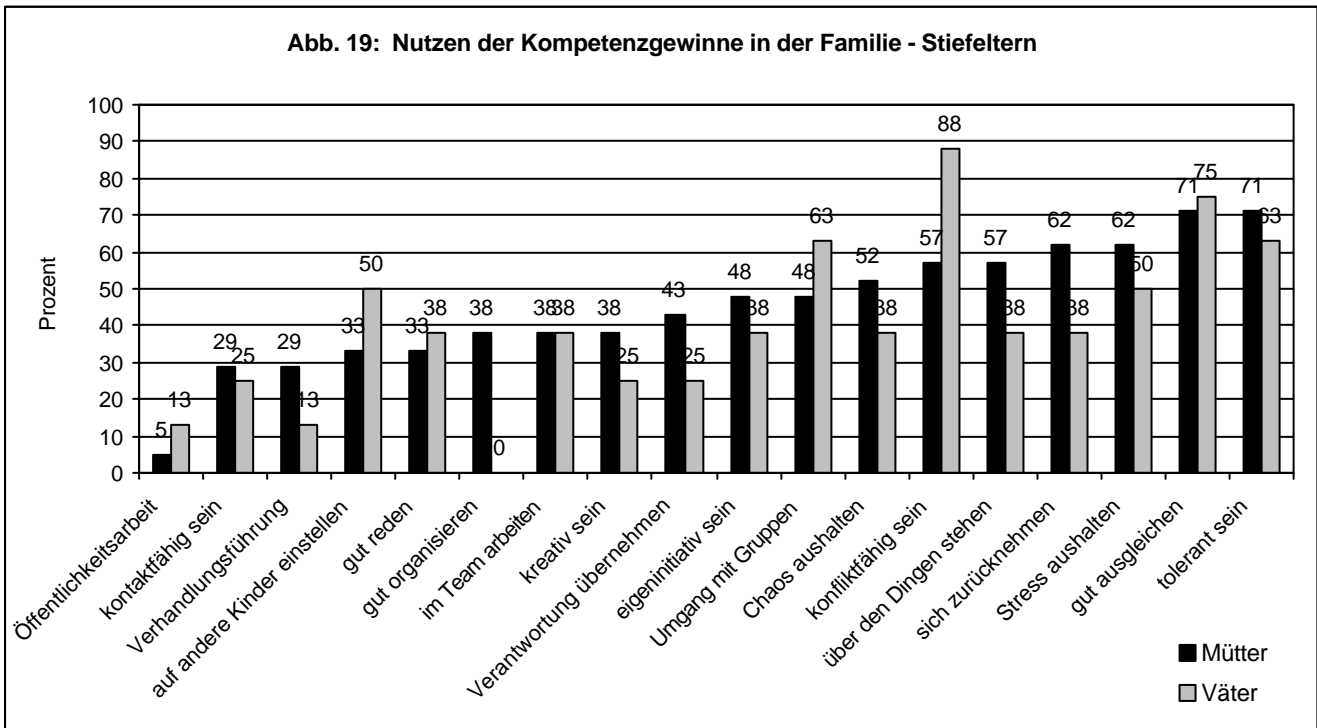
Dass diese Mütter sich nicht in eine Klientelisierung im Rahmen von professionellen Diensten begeben, sondern durch das Engagement in einer Gruppe ihre Situation zu stärken versuchen, zeichnet die Empowermentstruktur der Initiative aus, auch und gerade in Situationen

schwierigerer Lebensphasen mit anderen zusammen Stärken zu entdecken und weiterzuentwickeln. In Elterninitiativen und auch in Mütterzentren ist der Kompetenzgewinn in direktem Zusammenhang mit dem zeitlichen Engagement zu setzen – was bedeutet, je größer das zeitliche Engagement, um so größer der Kompetenzgewinn. Da sich die Treffen der Stiefelterngruppen zu 45% vierzehntägig und ebenfalls zu 45% monatlich bewegen und diese Treffen ca. 3-4 Stunden dauern, ist hier der Indikator für den Kompetenzgewinn nicht unmittelbar vom zeitlichen Engagement abzuleiten, sondern von der Interaktion in der Gruppe – wobei im Rahmen der Feinanalyse auch die Motive ganz entscheidend für das zeitliche Engagement sind (s. Kap. 5.4.). Je klarer der Wunsch nach Interaktion ist, d.h. sich mit anderen Eltern auszutauschen und dieser liegt ja bei 100%, desto höher ist auch der Kompetenzgewinn für die Familie. Betrachtet man die Kompetenzgewinne unter dem Aspekt ihres Nutzens für die Familie, so zeigt sich z.B. bei den Müttern der Stiefelterninitiativen, dass sie jeweils zu 71% einen Gewinn darin sehen,

gut ausgleichen zu können und tolerant zu sein; sich zurückzunehmen und Stress aushalten können zu je 62%; konfliktfähig zu sein und über den Dingen zu stehen zu je 57% und Chaos aushalten können zu 52% (vgl. Abbildung 19).

Gerade die Gespräche mit anderen Familien in ähnlicher Situation helfen nicht nur bei der Lösung von Konflikten mit Kindern und geben neue Sicherheit um Umgang mit Stiefkindern, sondern stabilisieren die Paarsituation insgesamt. Da aber Stieffamilien einem höheren Scheidungsrisiko ausgesetzt sind und mittlerweile jede zehnte Familie eine Fortsetzungsfamilie im Sinne einer Stieffamilie darstellt – Tendenz steigend - (Lüscher 2000), sind insbesondere die Stabilisierungseffekte auf Paarebene hervorzuheben. Die Eltern selbst geben an, durch die Mitarbeit in der Gruppe ihrer Stiefelternsituation bewußter zu werden und nicht länger eine „normale“ Familie sein zu wollen. Ebenso entlastet die Mitarbeit in einer Stiefelterngruppe überforderte Stiefeltern und motiviert sie, Aufgaben an die leiblichen Eltern zurückzugeben (Rapp, 2000). Die Mitwirkung der

Abb. 19: Nutzen der Kompetenzgewinne in der Familie - Stiefeltern

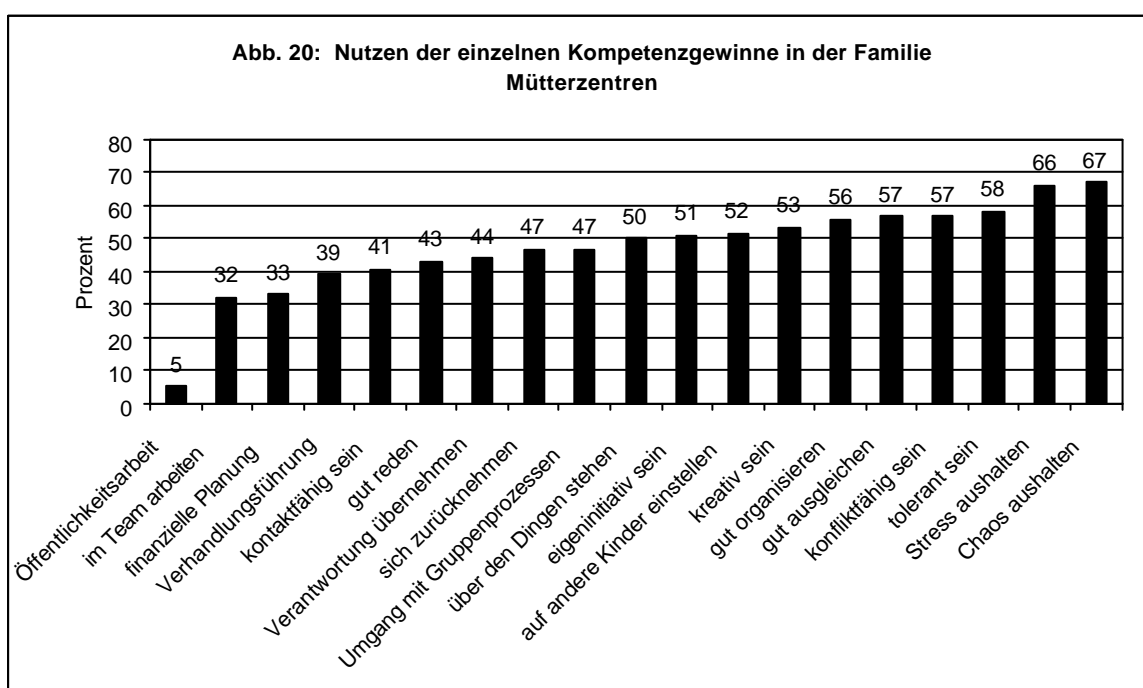


auf Bundesebene zusammengeschlossenen Initiativen gerade für das Gesetzgebungsverfahren zur Weiterentwicklung des Kindschaftsrechts ist besonders hervorzuheben, zumal sich die ersten Gruppen erst gegen Ende der 80er Jahre gegründet haben (DJI, 1993).

Der Nutzen der einzelnen Kompetenzgewinne in der Familie ist bei Müttern, die sich in Mütterzentren engagieren, ist ähnlich hoch. Gerade die Gewinne bei den Fähigkeiten, „Chaos auszuhalten“ 67%, „Stress aushalten“ 66%, „tolerant sein“ 58%, „konfliktfähig sein“ 57%, „gut ausgleichen“ 57%, „gut organisieren“ 56% verdeutlichen die Anforderungen des „Arbeitsplatzes Familie“, dem nicht jede Mutter per se gleich gut gerecht wird. Die Strukturen der Initiativen ermöglichen durch ihren nichttherapeutischen Charakter Probleme und Sorgen, Nöte und Konflikte aus dem „normalen Familienalltag“ auszutauschen, Rat zu holen oder zu geben und die Erfahrungen anderer kennenzulernen. Um das Verhalten des eigenen Kindes als Normalität zu begreifen, genügt oft schon das Miterleben des Trotzanfalls eines anderen Kindes und die

Möglichkeit, mit anderen Müttern darüber reden zu können. Einblicke in andere Familiensituationen nehmen zu können, erhöht die Chance, strukturell angelegte Konflikte und Probleme, die sonst eher als individuelle, selbstverschuldete Probleme verstanden und behandelt werden, leichter zu erkennen und besser zu verarbeiten (Gerzer 1991).

Hier ist auch der sozialpräventive Charakter der Mütterzentren im Allgemeinen und im Besonderen gegen Gewalt in der Familie hervorzuheben. Nicht normative Ausgrenzung all dessen, was mit dem Ideal von Fürsorge und Verantwortung nicht vereinbar ist (Honig 1989) - oft als „hidden curriculum“ von Familien – wird hier gestärkt, sondern die Normalität der Konflikthaftigkeit des Zusammenlebens. Entscheidend dabei ist, dass es keine oder kaum Unterschiede in Bezug auf Bildungszugehörigkeit gibt. So liegt der durchschnittliche „Gewinn“ für die Familie bei Müttern ohne Berufsabschluss bei 14 Punkten, bei Müttern mit Universitätsabschluss bei 15 Punkten. Dass damit auch Mütter aus den unteren Einkommensgruppen und Bildungsschichten erreicht



werden, ist insofern von großer Bedeutung, da hier eine Zielgruppe von Müttern erreicht wird, die in der Regel nicht oder nur selten in Familienbildungsstätten und anderen professionellen Angeboten anzutreffen sind.

Der sozialpräventive Ansatz gilt auch für die Mütter, die sich in Elterninitiativen engagieren und einen hohen Nutzen für die Familie erfahren, wie z.B. „auf andere Kinder einstellen“ 59%, „tolerant sein“ 58%, „gut ausgleichen zu können“ 56%, „konfliktfähig sein“ 51%, um einige Fähigkeiten zu nennen. Hier zeigt sich ähnlich wie bei den Mütterzentren, dass auch die Mütter ohne Berufsabschluss einen höheren Nutzen für die Familie mit 10 Punkten haben als vergleichsweise Mütter mit Hochschulabschluss mit 7 Punkten.

Jenseits der Kompetenzgewinne ist das Engagement in Elterninitiativen auch in vielen anderen Bereichen von Nutzen: Für 70% der Mütter bedeutet die Mitarbeit eine Entlastung im Alltag, 80% haben neue Freundschaften geschlossen. Bei denjenigen Müttern, bei denen sich die Partnerschaft aufgrund ihres Engagements verändert hat (bei etwa der Hälfte

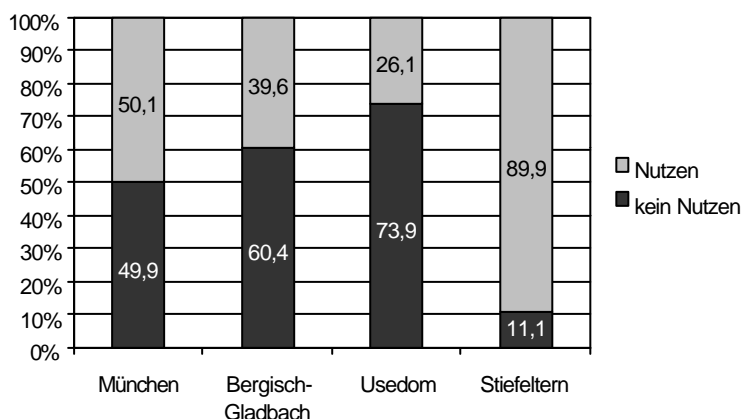
der Mütter), ist die Erfahrung zu 68% positiv. Noch stärker haben sich die Beziehungen zu den eigenen Kindern verbessert; hier sprechen 98% der Mütter (und 98% der Väter) von einer positive Entwicklung. Gespräche mit den Kindern über den Betreuungsalltag führen 77% der Mütter (und 60% der Väter) täglich oder mehrmals in der Woche. Dies unterstreicht nochmals, dass es die Eltern ernst meinen mit ihrem Beitrittsmotiv „am Aufwachsen der Kinder mitbeteiligt zu sein“. Die Kommunikation und Interaktionen zwischen den Eltern ist für die meisten eher problemlos: Nur 11% empfinden die Konkurrenz unter den Eltern als störend; nur 8% fühlen sich häufig den Diskussionen nicht gewachsen und 15% meinen, dass die Diskussionen nur selten zum Ziel führen.

5.2.4 Nutzen der Kompetenzgewinne für die Familie bei den Vätern

Viele sozialwissenschaftliche Indikatoren weisen darauf hin, dass Familie in modernen Gesellschaften eine neue Funktion erfährt. Dabei gilt die Ehe wieder zunehmend als Symbol für Sicherheit und Vertrauen und Kinder wirken sich dabei stabilisierend auf die Beziehung aus. Während

kinderlose Ehen im Schnitt vier Jahre halten, verlängert jedes Kind die durchschnittliche Ehe-dauer um weitere drei Jahre (Alt 1999). Den Vätern wird dabei eine zunehmend wichtigere Rolle zugewiesen (Fthenakis 1999). Damit ist auch die Hoffnung verknüpft, über eine intensivere Vater-Kind-Beziehung zu einer inhaltlichen Neuorganisation von Familien- und Arbeitswelt, bzw. zu einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung zwischen Müttern und Vätern zu kommen.

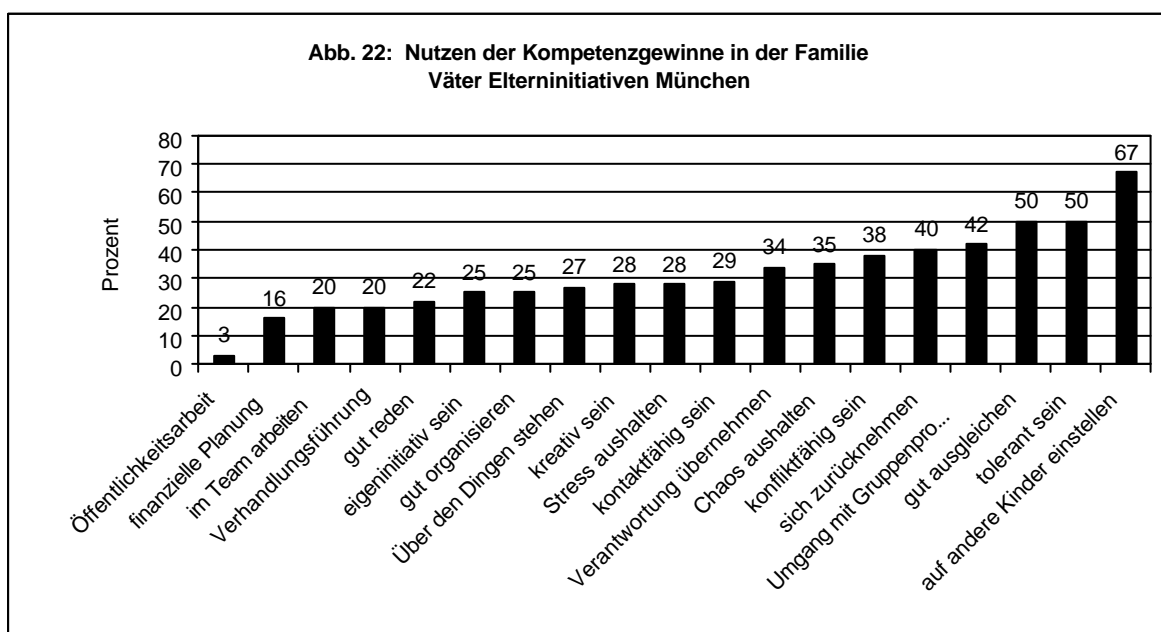
Abb. 21: Nutzen der Kompetenzen in der Familie - Väter Elterninitiativen München, Bergisch-Gladbach, Usedom und Stiefelterninitiativen



Das zunehmende Engagement von Vätern im Kinderbetreuungsbereich zeigt, dass hier Ansätze zu einem partnerschaftlicheren Muster liegen können (Seehausen 1998). Deshalb ist der Blick auf den Kompetenzgewinn von Vätern in Bezug auf Familie nicht nur aus der Sicht des individuellen Zugewinns an Erziehungskompetenzen zu betrachten, sondern auch in Bezug auf sich ändernde Rollenmuster zwischen Frauen und Männern. Betrachtet man hierzu die vorliegenden Daten, dann zeigt sich, dass der Kompetenzgewinn und Nutzen für die Familie auch bei den Vätern aus Stiefelterninitiativen mit 88,9% am höchsten ist (vgl. Abbildung 21). Interessant dabei ist, dass der Kompetenzgewinn der Väter in Stiefelterninitiativen für die Familie höher liegt als bei den Müttern der gleichen Gruppe; im Verhältnis zu den Vätern aller hier untersuchten Elterninitiativen ist er sogar mehr als doppelt so hoch. Der wichtigste Gewinn – im Hinblick auf die eigene Familie - liegt bei den Vätern aus den Stiefelterngruppen darin, „konfliktfähig zu sein“ (88%). Über 70% der Väter geben an, dass die Stiefelternkonstellation eine Belastung für die neue Partnerschaft darstellt und dies vor allem durch die

mangelnde Akzeptanz der Stiefkinder. Dabei spielt das Gefühl der Überforderung zu 50% eine wichtige Rolle, aber auch die Eifersucht auf den leiblichen Elternteil 36%. Aus dieser Belastungssituation heraus hat das Engagement in der Selbsthilfinitiative, vor allem aber der Austausch mit anderen Eltern/Vätern in ähnlicher Situation und das gemeinsame Besprechen von Alltagssituationen einen eindrucksvollen Lerneffekt auf die Akzeptanz und das Austragen von Konflikten, ebenso darauf „tolerant zu sein“ (63%) und „gut ausgleichen zu können“ (75%). Dabei haben die Väter auch zu über 70% gelernt, besser zuzuhören und fühlen sich dem Stiefkind gegenüber zu mehr als 70% sicherer und können es besser annehmen. Auch auf die Beziehungen hat sich die Mitarbeit in der Stiefelterngruppe positiv ausgewirkt. So hat sich bei 89% die Beziehung zur Partnerin deutlich verbessert, bei 67% die Beziehung zu den eigenen Kindern (bei 22% ist die Beziehung gleich geblieben) und bei 80% die Beziehung zu den Stiefkindern.

Bei den Vätern in Elterninitiativen liegt der höchste Nutzen für die Familie darin, sich „auf andere Kinder einstellen zu können“



(67%). Aufgrund der Struktur der Elterninitiativen können die Väter/Mütter mehr am Alltag ihrer Kinder partizipieren. Gerade das Erleben von anderen Kindern hilft ihnen dabei, einen besseren Zugang zum eigenen Kind zu bekommen. Dazu zählt auch „tolerant zu sein“ (50%), ebenso „gut ausgleichen zu können“ (50%). Der Kompetenzgewinn ist dabei um so höher, je mehr die Motivation zur Mitarbeit in den Bereichen „Kontakt zu und Unterstützung und durch anderen Eltern erhalten“, „am Aufwachsen der Kinder mitbeteiligt sein“, „eigene Vorstellungen verwirklichen können“ liegt (s. Kap. 5.1.4). Dabei ermöglichen die Kontakte und der Austausch auf den Elternabenden über Erziehungsziele, Alltagsverhalten und Alltagsprobleme mit anderen Eltern und auch den Erzieherinnen eine andere Qualität des Lernens, das sich im Vergleich zum schulischen oder verschulten Lernen durch eine größere Praxiserfahrung und (häufig unbewußt) durch eine größere Lernbereitschaft auszeichnet. Nach den modernen Lern- und Organisations-theorien sind Elterninitiativen ebenso wie alle anderen hier vorgestellten Initiativen daher ein gutes Beispiel für eine „lernende Organisation“ (Lehner 2000).

Väter aus Elterninitiativen lernen dann am meisten für die Familie, wenn sie eine Offenheit zu anderen Familien zeigen, wenn sie in der Lage sind, aus ihrem Kleinfamilienalltag heraus Netze zu bilden und diese auch zu nutzen. Immerhin haben 64% durch ihre Mitarbeit in den Initiativen neue Freundschaften gefunden und fühlen sich zu 70% in ihrem Alltag entlastet. Insgesamt ist die Bilanz des Engagements der Väter in Bezug auf ihren Lerngewinn für die Familie sehr positiv. Betrachtet man den Berufsstatus der Väter, so ist von besonderer Bedeutung, dass gerade die im einfachen bis mittleren Angestelltenbereich Tätigen häufiger einen

Nutzen haben (65%) als Väter in freien akademischen Berufen oder selbständigen Tätigkeiten (46%).

Dass die Kompetenzgewinne und deren Nutzen in der Familie bei Vätern in den Elterninitiativen von Bergisch Gladbach und Usedom geringer sind als bei den Münchner Elterninitiativen (vgl. Abbildung 21), hängt mit ihrem geringeren zeitlichen Engagement zusammen. Die Strukturen dieser Elterninitiativen sind institutionalisierter und erfordern insgesamt gesehen weniger Mitarbeit (siehe hierzu weiter oben den Abschnitt 5.2.1). Bei den Münchner Elterninitiativen konnten wir – aufgrund der größeren Grundgesamtheit – feststellen, dass Väter, die Teilzeit arbeiten, häufiger einen Nutzen für die Familie erzielen (71%) als Väter, die Vollzeit arbeiten (47%). Auch die Zeitsouveränität spielt dabei eine Rolle. Väter, die ihr Arbeitszeit weitgehend nach ihren eigenen Bedürfnissen gestalten können, erzielen häufiger einen Nutzen (62%) als Väter, die ihre Arbeitszeit nicht beeinflussen können (40%).

Diese Befunde unterstützen die Forderung nach flexibleren und familienfreundlicheren Arbeitszeiten, damit „mehr Vater“ für die Familie möglich ist. Dass die bisherige Männerrolle nicht nur privilegiert, sondern auch zunehmend widersprüchliche und verunsichernde Schuldgefühle gegenüber dem Kind produziert und auch Gefühle vom „Rabenvater“ erzeugen kann, zeigten schon Untersuchungen, die vor über 10 Jahren gemacht wurden (Strümpel u.a., 1987, Seehausen 1989). Das bedeutet, die „neuen Männer“ sind mehr im Familienalltag anwesend und engagieren sich mehr für ihre Kinder, und wenn sie dies tun, profitieren sie auch davon, und zwar durch einen deutlichen Gewinn an Kompetenzen, die nicht zuletzt auch der Familie zugute kommen. Die fa-

milienpolitische Kernfrage wird dabei sein, ob die tendenziell zunehmende Verlagerung des Lebensschwerpunktes der Männer in die Familie und umgekehrt die Ausweitung des Lebensschwerpunktes der Frauen in die Berufswelt gesellschafts- und sozialpolitisch genügend flankiert und unterstützt wird (Rosowski 1999). Dies ist dringend vonnöten, denn bis heute kann noch nicht von einer gleichberechtigten Aufteilung der Verantwortlichkeiten und Pflichten für die Kinder und den Haushalt die Rede sein (Sass/Jaeckel 1997). Der kulturelle Wandlungsprozess im Rollenverständnis der Männer muss einhergehen mit einer Aufwertung der Familienarbeit und kann vielleicht dadurch beschleunigt werden, wenn deutlich gemacht wird, dass durch Familien- und Erziehungsarbeit und durch das Engagement in der Familienselbsthilfe ein Zugewinn an Kompetenzen erworben werden kann, der durchaus den tatsächlichen oder scheinbaren Verlust an Privilegien im Beruf aufwiegen kann.

5.3 Förderung und Unterstützung der Handlungskompetenz von Eltern

In diesem Kapitel soll überprüft werden, in welchem Ausmaß durch die Erfahrungen der Projekte der Familienselbsthilfe, die wir untersucht haben, die Handlungsfähigkeit von Eltern im Sinne von bürgerschaftlichem Engagement und Empowerment gestärkt wird. Inwieweit ist bürgerschaftliches Engagement eine Voraussetzung für das Entstehen von Familienselbsthilfe? Inwieweit wird es durch Familienselbsthilfe aktiviert und weiterentwickelt? Beteiligen sich alle sozialen Schichten an der Familienselbsthilfe? Entstehen größere Potentiale an Solidarverhalten, führt die Familienselbsthilfe

zum Erstarren einer „civil society“, entsteht mehr Demokratiekompetenz, Eigeninitiative und Kooperationsfähigkeit?

Welche Entlastung bringt Familienselbsthilfe für den Alltag von Familien, trägt sie zur Verbesserung ihrer Lebensqualität bei? Welchen Einfluß haben Familienselbsthilfeinitiativen auf das öffentliche Umfeld, die Nachbarschaft, den Stadtteil, die Kommunalpolitik?

5.3.1 Eigenkompetenz und Alltagsorientierung

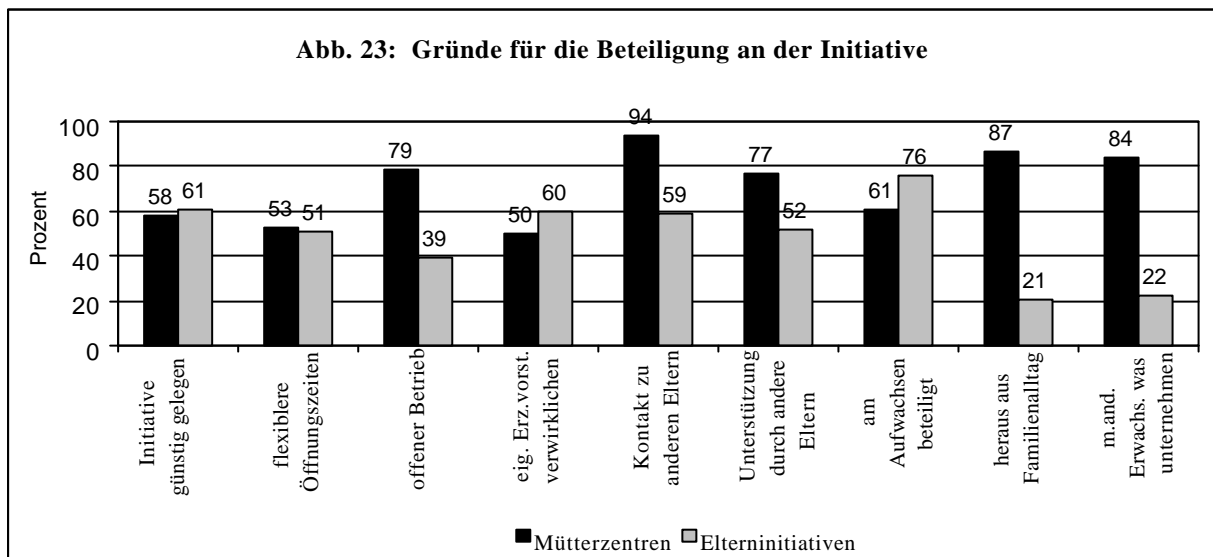
Familienselbsthilfe betont die Eigenkompetenzen von Eltern. Ausgangspunkt vieler Initiativen ist das Unterstreichen und das Festhaltenwollen an den eigenen Kompetenzen als Eltern, die Aneignung elterlicher Autonomie. Dies auch in einer gewissen Abgrenzung zur Verlagerung familialer Aufgaben auf öffentliche Dienste und Institutionen und in einer Kritik an professionellen Angeboten, die oft als entmündigend und abwertend erlebt werden. In Stillgruppen z.B. geht es darum, jenseits des professionellen Systems von Ärzten, Hebammen und Krankenhäusern und jenseits der Babynahrungsmittelindustrie, dem eigenen Körper zu vertrauen. In Mütter- und Familienzentren geht es um den Austausch von Elternerfahrungen auf der Ebene von gleichberechtigten Alltagskompetenzen und Elterninitiativen entstehen vor allem über die Motivation, den eigenen Einfluß auf die Erziehung der Kinder nicht abgeben zu wollen.

Durch die Öffnung der Kleinfamilie, die Erweiterung der sozialen Netze und des eigenen Erfahrungsbereichs im Zusammenschluß mit anderen Eltern wird sowohl auf gleichberechtigter Ebene Unterstützung und Entlastung für den Familienalltag gesucht als auch das Vertrauen in

die eigenen Kompetenzen gestärkt und die Elternautonomie gewahrt.

Dies bestätigen die durch unsere Befragung ermittelten Motive der Eltern, sich an den Projekten der Familienselbsthilfe zu beteiligen, bei denen der Kontakt und der Erfahrungsaustausch mit anderen Eltern, sowie die Unterstützung durch andere Eltern eine wichtige Rolle spielen (vgl. Abbildung 23).

für 73% der befragten Mütterzentrumsfrauen gibt es einen ganz grundlegenden Unterschied zwischen der Betreuung von Kindern in Familienselbsthilfeinitiativen und der Betreuung in einer Regeleinrichtung. Und 50% der befragten Mütterzentrumsfrauen geben sogar an, schon negative Erfahrungen mit Professionellen gemacht zu haben, die ihren höheren gesellschaftlichen Status gegen sie auszuspielen.



Bei den Stillmüttern beherrschen der Erfahrungsaustausch unter Müttern über Probleme des Stillen zu 99%, und die Ermutigung zum Stillen zu 92% die Themen ihrer Treffen. Bei den Mütterzentrumsfrauen spielt der Wunsch, aus dem Familienalltag herauszukommen (87%) und mit anderen Erwachsenen etwas zusammen zu machen (84%) eine wichtige Rolle, und bei den Elterninitiativen geht es vorrangig darum, am Aufwachsen der eigenen Kinder beteiligt zu sein (76%) und die eigenen Erziehungsvorstellungen verwirklichen zu können (60%).

Deutlich wird der institutionenkritische Hintergrund von Familienselbsthilfe auch an folgenden Fragen. Für 84% der befragten Mütter und 76% der befragten Väter von Münchener Elterninitiativen und

Konzeptvorstellungen in der Familienselbsthilfe, die die Anpassung der Angebote an den Familienrhythmus und den Familienalltag betonen, finden in unserer Evaluation ihre Bestätigung. Der vielzitierte Bedarf an Niederschwelligkeit von Angeboten spiegelt sich in unserer Untersuchung als Bedarf nach einem Ort in erreichbarer Nähe wieder, in dem die Organisation, der Rhythmus und die Art und Weise der Kommunikation und der sozialen Bezüge vom Alltag mit Kindern geprägt sind:

Für 80% der Mütterzentrumsfrauen spielt für ihre Beteiligung der offene Betrieb eine entscheidende Rolle. Und für 53% der Mütter und 49% der Väter der Münchner Elterninitiativen sind die flexibleren Öff-

nungszeiten von Elterninitiativen ein wichtiger Grund für ihre Teilnahme.

Familienselbsthilfe spielt sich fußläufig in der Nachbarschaft ab. Die geographische Nähe und leichte Erreichbarkeit der Projekte hat einen zentralen Stellenwert. Für 58% der Mütterzentrumsfrauen, 59% der befragten Mütter der Münchner Elterninitiativen und 64% der Väter ist es wichtig, dass die Initiative günstig gelegen ist.

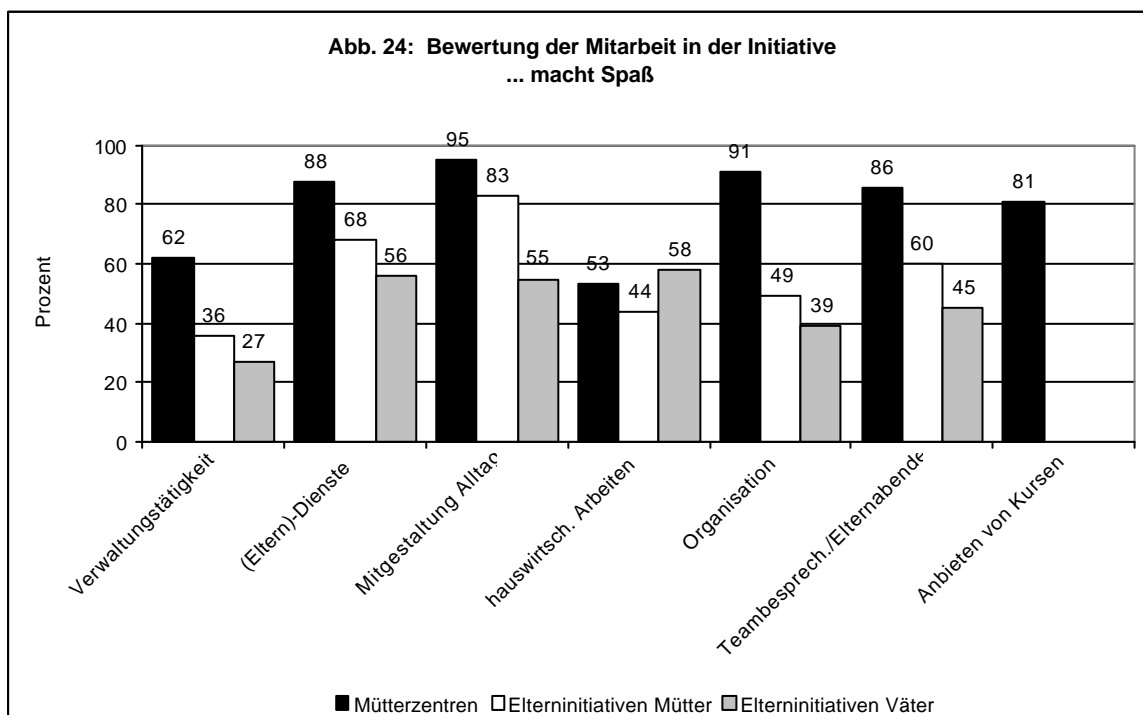
5.3.2 Information, Entlastung und Unterstützung

Bei den Mütterzentren sind es 82% der Befragten, die angeben, durch das Mütterzentrum einen Informationszuwachs zu erhalten. In der Altersgruppe der 25-30jährigen handelt es sich hierbei vor allem um Informationen zum Lebensalltag mit kleinen Kindern (z.B. Stillgruppen, Babynahrung), in der Altersgruppe der 31-40jährigen kommen politische Informationen und Informationen über Möglichkeiten der weiteren Lebensgestaltung und Lebensperspektive hinzu.

83% der Befragten knüpfen neue Kontakte im persönlichen und öffentlichen Bereich an und 43% gewinnen durch das Mütterzentrum eine berufliche Perspektive (z.B. Weiterbildung, beruflicher Wiedereinstieg, Fernstudium oder berufliche Selbständigkeit). In der Altersgruppe der über 41jährigen sind dies 61% aller Befragten (s. Kap. 5.4).

Entlastung und Unterstützung erhalten 72% der Mütter durch das Zentrum. In der Altersgruppe der 25-30jährigen werden als besonders unterstützend die Möglichkeiten der Kinderbetreuung gesehen, bei den Müttern älterer Kinder bezieht sich die Unterstützung mehr auf Hilfe in Krisen und Notfällen. Die Möglichkeiten zu Gesprächen und Austausch sowie zu emotionaler Unterstützung sind für alle Altersgruppen eine wichtige Entlastung.

Deutlich wird an diesen Zahlen die lebensphasenbegleitende Wirkung der Mütterzentren. Sie bieten jungen Müttern in der Kleinkindphase Informationen, Kontakte und Entlastung und für Mütter mit älteren Kindern schaffen sie zusätzlich Möglichkeiten für einen beruflichen Wiedereinstieg.



dereinstieg, in einem Alter, in dem Frauen bereits als „schwer vermittelbar“ gelten.

5.3.3 Positive Lebenseinstellung. Es gewinnen alle

Wer sich in der Familienselbsthilfe engagiert, entwickelt ein positives Lebensgefühl und eine optimistische Grundhaltung. 83% der Mütterzentrumsfrauen, 77% der Stillmütter, 63% der Stiefeltern, 63% der Mütter der Münchner Elterninitiativen und 55% der Väter geben an, dass ihr Engagement in der Familienselbsthilfe sie *lebensfroh und optimistisch* gemacht hat (vgl. Abbildung 24). Dies gilt mehrheitlich auch für Eltern, die nichts oder nur wenig in der Initiative tun.

Die Mitarbeit in der Familienselbsthilfe bringt den beteiligten Eltern auch Freude und Spaß, vor allem den Müttern, die sich in den Mütterzentrumsinitiativen engagieren. Diese sagen in hohem Maße, dass ihnen die Mitgestaltung des Zentrumstags Spaß macht und dass sie Spaß an organisatorischen Arbeiten (z.B. Vorbereitung von Veranstaltungen im Mütterzentrum) haben. Dies gilt auch für die Übernahme von Diensten im Mütterzentrum, für Teambesprechungen und Plenen, für das Anbieten von Kursen, für die Mitarbeit in öffentlichen Gremien und für Verwaltungstätigkeiten wie Buchhaltung und Finanzen. Selbst hauswirtschaftliche Arbeiten, wenn sie nicht alleine zu Hause, sondern im Rahmen des Mütterzentrums geleistet werden, machen den befragten Frauen noch mehrheitlich Spaß. Den Eltern in Elterninitiativen macht vor allem die pädagogische Mitgestaltung der Kindergruppe Spaß, aber auch die Elternabende und das Übernehmen von Elterndiensten in den Kindergruppen.

Die Lebenszufriedenheit ist bei den befragten Eltern recht hoch. 79% der Mütterzentrumsfrauen und 76% der Mütter der Münchner Elterninitiativen sind zufrieden, bzw. sehr zufrieden mit ihrem Leben.

5.3.4 Weibliches Selbstbewußtsein, Empowerment und Durchsetzungsfähigkeit

Im Zusammenhang mit Debatten um eine Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der zivilen Gesellschaft spielt das Konzept von Empowerment eine große Rolle. Wie steht es damit bei Projekten der Familienselbsthilfe? Wieviel Empowerment findet in den von uns untersuchten Projekten der Familienselbsthilfe statt?

Das Engagement in Projekten der Familienselbsthilfe stärkt vor allem das Selbstbewußtsein und die Selbstsicherheit von Frauen. Stillmütter sagen zu 61% und die Mütter aus den Münchner Elterninitiativen zu 48% dass sie seit ihrer Mitarbeit in der Familienselbsthilfe stärker von sich selbst überzeugt sind. 87% der Mütterzentrumsfrauen und 79% der Mütter in den Elterninitiativen berichten, dass sie durch die Erfahrungen in der Initiative sich Diskussionen gewachsen fühlen. Dies gilt auch für Mütter, die nichts oder wenig in der Initiative tun und mehrheitlich dennoch eine Zunahme ihres Selbstbewußtseins und ihrer Diskussionsfähigkeiten konstatieren.

Mütterzentrumsmütter geben zu 79% an, dass sie durch ihr Engagement im Mütterzentrum selbstsicherer geworden sind. Für die, die sich über 15 Stunden im Monat in der Initiative engagieren, gilt dies sogar für 87%. Für sie gilt auch zu 65% als sehr wichtiger Grund ihrer Beteiligung

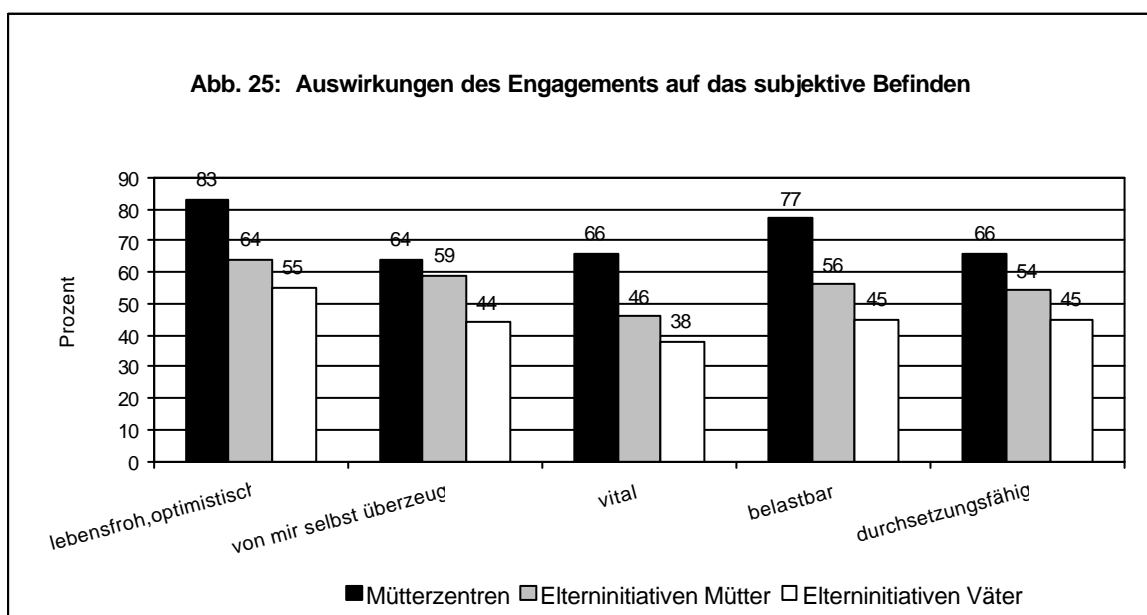
am Mütterzentrum, dass dort die Möglichkeit besteht, etwas für sich selbst tun zu können (sehr wichtig und wichtig zusammen: 84%).

Vor allem die Mütterzentren stärken das weibliche Selbstbewußtsein und eine weibliche Kultur. 69% der Frauen fühlen sich durch das Mütterzentrum auch als Frau selbstbewußter und wenn sie sich über 15 Stunden monatlich im Mütterzentrum engagieren, ist bei 80% der Frauen durch die Erfahrungen im Mütterzentrum das Selbstbewußtsein als Frau gewachsen. 63% der Mütter geben an, dass durch die Erfahrungen im Mütterzentrum eine weibliche Kultur gestärkt wird, bei den aktiven Frauen beträgt dieser Prozentsatz 73%.

82% der Stiefmütter und knapp die Hälfte der Frauen im Mütterzentrum (49%) fühlen sich durch die Erfahrungen in der Initiative auch ihrem Partner gegenüber sicherer. Bei denen, die sich über 15 Stunden im Mütterzentrum engagieren, gilt dies für 58% der Frauen. Dies zeigt, dass die Familienselbsthilfe keineswegs, wie ihr manchmal unterstellt wird, Frauen in einer traditionellen Geschlechterabhängigkeit bestärkt, sondern im Gegenteil, dass

durch die Erfahrungen in Projekten der Familienselbsthilfe das Selbstbewußtsein von Frauen auch innerhalb ihrer Partnerschaften zunimmt. Die Teilnahme an Projekten der Familienselbsthilfe steigert vor allem bei den Müttern persönliche Eigenschaften wie „Vitalität“, „Belastbarkeit“ und „Durchsetzungsfähigkeit“, die wichtige Bestandteile von Empowerment darstellen (vgl. Abbildung 25). Diese Eigenschaften nehmen auch bei denen zu, die nichts oder nur wenig in der Initiative tun.

Eigeninitiative wird durch die Beteiligung an Familienselbsthilfeinitiativen auch gefördert. 68% der Stiefeltern, 61% der Mütterzentrumsfrauen und 54% der Mütter aus den Elterninitiativen erleben eine Erweiterung ihrer Fähigkeit, eigeninitiativ zu sein. Die Zunahme dieser für Empowerment zentralen Fähigkeit wirkt sich positiv auf alle Bereiche aus, sowohl auf die Familie, auf das Engagement in der Öffentlichkeit, wie auch auf den Beruf (s. auch Kap. 5.2). Wer sich in der Familienselbsthilfe engagiert, nimmt verstärkt das eigene Leben in die Hand, sei es in der Familie, im öffentlichen Umfeld oder in der Gestaltung der eigenen beruflichen Perspektive.



5.3.5 Öffnung der Familie

Projekte der Familienselbsthilfe öffnen die Familie und erweitern den Aktivitätsradius und die sozialen Vernetzungen von Eltern und Kindern. Die Familie öffnet sich für ein soziales Leben mit anderen Menschen, die nicht zur eigenen Familie gehören, Privatheit und die Grenzziehung nach außen werden durchlässiger, soziale Netzwerke erweitern sich und es findet ein „Veröffentlichen“ der privaten Fähigkeiten und Ressourcen statt.

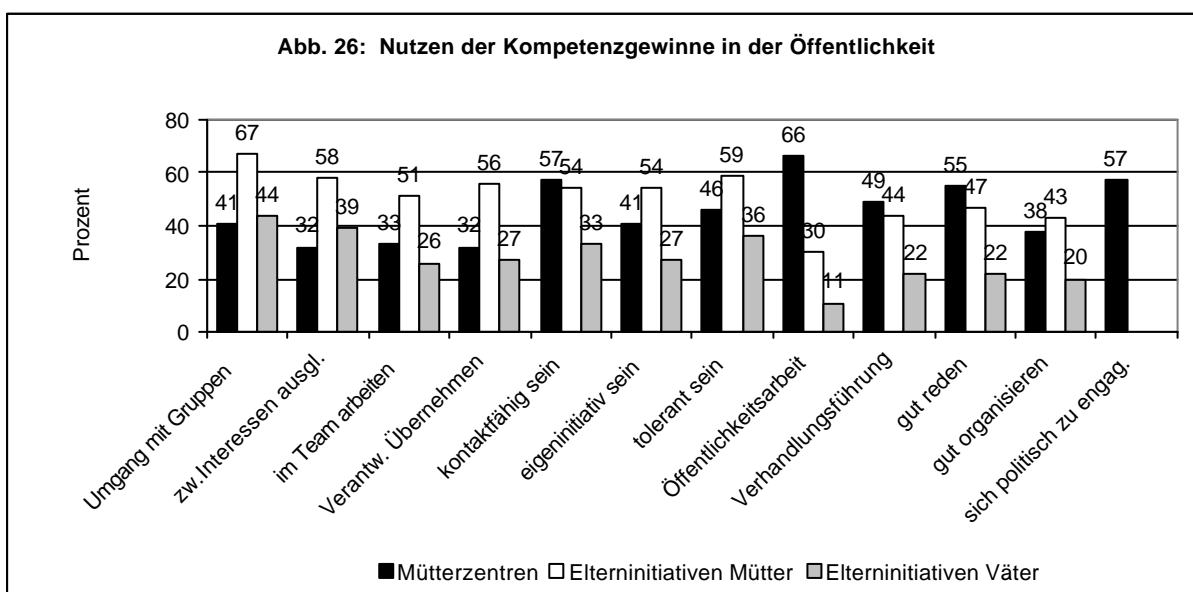
90% der Mütterzentrumsfrauen, 88% der Stillmütter und 64% der Frauen der Münchner Elterninitiativen geben an, dass sie durch die Mitarbeit in der Initiative neue Freundschaften eingegangen sind.

Für knapp die Hälfte der Mütterzentrumsfrauen (46%) hat sich ihr Engagement im Mütterzentrum auch positiv auf die Beziehung zum bereits vorhandenen Freundeskreis ausgewirkt. Für knapp ein Drittel (31%) der Mütterzentrumsfrauen haben sich neue Nachbarschaftskontakte ergeben und für gut ein Viertel (26%) hat sich durch das Engagement im Mütterzentrum die Beziehung zu ihren Nachbarn verbessert.

Durch die Aktivität in Projekten der Familienselbsthilfe engagieren sich Eltern auch in der Öffentlichkeit. Hierbei spielen Fähigkeiten, die in der Familienselbsthilfe dazugelernt wurden, wie die Fähigkeit, sich politisch zu engagieren, Öffentlichkeitsarbeit zu machen, Verhandlungen zu führen, kontaktfähig zu sein und gut reden zu können eine wichtige Rolle (vgl. Abbildung 26).

Die Stillmütter zeigen vor allem in der Öffentlichkeitsarbeit (68%) und im Umgang mit Gruppen (77%) einen hohen Kompetenzgewinn durch die Stillgruppe, der ihnen auch in ihren öffentlichen Veranstaltungen und Aktionen zugute kommt. Ihre Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit bezieht sich vor allem auf Informationsabende für Frauen (67%), auf Aufklärungsaktionen in der Öffentlichkeit (61%), auf Kontakte zu den Krankenkassen (51%) und auf Treffen mit anderen Stillgruppen auf regionaler (52%) und Bundesebene (40%).

Für die Stiefeltern geht es vor allem darum, in der Öffentlichkeit gegen die Stigmatisierung von Stieffamilien anzugehen (76%), die Akzeptanz von Stieffamilien voranzutreiben (85%) und Druck auf



die Politik zur Verbesserung der Situation von Stieffamilien zu machen (56%).

76% der befragten Mütterzentrumsfrauen sammeln durch das Mütterzentrum Erfahrungen in der Öffentlichkeit, wobei es sich dabei hauptsächlich um politische Kontakte handelt – z.B. Verhandlungen mit Gemeinderäten, Kommunalpolitikern, mit der Frauenbeauftragten etc. (60%). 70% der Mütterzentrumsfrauen geben Vernetzungen und Kooperationen mit anderen Mütterzentren und anderen Vereinen und Einrichtungen an.

5.3.6 Aktive Bürgerschaft

„Unsere Gesellschaft braucht die aktive Mitarbeit ihrer Bürgerinnen und Bürger“. Dieser Aussage stimmen 88% der Mütterzentrumsfrauen, 85% der Stiefeltern, 84% der Münchner Elterninitiativen und 78% der Stillmütter zu. „Wenn man als Bürgerin/Bürger etwas erreichen möchte, muss man die Dinge selbst in die Hand nehmen.“ Das finden 84% der Stiefeltern, 82% der Mütterzentrumsfrauen und rund 80% der Münchner Elterninitiativen. Bei den über 15 Stunden im Monat hinaus engagierten Mütterzentrumsfrauen wird dieser Aussage sogar von 90% der Mütter zugestimmt.

Diese Zahlen zeugen von einer außerordentlich hohen Bereitschaft zur Eigeninitiative und einem gut ausgebildetem Empowerment bei Eltern, die sich an Projekten der Familienselbsthilfe beteiligen. Allerdings bedeutet dies keinesfalls, dass die hier befragten aktiven Bürgerinnen und Bürger deshalb den Staat aus seiner sozialen Verantwortung entlassen möchten: „Politik darf nicht den Behörden und den Berufspolitikern überlassen werden; ich wäre bereit, selbst tätig zu werden.“ Dieser Aussage schließen sich nur 36% der Stillmütter und der Mütterzentrums-

frauen, 33% der Väter und 27% der Mütter aus den Münchner Elterninitiativen an.

Das Potential an aktiver Bürgerschaft, das sich in den Initiativen der Familienselbsthilfe sammelt und entwickelt, wirkt über den Rahmen der einzelnen Initiativen hinaus. Vor allem die Mütterzentren zeigen ein hohes Ausmaß an kommunalpolitischer Involvierung in der Gemeinde: 57% der Mütterzentrumsfrauen geben an, seit ihrer Beteiligung am Mütterzentrum stärker als vorher kommunalpolitisch engagiert zu sein. Die im Mütterzentrum aktiven Frauen (über 15 Stunden im Monat) geben bei der Frage ihres Kompetenzgewinns mehrheitlich an (54%), durch die Mitarbeit im Mütterzentrum gelernt zu haben, sich politisch zu engagieren. Der Radius der Aktivitäten, für die die Mütterzentrumsfrauen sich über den Rahmen der eigenen Initiative hinaus engagieren, betrifft vor allem Aktivitäten im Elternbeirat, in lokalpolitischen Gremien, öffentlichen Veranstaltungen und in anderen Initiativen und Vereinen.

Mütterzentren erreichen häufig infrastrukturelle Verbesserungen für Familien in ihrer Gemeinde und ihren Stadtteil (47%). Dies sind z.B. das Aufstellen von Fußgängerampeln, Stadtteilbegrünungen, Spielplatzbau, Schulhoföffnung (s. auch Kap. 4.6.2). Die Mütterzentren haben oft auch einen wichtigen Einfluß auf das örtliche Angebot an Kinderbetreuung (40%). Dies betrifft z.B. die Erhöhung von Kindergarten- und Hortplätzen, Kinderferienprogramme, das Erwirken von flexibleren Öffnungszeiten oder die Anregung, bei öffentlichen Veranstaltungen Kinderbetreuung mitanzubieten. 67% der befragten Mütterzentrumsfrauen machen Öffentlichkeitsaktionen, mit denen sie versuchen, Einfluß auf die Politik zu nehmen, z.B. zu Themen wie den Erhalt eines Jugendzentrums, umweltfreundliches Ein-

kaufen oder die Unterstützung von Kirchenasyl. 28% der befragten Mütter nehmen öffentliche Ämter wahr.

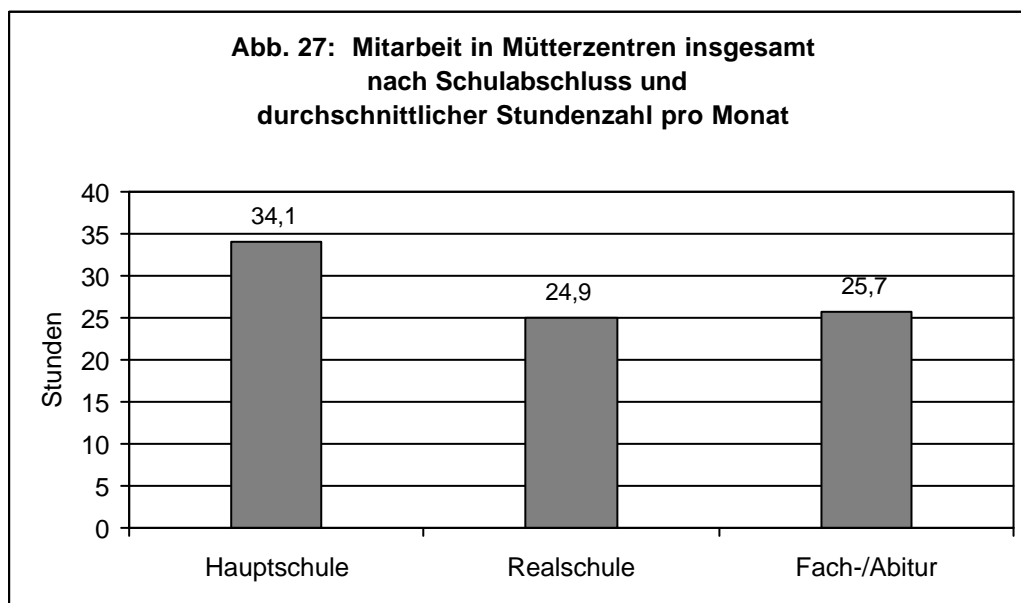
Die Mütterzentren stellen meist einen anerkannten Teil der lokalpolitischen Infrastruktur ihrer Gemeinden dar. Sie werden zu kommunalpolitischen Veranstaltungen, wie z.B. Bürgeranhörungen, Gemeinderatssitzungen, Bezirksversammlungen oder Rathausgesprächen eingeladen (49%), zur Mitarbeit in Ausschüssen (z.B. im Jugendhilfeausschuß, im Sozialhilfeausschuß, im Kinderausschuß, bei der Agenda 21 oder bei Runden Tischen) aufgefordert (46%), und um Stellungnahmen zu kommunalpolitischen Fragen, die Frauen und Familien betreffen, gebeten (44%). Sie werden als Bereicherung des Stadtteils empfunden und als Anlaufstelle von lokalen Ämtern und sozialen Diensten vielfach in Anspruch genommen oder empfohlen. 62% der befragten Frauen gestehen ihrem Mütterzentrum eine lokalpolitische Rolle zu und 50% nehmen Impulse auf das Gemeindeleben wahr. Die Veränderungen im Stadtteil beziehen sich auf konkrete familienpolitische Verbesse-

durch generationenübergreifende Angebote, Angebote für neuzugezogene Familien oder für Familien ausländischer Herkunft. In einem Drittel der Fälle stellen die Befragten auch ein besseres Klima in den Ämtern in ihrer Gemeinde fest.

80% der Befragten geben eine „Enrichmentfunktion“ ihres Mütterzentrums für ihren Stadtteil oder ihre Gemeinde an. Dies bezieht sich sowohl darauf, dass Mütterzentren eine Anlaufstelle für Mütter und Kinder beinhalten, eine interessante Freizeitgestaltung für Familien ermöglichen und einen sozialen Mittelpunkt im Stadtteil herstellen, als auch darauf, dass Mütterzentren vielfältige Dienstleistungsangebote entwickeln (s. Kap. 3.2), die eine Steigerung der Lebensqualität und der Attraktivität des Viertels mit sich bringen.

5.3.7 Soziale Integration

Entwickeln sich durch das Engagement in Projekten der Familienselbsthilfe auch Fähigkeiten des gesellschaftlichen Solidarverhaltens und des sozialen Engage-



rungen, auf eine Verbesserung des sozialen Klimas und auf eine Erhöhung der sozialen Integration in der Gemeinde, z.B.

ments? Hierzu haben wir im Fragebogen eine Reihe von Fragen gestellt, deren Ergebnisse im folgenden dargestellt wer-

den. Sich für andere einzusetzen, vor allem wenn sie zum eigenen Freundeskreis oder zur Familie gehören, ist für Beteiligte an Familienselbsthilfeprojekten eine Selbstverständlichkeit. Die Aussage: „Wenn jemand in der Familie oder im Freundeskreis Hilfe braucht, setze ich mich für ihn ein“ trifft zu für 97% der Stiefeltern, 90% der Eltern aus den Münchner Elterninitiativen und der Mütterzentrumsfrauen und für 87% der Stillmütter. Nur 21% der Mütterzentrumsfrauen und 30% der Still- und der Elterninitiativen-Mütter sind der Meinung, dass jeder seine Probleme selbst lösen muss.

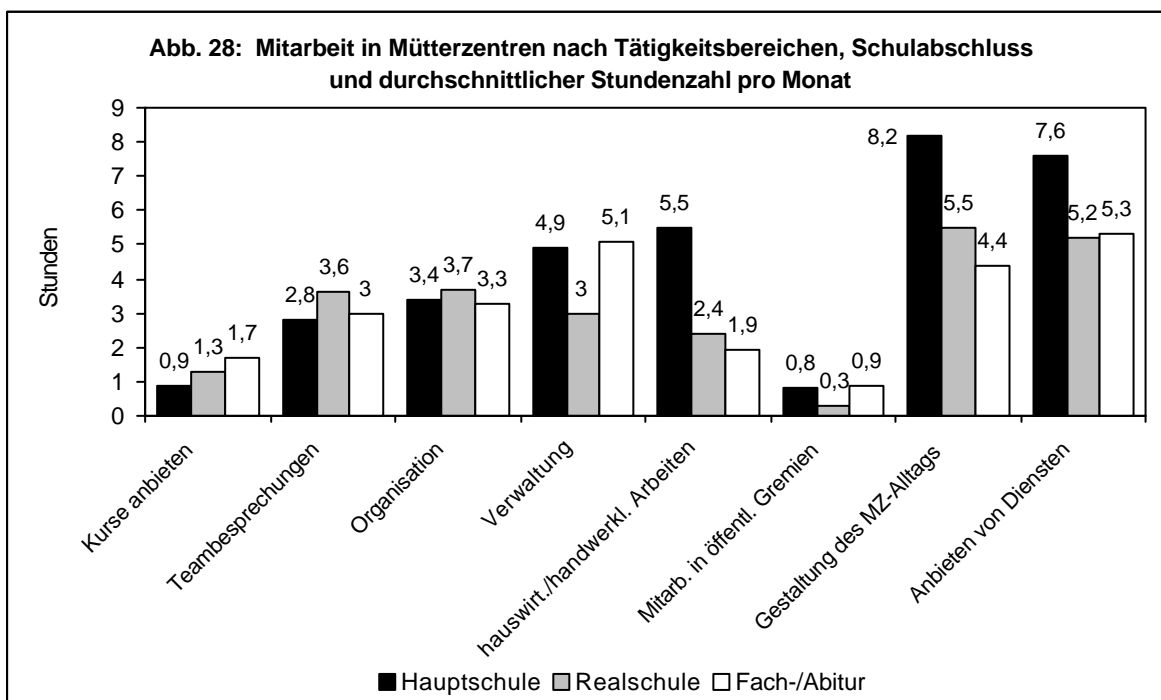
57% der Stillmütter, 49% der Mütterzentrumsfrauen und 39% der Stiefeltern sind bereit, sich in sozialen Organisationen für andere zu engagieren. 41% der Mütterzentrumsfrauen geben an, dass ihr Engagement im Mütterzentrum sich auch auswirkt auf ein größeres Engagement in anderen Initiativen und Vereinen. Bei den über 15 Stunden im Monat im Mütterzentrum Aktiven gilt dies für die Hälfte der Befragten.

Für Menschen in Not, mit denen man nicht befreundet oder bekannt ist, setzen sich 37% der Stillmütter, 36% der Mütterzentrumsfrauen und rund ein Drittel der Elterninitiativ- und Stiefeltern ein. Wer viel in der Initiative tut (mehr als 15 Stunden im Monat) hat auch eine höhere Bereitschaft, sich sozial für andere einzusetzen.

5.3.8 Soziale Schichtung

Ist Familienselbsthilfe eine Mittelschicht-sache oder partizipieren alle sozialen Schichten daran? Ist bürgerschaftliches Engagement ein Privileg der Mittelschichten oder wird es von allen Gruppen der Bevölkerung entwickelt?

Die Zusammensetzung der Münchner Elterninitiativen entspricht eher einem akademischen Mittelschichtsklientel, die Mütterzentren werden von breiteren Schichten der Bevölkerung getragen. Für eine stärkere Partizipation von sozial benachteiligten Schichten sind vor allem der offene Betrieb und die günstige Lage wichtig. Bei den Besucherinnen der Mütterzentren mit einem Hauptschulab-



schluss ist die leichte Erreichbarkeit (Fußläufigkeit) des Mütterzentrums zu 38% ein sehr wichtiger Grund ihrer Teilnahme, für Besucherinnen mit Hochschulabschluss nur zu 25%. Der offene Betrieb ist für 63% der Mütterzentrums-Besucherinnen mit Hauptschulabschluss ein sehr wichtiger Grund ihrer Beteiligung, für Besucherinnen mit Hochschulabschluss nur für 49%.

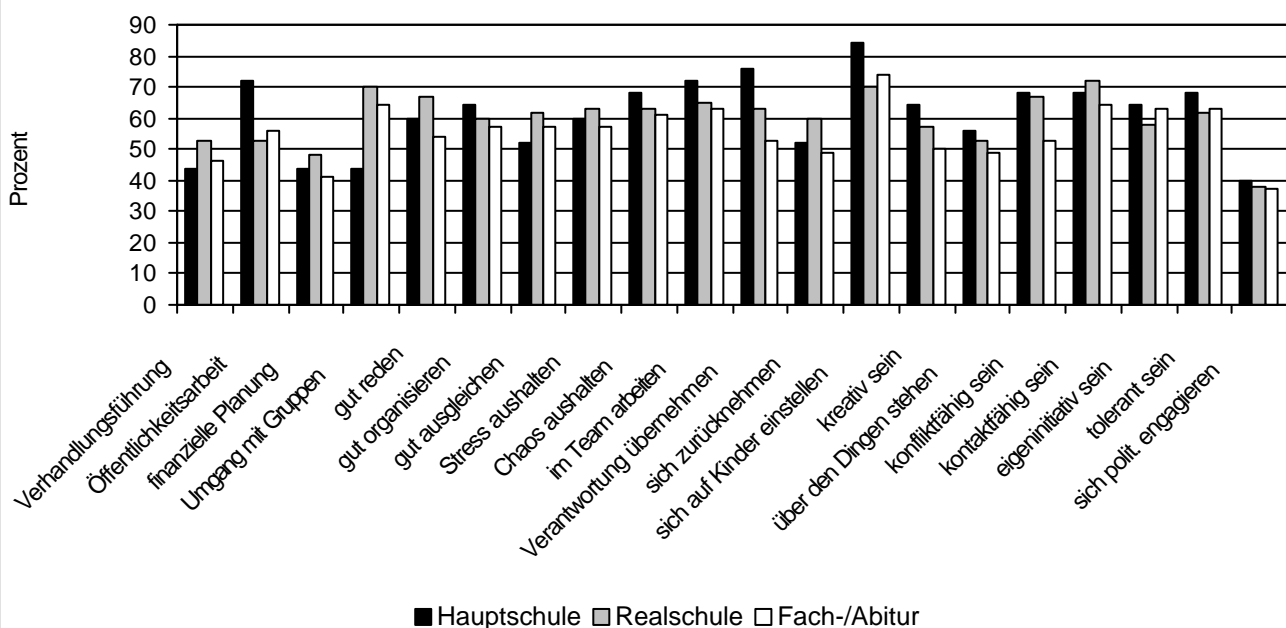
Die Tatsache, dass Mütterzentren im Gegensatz zu den Elterninitiativen nicht mit Kosten verbunden sind, sondern im Gegenteil es dort die Möglichkeit gibt, Geld zu verdienen, spielt bei der größeren sozialen Streuung der Mütterzentrums-Besucherinnen sicher eine wichtige Rolle. So beteiligen sich die Mütter mit Hauptschulabschluss im Vergleich zu den Müttern mit Abitur in allen Arbeitsbereichen des Mütterzentrums mit einer durchschnittlich höheren Stundenzahl (vgl. Abbildung 27 und 28). Dies gilt vor allem für die Mitgestaltung des Mütterzentrums-Alltags, für verwaltungs- und hauswirtschaftliche Arbeiten, aber auch beim Anbieten von Diensten. In Projekten der Familienselbsthilfe

findet auch bei Gruppen mit geringerer Qualifikation ein beträchtliches Ausmaß an Kompetenzgewinn statt. Verantwortung übernehmen wird z.B. von Stillmüttern mit Hauptschulabschluss zu 76% als etwas angegeben, das sie durch die Beteiligung an den Stillgruppen dazulernen. Für die Stillmütter mit Realschulabschluss gilt dies zu 63%, für die mit Fach-/Abitur nur zu 53%.

In den Münchner Elterninitiativen geben 43% der Mütter, die unter DM 2.000 netto verdienen an, durch die Teilnahme an der Initiative gegenüber ihrem Kind sicherer geworden zu sein gegenüber 23% der Frauen mit einem Nettoeinkommen von DM 2.000 – 3.500 und nur 11% der Frauen mit einem Einkommen von über DM 6.000 netto.

Wichtig für Mütter aus sozial benachteiligten Schichten ist die Entlastung und Unterstützung, die sie durch Projekte der Familienselbsthilfe erfahren können. Die Unterstützung durch andere Eltern ist beispielsweise für Frauen in den Elterninitiativen mit niedrigem Einkommen zu 41%

Abb. 29: Dazugewonnene Kompetenzen in den Mütterzentren nach Schulabschluss



(Mütterzentren 54%) ein sehr wichtiger Grund ihrer Teilnahme an der Initiative gegenüber rund 20 % bei den Müttern aus Mütterzentren und Elterninitiativen mit mittlerem Einkommen und 17% bei den Müttern mit hohem Einkommen.

Die Besucherinnen von Mütterzentren mit geringerer Qualifikation erleben auf vielen Ebenen ebenso wie die Besucherinnen mit hoher Qualifikation einen deutlichen Zuwachs an Fähigkeiten durch ihre Teilnahme am Mütterzentrum. In einigen Bereichen ist ihr Kompetenzgewinn sogar höher (vgl. Abbildung 29).

Frauen mit niedriger Qualifikation gewinnen durch die Mütterzentren vor allem an Selbstbewusstsein als Frau. 44 % streichen bei dieser Frage voll zutreffend an gegenüber 29% bei den Müttern mit Hochschulausbildung.

5.3.9 Die Familienselbsthilfe ist weiblich

Frauen engagieren sich in Projekten der Familienselbsthilfe stärker als Männer. Die durchschnittliche Arbeitsstundenzahl der Mütter in den Münchner Elterninitiativen ist mit 12,7 Stunden im Monat etwa doppelt so hoch wie die der Väter

mit 6,5 Stunden im Monat. In den Stillgruppen engagieren sich die Mütter durchschnittlich 20 Stunden im Monat und in den Mütterzentren engagieren sich die Frauen gar mit einer durchschnittlichen Stundenzahl von 26,7 Stunden im Monat (s. Kap. 5.1). Diese deutlich höhere Stundenzahl ist u.a. darauf zurückzuführen, dass die Frauen in den Mütterzentren auf Stundenbasis oder in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen mitarbeiten, während die Eltern in den übrigen Initiativen ausschließlich ehrenamtlich tätig sind.

Die unterschiedlich hohe Stundenzahl von Frauen und Männern hat etwas mit den unterschiedlichen Wertsetzungen der Geschlechter zu tun. Für Frauen nimmt der Beruf nicht so viel Platz in ihrem Leben ein wie bei Männern (vgl. Tabelle 4). Bei Frauen rangiert der Beruf in ihren Werteprioritäten erst an siebter Stelle, während er bei Männern nach Familie und Gesundheit bereits an dritter Stelle kommt.

Soziale Fragen und die Nachbarschaft haben für Frauen eine höhere Wertigkeit als für Männer. Soziale Fragen rangieren bei Frauen an fünfter Stelle, bei Männern erst an achter, die Nachbarschaft nimmt bei Frauen Rang neun ein, bei den Männern kommt sie erst an zwölfter und damit

Tab. 4: Werteeinstellungen (Mittelwerte auf einer Skala von 1 „nicht wichtig“ bis 5 „sehr wichtig“)

Mütterzentren		Elterninitiativen Väter		Elterninitiativen Mütter	
1. Familie	(4,73)	1. Familie	(4,74)	1. Familie	(4,84)
2. Gesundheit	(4,54)	2. Gesundheit	(4,43)	2. Gesundheit	(4,65)
3. Freunde	(4,45)	3. Beruf	(4,25)	3. Freunde	(4,51)
4. Freizeit	(4,33)	4. Freunde	(4,21)	4. Freizeit	(4,29)
5. Soziale Fragen	(4,15)	5. Freizeit	(4,05)	5. Soziale Fragen	(4,09)
5. Eltern/Geschw.	(4,15)	6. Umwelt	(3,88)	5. Umwelt	(4,09)
6. Umwelt	(4,00)	7. Eltern/Geschw.	(3,69)	6. Eltern/Geschw.	(4,07)
7. Beruf	(3,79)	8. Soziale Fragen	(3,56)	7. Beruf	(4,04)
8. Kunst/Kultur	(3,37)	9. Kunst/Kultur	(3,54)	8. Kunst/Kultur	(3,68)
9. Nachbarschaft	(3,26)	10. Sport	(3,24)	9. Nachbarschaft	(3,37)
10. Politik	(3,18)	11. Politik	(3,31)	10. Sport	(3,21)
11. Sport	(2,94)	12. Nachbarschaft	(3,17)	11. Politik	(3,15)
12. Religion	(2,23)	13. Religion	(1,93)	12. Religion	(2,18)

vor der Religion an vorletzter Stelle. Frauen weisen eine größere Distanz zum Beruf auf. Sie finden sich in einer primär von männlichen Werten und einem männlichen Lebensmodell geprägten Berufswelt nicht genügend wieder. Stattdessen sind ihnen soziale Initiativen und die Nachbarschaft wichtiger als den Männern (Jaeckel 1998). In diesem Sinne entsprechen Frauen bereits dem post-industriellen Wertewandel von einer „Berufsgesellschaft“ zu einer „Bürgergesellschaft“, in der Arbeit nicht alleine über den Beruf definiert wird.

In diesem Sinne entsprechen Frauen bereits dem post-industriellen Wertewandel von einer „Berufsgesellschaft“ zu einer „Bürgergesellschaft“, in der Arbeit nicht alleine über den Beruf definiert wird.

Allerdings zeigt sich auch bei Frauen ein Wandel in der Art ihres bürgerschaftlichen Engagements. Der von vielen Wohlfahrtsverbänden konstatierte Rückgang der Bereitschaft von Frauen zu karitativem Engagement bestätigt sich auch in unserer Studie. Nur für 9% der Mütterzentrumsfrauen und für 2% der Frauen aus den Münchner Elterninitiativen beispielsweise hat ihr Engagement in der Familieninitiative eine Auswirkung auf ein Engagement in der Pfarrgemeinde. Da liegt das Engagement in der Lokalpolitik zumindest bei den Frauen aus Mütterzentren um Einiges höher. Bei 55% der Mütterzentrumsfrauen, die sich mehr als 15 Stunden monatlich im Mütterzentrum engagieren, hat ihr Engagement in der Familienselbsthilfe auch eine Auswirkung auf ein Engagement in der Lokalpolitik. Bei der heutigen Generation von Frauen heißt soziales Engagement, sich zunehmend aktiv an gesellschaftspolitischen Entscheidungsprozessen beteiligen zu wollen.

Abschließend ist zusammenzufassen: Bei den an Projekten der Familienselbsthilfe engagierten Eltern handelt es sich um aktive Bürgerinnen und Bürger, die auch eine Bereitschaft zu sozialem Engagement mitbringen. Dies ist sicherlich eine Auswirkung ihrer Erfahrungen in den Familienselbsthilfeinitiativen. Zum Teil ist dies jedoch auch ein Ausdruck dessen, dass wer von Haus aus eigeninitiativ und sozial eingestellt ist, sich auch eher an Projekten der Familienselbsthilfe beteiligt. Dies trifft vor allem auf die Mütterzentren zu. So kommen 57% der Mütterzentrumsfrauen aus sozialen Berufen. Bei den Münchner Elterninitiativen ist dieser Prozentsatz niedriger. Dort geben 35% der Mütter und 16% der Väter soziale Tätigkeiten als ihren Beruf an. Je größer die Spannweite der sozialen Aktivitäten im Projekt, desto eher beteiligen sich auch sozial engagierte Menschen. Bei instrumenteller angelegten Motivlagen, wie bei den Elterninitiativen, bei denen die Kinderbetreuung im Vordergrund steht, spielt das soziale Engagement eine weniger große Rolle. Bei 36% der Mütterzentrumsfrauen sind gute Erfahrungen, die sie bereits in anderen Initiativen gemacht haben, ein wichtiger Grund für die Beteiligung am Mütterzentrum. Mütterzentren mit ihrem alltagsumspannenden Ansatz scheinen einen Typus von sozial engagierten Initiatorinnen oder „community leaders“, Schlüsselfiguren in der Nachbarschaft anzuziehen.

Die Mütterzentren stellen den breitesten Ansatz der von uns untersuchten Projekte der Familienselbsthilfe dar. Stillgruppen, Elterninitiativen, Stiefelterngruppen sind Angebote, die auch in den Mütterzentren stattfinden, neben vielen weiteren. Von daher überrascht es nicht, dass der größte Zugewinn an Fähigkeiten und das größte soziale und öffentliche Engagement in den Mütterzentren zu finden ist.

In dieser Studie bestätigt es sich, dass sich die Formen bürgerschaftlichen Engagements in Richtung eines „post-philanthropischen“ Profils wandeln. Eigeninitiative und bürgerschaftliches Engagement zeigen sich in unserer Studie als Ausdruck von „Suchbewegungen“ in der eigenen Lebensplanung. Motive nach Selbstbestimmung über die eigene Lebenssituation und nach Zugewinn an gleichgesinnten sozialen Kontakten stehen im Vordergrund.

Betroffenheit, Freiwilligkeit, Selbstverwaltung und Selbstorganisation, die Vernetzung mit Gleichgesinnten, neue, kleinräumige Lebens- und Arbeitsformen jenseits der traditionellen Trennung von privat und öffentlich und jenseits großer Institutionen, das selbstbewusste Einbringen von weiblichen Werten und einer weiblichen Kultur, hierarchiearme und transparente Organisationsformen, flexible Zeitstrukturen außerhalb der Regeln der Erwerbsarbeit, die Mobilisierung eigener Ressourcen und die Anerkennung des eigenen Erfahrungswissens jenseits des professionellen Systems der Qualifizierung sind die bestimmenden Qualitäten, die das Engagement in Projekten der Familienselbsthilfe prägen.

Jenseits des traditionellen Rahmens karitativer Ehrenamtlichkeit entwickelt sich in den neuen Formen der Familienselbsthilfe dennoch ein tragfähiges soziales Netz, eine auf Gegenseitigkeit aufbauende soziale Hilfsbereitschaft, eine kleinräumige Vergesellschaftung privater Krisen. Die Familienselbsthilfe wirkt der Anonymität von Nachbarschaften entgegen und die Bereitschaft, sich für andere einzusetzen, zeigt sich als hoch, wenn diese andere nicht anonym bleiben, sondern zum eigenen Freundschafts- und Bekanntschaftskreis zählen.

Die von uns untersuchten Projekte der Familienselbsthilfe zeigen trotz des „Durchlaufcharakters“, den sie für die einzelnen Familien haben, Stabilität und Nachhaltigkeit. Elterninitiativen, Mütterzentren und Stillgruppen gibt es nun bereits seit 20-25 Jahren und sie stellen sich als weiterhin sich ausdifferenzierende und wachsende Bewegungen dar. In den Mütterzentren beteiligen sich ein Drittel der Frauen über einen Zeitraum von zwei-drei Jahren, ein weiteres Drittel engagiert sich vier-fünf Jahre und ein knappes Drittel bleibt über fünf Jahre im Zentrum aktiv.

Durch Projekte der Familienselbsthilfe entstehen neue Formen „großfamiliärer“ Netzwerke. Es wächst dort ein Potential von aktiven Bürgerinnen und Bürgern heran, die sich eigeninitiativ für ihre Belange einsetzen und sich auch in einem breiteren Rahmen nachbarschaftlich und kommunalpolitisch engagieren.

5.4 Initiativen und ihr Potential für die künftige Arbeitsgesellschaft

5.4.1 Familien als Lernfeld von Kompetenzen, die in der Arbeitswelt zunehmend nachgefragt werden

Die Arbeit in Initiativen findet quasi in einem halböffentlichen Raum statt, nicht mehr Familie und noch nicht Beruf. Daß hierbei auch Kompetenzen erworben werden, die nicht nur für die Familie (siehe Kapitel 5.2), sondern auch für den Beruf von Nutzen sein können, haben schon frühere Forschungen gezeigt (Hebenstreit/Pettinger 1991, Jaeckel u.a. 1996). Der Nutzen war dabei aufgrund individueller, biographischer Verläufe erkennbar, jedoch noch nicht im Rahmen einer größeren Empirie nachweisbar.

Deshalb wurden die Mütter und Väter, die sich in Elterninitiativen, Mütterzentren, Still- und Stiefelerngruppen engagieren, direkt nach dem Kompetenzgewinn und dem subjektiven Nutzen für den Beruf gefragt. Dieser Nutzen wird in Bezug zu neuen Anforderungen in der Arbeitswelt gesetzt, da Initiativen informelle Lernorte darstellen, die im Sinne von Erfahrungslernen zwar noch nicht die Anerkennung gefunden haben, aber ein großes Potential an Möglichkeiten des Kompetenzerwerbs darstellen.

5.4.2 Das informelle Lernen außerhalb der traditionellen Lernorte erhält eine neue Bewertung

Neue Konzepte im Bildungsbereich schärfen den Blick stärker auf Kompetenzen und reagieren so auf den in ganz Westeuropa im Gang befindlichen Übergang von der „Qualifikation“ zur „Kompetenz“ (Heyse/Erpenbeck 1997). Einher geht damit das kritische Hinterfragen bisheriger Lehr- und Lernformen (Hoffmann 1997), und zwar in Richtung auf eine Aufwertung des „Lernens im sozialen Umfeld“ (Elsdon 1997). Internationale Forschungsergebnisse geben dieser Entwicklung noch mehr Nachdruck. Sie zeigen auf, daß allenfalls 20% der betrieblich verwertbaren Kompetenzen aus formalen Bildungs- und Qualifikationsprozessen stammen, das Hauptgewicht bei der Entstehung beruflicher Kompetenz aber bei organisierter Arbeits- und sozialer Erfahrung, vor allem bei autodidaktischen Lernprozessen liegt (Staudt 1997, Hoffmann 1997, Arnold 1998). Die Veränderung der Arbeitskultur, weg von der Weisungskultur hin zu flachen Hierarchien mit team- und gruppenorientierten Arbeitsstrukturen, verstärkt diesen Trend (Regenhard 1997). Das Gewicht verlagert sich damit zunehmend von den technisch-fachlichen hin zu den sozialen und per-

sönlichkeitsbezogenen Qualifikationen und Kompetenzen – die Forschung spricht hier von „selbstschärfenden Qualifikationen“.

Zu ihrer Aneignung und Ausprägung bedarf es eines hohen Maßes an Selbstorganisations-fähigkeit, Eigeninitiative und Selbsttätigkeit. Der aktuelle Terminus hierfür ist „Schlüsselqualifikation“. Dieser Begriff hat sich aus seinem berufsqualifizierenden Zusammenhang herausgelöst und beschreibt heute auf die Persönlichkeitsentwicklung bezogene Fähigkeiten wie z.B. Problemlösung, Ausdauer, Initiative, Selbstwahrnehmung, Kooperationsfähigkeit. Dieter Mertens, einer der Väter des Konzepts von Schlüsselqualifikationen verstand darunter noch Fähigkeiten wie logisches Denken, sich vielseitige Informationen zu beschaffen, allgemeine Probleme der Wartung von Maschinen zu erkennen usw. (Mertens 1974). Heute sollen die Schlüsselqualifikationen vor allem dazu dienen, aktuelle und künftige berufliche Anforderungen erfolgreich bewältigen zu können.

Sichtet man die Stellenausschreibungen, so werden Schlüsselqualifikationen zunehmend nachgefragt. Für die Besetzung von Stellen werden sie mehr und mehr - bei ähnlichen Qualifikationsprofilen von Bewerbern - zum entscheidenden Faktor für den Erwerb einer Stelle. Dabei wird nicht gefragt, wo und wann diese Schlüsselqualifikationen erworben worden sind. Dementsprechend boomen die Weiterbildungseinrichtungen mit diesem Themenbereich und bieten verstärkt Kurse zum Erlernen und Trainieren von Schlüsselqualifikationen an. Solche Kurse werden vor allem von Firmen nachgefragt, die versuchen, ihr Management in diesem Bereich nachzuqualifizieren. Die Erfahrungen aus sog. Schlüsselqualifikationsprojekten haben aber gezeigt, daß solche

umfassenden Kompetenzen nicht in Crash-Kursen gleichsam nebenbei vermittelt werden können, sondern nur in einer lebendigen Lernkultur wachsen können (Arnold 1996).

Plädiert wird deshalb seit längerem für ein neues Lernkonzept, das auch von der EU-Kommission durch die Ausrufung eines Jahres zum „lebensbegleitenden Lernens in einer kognitiven Gesellschaft“ (EU-Weißbuch 1996) hervorgehoben wurde. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß die aktuelle Diskussion die traditionelle Begrenzung der Lernorte aufsprengt und auch Lernprozesse in Gruppen außerhalb der beruflichen und schulischen Zusammenhänge zunehmend stärker ins Blickfeld nimmt. Dies wird auch in der von der UNESCO durchgeführten Studie deutlich, die zum Ziel hatte, außerhalb der traditionellen Lernorte den Blick auf das „Lernen zum Handeln“, d.h. der Entwicklung von Handlungskompetenzen zu lenken, die stärker aus den sozialen Lebensbereichen heraus entwickelt werden. Damit stehen institutionalisierte Bildungsprozesse nicht mehr allein im Mittelpunkt, da sie weniger in der Lage sind, Selbstverantwortung und Selbstorganisationsfähigkeit zu befördern. Die Prognosen gehen eher in die Richtung, daß das Selbstlernen, d.h. das selbstgesteuerte Lernen - jenseits von Seminarräumen und Bildungsinstitutionen – an Bedeutung gewinnen wird (Arnold 1998).

5.4.3 Die Initiativen als Ort einer „modernen Lernkultur“

Vor diesem Hintergrund liegt es nahe, den Blick auf Familienselbsthilfeinitiativen zu werfen, die sich durch ihre Interaktionsprozesse als lebendige Lernkultur beschreiben lassen. Zum einen, weil sie hierarchiearm und basisdemokratisch organisiert sind und zum anderen, weil sie

auf dem Prinzip des „learning by doing“ aufbauen, d.h. es wird unter den Mitgliedern Wissen ausgetauscht und weitergegeben, gemeinsam gearbeitet, gemeinsam diskutiert und reflektiert. Eine wichtige Grundlage der Initiativen ist es, an den Kompetenzen der Mütter und Väter anzusetzen, die sich in den Initiativen engagieren und diese zu erweitern, unabhängig von Schulbildung und beruflichem Status. Unter diesem Blickwinkel stellen die Initiativen eine „moderne Lernkultur“ dar und lassen sich mit den Anforderungen moderner Unternehmen in den Bereichen vergleichen, wo von Mitarbeitern neben Fachwissen auch Selbstverantwortung, Selbstentwicklung und Selbstinitiative verlangt wird.

Das Bild des Unternehmens als selbstorganisiertes System kann aber nur dann verwirklicht werden, wenn die Unternehmenskultur sich dahingehend wandelt, daß unbürokratische Regularien, hohe Kollegialität, Problemlösungen im Team möglich werden – vergleichbar mit den Strukturen der Initiativen. Dies erfordert ein Umdenken der bisherigen Personalarbeit hin zu mehr Unterstützung von selbstorganisierten Arbeitseinheiten als Teil einer offensiven Personal- und Organisationsentwicklung, was in letzter Konsequenz bedeutet, aus dem Unternehmen eine lernende Organisation zu machen (Lehner 2000; Heyse/Erpenbeck 1997). Erste Ansätze zeigen sich in den Unternehmen, die ihre Personalabteilung als Beratung für die individuelle Kompetenzentwicklung der Mitarbeiter versteht und dadurch mithilft, daß der einzelne Mitarbeiter auch langfristig beschäftigungsfähig bleibt (Sattelberger 1999). Angesichts begrenzter Investitionsvolumen und technisch-infrastruktureller Möglichkeiten gehören Prozesse des selbstorganisierten Kompetenzerwerbs zu den wenigen potentiell unbegrenzten Innovationsressour-

cen in Unternehmen. Der etwas gewagte Vergleich von den Anforderungen einer modernen Unternehmenskultur mit der Kultur der Selbsthilfeinitiativen führt noch zu weiteren verblüffenden Ergebnissen, wenn man nach den Lerneffekten, d.h. den Kompetenzen fragt, die diejenigen erwerben, die sich in einer Initiative engagieren und diese mit den Kompetenzen vergleicht, die heute vielfach in modernen Unternehmen nachgefragt werden.

5.4.4 Kompetenzgewinn in den befragten Elterninitiativen und ihr Nutzen für den Beruf

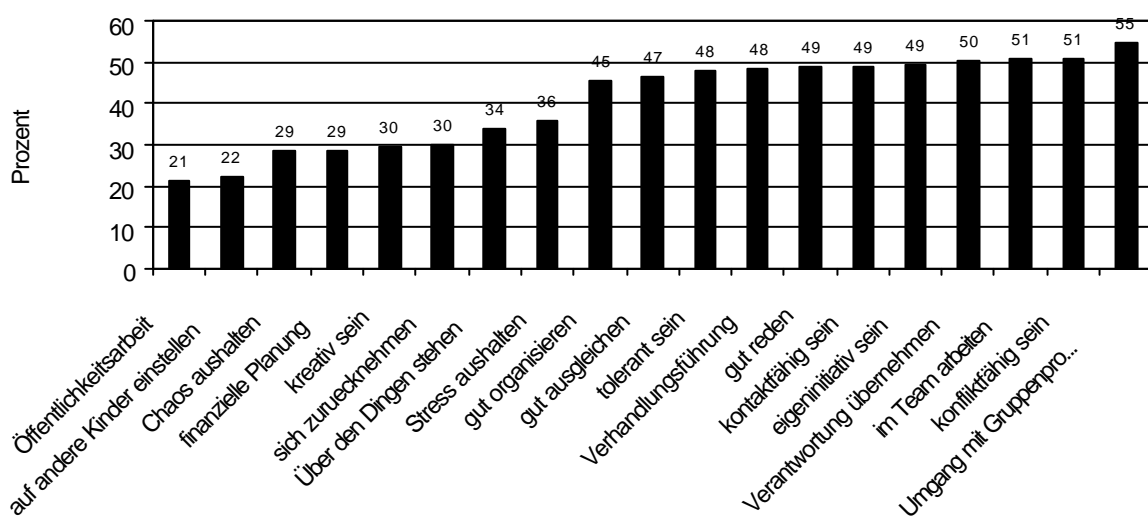
Hierbei wurde gezielt nach den Kompetenzen gefragt, die sich auch unter dem Begriff der Schlüsselqualifikationen subsumieren lassen. Die Verwertbarkeit der in der Initiative dazugewonnenen Kompetenzen für den Beruf läßt sich am Beispiel der der Mütter aus den Münchner Elterninitiativen gut demonstrieren (vgl. Abbildung 30).

Dabei zeigt sich, daß in Bereichen von „gut organisieren“, „Verhandlungsfüh-

rung“, „tolerant sein“, „eigeninitiativ sein“, „kontaktfähig sein“, „Verantwortung übernehmen“, „im Team arbeiten“, „konfliktfähig sein“, „Umgang mit Gruppen“ es sich um Kompetenzen handelt, die eine moderne Unternehmensführung nachfragt und hier von 40 bis über 50 Prozent der befragten Mütter als Nutzen für den Beruf bewertet wurden. Diese Kompetenzen entsprechen weitgehend dem neuen Mitarbeiterprofil in der Wirtschaft, wobei sich das Aufgabenspektrum weg von einzelnen isolierten Arbeitsschritten hin zu neuen Formen der Zusammenarbeit in Verbindung mit der Übertragung von mehr Eigenverantwortung entwickelt (Hesch 1997).

Im Rahmen einer multivariaten Datenanalyse wurde auch deutlich, daß weniger Strukturvariablen, wie z.B. Bildung und Einkommen den Kompetenzgewinn fördern, sondern vor allem das tatsächlich geleistete zeitliche Engagement – je mehr man mitarbeitet, desto höher ist der Kompetenzgewinn, nicht nur für den beruflichen Nutzen. Der Zeitfaktor ist hier allerdings nicht in einem engeren Sinne zu

Abb. 30: Nutzen der einzelnen Kompetenzgewinne im Beruf
Mütter - Elterninitiativen München



verstehen. Das zeitliche Engagement ist vielmehr Ausdruck eines intensiven Kommunikations- und Interaktionsprozesses im Sinne von sozialem Kapital (s. Kap. 5.1.4).

Die Bereitschaft zum Engagement ist wiederum abhängig von der Motivation, sich für eine Elterninitiative zu entscheiden und mitzuarbeiten. Hier zeigt sich ganz deutlich, je höher die intrinsischen Motive sind, „wie mehr am Aufwachsen der Kinder beteiligt sein“, „Kontakt zu anderen Eltern“, „eigene Vorstellungen verwirklichen“ desto größer ist die Bereitschaft zum zeitlichen Engagement. Dabei ist das Tätigkeitsfeld sehr breit gefächert. Es reicht von Elternabenden, die eine Art Clearingstelle sind und eine Steuerungsfunktion haben, über die pädagogische Mitgestaltung, hauswirtschaftliche und handwerklichen Arbeiten bis hin zu Elterndiensten, bei denen die Eltern dem Personal bei der Betreuung der Kinder zur Seite stehen oder stundenweise die Erzieherinnen ersetzen. Dabei zeigt sich, daß gerade die Interaktionen auf den Elternabenden, aber auch die pädagogische Mitgestaltung und Verwaltungstätigkeiten für den Kompetenzgewinn ganz entscheidend sind (s. Kap. 5.1.4).

Zwar sind Strukturvariablen wie Schulbildung und Einkommen nicht die entscheidenden Indikatoren für den Erwerb von Kompetenzen, doch ist eine genauere Betrachtung zeigt, dass die Schulbildung für den Nutzen im Beruf interessant. Den größten Nutzen für den Beruf haben die Fachhochschulabgängerinnen mit 68% noch vor den Abiturientinnen mit 64% und den Realschulabgängerinnen mit 58%. Den geringsten beruflichen Nutzen haben diejenigen mit Hauptschulabschluß (44%), was darauf schließen läßt, daß gerade die hochqualifizierten Frauen eine Tätigkeiten ausüben, für die diese Kompetenzen

wichtig sind und auch nachgefragt werden.

Es zeigt sich außerdem, daß die Nutzanwendung der in der Initiative erworbenen Kompetenzen im Beruf für Studentinnen mit 82% am höchsten ist, gefolgt von den erwerbstätigen Müttern mit 65% und in Ausbildung befindlichen Müttern mit 60%. Aber auch für die Frauen, die arbeitslos sind, wird der Nutzen für den Beruf bei 56% Punkten noch hoch eingeschätzt, ebenso bei 55% Erziehungsurlauberinnen. Nur bei den Hausfrauen, die zur Zeit der Befragung nicht erwerbstätig waren, erhält die mögliche die Nutzanwendung für den Beruf mit 42% die relativ niedrigste Bewertung.

Diese Befunde bestätigen, daß die Arbeit in Initiativen als ein informelles, aber nicht weniger effektives Lernfeld angesehen werden können, wo selbsttätig und eigenverantwortlich Tätigkeiten durchgeführt werden, die in unmittelbarem Zusammenhang mit einem Nutzen für den Beruf oder den angestrebten Beruf gesehen werden. Interessant ist in diesem Zusammenhang aber auch der subjektive Nutzen, also den Gewinn, den die Befragten für sich selbst sehen (wie z.B. mehr Anerkennung, mehr Selbstsicherheit, größere Belastbarkeit u.ä.). Er wird bei den Müttern der Münchner Elterninitiativen mit insgesamt 83% sehr hoch veranschlagt. Das gilt auch für Erziehungsurlauberinnen (83%), arbeitslose Mütter (75%) und nichterwerbstätige Hausfrauen (83%). Hier liegt ein Qualifizierungsfeld, das für diese Gruppe von Frauen besonders unter dem Aspekt des Wiedereinstiegs in den Beruf bisher noch wenig wahrgenommen worden ist. Im Gegensatz zu den vielen Aufbaukursen für Berufsrückkehrerinnen stellt die kontinuierliche und authentische Arbeit in einer Initiative ein Lernmilieu her, das weder „nachempfundene Rollenspiele“ noch

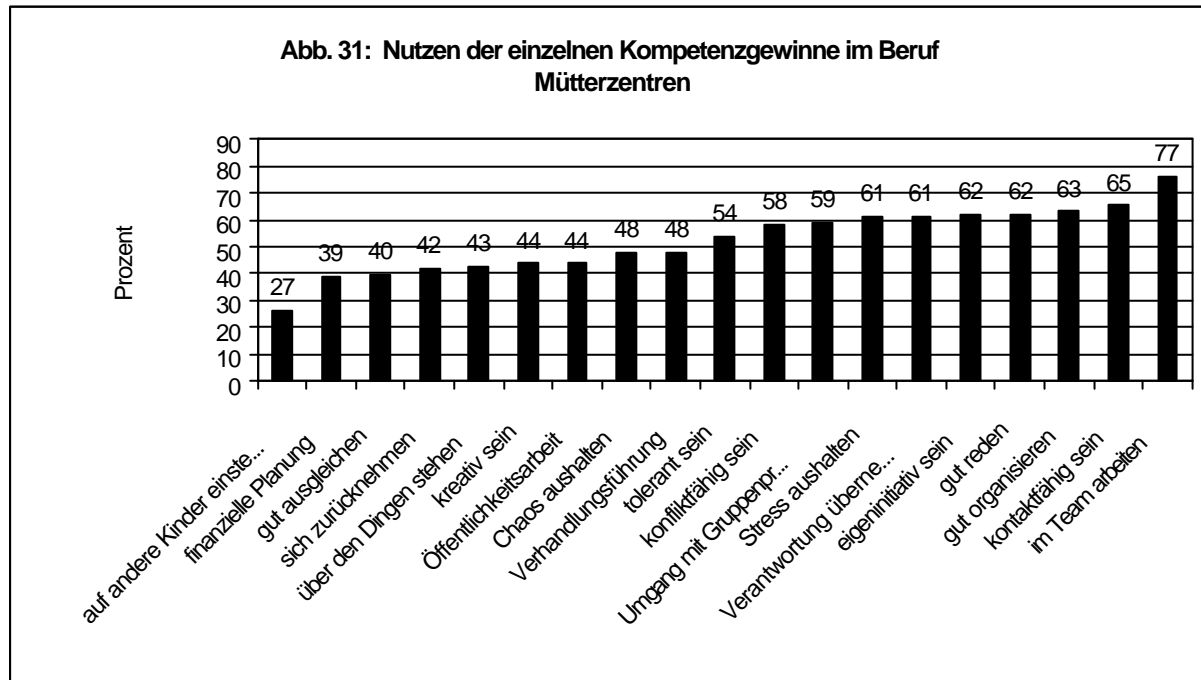
Planspiele benötigt. Jede Aktion und Handlung hat reale Konsequenzen zur Folge und darin liegt die Stärke und Nachhaltigkeit dieses Lernfeldes.

5.4.5 Kompetenzgewinn in Mütterzentren

In den Mütterzentren sind die Kompetenzgewinne und deren Nutzenanwendungen im Beruf deutlich höher als in den Elterninitiativen.. So verzeichnen 60 bis 65% der Mütter bei den Kategorien „gut organisieren“, „Verantwortung übernehmen“, „eigeninitiativ sein“, „kontaktfähig sein“ einen Kompetenzzuwachs, im Team arbeiten zu können“ sogar 77%. Der Grund hierfür liegt bei der schon weiter oben beschriebenen Grundkonzeption der Mütterzentren (s. Kap. 3.2) und damit zusammenhängend an den deutlich längeren Arbeitszeiten.

phase befinden und für Mütter im Erziehungsurlaub. Dies spiegelt sich auch in der Teilnehmerinnenstruktur der von uns befragten Mütterzentren wieder (s. Kap. 1.3). Die berufstätigen Mütter profitieren durch ihre Mitarbeit – ähnlich wie die Mütter in den Elterninitiativen - am meisten für den Beruf (77%). Bemerkenswert hoch ist auch der eingeschätzte Nutzen für den Beruf bei den arbeitslosen Müttern (75%). Die Mütter im Erziehungsurlaub (48%) und die nichterwerbstätigen Hausfrauen (56%) sehen am wenigsten Nutzen für sich. Daran zeigt sich, daß diejenigen, die sich auf dem Arbeitsmarkt wieder platzieren wollen oder bereits platziert sind, im Mütterzentrum ein effektives Lernfeld vorfinden, das Qualifikationen und Kompetenzen vermittelt, die direkt oder indirekt für den Beruf verwertbar sind.

Das Klima bzw. die „Kultur“ in den Mütter-



Die Mütterzentren sind insbesondere als Orientierungsraum und Unterstützungssystem für Mütter konzipiert worden, die aus dem Beruf für längere Zeit ausgeschieden sind und sich in der Familien-

zentren und deren strukturellen Rahmenbedingungen, wie Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten, das Laienzu-Laien-Prinzip, der Wechsel von der Nutzerrolle in die Aktivenrolle, die vielsei-

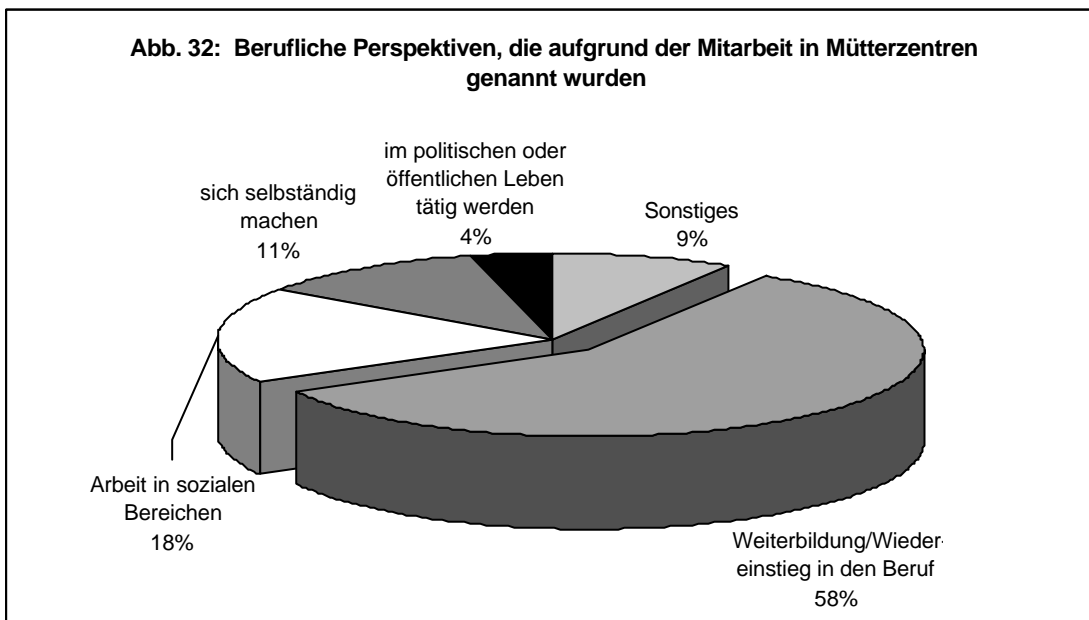
tigen Interaktionsmöglichkeiten schaffen die Voraussetzungen für diese Lernkultur. Dies ermutigt nicht zuletzt viele Mütter zu einem Wiedereinstieg in den Beruf oder zur Teilnahme an Weiterqualifizierungsmaßnahmen (vgl. Abbildung 32)⁹⁷.

Hervorzuheben ist die positive Einschätzung auch der arbeitslosen Mütter, die sich zu fast 60% weiterbilden wollen oder einen Beruf suchen. Die durch die Mitarbeit in den Mütterzentren erworbenen Kompetenzen könnten hier ein wichtiger Baustein für die weitere Berufs- und Karriereplanung sein; dies würde durchaus im

mellen Lernorten, wie Mütterzentren und Elterninitiativen, um die erworbenen Kompetenzen auch adäquat nutzen zu können. Das heißt, der Kompetenzerwerb müsste sowohl bei Bewerbungsgesprächen oder der Karriereplanung als auch bei der Bezahlung Berücksichtigung finden.

5.4.6 Kompetenzgewinn der Väter

Das Thema „Die Vaterrolle im Wandel“ findet in der öffentlichen Diskussion immer mehr Aufmerksamkeit. Verbunden ist damit die Hoffnung auf eine gerechtere



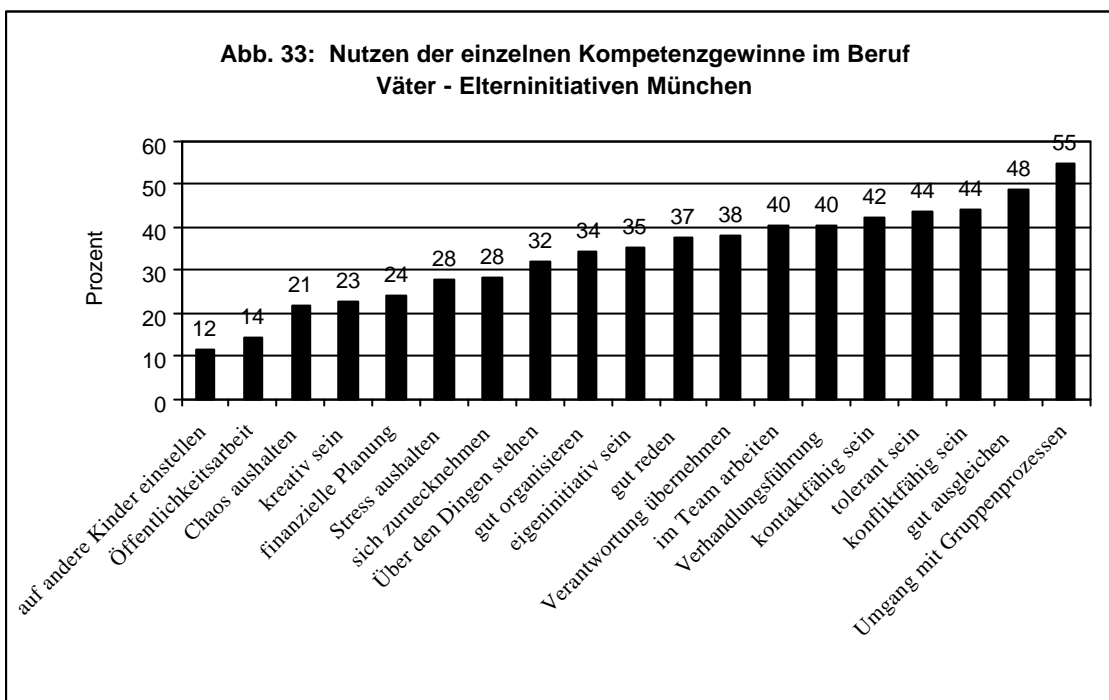
Trend der zunehmend diskontinuierlicher verlaufenden Berufsbiographien liegen. Das Engagement in einer Initiative würde dann in der Zeit der Erwerbslosigkeit nicht nur eine sinnstiftende Tätigkeit bedeuten, sondern auch die Chance für den Erwerb von Schlüsselqualifikationen. Nach wie vor fehlt allerdings noch die öffentliche Akzeptanz und Anerkennung von infor-

häusliche Arbeitsteilung, eine Intensivierung der Vater-Kind-Beziehung und ein Paradigmenwechsel in der männlichen Wertschätzung von Beruf und Familie, d.h. nicht mehr der Beruf allein ist bestimmend für die männliche Berufsbiographie, sondern zunehmend mehr auch die Familie. Fest steht allerdings, daß man nicht von einem generellen Wandel der Vaterrolle reden kann, bestenfalls von ersten Anzeichen. Genauer betrachtet profitieren die Frauen im Familienalltag vor allem dann von ihren Partnern, wenn sie selbst voll erwerbstätig sind (Sass/Jaeckel 1996). Die Beteiligung der

⁹⁷ Ergebnis der schriftlichen Befragung der Mütter auf dem Bundeskongreß (N=201). Von den Befragten haben ca. 40% angegeben, daß sie aufgrund ihrer Mitarbeit in den Mütterzentren neue berufliche Perspektiven entwickelt haben. Ein Teil dieser Mütter arbeitet in den Mütterzentren auf Teilzeitbasis oder auf der Basis von 630-Mark-Jobs.

Väter an der Übernahme von Familientätigkeiten bezieht sich im wesentlichen auf die Mitarbeit bei der Kindererziehung: Die Kinder morgens in den Kindergarten bringen, wenn (Gleit-) Zeit vorhanden ist, gemeinsames Spielen bzw. Fernsehen am frühen Abend, abends zu Bett bringen sowie vielfältige Freizeittätigkeiten am

lich, vor allem die Veränderung der Wochenarbeitszeit. Erste grundsätzliche Kritik – und zwar aus Vätersicht - an den Werten und Mechanismen der heutigen Arbeitswelt findet sich erstmals bei einigen politisch engagierten Väter- bzw. Männergruppen. Sie fordern eine familienfreundlichere Arbeitswelt, die auch die



Wochenende (Seehausen 1995). Positiv bewertet ist die zunehmend stärkere Beteiligung des Mannes an Erziehungsaufgaben ein wichtiger Schritt zur Auflösung der traditionellen Arbeitsteilung (Süssmuth 1985). Wenn aber sämtliche Familienaufgaben in eine kritische Bewertung mit einbezogen werden, bleibt die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zum größten Teil unangetastet – die Auflösung der geschlechtsspezifischen Rollenerwartungen vollzieht sich schneller im Kopf als in der Alltagspraxis (Nave-Herz 1988).

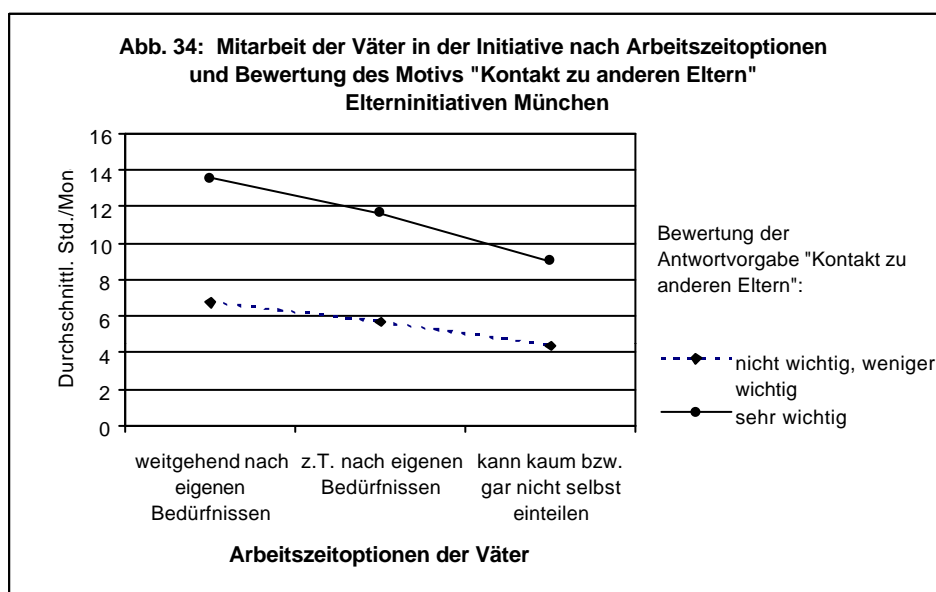
In den letzten hundert Jahren vollzog sich der Wandel der Vaterrolle vom „Sonntagsvater“ über den „Freizeitvater“ hin zum „Feierabendvater“ (Sass 1998). In dieser Entwicklung wird der Einfluß der Arbeitswelt auf die Vaterrolle sehr deut-

Väter einschließt. Mit ihren Forderungen wenden sie sich direkt an die Arbeitgeber, Betriebsräte und Gewerkschaften (Männerpolitisches Forum des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 1996). Bei einigen in dieser Frage aufgeschlossenen Unternehmen, die sich z.B. auch bei der Frage der Kinderbetreuung engagieren, zeigt sich eine zunehmende Sensibilisierung dafür, daß Familie nicht nur ein Frauenthema ist (Seehausen 1995). Aber auch das Engagement und die Mitarbeit von Vätern in Elterninitiativen ist ein Beleg für eine sich wandelnde Vaterrolle. Daß sie auch in Form von Kompetenzgewinnen für ihren Beruf davon profitieren, zeigt Abbildung 33.

Die Kompetenzgewinne und damit auch ihre Nutzenanwendung im Beruf sind aller-

dings im Vergleich zu den Müttern (vgl. hierzu Abbildung 30) deutlich niedriger. Dies hängt unmittelbar mit dem unterschiedlichen zeitlichen Engagement von Müttern und Vätern zusammen. So werden in den von uns befragten Münchener Initiativen 74% der Gesamtstundenzahl pro Monat von den Müttern erbracht, gegenüber 26% bei den Vätern. Dieses Verhältnis von etwa 3:1 wird auch von den unabhängig davon befragten Trägern bestätigt. Nach ihren Angaben leisten die Frauen durchschnittlich 77% der Arbeit in den Initiativen, die Männer nur 23%. Der Unterschied zeigt sich auch in der durchschnittlichen Stundenzahl pro Monat: Die Mütter arbeiten durchschnittlich etwa 13 Stunden mit, die Väter knapp 7 Stunden. Diese Differenz ist nur zu einem geringen Teil auf die unterschiedliche Erwerbsstruktur der Mütter und Väter zurückzuführen. So wäre z. B. zu erwarten gewesen, daß die Mütter deshalb mehr Zeit in die Initiativarbeit investieren können, weil sie in weit geringerem Umfang als die Väter Vollzeit arbeiten. Es zeigt sich jedoch, daß dieser Unterschied auch dann besteht, wenn beide - Mütter und Väter - voll-erwerbstätig sind: Die Mütter arbeiten in diesem Fall im Durchschnitt 11 Stunden, die Väter 6 Stunden.

Doch für beide gilt, daß für den Umfang ihres zeitlichen Engagements vor allem die Motivation ausschlaggebend ist (s. Kap. 5.1). Sehr gut läßt sich dies am Beitrittsmotiv „Kontakt zu anderen Eltern“ demonstrieren, das bei den Vätern die höchsten Zustimmungswerte erhielt. Wenn wir dieses Motiv mit der Arbeitszeit der Väter kombinieren, erhalten wir folgendes Bild: So arbeiten Väter, die den Kontakt zu anderen Eltern für sehr wichtig halten und die sich ihre Arbeitszeit weitgehend nach eigenen Bedürfnissen einteilen können, im Monat durchschnittlich etwa 14 Stunden mit. Väter, für die dieses Motiv ebenfalls sehr wichtig ist, die aber ihre Arbeitszeit nicht frei einteilen können, arbeiten dagegen nur etwa 9 Stunden mit. Die positive Bewertung dieses Motivs sowie die größere Arbeitszeitsouveränität führen zu einem deutlichen Anwachsen der Mitarbeit in der Initiative (vgl. Abbildung 34). Bei der Gruppe derjenigen Väter, für die dieses Beteiligungsmotiv nicht so wichtig ist, fällt die Wachstumskurve etwas flacher aus; d.h. die größere Arbeitszeitsouveränität führt nicht zu einem wesentlich größeren zeitlichen Engagement in der Initiative. Deutlich geht aus der Abbildung auch hervor, daß die „hochmotivierten“ Väter mehr Zeit in die Initiativen investieren als die weniger mo-



tivierten, und zwar unabhängig davon, wie sie sich ihre Arbeitszeit einteilen können.

Daß für diese Väter der Kontakt zu anderen Eltern eine zentrale Rolle spielt, spricht für ihr generelles Engagement in Familienbelangen. Allerdings engagieren sie sich – relativ gesehen – stärker auf Elternabenden und bei der pädagogischen Mitgestaltung, Aktivitäten, die nach unseren Analysen den größten Einfluß auf den Kompetenzgewinn und seine Nutzanwendung im Beruf ausüben. Einerseits könnte man sagen, die Väter picken sich den „besseren Teil“ der Arbeit in Initiativen heraus, sie putzen wenig bis kaum, ebenso kochen sie wenig bis kaum. Andererseits werden hier die Stereotypen durchbrochen, daß Männer weniger kommunizieren und sich weniger in Beziehungsprozesse einlassen.

Damit kann festgehalten werden, daß das Engagement in Familienselbsthilfeinitiativen nicht dequalifiziert, sondern weiterqualifiziert. Übersetzt man diesen subjektiven Kompetenzgewinn in eine lebensphasenbezogene Betrachtung, dann könnte z.B. der Erziehungsurlaub der Väter in Verbindung mit einer Initiativtätigkeit aus Sicht des Arbeitgebers ein für ihn kostenloser „Qualifikationsurlaub“ sein – mit einem Gewinn für beide Seiten. Hierfür fehlt es allerdings noch an einem entsprechenden Bewußtsein, sowohl auf Seiten der engagierten Väter als auch auf Seiten der Unternehmen. Dazu würde auch die öffentliche Anerkennung im Bildungs- und Beschäftigungssystem gehören, bzw. die Anerkennung der durch Erfahrungslernen erworbenen Kompetenzen als gleichwertige Qualifikationen, wie sie z.B. in formalen Bildungsprozessen vermittelt werden. Die gegenwärtige Debatte über das informelle Lernen und den informellen Qualifikationserwerb könnte hier

einen Beitrag leisten, diese Anerkennung zu beschleunigen.

Da zunehmend mehr auch bei Männern Biographiebrüche im Erwerbsleben durch Arbeitslosigkeit, Berufswechsel usw. stattfinden, wird der Kompetenzerwerb durch die Arbeit in Initiativen oder im Ehrenamt immer wichtiger. Die Erweiterung des Blickfelds auf andere ehrenamtliche, gemeinnützige Tätigkeiten, in denen eine Kompetenzentwicklung stattfindet, könnte mit dazu beitragen, nicht nur vorhandene Kompetenzen zu erhalten, sondern auch neue hinzuzugewinnen und somit den Einstieg in das Arbeitsleben zu erleichtern oder den wechselnden Anforderungen des Berufslebens besser gerecht zu werden. Projekte, die diese Thematik aufgreifen, wie z.B. „Lernen im sozialen Umfeld – Kompetenzentwicklung im Auf- und Ausbau regionaler Infrastruktur“ (Hartmann 1999), weisen in eine solche Richtung.

Noch lebt unsere Gesellschaft zweigeteilt nach dem geschlechtsspezifischen Muster, daß die einen kontinuierlich voll-erwerbstätig sind, während die anderen, die sich einer bestimmten Zeit der Erziehung der Kinder widmen, demgegenüber benachteiligt sind – insbesondere, wenn es um die Rückkehr in den Beruf oder um den Anschluß im Beruf geht. Erst wenn akzeptiert wird, daß ein langes Leben sinnvollerweise auch als Patchwork oder als Kette unterschiedlicher Tätigkeiten gelebt werden kann, wird sich die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht mehr in dieser Schärfe stellen (Berttram 1997). Vereinbarkeit würde dann bedeuten, in der Arbeitswelt strukturell Raum zu schaffen, daß flexiblere Muster der Berufspartizipation von Frauen und Männern ebenso wie die der Familienpartizipation möglich sind. Ein Blick auf die Kompetenzen, die in der Arbeitswelt als

Schlüsselqualifikationen immer häufiger nachgefragt werden und die in der Familie und in familiennahen Tätigkeiten erworben werden, könnte hierbei sehr hilfreich sein. Die Entwicklung und die inzwischen erfolgreich abgeschlossene Erprobungsphase des Audits „Beruf und Familie“, wo eine Art ISO-Norm für Familienfreundlichkeit zugrunde gelegt wurde, ist ein erster Schritt in diese Richtung (Gemeinnützige Hertie-Stiftung 1999).

5.4.7 Familienselbsthilfe enthält auch Potentiale für den dritten Sektor – ein Beispiel zur Weiterentwicklung der Dienstleistungsgesellschaft

Familienselbsthilfe bedeutet nicht nur Kompetenzerwerb, sondern vor allem und in erster Linie auch Entlastung und Unterstützung für die Eltern, die sich dort engagieren aber auch für Eltern aus der Nachbarschaft, bzw. aus dem erweiterten Umfeld der Initiativen. Die Mütterzentren sind hierfür ein gutes Beispiel, da ihre Angebote der ganzen Nachbarschaft, bzw. dem Stadtteil zur Verfügung stehen. Das Spezifische der Mütterzentren dabei ist die Gleichzeitigkeit von leben, lernen, lehren und arbeiten. Das kann heißen, in einem für alle offenen Cafébetrieb ganz unverbindlich vorbeizuschauen und vielleicht ein Gespräch mit anderen Müttern zu führen, woraus sich eine lebenspraktische Beratung über einen aktuellen Familienkonflikt ergeben kann. Dazu gehört auch ein flexibles Kinderbetreuungsangebot, das auch stundenweise genutzt werden kann, ein Second-Hand-Shop, das Angebot von unterschiedlichen Kursen und Veranstaltungen und schließlich die Möglichkeit, das Zentrum nicht nur „passiv“ zu nutzen, sondern auch gegen ein geringes Honorar mitzuarbeiten. Inzwischen haben sich die Dienstleistungsangebote der Mütterzentren sehr ausdifferenziert (vgl. Tabelle 5). Die Angebote lassen sich in

Mutter-Kind-bezogene Dienstleistungen wie Stillgruppen, stundenweise Kinderbetreuung, Mini-Kindergarten, Krabbelgruppen, Mutter-Kind-Gruppen zusammenfassen, die vor allem von jüngeren Müttern mit Kindern im Alter von 2-3 Jahren genutzt werden (69,2%). Längere und regelmäßige Kinderbetreuungsangebote werden von fast jeder zweiten Mutter genutzt (48,6%). Das Gleiche gilt für Weiterbildungskurse und Fortbildungsveranstaltungen (50,3%). Hierzu gehören u.a. Themen, wie Sprachen, Gesundheit, Ernährung und Computer. Aber auch ganz konkrete praktische Dienstleistungen für die Familie wie Haare schneiden, Fahr- und Einkaufsdienste, Kosmetik und Massage sind sehr nachgefragt. Sehr beliebt (mit fast 73%) sind die in das Mütterzentrum integrierten Second-Hand-Shops, wo man günstig Kleidung für sich und die Kinder einkaufen kann oder wo man selbst Kleidung anbietet.

Das derzeitige Angebot in den Zentren reicht allerdings nicht aus, die Nachfrage nach noch mehr Dienstleistungsangeboten ist groß. So wünschen sich 60% der Befragten insgesamt mehr Dienstleistungsangebote, besonders in den Bereichen von Fortbildung, Kommunikation und Kinderbetreuung – und dies, obwohl die Kinderbetreuungsangebote schon sehr ausdifferenziert sind. Das neue Projekt des Mütterzentrums Salzgitter „alles unter einem Dach“ wurde für die Expo 2000 ausgewählt und bietet das im Augenblick ausdifferenzierteste Dienstleistungsangebot für die Nachbarschaft an. Es setzt sich zusammen aus einer Caféstube als Treffpunkt für die ganze Nachbarschaft, einem Kinderzimmer mit offenen Angeboten für Kinder in Begleitung ihrer Mütter und Väter, einem Spielkreis für Mütter und Kleinkinder, einem Kinderhaus, in dem ein altersgemischtes Betreuungsangebot für Kinder von einem bis zwölf Jahren ange-

boten wird, einem Altenservice, einer ambulanten Betreuung und Pflege für zu Hause, einer Alten-Tagesbetreuung und Pflege im Zentrum, einem Stadtteilservice, der Mittagstisch, Wäsche, Reparaturen, Beratung und Information anbietet, einer Ladenzone zum Einkaufen, einem Arbeitskreis für Frauen, die politisch engagiert sind, einer Fort- und Weiterbildung für alle Frauen, die beruflich weiterkommen wollen und dies alles im Rahmen von mütterfreundlichen Arbeitsplätzen (SOS Mütterzentrum Salzgitter 1998). Das hessische Mütterbüro ein „Dienstleistungs-

xikon der hessischen Mütterzentren“ zusammengestellt (Stiefmütterchen 1997), in dem alle Dienstleistungsangebote der hessischen Mütter- und Familienzentren aufgelistet sind. Dabei wurde deutlich, dass diese Arbeiten nicht allein auf ehrenamtlicher Basis zu bewerkstelligen sind, sondern eine angemessene Bezahlung brauchen. Die bisherige Lösung – Finanzierung der geringen Honorare bzw. der geringfügigen Beschäftigung über öffentliche Mittel - ist auf die Dauer nicht befriedigend. Zumal die Finanzierung nur einen kleineren Teil abdecken kann und

Tab.: 5 Nutzung der Dienstleistungsangebote und Serviceleistungen in Mütterzentren nach Altersgruppen

Angebote	Altersgruppen der Mütter			
	25-30	31-40	über 41	Insgesamt
	Jahre	Jahre	Jahre	
Prozent (Mehrfachnennungen)				
Fahrdienste	7,7	3,0	13,6	5,0
Einkaufsdienste	./.	2,3	13,6	3,3
Friseur	23,1	24,8	4,5	22,1
Second-Hand	69,2	73,7	72,7	72,9
Mittagstisch	50,0	51,9	40,9	50,3
Kosmetik + Massage	3,8	12,0	22,7	12,2
Hausaufgabenhilfe	3,8	6,0	9,1	6,1
SchülerInnencafe	./.	3,0	4,5	2,8
Sport	23,1	30,1	31,8	29,3
Altenbetreuung	./.	0,8	13,6	2,2
Babysitting	38,5	46,6	45,5	45,3
Tagesmüttervermittlung	23,1	28,6	45,5	29,8
Nähen, Bügeln	15,4	17,3	13,6	16,6
Kurse (Musik, Basteln, Malen u.ä.)	23,1	27,1	27,3	26,5
Beratung	7,7	12,0	9,1	11,0
Weiterbildung/Fortbildung	15,4	59,4	36,4	50,3
Meditation	30,8	18,0	18,2	19,9
Kinderbetreuung	42,3	48,1	59,1	48,6
Frauenarbeitsgruppen	19,2	23,3	22,7	22,7
Abendveranstaltungen	7,7	14,3	22,7	14,4
Dienstleistungen für Familie und Kinder	73,1	66,2	54,5	65,7
Sonstige Angebote	69,2	59,4	40,9	58,6

Ergebnis der schriftlichen Befragung der Mütter auf dem Bundeskongreß (N=201).

nach wie vor ein hoher Einsatz von ehrenamtlichen Engagement notwendig ist. Die meisten dieser Dienstleistungen werden vor allem von Familien mit kleinen Kindern nachgefragt, weil finanziell erschwinglich. Ein Ausbau dieser familien-nahen Dienstleistungsangebote ohne öffentliche Zuschüsse würde allerdings zu Lasten der eher einkommensschwachen Familien führen, so dass die Lösung nur in einer stärkeren finanziellen Unterstützung durch die Öffentliche Hand liegen kann. Hinzu kommt, dass die Dienste in den Mütterzentren vermehrt von Müttern angeboten werden, deren Familieneinkommen monatlich maximal DM 2.000.- oder weniger beträgt. Das heißt, dass die Mitarbeit im Zentrum insbesondere für die einkommensschwächeren Mütter ein wichtiger Zuverdienst zu dem Familienbudget ist.

Die besondere Qualität der Dienstleistungen korrespondiert mit der besonderen Qualität der Arbeitsbedingungen, auf die schon weiter oben hingewiesen wurde (s. Kap.3.2 und Kap.5.3). Die Arbeit geschieht miteinander und füreinander in einem überschaubaren Rahmen. Der Prozess der dabei abläuft und wie sich die beteiligten Menschen dabei fühlen, ist ebenso wichtig wie das Ergebnis. Die sozialen Dienstleistungen sind nicht an strukturelle Sachzwänge wie bei Institutionen gebunden, sondern an Menschen orientiert. Dabei werden die Aktivitäten weniger über Geldverdiensten definiert, als von der persönlichen Lebens- und Familiensituationen der Mütter: Kommunikation, Freundschaft, Trost, Verständnis, Bestätigung, Entlastung, aber auch Weiterentwicklung der eigenen Person (Jaeckel 1998).

Diese Formen von Dienstleistung entsprechen genau den Forderungen, die in jüngster Zeit immer häufiger in der öffent-

liche Diskussion zu hören sind, nämlich dass bei personenbezogenen und sozialen Dienstleistungen verstärkt der Konsument als Koproduzent einbezogen werden soll. Gerade von diesen personenbezogenen Dienstleistungen, die außerhalb des Markt-Preis-Systemes erbracht werden, wird ein anhaltendes Wachstum erwartet, von dem erhebliche Beschäftigungsimpulse ausgehen (Badura/Evers/Hungeling 1996). In den Leitbildern für das zukünftige Sozial- und Gesundheitswesen wird deutlich gemacht, dass die Wirksamkeit und Effizienz personenbezogener Dienstleistungen von der geleisteten Solidarität der Bürgerinnen und Bürger untereinander abhängt und keinesfalls nur von der Höhe der Bezahlung. Die Förderung einer solidarischen Kultur und gegenseitiger Unterstützung sollte letztlich das Hauptziel sozialstaatlicher Bemühungen sein (Badura/Evers/Hungeling 1998). Die Mütterzentren ebenso wie die anderen Familien-selbsthilfeinitiativen wären hierfür ein lohnendes Beispiel.

5.4.8 Das Verhältnis von Laien und Professionellen

Bei den hier vorgestellten Selbsthilfeinitiativen stellt sich die Frage, wo die Schnittstellen zu den Angeboten von professionellen Dienstleistungen liegen? Einerseits könnte argumentiert werden, dass die aus der Selbsthilfe kommenden Angebote zwar bedürfnisorientiertere, beteiligungsorientiertere und kleinräumigere Angebote sind, aber nur in Ergänzung zu den professionellen Hilfesystemen zu sehen sind. Dies ist auch die offizielle Sprachregelung, wobei aber verkannt wird, dass durch die Existenz solcher Familien-selbsthilfeinitiativen – zwar nicht in toto – die Hilfesysteme mit ihren bürokratisierten und professionalisierten Strukturen auf den Prüfstand kommen. Das zeigt sich vor

allem am Beispiel des öffentlichen Kinderbetreuungsangebots.

„Bedarfsorientierung und Vielfalt“ sind Stichworte, die in der pädagogischen Diskussion ein Ringen nach passenden Konzepten, die diesen Ansprüchen entsprechen, ausgelöst hat. Aus Sicht der Elternbedürfnisse sind sie aber noch in keiner Weise zufriedenstellend gelöst, ganz im Gegenteil, die Familienbelange werden in bezug auf zeitliche Flexibilität, pädagogische Mitwirkungsmöglichkeit, veränderte Rahmenbedingungen mehrheitlich nicht in dem gewünschten Maß berücksichtigt. Sie können auch nicht berücksichtigt werden, da hier ein verregelt System weitgehende Mitbestimmungs- und Mitbeteiligungsformen ausschließt. Würde der Familie eine ernstzunehmende Kooperationsfunktion eingeräumt, dann würde sie das gewachsene System von Zeitstruktur, professionellem Wissen und hierarchischen Strukturen in Frage stellen. Bisher hatte Familie keine ernsthafte Chance, gegen die Dominanz und die Eigenlogik von anderen Institutionen zu bestehen (Gerzer-Sass 1996).

Initiativen aus dem Familienselbsthilfebereich haben Kinderbetreuungsformen entwickelt, die den Forderungen nach Bedarfsorientierung und Vielfalt entsprechen. So haben die Mütterzentren mit ihrer stundenweise, flexiblen Kinderbetreuung ein Angebot entwickelt, das genau der immer differenzierter werdenden Nachfrage seitens der Eltern entspricht. Hierzu gehören z.B.: Krabbelgruppen, Mutter-Kind-Gruppen, Miniclubs, Mini-Kindergärten, Spielkreise, Vorkindergärten, Maxiclubs, Vorschulgruppen, Clubs für Kinder ohne Kindergartenplatz. Zwei Drittel der bestehenden Mütterzentren haben bereits solche Angebote, wenn auch nicht immer so ausdifferenziert (Hönigschmid 1995). Mütterzentren wie Salz-

gitter, Darmstadt und Langen bieten Ganztageskinderbetreuung mit hochflexiblen Konzepten an, wie z.B. das Platz-Sharing-Konzept in Darmstadt (Gerzer-Sass 1994). Aber auch die Elterninitiativen haben als Träger die Möglichkeit, die zeitliche Flexibilität und die pädagogischen Angebote nach den Bedürfnissen der Eltern in Absprache mit den angestellten professionellen Kräften zu gestalten.

In all diesen Fällen arbeiten auch sog. Laiinnen mit Kindern, häufig in Kooperation mit pädagogischen Fachkräften. Der Begriff des Laien ist in Abgrenzung zu einer fachlich-pädagogischen Ausbildung zu sehen, wiewohl dies oft auch nicht immer ganz zutrifft, denn gerade in den Mütterzentren oder auch in Elterninitiativen trifft man öfter auf Berufe wie Psychologin und Lehrerin oder auf Berufe aus anderen sozialen Bereichen. So ist unter dem Begriff Laienarbeit oft ein ähnlich qualifiziertes oder z.T. noch höher qualifiziertes Berufsfeld zu finden. Entscheidend dabei ist aber, dass das Fachwissen dabei nicht im Vordergrund steht, sondern das Alltags- bzw. Erfahrungswissen aus der eigenen Lebenssituation. Daher sprechen die Mütterzentren z.B. nicht von Laiinnen, sondern von Praxisexpertinnen, was ihrem Aufgabenfeld eher entspricht. Untersuchungen über den Vergleich der Qualität und Wirksamkeit von Laienhelfern im Vergleich zu professionellen Kräften ergaben: Laienhelfer arbeiten im allgemeinen ebenso wie professionell ausgebildete Sozialarbeiter manchmal besser, selten schlechter (Müller-Kohlenberg 1988).

In den Initiativen, in denen Praxisexpertinnen mit professionellen Kräften in einem Team zusammenarbeiten, wie z.B. bei den Kinderbetreuungsangeboten in den Mütterzentren Salzgitter und Darm-

stadt, ist insbesondere bei Darmstadt festzuhalten, dass keineswegs die Fachlichkeit ganz ersetzt werden kann und soll. Es geht hierbei um Ergänzungen von Fähigkeiten, aber auch um andere Sichtweisen. Hierzu die Aussage einer Fachkraft, die stellvertretend steht: „Es ist unglaublich, was Honorarkräfte, nicht so vom Kopf her gesteuert, sondern mehr spontan richtig machen, sie bringen etwas mit, was wir in unserer Ausbildung nicht vermittelt bekommen, nämlich Sicherheit im Umgang mit Flexibilität und im Umgang mit Erwachsenen (Gerzer-Sass 1995). Durch gemeinsame Teamfortbildungen wird ein Qualifizierungsprozess in Gang gesetzt, der dabei hilft, mit den unterschiedlichen Sicht- und Arbeitsweisen als Team produktiv arbeiten zu können. Strukturelle Unterschiede bleiben, wie z.B. die Arbeitnehmerposition der Fachkraft in bezug auf Arbeitszeit, ihr Interesse ‚einen Job auszuführen‘ im Vergleich zu dem freiwilligen Engagement der „Laiinnen“, die auf Honorarbasis arbeiten. Dass dies nicht ohne Konflikte bleibt und auch in der Konfliktbewältigung einer Unterstützung bedarf, liegt auf der Hand.

Auch die Struktur der Elterninitiativen, wo die Elterngruppe als Arbeitgeber gegenüber den Fachkräften fungiert, ist nicht frei von Konflikten. Das zeigt sich auch darin, dass sich z.B. 80% der Münchner Elterninitiativen Beratung und Unterstützung bei den hierfür zur Verfügung stehenden Beratungsträgern holen, allerdings häufig (bei 40%) erst sehr spät. Das heißt, dass Initiativen ein kontinuierliches Beratungsangebot brauchen, um auch Konfliktsignale frühzeitig zu erkennen.

Damit lebt die Familienselbsthilfe im Spannungsfeld der eigenen Ansprüche, trotz zunehmend ausdifferenzierter Dienstleistungsangebote den basisdemokratischen Ansatz nicht zu verlieren. Ihrer

eigenen Einschätzung nach scheint den Elterninitiativen als auch den Mütterzentren das Experiment der Basisdemokratie – inklusive der Lösung von Konflikten – durchaus zu gelingen. Durch diese erfolgreichen Ansätze, z.B. in der Kinderbetreuung mag der Eindruck entstehen, dass Selbsthilfe Professionalität in der Kinderbetreuung ausgrenzt oder gar verdrängt. Im Sinne der Qualitätsdebatte muss auch in der Tat neu gefragt werden, welche professionelle Kompetenzen in der Kinderbetreuung sinnvoll, erforderlich und unabdingbar sind und welche fehlen. Gerade die von den Familien geforderten vielfältigen Angebote bedürfen auch einer Vielfalt von Kompetenzen. Selbsthilfe bringt unbestreitbar eine eigene Qualität in die Kinderbetreuungsszene, die nur begrenzt über Professionalität erreichbar ist. Für verbesserte Angebote im Kinderbetreuungsbereich - bezogen auf Rahmenbedingungen und pädagogische Inhalte – ist ein inhaltliches Zusammenspiel von Institution und Selbsthilfe wünschenswert.

Diese Forderung gilt im Grunde auch für andere soziale Dienste, in deren Feld sich Selbsthilfe etabliert hat. Es wäre eine Vergeudung von innovativen Ressourcen, Dienste aus der Selbsthilfe nur dem professionellen institutionellen System beizuw. nebenzuordnen und nicht die Chance zu ergreifen, die Struktur und Inhalte der sozialen Hilfesysteme selbst zu hinterfragen, und zwar aus Qualitäts- und nicht aus Spargründen.

Exkurs: Nutzen-Kosten-Überlegungen zur Familienselbsthilfe

Ziel der Nutzen-Kosten-Untersuchungen im Rahmen unseres Projektes war es zum einen, die unbezahlte Arbeit von in der Familienselbsthilfe engagierten Eltern zu bewerten, zum anderen sollten Kompetenzgewinne („empowerment“) identifiziert, in weiteren Schritten quantifiziert (vgl. Kap. 5.2) und schließlich in monetarisierender Weise bemessen werden.

Daß unentgeltlich geleistete Arbeit immer wieder unterbewertet worden ist, hängt unter anderem damit zusammen, daß informelle Arbeiten ökonomisch nicht als Arbeit, sondern als Konsum qualifiziert werden; folglich findet der Wert an Gütern und Dienstleistungen, der in und von privaten Haushalten, in der Nachbarschaft, in ehrenamtlicher Arbeit sowie in Selbsthilfegruppen (wie z. B. die Kinderbetreuung, die Pflege von Kranken und Behinderten, die tägliche Verpflegung, handwerkliche Tätigkeiten usw.) erwirtschaftet wird, bei der Berechnung der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung keine Berücksichtigung. Als Ergänzung zur ‚Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung‘ wurden daher auch vom Statistischen Amt der Vereinten Nationen hierzu neue Richtlinien erarbeitet und entsprechende Satellitensysteme zur Erfassung dieser unentgeltlichen Produktion eingeführt.⁹⁸

Aufgrund der 1991/92 vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern der Länder durchgeführten Zeitbudgeterhebung⁹⁹ konnte

⁹⁸ Vgl. Dieren 1995: 59; zur Konzeption von Satellitensystemen s. Statistisches Bundesamt (1988).

⁹⁹ Für die Zeitbudgeterhebung wurden im Bundesgebiet in 7.200 Haushalten Personen ab zwölf Jahren mit deutscher Bezugsperson nach ihrer täglichen Zeitverwendung befragt (vgl. Statistisches Bundesamt 1996: 259).

erstmalig der Umfang der durch das ehrenamtliche Engagement geleisteten unbezahlten Arbeiten ermittelt werden. Für 1992 ergab sich für das gesamte Bundesgebiet ein Jahresvolumen von 95,5 Mrd. Stunden an unbezahlter Arbeit; die „vorsichtige Bewertung“ dieser nichtmarktlichen Transaktionen mittels Schattenpreisen ergab ein Bruttowertschöpfungspotential von über einer Billion DM (Statistisches Bundesamt 1995a: 22)!

Mit Hilfe unserer Berechnung sollen die außerhäuslich erbrachten Leistungen privater Haushalte in einhundertfünf Münchner Eltern-Kind-Initiativen (EKI)¹⁰⁰ sichtbar gemacht werden; vor dem Hintergrund, daß Frauen die mehrheitlichen Produzentinnen dieser Tätigkeiten sind, wird zudem durch den monetarisierten Nachweis des unentgeltlichen Erwerbs ihrer bisherigen „statistischen Diskriminierung“ entgegengewirkt.

¹⁰⁰ Um Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurde folgende Auswahlkriterien festgelegt: - wöchentliche Öffnungszeiten: mindestens 20 Stunden; - Kontinuität des Angebots: mindestens ein Jahr Bestand; - organisatorische und konzeptionelle Vorgaben: Orientierung an den Bedürfnissen von Eltern und Kindern; - Anstellung und Zusammenarbeit von und mit festem Personal; - Rechtsstatus: eingetragene Vereine; - Besitzstand: angemietete Räume. Aufgrund dieser Kategorien wurden 105 von insgesamt 139 bestehenden Eltern-Kind-Initiativen (EKI) ausgewählt. Es sind ausnahmslos Initiativen, die durch das Sozialreferat der Stadt München gefördert werden. Folglich wurden EKI, die nach dem bayerischen Kindergartengesetz bzw. nach dem Konzept „Mittagsbetreuung an Schulen“ arbeiten, nicht berücksichtigt. Die ausgewählten EKI gliedern sich in 1. Sechs betriebsnahe EKI, die Kinder von 1-12 Jahren betreuen (sie erhalten alle die Regelförderung über das Jugendamt); 2. Zwölf Hort-EKI, die nur Schulkinder (6/7 bis 12 Jahre alt) betreuen (drei EKI erhalten die Selbsthilfeförderung, neun die Regelförderung); 3. 87 Betreuungs-EKI, die Kinder von 1-12 Jahren betreuen (davon erhalten neun die Selbsthilfeförderung, 78 die Regelförderung). Die ausgewählten EKI stellen ein Angebot von 1595 Betreuungsplätzen zur Verfügung. Sie beschäftigten ca. 300 Personen mit sozialversicherungsrelevanten festen Arbeitsverträgen bzw. mit Arbeitsverträgen auf der Basis der geringfügigen Beschäftigung.

Modellrechnung I: Ökonomische Bewertung von Elternarbeit

Um einen direkten Vergleich mit der formellen Wirtschaft zu ermöglichen, wurde als Leistungsindikator nicht das Ergebnis der Tätigkeiten, sondern die zur Leistungserstellung eingesetzte Ressource ‚Arbeitszeit‘ gewählt. In unserer Erhebung wurden die unbezahlten Arbeiten nach verschiedenen Tätigkeitsbereichen erfaßt.

So konnte für das zeitliche Engagement der Eltern derjenigen Initiativen, die uns geantwortet hatten (Plätze in EKI mit Rücklauf: 908 = 56,9%), ein monatlicher Umfang von 9.229 geleisteten Stunden ermittelt werden (vgl. Tabelle 6).

Tab. 6: Zeitliches Engagement der Eltern von ausgewählten Eltern-Kind-Initiativen (EKI) in München (1997)

Tätigkeitsbereiche	Stunden/ Monat
Verwaltung	1.525
Elterndienst	1.326
Pädagogische Mitgestaltung	642
Hauswirtschaftliche Arbeiten	1.928
Organisation	977
Sonstige Tätigkeiten	705
Elternabende	2.126
Gesamt	9.229

Da nicht jede Minute der Teilnahme an einer EKI produktiv im Sinne von Tätigkeiten, die auch von anderen hätten ausgeführt werden können, verbracht wird, wurde die Mitarbeit entsprechend des international gebräuchlichen Dritt-Personen-Kriteriums gewichtet; im Durchschnitt ergab sich ein Verhältnis von 3 zu 4 zwischen der produktiv eingesetzten Arbeitszeit und dem gesamten zeitlichen Enga-

Tab. 7: Jahresarbeitsleistung der Eltern von ausgewählten Eltern-Kind-Initiativen (EKI) in München (1997)

Tätigkeitsbereiche	Stunden/ Jahr
Verwaltung	26.788
Elterndienst	23.293
Pädagogische Mitgestaltung	5.639
Hauswirtschaftliche Arbeiten	33.867
Organisation	15.446
Sonstige Tätigkeiten	6.192
Elternabende	11.204
Gesamt	122.429

gement. Multipliziert mit dem somit festgelegten Produktivitätsfaktor (Durchschnittswert: 0.75519) erhielten wir den Anteil der produktiven Stunden (gerundet 6970), die wir dann auf die Grundgesamtheit (1595 Betreuungsplätze) hochrechneten (Faktor 1,756). Da über das Jahr verteilt in den EKI unterschiedlich lange Öffnungs- und Schließzeiten praktiziert werden, sind wir einheitlich von einem zehnmonatigen Betriebsjahr ausgegangen. Wir erhalten dann als Produkt eine Jahresarbeitsleistung von 122.429 Stunden der 105 EKI für das Jahr 1997 (vgl. Tabelle 7).

Der Schritt zur Monetarisierung dieser Leistungen gelingt nun über die Hereinnahme der zuvor genannten „dritten Personen“ in unsere Modellrechnung. Entsprechend der Tätigkeitsbereiche könnten diese Dienstleistungen von Erzieherinnen, Pädagoginnen, Hauswirtschaftlerinnen etc. übernommen werden. Als Grundannahme gilt, daß die unbezahlte Arbeit in einer Selbsthilfe-Einrichtung gegenüber der bezahlten Arbeit dieser professionellen Kräfte gleich wirksam ist; d.h. eine Stunde ‚Kinderbetreuung‘ durch die Eltern bedeutet die gleiche Leistung wie sie durch ausgebildete Erzieherinnen er-

bracht werden würde. Aufgrund dieser (unterstellten) Gleichwertigkeit der Dienstleistungen können die von Eltern als Laien geleisteten Stunden äquivalent zum professionellen Stundenlohn bewertet werden. Die Äquivalenzeinstufung erfolgte nach der Eingruppierung der jeweiligen Berufsgruppen im öffentlichen Dienst.¹⁰¹ Dabei wurde berücksichtigt, wieviel das jeweilige potentielle Personal hätte arbeiten müssen, um die entsprechenden Arbeitsstunden - je nach Tätigkeitsbereich - der Eltern zu substituieren.

Tab. 8: Monetarisierung der Jahresarbeitsleistung der Eltern von ausgewählten Eltern-Kind-Initiativen (EKI) in München (1997) nach Äquivalenzeinstufung

Tätigkeitsbereiche	DM
Verwaltung	929.544
Elterndienst	675.497
Pädagogische Mitgestaltung	173.681
Hauswirtschaftliche Arbeiten	1.043.104
Organisation	447.934
Sonstige Tätigkeiten	179.568
Elternabend	345.083
Gesamt	3.794.411

Die monetäre Bewertung der Elternarbeit in allen 105 Initiativen ergab somit eine Summe von 3.794.411 DM (vgl. Tabelle 8). In dieser Höhe entstände für die Stadt München ein zusätzlicher, finanzieller Aufwand, wenn die von den Eltern erbrachten Dienstleistungen durch angestelltes Personal geleistet werden müssten. Durch die Förderung von EKI werden Betreuungsplätze für Kinder ermöglicht, die ansonsten die Kommune bereitstellen müsste. Entsprechend des - dieser Modellrechnung zugrundegelegten - Vermeidungskostenansatzes entsteht der Ge-

¹⁰¹ Die Kosten pro Arbeitsstunde bewegen sich je nach Gehaltsgruppe zwischen 29 DM und 34,70 DM

meinde ein Gewinn im Sinne vermiedener Kosten respektive in Form zukünftiger Einsparungen.

Da die Stadt München im Jahre 1997 die ausgewählten EKI mit 12 154 000 DM bezuschußt hatte und als Personalkostenäquivalent - wie gezeigt - 3 794 411 DM „erwarb“, läßt sich pro 100 DM Zuschuß ein durch die unbezahlte Elternarbeit angestoßener Mehrwert von 31 DM bestimmen.

Modellrechnung II: Kompetenzgewinn als monetärer Wert

Der Wunsch nach einer selbstbestimmten Gestaltung der Kinderbetreuung war mit 73% das am häufigsten genannte Motiv für die Gründung einer EKI. Dieses Mitwirkungsjunktum findet seinen Ausdruck in dem hohen Beteiligungsgrad (84%) der Eltern und einem durchschnittlichen zeitlichem Engagement von mehr als 10 Stunden monatlich (Mütter durchschnittlich 13, Väter durchschnittlich 7 Stunden; 74% der Gesamtstundenzahl wurde von Müttern erbracht), die sie unentgeltlich in die selbstorganisierte Einrichtung investieren. Die individuelle Eigenleistung der Eltern beruht auf ihrer erlebten Kompetenz und entfaltet sich in der gemeinschaftlichen Hilfeleistung („Laien-mit-Laien“-Prinzip). Durch die aktive Aneignung dieses Gestaltungsvermögens wird der Prozeß des Empowerments gekennzeichnet.

Um die erlernte Kompetenz zu messen, wurden die Eltern in der Stichprobe nach dem Lerneffekt von zwanzig aufgeführten Fähigkeiten (drei Merkmalsausprägungen: „einiges“, „sehr viel“ oder „nichts“) sowie deren Transformation in familiären, beruflichen und öffentlichen Tätigkeitsfeldern befragt. Die Eltern konnten den Kompetenzerwerb als subjektiven Wert eines realisierten bzw. erfahrenen Nutzens be-

urteilen. Die Ergebnisse dieser evaluativen Bewertungen wurden mittels einer Faktorenanalyse unter dem übergeordneten Faktor ‚Kommunikative Kompetenzen‘ „gebündelt“¹⁰²; danach hatten 69% der Mütter angegeben, etwas (genauer: „einiges“ oder „sehr viel“) dazugelernt zu haben. Diese Quote wurde auf die Zahl der Eltern aller Initiativen bezogen: Es ergab sich durch diese Hochrechnung, daß 1682 Eltern potentiell einen Kompetenzzuwachs durch ihre Mitarbeit in einer EKI erworben hatten.

Eine Aussage über die Qualität bzw. die Höhe des Nutzens ist aufgrund ordinal skalierten Meßwerte nicht möglich. Für ein Wirksamkeits-Kosten-Vergleich ist jedoch von einem Wirksamkeitsmaß auszugehen. Darum war es notwendig, den Zuwachs ‚kommunikativer Kompetenzen‘ in Abhängigkeit vom zeitlichen Engagement in der EKI zu betrachten.

Als unterste Grenze zur Erreichung eines Lerneffektes (= Wirksamkeit) wird von 13,5 Std. monatlicher Lernzeit ausgegangen. Dieser Wirkungsgrad diente als Parameter, um die Möglichkeiten, ‚kommunikativen Kompetenzen‘ andernorts zu erwerben, vergleichbar zu machen. D.h. in Kursangeboten von kürzerer Dauer können diese Kompetenzen nicht erworben werden. Da über die Effektivität des Lernens bzw. eines bestimmten Angebots keine Aussagen getroffen werden können, wurde desweiteren davon ausgegangen, daß bezüglich des Kompetenzerwerbs eine Arbeitsstunde in einer EKI denselben Nutzen (die gleiche Wirksamkeit) erbringt wie eine Kursstunde im Rahmen eines

¹⁰² Bortz (1993: 473): Je höher die Variablen miteinander korrelieren, desto ähnlicher sind die Informationen, die durch sie erfaßt werden, d.h. die Messung einer Variablen erübrigt bei hohen Variableninterkorrelationen weitgehend die Messung der anderen Variablen. ... Ausgehend von den Korrelationen zwischen den gemessenen Variablen wird eine „synthetische“ Variable konstruiert, die mit allen Variablen so hoch wie möglich korreliert.“

Fortbildungsangebots bei einem Träger öffentlich finanzierter Erwachsenenbildung.

Am Beispiel des Weiterbildungsangebots der Volkshochschule München wurde anhand der Ausschreibungen der Kursangebote zum Erwerb ‚kommunikativer Kompetenzen‘ jene Einheit ausgewählt, die die Zielerreichung Kompetenzerwerb mit demselben Wirkungsgrad „versprach“. Das ‚Kommunikationstraining‘ an der VHS setzt sich aus folgenden, für den Erwerb ‚kommunikativer Kompetenzen‘ adäquater Kurseinheiten zusammen: Neben dem ‚Kommunikationstraining‘ im eigentlichen Sinne, sind das „Schwierige Gespräche führen“, „Rhetorik, darin Block C: Sicher auftreten - Kommunikationsfähigkeit, und D: im Berufsleben“; „Der gute Draht zur Gruppe“, „Lust auf Nähe“, „Fair und selbstbewußt Konflikte meistern“, „Streßmanagement“, „Produktiv sein in der Gruppe“, „Persönliche Potentiale nutzen“, „Selbstsicherheitstraining“. Da diese Teilnehmerzahlen für diese Kurse begrenzt waren, musste ein Kursprogramm angenommen werden, das die Zahl aller Eltern aus EKI, die Kompetenzzuwächse erwerben, aufnehmen kann. Es ergab sich nach einer fiktiven Kursbelegung eine durchschnittliche Kursgebühr von 134 DM als Kosten einer adäquaten Fortbildung.

Modelltheoretisch - und realiter - nehmen die Eltern diese Kurse nicht in Anspruch, sondern qualifizieren sich im Rahmen ihrer Mitwirkung innerhalb der EKI weiter. So ergaben sich private wie öffentliche Einspareffekte. Das Volumen der privat eingesparten Fortbildungskosten (1682 x 134 DM) betrug 225.388 DM pro Monat für alle Münchner Elterninitiativen. Entsprechend dem Finanzdatenbericht der Stadt München für 1997 erhielt die Volkshochschule München als öffentlichen Zu-

schuß 155 DM pro Kursbelegung.¹⁰³ Der von den Eltern nicht beanspruchte öffentliche Zuschuß für die Kosten adäquater Fortbildung (1682 x 155 DM) betrug somit monatlich 260.710 DM.

Diese für die öffentliche Hand nicht anfallenden Vermeidungskosten sind dem öffentlichen Zuschüssen für EKI pro Monat (1.012.833 DM in 1997) gegenüberzustellen, will man den eigentlichen Wert der kommunalen Investition ermitteln.

Nach diesem Vermeidungskosten-Modell erhielt die Stadt München durch die Förderung von EKI einen Mehrwert von 26 DM pro 100 DM Zuschuß. Addieren wir die Ergebnisse beider Berechnungen zusammen, so erhielt die Kommune 1997 insgesamt einen Mehrwert von 57 DM pro 100 DM Zuschuß. Es konnte damit gezeigt werden, daß der in Eigenarbeit gewonnene Nutzen höher liegt als der Marktwert der hergestellten Güter.

¹⁰³ Stadt München (1997: 27).

6. Ausblick und Perspektiven

6.1 Zur Förderung von Familienselbsthilfe

Wir haben in unserer Evaluation der Familienselbsthilfe auch die Fragestellung verfolgt, welche Rolle die Förderbedingungen bei der Entwicklung von Selbsthilfe spielen, welche Förderpraxis sich als günstig für die Entfaltung des Selbsthilfepotentials von Familien erweist und welche Engpässe und Hindernisse dabei überwunden werden müssen¹⁰⁴.

6.1.1 Förderung von Familienselbsthilfe: in, neben oder versus der generellen Selbsthilfeförderung?

Familienselbsthilfe liegt, wie oben dargestellt, in der sozialpolitischen Diskussion und selbst in innovativen kommunalen oder landespolitischen Förderkonzepten im Schatten der generellen, insbesondere der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe. Es geht hier deshalb auch um die Frage, wie in oder neben der „allgemeinen“ Selbsthilfeförderung auch die Familienselbsthilfe quantitativ und qualitativ angemessen durch Förderung weiterentwickelt werden kann. Die inzwischen auch in den neuen Bundesländern breit ausgebaute und auf vielfältigen Mischfinanzierungen beruhende Infrastruktur an Kontaktstellen für Selbsthilfegruppen (mit über 400 Kontaktstellen bundesweit) ist für die Familienselbsthilfe, wie oben schon erwähnt, nur eher am Rande „zuständig“ und hilfreich. Das gilt noch ausgeprägter für das Netz

¹⁰⁴ In die folgenden Überlegungen gehen die Ergebnisse eines Workshops zur Finanzierung der Mütterzentren in den Bundesländern ein, der im Rahmen des Projekts im Dezember 1997 im DJI stattfand.

der Freiwilligenagenturen, das erst am Beginn seiner Entwicklung steht.¹⁰⁵

Die Familienselbsthilfe ihrerseits ist vor allem themenspezifisch und nach Aktionsfeldern „versäult“ und hat teils aus der Modellförderung des Bundes, teils aus Landesmitteln, aber auch über Beiträge der Mitgliedsinitiativen wie bei den Elterninitiativen eine vertikale Struktur der Vernetzung bzw. eine eigene lokal-regionale Infrastruktur für ihr jeweiliges Aktionsfeld geschaffen (wie bei den Kontaktstellen der Elterninitiativen). Die im empirischen Teil dieser Studie über die Leistungen und Wirkungen von Familienselbsthilfe dargestellten Potentiale können sich aber nur voll entfalten, wenn die finanzielle Förderung diese spezifischen Leistungen, aber auch die Arbeitsweise der Familienselbsthilfe aufgreift und sie als eigenständigen Faktor in der „Landschaft des Sozialen“ politisch stützt und trägt. Das geht nicht ohne ein konzeptionelles Verständnis für das immer „sperri-ge“ und gemischte Profil der Familienselbsthilfe. Es durchbricht die Logik der Standard-Angebote in der professionellen Versorgung mit seinen Eckpfeilern der Eigenverantwortung, der Laien-mit-Laien-Arbeit, der Gleichberechtigung und Hierarchie-Armut.

Das bedeutet: Die Familienselbsthilfe braucht andere Bedingungen und Förder-richtlinien als professionelle Sozialarbeit; aber die infrastrukturelle Förderung der Selbsthilfe über die allgemeinen Selbst-

¹⁰⁵ Es sollte aber nicht ausgeschlossen werden, dass sich mittelfristig engere Verknüpfungen zwischen der Infrastruktur der allgemeinen Selbsthilfeförderung, den Freiwilligenagenturen und der Familienselbsthilfe herausbilden; aber eine solche Entwicklung kann nicht verordnet werden, sondern sie braucht Zeit und Akzeptanz

hilfe-Kontaktstellen deckt den kommunalen Unterstützungsbedarf der Familienselbsthilfe noch längst nicht ab. Dazu kommt: In vielen Verwaltungen gibt es noch wenig Übung und Bewusstsein im Umgang mit Familienselbsthilfe. Ohne eine Ausdifferenzierung und Spezialisierung der Administration in diesem Punkt, ohne Ansprechpartner, die etwas über die Leistungen, Potentiale und die „Funktionslogik“ von Familienselbsthilfe wissen, können diese Informationsdefizite kaum abgebaut werden. Es genügt auch kaum, Familienselbsthilfe zum Gegenstand gelegentlicher Fortbildungen zu machen. Nur ein intensiver, auf Erfahrungen und Kenntnisse der Arbeit gestützter Austausch mit Angehörigen der kommunalen Verwaltung und vor allem auch der kommunalen Politik schafft die Grundlage dafür, dass Familienselbsthilfe sich entwickelt und damit Familien ein Aktivposten im Gemeinwesen werden - statt nur als „finanzieller Mühlstein“ am Hals der knappen Kommunalfinanzen wahrgenommen zu werden.

Die „weitwinklig“ angelegte Münchner Selbsthilfeförderung kann an diesem Punkt als Modell dienen, wo die Möglichkeiten für den Innovations-Transfer aus dem Selbsthilfebereich in das System der professionellen Infrastruktur in der Verwaltung einen institutionellen Ort mit eigener Durchführungskompetenz und gleichzeitig Spielraum für konzeptionelle Weiterentwicklungen haben. Dass es selbst in einem so weit entwickelten Förderkonzept immer noch zentrale Einschränkungen bei der Wahrnehmung der spezifischen Potentiale von Familienselbsthilfe gibt, zeigen die folgenden Abschnitte.

6.1.2 Problem 1: Der integrierte Handlungsansatz der Familienselbsthilfe widerspricht der Logik spezialistischer Förderprogramme

Am Beispiel der Mütterzentren lässt sich der „sperrige“ (Querschnitts-) bzw. Mischcharakter der Leistungen von Familienselbsthilfe und seine negativen Folgen für die Förderung besonders gut zeigen:

Nach der Förderung der ersten drei Modellmütterzentren durch das Bundesfamilienministerium entwickelten sich die Mütterzentren als Selbsthilfebewegung von unten. Jedes Mütterzentrum sucht vor Ort die jeweils möglichen Fördermöglichkeiten. Dementsprechend vielfältig sieht die Förderung aus. Mütterzentren werden gefördert als Projekte der Frauenqualifizierung und der Frauenförderung, der Familienbildung, der Kinderbetreuung, als niederschwelliges Angebot der Erziehungsberatung, als präventive Projekte nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz.

Die Versuche, sich in gegebene Förderprogramme einzupassen, gestalten sich meist schwierig, denn Mütterzentren passen als ein am ganzheitlichen Lebensalltag von Familien ansetzendes Modell in alle diese Förderbereiche, werden aber einzelnen Förderprogrammen alleine oft nicht gerecht; umgekehrt wird ihr Aktivitätsspektrum durch die Anbindung an spezialistische Teilförderungen fast immer eingengt und behindert.

Eine zentrale Erfahrung der Mütterzentren ist, dass die wichtigste Basis, der immer nötige Ausgangspunkt und Kernbereich ihrer Arbeit sich am allerschwierigsten fördern lässt, nämlich einen niederschweligen und lebendigen Treffpunkt im Stadtteil zu schaffen, aus dem heraus sich Laienberatung, Kinderbetreuung, Weiterqualifizierung, Familienbildung, Erziehungsbe-

ratung, Prävention, Frauenförderung, beruflicher Wiedereinstieg, nachbarschaftlicher Dienst und alles weitere entwickeln.

Spezielle Projekte der Mütterzentren wie z.B. die Minikindergärten, der pädagogische Mittagstisch, Computerkurse, werden gefördert, das „Drumherum“ aber nicht. Dieses Drumherum ist es aber, was Familienselbsthilfe in ihrer Qualität oft ausmacht und was sie von professionellen Angeboten unterscheidet: Beratung „nebenbei“ am Cafétisch oder beim Erwerb von Kinderkleidung im Secondhand-Laden, „Krisenintervention“ als Ausdruck von Freundschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen, Empowerment durch „Abgucken“ im Alltag. Dabei können oft auch Problemfälle aufgefangen und ganz selbstverständlich im Alltag integriert werden, die spezialisierte Beratungsangebote mit ihrer bekannten sozialen Selektivität kaum in Anspruch nehmen würden.

Von der Familienselbsthilfe sind wesentliche Innovationen im Bereich der Kinderbetreuung ausgegangen: Flexibilität der Angebote, Aktivierung von Eltern, Mischung von Laien und Professionellen, familienentlastende Serviceangebote, wie z. B. Kinderfahrdienste etc. Auch in der Altenbetreuung und in der Nachbarschaftsentwicklung hat die Familienselbsthilfe wichtige Impulse gegeben: für die Integration sozialer Hilfen in ein lebendiges, generationsübergreifendes Alltagsleben (statt ihrer Ausgliederung in spezialisierte Professionalität). Das Mütterzentrum Salzgitter ist, wie schon weiter oben erwähnt, wegen seines als vorbildlich und modellhaft beurteilten Konzepts „alles unter einem Dach: Mütterzentrum 2000“ als ein Projekt der Expo 2000 ausgewählt worden.

6.1.3 Problem 2: Erfahrungstransfer aus der Familienselbsthilfe in das System der „Regelversorgung“

Es ist gerade der Bereich des Transfers von Innovation aus dem „Pionierbereich“ Familienselbsthilfe in den Bereich der „regulär-professionellen“ Infrastruktur, in dem bisher die Potentiale der (Familien-)Selbsthilfe am wenigsten genutzt werden. Feste Strukturen der Kooperation zwischen (lokal sehr unterschiedlichen) Strukturen der Familienselbsthilfe und Anbietern und Auftraggebern sozialer bzw. medizinischer Dienste, wie sie sich bei der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe vor allem bei der Zusammenarbeit mit Trägern der Rehabilitation, in Modellprojekten mit der niedergelassenen Ärzteschaft, häufig mit Krankenhäusern und neuerdings in Ansätzen mit der pharmazeutischen Industrie entwickelt haben, sind im Feld der sozialen und pädagogischen Dienstleistungen noch die seltene Ausnahme. Das große Modellprojekt zur Innovation im Bereich der Kindertagesbetreuung „Orte für Kinder“ ist im wesentlichen bisher nur Modell geblieben; seine konzeptionellen Ansätze „sickern“ in bescheidenem Tempo in die Praxis der Einrichtungen und in die Agenda der entsprechenden Weiterbildungsangebote ein. Die trägerübergreifende Fortbildung z.B. von Erzieherinnen aus Regeleinrichtungen gemeinsam mit Initiativ-Erzieherinnen findet bisher kaum statt (am ehesten noch unter dem Dach des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, wo dessen regionale Gliederung sowohl professionelle freie Träger als auch Elterninitiativen organisiert). Und auch in der Arena der kommunalen Kinder- und Jugendhilfeplanung, bzw. bei der Formulierung und Umsetzung örtlicher und regionaler Familienpolitik bleiben oft Vertreter von Verwaltung und professionellen Trägern unter sich; Regeln für einen verbindlichen (d.h. praxis- und projektorientierten) Dialog mit

der Familienselbsthilfe sind die seltene Ausnahme. Überall dort, wo im Zuge der kommunalen Verwaltungsreformen soziale Dienste reorganisiert und dezentralisiert werden, bestehen aber gute Ansatzpunkte dafür, die Netzwerke der kommunalen Sozialverwaltung und der Träger sozialer Dienste für die Kooperation mit der Familienselbsthilfe zu öffnen. Ansätze zu einer solchen Kooperation sind in der regionalen Fallstudie München-Neuaubing - am Beispiel der dortigen „sozialen Fachbasis“ und ihrer Unterstützung für eine Quartiersinitiative von Frauen - beschrieben. Im Modell „Regionalisierung der sozialen Arbeit in München - REGSAM - „ werden solche Öffnungsansätze der professionellen Träger in Richtung auf Akteure aus dem lokalen Gemeinwesen, d.h. auch der Familienselbsthilfe, stadtweit verfolgt und in unterschiedlicher Intensität auch umgesetzt.

Die Familienselbsthilfe und ihre Projekte und Träger leben in den jeweiligen Kommunen nicht isoliert auf einer einsamen Insel; sie sind durch vielerlei tägliche Arbeitskontakte und die wiederkehrenden Finanzierungsverhandlungen mit der kommunalen Verwaltung und Trägern sozialer/pädagogischer Arbeit verknüpft. Aber diese Verbindungen ergeben bisher fast noch nirgends eine tragfähige Struktur für die Entwicklung kommunal verbindlicher Leitbilder/Konzeptionen in der Sozial- und Familienpolitik, die der Idee der aktiven Bürgergesellschaft bzw. des „enabling state“ verpflichtet wären. Wenn von Förderung der (Familien-) Selbsthilfe gesprochen wird, dann wird in der Regel viel zu sehr unmittelbar und ausschließlich an Geld, an das Umschichten von Haushaltsmitteln gedacht. Bei dem hier angesprochenen Punkt - der Perspektive eines lokalen Pakts zur Stützung und Entfaltung der sozialen Energien von Familien - geht es dagegen zunächst um ein „Umschichten in den Köpfen“, um ein Neu-Denken

und damit um die Ermöglichung zu veränderter Strukturen. Das heißt, um ein verändertes Herangehen an die Alltagsprobleme, die das Leben mit Kindern und im generationenübergreifenden Familienverbund („multilokale Mehrgenerationenfamilie“ - Hans Bertram) aus der Sicht der für die Daseinsvorsorge umfassend verantwortlichen Kommunen aufwirft.

6.1.4 Problem 3: Anerkennung von Laienkompetenz als Streitpunkt

Ein weiterer stark umstrittener Punkt bei den Förderbedingungen für Familienselbsthilfe liegt in der Anerkennung der Kompetenz von Laien. Die Familienselbsthilfe eröffnet die Erfahrung, dass Fachlichkeit in der sozialen Arbeit nicht nur in Form einschlägiger professioneller Qualifikationen erworben werden kann, sondern auch auf Praxiserfahrungen in alltäglichen Lebensbereichen aufbaut. Dies ist in klassischen Förderrichtlinien nicht vorgesehen. Die Finanzierung von Honoraren für den Laienansatz in Mütterzentren und die Besetzung von Projektstellen durch Laienkräfte wird z.B. durch geltende Finanzierungsrichtlinien häufig ausgeschlossen. Die Honorierung ihrer Kompetenzen als Praxisexpertinnen ist für viele Frauen jedoch die Voraussetzung, sich ehrenamtlich zu engagieren. Dass eine Honorierung von Laien durchaus möglich ist, zeigt z.B. die ehrenamtliche *und* bezahlte Tätigkeit von Politikern, Bürgermeistern oder Sportfunktionären.

Als die Mütterzentren in München beispielsweise von der Selbsthilfeförderung in die Regelförderung übernommen wurden, hat es eines zähen und unerbittlichen Ringens bedurft, bis die Förderrichtlinien der Regelförderung dahingehend modifiziert wurden, dass Mütterzentren nicht von einer professionellen Fachkraft geleitet werden müssen, dass Stellen in Mütter-

zentren auch von Praxisexpertinnen besetzt werden können und dass es neben festen Stellen auch einen Honorartopf zur Bezahlung von stundenweise übernommenen Diensten wie Cafédienst, Kinderbetreuung und Laienberatung gibt. Bis heute finanziert die Selbsthilfeförderung in München jedoch keine Honorare.

Die Entwicklung der Mütterzentren in den neuen Bundesländern, in denen die Personalförderung in den Mütterzentren weitgehend über ABM-Stellen erfolgt, zeigt, dass ohne die Einrichtung eines Honorartopfes die Aktivierung der Mütterzentren-Besucherinnen nicht im selben Maße gelingt wie im Westen.

Viele Zentren versuchen diese Lücke durch Eigenerwirtschaftung der Honorarmittel zu schließen. Dies ist jedoch oft problematisch, da in den Mütterzentren die Preise familienfreundlich bleiben sollen, um nicht nur eine eingegrenzte Schicht von Mittelschichtmüttern bedienen zu können. Auch bei der Frage der Fortbildung ist eine Anerkennung der PraxisexpertInnen notwendig. Die Bezuschussung von Fortbildungsveranstaltungen und Reflexionsräumen darf sich nicht auf hauptamtliche Angestellte in Familienselbsthilfeprojekten oder auf die professionellen Kräfte beschränken, sondern muss auch den Stamm der aktiven Eltern mit einbeziehen.

So heftig umstritten bisher das Prinzip der Honorierung von Laienarbeit war: derzeit findet „auf breiter Front“ eine Aufweichung überlieferter Grundsätze der Organisation pädagogischer Praxis „von oben“ und „von unten“ gleichzeitig statt. Bei den vielfältigen Formen von Schulkinderbetreuung unter wesentlicher Beteiligung von Eltern (d.h. im wesentlichen Mütter), die derzeit in fast allen alten Bundesländern mit der Tendenz zur Flächendeckung vorangetrie-

ben werden, werden alte Dogmen über die notwendige Fachlichkeit und Professionalität von außerhäuslicher Kinderbetreuung außer Kraft gesetzt. Wir haben allerdings schon darauf hingewiesen, dass die (Mit)Arbeit von Laien bei der (Schul-)Kinderbetreuung noch kein pädagogisches Konzept ist, notwendig ist darüberhinaus die Entwicklung von inhaltlichen Qualitätsstandards für solche Betreuungsprojekte.

6.1.5 Problem 4: Vernetzungsstrukturen sind nur mit Förderung möglich

Ein weiteres Ergebnis unserer Evaluation der Förderstruktur von Familienselbsthilfe weist auf die zentrale Bedeutung von Vernetzungsstrukturen hin.

Regionale Vernetzungsstrukturen der Familienselbsthilfe, wie die Mütterbüros, die Kontaktstellen der Elterninitiativen und die Vernetzung auf Bundesebene durch die Bundesverbände der Mütterzentren, Elterninitiativen, Stillgruppen und Stiefeltern leisten wesentliche Aufbauhilfe bei der Initiierung neuer Gruppen, vor allem auch Hilfestellung bei der Aquirierung von Fördermitteln und der Erstellung von Anträgen, dem Ausbau des „Social Sponsoring“ beispielsweise oder im Fall der Mütterzentren z. B. bei der Gründung von kleinen selbständigen Betrieben im Rahmen der Zentren. Die Vernetzungsstrukturen sind auch Foren für die konzeptionelle (bedarfsgerechte) Weiterentwicklung der Praxisfelder von Familienselbsthilfe. Dazu veranstalten sie regionale und bundesweite Treffen, Fortbildungen und Kongresse, stellen Kontinuität her und sind Ansprechpartner für politische Instanzen, Behörden, Verbände. Sie leisten die Öffentlichkeitsarbeit und vertreten die Familienselbsthilfe als politische Lobby in der Kommunalpolitik und bei familienpolitischen Fragen. Die Kompetenz der ver-

schiedenen Gruppen in der Familienselbsthilfe wird zunehmend vor allem bei Fragen der sozialen Infrastruktur, oder bei Fragen der Städteplanung und des Wohnungsbaus nachgefragt.

Da es sich bei der Förderung der Familienselbsthilfe oft nicht eindeutig oder unumstritten um Pflichtaufgaben nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz oder anderen Vorschriften handelt, sondern um freiwillige Leistungen, ist es auch angesichts des härter gewordenen Verteilungskampfs im Sozialbereich von zentraler Bedeutung, dass es über die Vernetzung eine politische Präsenz („Lobbying“) gibt, um Leistungen der Familienselbsthilfe und deren Unterstützungsbedarf im öffentlichen Bewußtsein zu halten. „Vernetzung ist der Preis für die Selbstorganisation“ - so faßte es ein Vertreter der Verwaltung einmal treffend zusammen. Hier sind die Länder gefragt; die Kommunen können die überregionale Vernetzung alleine nicht finanzieren. Der Trend, dass sich die Länder aus dieser Vernetzungsförderung heraushalten oder zurückziehen, wie z. B. bei etlichen Kontaktstellen der Elterninitiativen oder z. B. beim Mütterbüro in Niedersachsen ist demgegenüber als Absage an eine potentialorientierte, Eigenaktivität fördernde Sozial- und Familienpolitik zu kennzeichnen.

Die Wohlfahrtsverbände haben leistungsfähige Strukturen auch für Öffentlichkeits- und politische Lobby-Arbeit. Wenn Familienselbsthilfe und Initiative(n) von unten erwünscht sind, dann müssen auch die Förderrichtlinien hier der Selbsthilfe einen flankierenden Schutz geben, indem eigene Fördertitel geschaffen werden, damit die Projekte der Selbsthilfe nicht mit Projekten der traditionellen Verbände konkurrieren müssen.

Die Förderung der Familienselbsthilfe gelingt besonders dann, wenn ein eigener Fördertitel eingerichtet wird, der nach den Erfordernissen der Selbsthilfe ausgestaltet ist und in dem die Projekte der Familienselbsthilfe nicht mit den Angeboten der traditionellen Wohlfahrtsverbände konkurrieren müssen. Hier ist das Land Hessen mit einem eigenen Titel zur Mütterzentrums-Förderung und einem ganzheitlichen Förderansatz als vorbildhaft zu bezeichnen. Die Zuschüsse können benutzt werden für Personalkosten, Honorare, Sachkosten, Mietzuschuss, Fortbildung, Supervision, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit, so wie es jedes Projekt jeweils braucht. Die Verwendungsnachweise wurden den Bedürfnissen der Selbsthilfe entsprechend erheblich vereinfacht.

Eine solche Förderpraxis ermöglicht es den Mütterzentren, ihr Herzstück, die Infrastruktur als Nachbarschaftstreffpunkt ebenso wie die Förderung einzelner zweckgebundener Programme und Angebote zu bezuschussen. Gelungen ist hier auch - wie es auch in Baden-Württemberg gehandhabt wird -, dass die Mütterzentren beteiligt sind bei der Aufnahme neuer Projekte in die Förderung.

6.2 „Top down“ - Kann man (Familien)Selbsthilfe „von oben“ erzeugen?

Selbsthilfe und Familienselbsthilfe werden - das haben wir in unserem Blick auf ihre sozial- und familienpolitische Verortung beschrieben - als kostengünstige und bedarfsgerechte Antwort auf eine ganze Palette sozialer Problemlagen und von Alltagsproblemen „gehandelt“, die Familien bewältigen müssen und wofür sie von den Kommunen mit deren sozial- und familienpolitischer Verantwortung Unter-

stützung einfordern. In der öffentlichen Diskussion und der empirischen Forschung besteht beim Blick auf die Potentiale und Wirkungen von (Familien-)Selbsthilfe eine Tendenz, sie als ein Verhaltensrepertoire von ohnehin privilegierten Mittelschichtsfamilien einzuordnen, die sich auf diesem Weg noch einmal zusätzliche Förderung erarbeiteten¹⁰⁶. Auf der Basis der Ergebnisse unserer Befragungen sind solche Aussagen zunächst sehr eindeutig zu kommentieren: Es trifft durchaus zu, daß in der Familienselbsthilfe zu sehr hohen Anteilen Eltern mit formal hohen Bildungsabschlüssen engagiert sind. Das korreliert auch mit relativ hohen Familieneinkommen, aber nicht durchweg. Gerade alleinerziehende Initiativmütter können auch bei hohem Bildungsstand sehr niedrige Einkommen beziehen und damit Anspruch auf Leistungen der wirtschaftlichen Jugendhilfe - einen Zuschuß zu den Kinderbetreuungskosten - haben. Für die Frauen in Mütterzentren trifft dieses Bild ohnehin nur eingeschränkt zu; hier sind Frauen mit niedrigerem oder Hauptschulabschluß stärker vertreten.

Eindeutig ist die soziale Selektivität der Familienselbsthilfe in Bezug auf die ethnische Zugehörigkeit und Nationalität. Nichtdeutsche Aktive haben wir in unseren Befragungen in der Familienselbsthilfe - mit Ausnahme der Eltern aus europäischen Partnerstaaten oder aus Übersee - kaum vorgefunden, d.h. die klassischen Herkunftsländer der Migration nach Deutschland finden sich als Heimatländer von Eltern in der Familienselbsthilfe praktisch nicht. Auch an diesem Punkt unterscheiden sich die Mütterzentren etwas von den übrigen Bereichen der Familien-

¹⁰⁶ Dieses Thema ist in der politischen Debatten zur Selbsthilfe oft angesprochen worden und auf kommunaler Ebene bei der Frage nach den finanzpolitischen Prioritäten, die im Sozialbereich zu setzen sind, außerordentlich präsent; in den schriftlichen Materialien ist es häufig nur angedeutet.

selbsthilfe, weil in ihrem niederschweligen offenen Betrieb Frauen mit Migrationshintergrund eine deutlich größere Rolle unter den Besucherinnen bzw. Mitwirkenden spielen als in den übrigen hier untersuchten Initiativen.

Andererseits gibt es zwar, wie oben schon erwähnt, Formen der Selbstorganisation von Migranten, auch im Themenfeld der familialen Alltagsbewältigung. Aber solche Formen der Selbstorganisation entlang ethnischer Linien bestehen bisher nicht in so breiter Streuung, daß sie eine wesentliche Rolle als „Agentur des Wertewandels“ in Richtung auf die Wertemuster des kooperativen Individualismus und damit verbundene Verhaltensmuster spielen könnten. Es ist auch sehr fraglich, ob - abgesehen von der Frage nach der politisch-gesellschaftlichen Wünschbarkeit einer solchen ethnisch-subkulturellen „Welle der Selbstorganisation“ - mit zunehmendem Selbstbewußtsein und steigendem Bildungsstand die Migrationsbevölkerung in Deutschland ihre Ansprüche auf Teilhabe vor allem in der Form ethnisch homogener Organisationsformen einbringen wird. Denkbar ist auch, daß sich ansatzweise schon bestehende Formen wahrhaft multikultureller Selbstorganisation vor allem unter Jugendlichen (und jungen Familien?) weiter entwickeln - unter weitgehendem Ausschluß „ethnischer Deutscher“ und daß es zu einer Art Benachteiligten-Identität als Treibsatz für die Selbstorganisation unter Migranten kommt.

Vor dem Hintergrund der - in unserer Studie in Übereinstimmung mit zahlreichen Lagebeschreibungen zum Stand der soziokulturellen und mentalen Integration von Migranten nur kurz angerissenen - eindeutigen Defizite und Exklusionstrends, von denen in unterschiedlicher Schärfe Migranten in Deutschland betrof-

fen sind, drängt sich aber in Bezug auf die „deutsche“ Selbsthilfebewegung die Frage auf, ob nicht auch sie als bisher rein „deutsche“ Angelegenheit, produktive Beiträge zu ihrer eigenen ethnisch-nationalen Öffnung und damit auch zur bürger-schaftlichen Gleichstellung der Migrati-onsbevölkerung leisten könnte, ja zu leis-ten hätte - auch im Interesse der eigenen Weiterentwicklung im Sinne der Bedarfs-gerechtigkeit.

Am Beispiel der Stillgruppen und ihrem Arbeitsfeld läßt sich diese Überlegung so konkretisieren: Die eher spärliche Literatur zur gesundheitlichen Situation und Ver-sorgung von Migranten hat schon vor lan-ger Zeit strukturelle Benachteiligungen und Ausgrenzungen beschrieben hat, die, kaum je „strukturell“ angegangen, bis in die Gegenwart fortwirken¹⁰⁷.

Andererseits wächst der Anteil der Migra-tionsbevölkerung am schrumpfenden „Familiensektor“ in der Gesamtbevölke-rung, und es wäre naheliegend zu prüfen, ob nicht die Stillgruppen einen Beitrag dazu leisten könnten, daß die Wissens- und Verantwortungsmuster, die mittler-weile in Deutschland rund um die Geburt Standard sind, auch in den ethnischen Communities der Migrationsbevölkerung Fuß fassen. Zu erreichen wäre mit der Hilfe einer solchen „strategischen“ Öff-nung von Familienselbsthilfe vielleicht etwas, was das professionelle System der medizinischen und sozialen Versorgung bisher nicht ausreichend hat erreichen können: Die Beteiligung der Migrationsbe-völkerung am gesundheitsbezogenen Verantwortungsdiskurs und ein damit ver-knüpftes niederschwelliges, an eigenen

¹⁰⁷ Z.B. in stark erhöhten Ziffern der Säuglingssterblichkeit bei Migranten gegenüber der deutschen Bevölkerung. Vgl. dazu Landeshauptstadt München (1997). Allgemeiner: Collatz/Malzahn/Schmidt (1979); Collatz/Kürsat-Ah-lers/Korporal (1985); Collatz (1994); Korporal (1998)

Kompetenzen und Wertorientierungen ansetzendes Hilfeangebot.

Diese Überlegungen über eine mögliche Funktion von Familienselbsthilfe als Bau-stein in einer zielorientierten, kooperativ entwickelten und umzusetzenden Strate-gie gegen Benachteiligungen von großen Teilen der Migrationsbevölkerung sollen hier als Einfallstor für eine weiterrei-chende Frage dienen, die immer wieder in Politik, öffentlicher Diskussion und Wis-senschaft aufgegriffen wird: die Diskus-sion über bisher unausgeschöpfte Potentiale von Selbsthilfe beim Abbau von sozi-alen Benachteiligungen¹⁰⁸ und der Be-kämpfung von Problemkumulationen in städtischen Problemquartieren. Es gibt u.E. gute Gründe dafür, eine solche Dis-kussion vorbehaltlos - auch von der Seite der Selbsthilfe und ihrer Verbände her - zu führen.

Das gilt vor allem deshalb, weil Eigeniniti-ative und Selbsthilfe von Familien neben ihren Funktionen zur Bewältigung von sozialen Pflichtaufgaben wie der auch als denkbare „Rezept“ zur Herstellung von „Gesellschaftskitt“ betrachtet wird. Diese Perspektive ist uns besonders ausgeprägt in der planungs- und stadtentwicklungs-politischen Diskussion und Literatur zum Thema „Zukunft der Großsiedlungen“ und generell von Problemquartieren in Städten begegnet.

Die Hoffnung auf Selbsthilfe fungiert hier als Antwort auf fast jedes Krisensymptom, das mit den Großwohnsiedlungen und mit städtischen Problemquartieren in Ost und West in Verbindung gebracht wird. Sind diese Hoffnungen berechtigt, birgt Famili-enselbsthilfe tatsächlich ein leistungsfähi-ges Potential zur Bewältigung von Prob-lemen, an denen Wirtschafts-, Arbeits-

¹⁰⁸ Vgl. den konzeptionellen Beitrag von Helbrecht-Jordan (1996a) mit ihrem dezidierten Plädoyer für Selbsthilfe als Ansatz auch für benachteiligte Familien

markt-, Wohn- und Sozialpolitik sich mit begrenzten Erfolgen abarbeiten?

Werfen wir einen Blick auf die Familienselbsthilfe auf der Basis und durch die Brille unserer Regionalstudien und unserer Kenntnis über die Verbreitung von (Familien)Selbsthilfe in den neuen Bundesländern am Beispiel des Plattenbauviertels Leipzig-Grünau: Mit einem Mütterzentrum und einer noch nicht anerkannten kleinen Elterninitiative (im selben Gebäude, einer ehemaligen Kindertagesstätte) ist Familienselbsthilfe in Grünau als einem Stadtteil mit immer noch ca. 77.000 Einwohnern (gegenüber 90.000 vor der Wende) nicht besonders reich an Familienselbsthilfe-Initiativen.

Es sei hinzugefügt, daß auch die professionelle Familien-Hilfe in diesem Stadtteil (noch) nicht das ganze Spektrum des kommunalen Pflichtangebots umfaßt. Den Planern macht vor allem die sozial-kommunikative Qualität des Viertels Sorge. Da sie sich nicht umstandslos planerisch deklariert oder sonstwie verfertigen läßt, spielt in ihren Hoffnungen und Überlegungen die „Selbsthilfe“ der Bewohner eine Schlüsselrolle (BMBau 1996, 1997, Müller 1997). Allerdings haben die Aktivierungsstrategien bisher wenig Bewegung erzeugt und wenig Potentiale identifizieren können. Der Beginn eines stadtteilbezogenen Prozesses zur Umsetzung der Agenda 21 scheint allerdings erste Ansätze zu einer kontinuierlichen Öffnung der professionellen Planer- und Behördenrunden für Bewohner/innen aus dem Viertel in Gang zu bringen. Davor hatten alle Beteiligungsansätze immer bauliche Veränderungen oder Gestaltungsprojekte im Wohnumfeld zum Mittelpunkt. Der Alltag von Frauen mit kleinen und mit Schulkindern im Quartier war nicht ihr Ausgangspunkt, obwohl es einen intensiven „top-down“-Prozeß von Moderatoren-

Schulungen für eine beabsichtigte Bürgerbeteiligung gab. Auch die Gestaltung eines als offen geplanten Angebots in einem Stadtteilladen des Amts für Stadt-sanierung und Wohnungsbauförderung erwies sich zunächst als hindernisreich und nur in Grenzen offen. Die Entwicklung nach der Neueröffnung dieses Projekts 1998 bleibt abzuwarten.

Wenn Planung, Politik und Verwaltung ernsthaft (Familien-)Selbsthilfe „erzeugen“ wollen, um ihre soziale Dynamik als „Integrationsmaschine“ zu nutzen, dann muß vor allem die Zone zwischen Institutionen und Familie, die niemals ausreichend von Markt-Angeboten ausgestaltet werden kann, der Graubereich erweiterter Familien-Netzwerke systematisch in den Blick genommen werden. Genau in diesem „ortlosen Sozialraum“, für den sich nach der Arbeitsteilung zwischen „Staat und Markt“ weder kommerzielle Anbieter noch Kommunen zuständig fühlen, sind für Familien Entfaltungsbedingungen nötig, für die erste Voraussetzung die frei gestaltbare Nutzung von Räumen ist. Planerisch wird über Funktionsmischungen in reinen Wohngebieten, wie sie die Plattenbausiedlungen in Extremform darstellen, schon nachgedacht - Leerstände scheinen dafür auch Ansatzpunkte zu bieten. Aber Funktionsmischungen werden - zunächst naheliegend - von den Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften zuerst in Richtung auf marktliche Nutzungen gedacht - für Ladengeschäfte und Dienstleistungsbetriebe. Konzepte wie die ordnungspolitisch „unsauber gemischten“ Mütterzentren kommen in den immer noch sauber kategorisierenden Planungsüberlegungen für Grünau nicht vor.

Andererseits ist ein Mütterzentrum in einem der Wohnkomplexe und ein professionell betriebenes Jugend- und Familienzentrum in einem anderen Komplex für

die ganze Großsiedlung deutlich zu wenig - zumal es gerade die davon eher entfernt liegenden Wohnkomplexe sind, in denen Familien mit Kindern den höchsten Anteil unter den Bewohnern haben. Die am frühesten bezogenen Wohnkomplexe dagegen sind eher kinderarm, und in Grünau als ganzem ist der Anteil der kinderlosen Haushalte von gut 20% 1987 auf nahezu 60% gestiegen (Kahl 1995: 16).

Wie Familienselbsthilfe sich unter Bedingungen von nicht zu erkämpfenden, sondern angebotenen Räumen tatsächlich entfalten würde, das wäre in einem Dialog mit den Aktiven (Frauen und Männern) aus der Familienselbsthilfe und für Familien-Eigeninitiative offenen Institutionen zu erproben. Aktive finden sich nicht umstandslos von selbst, und das Aushandeln von transparenten Regeln für soziale Aktivität und Kommunikation ist ein komplizierter Prozeß, bei dem Interessensgegensätze ausgeglichen, Sperren gegen die Dominanz der Schnellen und Starken errichtet, private Aneignung unter dem Deckmantel sozialer Aktivität verhindert werden müssen.

Die planerische Rhetorik der Selbsthilfeförderung und des Empowerment wird - so ein gedrängtes Fazit aus einer ganzen Reihe von Studien zu Projekten der bewohnerorientierten sozialen Stadtentwicklung - häufig in Projekte professioneller sozialer Arbeit übersetzt, die Bewohnerbeteiligung allenfalls nachgeordnet zulassen. Diese Engführung in Richtung auf Strategien der sozialen und ökonomischen Aktivierung von Familien als den verantwortlichen aktiven Kernen der Bewohnerschaft auch in überforderten Nachbarschaften zu durchbrechen ist ein erklärtes Ziel neu formulierter integrierter Handlungsstrategien für städtische Problemquartiere, die unter dem Titel „soziale Stadt“ von Bund, Ländern und Kommunen

gemeinsam auf den Weg gebracht werden sollen. Die Erfahrungen aus nunmehr fünfundzwanzig Jahren Familienselbsthilfe in Deutschland stehen als Know-How für einen solchen Prozeß zur Verfügung¹⁰⁹, auch in Gestalt von engagierten Aktiven aus der Familienselbsthilfe, die in der Mitarbeit am Transfer ihrer eigenen Erfahrungen auf erweiterte Handlungsfelder eine Chance für die persönliche Weiterqualifizierung im Sinne biographischen Empowerments sehen würden.

Die Ausgangsfrage aufnehmend, wäre zu antworten: Nein, „top-down“ kann keine Form von Selbsthilfe erzeugt werden. Aber wo ihr die Rahmenbedingungen für eigenes Wachstum bereitet werden, wo Eigeninitiative nicht mißachtet oder gar blockiert, sondern anerkannt und unterstützt wird, dort kann sie als soziale Kraft auch dort hergestellt werden, wo bisher hinderliche Rahmenbedingungen ihre Entwicklung beschränkt haben. Und da vor allem um den Platz der Erwerbsarbeit in Gesellschaft, Ökonomie und individuellen Biographien ein nach vorn offener Prozeß des Neu-Denkens in Konzepten und Alltagsstrategien, vor allem von Frauen, begonnen hat, läßt sich mit einigem Recht vermuten, daß die bis jetzt schon entstandenen Formen von Familienselbsthilfe ihre intensivste Wachstumsperiode noch vor sich haben.

¹⁰⁹ Ein Projektvorschlag aus dem DJI (1999) schlägt einen kontrollierten und methodisch organisierten Prozeß vor, um Selbsthilfensätze im Rahmen von Strategien „sozialer Stadtentwicklung“ nachhaltig zu verankern.

Literatur

Alisch, M. (Hrsg.) (1998): Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. Opladen.

Alt, Ch. (1996): Wandel und Entwicklung familialer Lebensformen, in: Bien Walter, (Hrsg.) Familie an der Schwelle zum neuen Jahrtausend. Opladen.

Angerhausen, S. u.a. (1998): Überholen ohne einzuholen. Freie Wohlfahrtspflege in Ostdeutschland. Opladen.

Anheier, H.K. (1997): Der Dritte Sektor in Zahlen: Ein sozial-ökonomisches Porträt. In: Anheier, H. K./Priller, E./Seibel, W./Zimmer, A. (Hrsg.): Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel. Berlin, S. 29-74.

Arbeitsgruppe Elternarbeit am Deutschen Jugendinstitut (1978): Der Mütteransatz in der Elternarbeit. DJI-Materialien. München.

Badura, B. u.a. (1981): Sozialpolitische Perspektiven. In: Badura, B./Ferber, C. von (Hrsg.): Selbsthilfe und Selbstorganisation im Gesundheitswesen. München (=Soziologie und Sozialpolitik Band 1), S. 5-38.

Badura, B./Evers. A./Hungeling, G. (1996): Dienstleistung 2000plus – Schlußbericht des Arbeitskreises 11: Sozial- und Gesundheitsdienste, Bonn.

Barwig, K./Hinz-Rommel, W. (Hrsg.) (1995): Interkulturelle Öffnung sozialer Dienste. Freiburg.

Baur, R./Czock, H./Scheuerl, A./Schirowski, U (1997): Gerontologische Untersuchung zur motivationalen und institutionellen Förderung nachberuflicher Tätigkeitsfelder. Die Aktion 55. Stuttgart u.a. (= Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Bd. 130.2).

Beck, U. (1997): Demokratisierung der Familie. In: ders. (Hrsg.): Kinder der Freiheit. Edition Zweite Moderne, Frankfurt/M., S. 195-216.

Becker, G. S. (1975): Human Capital, 2. Aufl., New York.

Becker-Textor, I. (1995): Netz für Kinder: wie Eltern Kindergruppen auf die Beine stellen können. Erfahrungen, Anregungen, Leitlinien. Freiburg i.B.

Bergsten, B./Bäck-Wiklung, M. (1996): Modern Fathers – between Tradition und Relation. In: Björnberg, U./Kollind A. (Hrsg.): Men's Family Relations, Stockholm, S. 59-78.

Bertram, H. (1987), Wandel und Entwicklung von Familien. In: Symposium "Familie und Selbsthilfe". Jahresbericht des Deutschen Jugendinstituts 1986. München, S. 117-130.

Bertram, H. (1996): Familienentwicklung und Haushaltsstrukturen. In: Strubelt, W. u.a. (Hrsg.): Städte und Regionen (= Berichte der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V. (KSPW), Bericht 5. Opladen, S. 183-216

Bertram, H.: (1997a): Familienleben – Neue Wege zur flexiblen Gestaltung von Lebenszeit, Arbeitszeit und Familienzeit. Gütersloh.

Bertram, H. (1997b): Kulturelles Kapital in individualisierten Gesellschaften. In: Ebert, S. et al. (Hrsg.), Kinderstandort Deutschland, München, S. 55-83.

Beywl, W. (1988): Zur Weiterentwicklung der Evaluationsmethodologie. Grundlegung, Konzeption und Anwendung eines Modells der responsiven Evaluation, Frankfurt/M.

Beywl, W. (1991): Entwicklung und Perspektiven praxiszentrierter Evaluation. In: Sozialwissenschaften und Berufspraxis 14/3, S. 265-279.

Bickeböller, H. (1996): Selbsthilfeförderung am Beispiel der Stadt Münster. In: Braun J./Kettler, U. (1996), S. 106-110.

Birkhölzer, K. (1995): Lokale Ökonomie. In: Flieger, B/Nicolaisen, B/Schwendter, R.

(Hrsg.): Gemeinsam mehr erreichen. Kooperation und Vernetzung alternativökonomischer Betriebe und Projekte. Gemeinschaftsausgabe der AG SPAK und der Stiftung MITARBEIT. München-Bonn (Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten, Bd. 8; Materialien der AG SPAK, M 123), S. 501-520.

Bodenstein, I. (1994): Behutsame Stadterneuerung und organisierte Selbsthilfe bei der Erneuerung von Altbauten in den Neuen Bundesländern. Marburg (=Marburg Consult für Selbsthilfeförderung. Theorie und Praxis der Selbsthilfeförderung, Serie A - 12).

Bortz, J. (1993): Statistik, 4. Aufl., Berlin.

Bortz, J./Döring, N. (1995): Forschungsmethoden und Evaluation, 2. Aufl., Berlin.

Bothin, G. (1996): Ungebrochene Erwerbsneigung oder entwickeln Frauen in den neuen Bundesländern Alternativen zur bisherigen Erwerbstätigkeit? In: Sozialer Fortschritt 7-8, S. 188-192.

Bourdieu, P. (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Soziale Welt, Sonderband 2, Göttingen, S. 183-197.

Braun, J. (Red.) (1991): Bilanz und Perspektiven der Selbsthilfeförderung in Städten, Kreisen und Gemeinden. Fachtagung des Bundesministeriums für Familie und Senioren und der kommunalen Spitzenverbände. Köln (= Deutscher Städtetag. Beiträge zur Sozialpolitik, Heft 26).

Braun, J. (1996), Selbsthilfepotentiale in den alten und neuen Bundesländern und ihre Aktivierung durch Selbsthilfekontaktstellen. In: Braun, J./Kettler, U. (1996), S. 52-60

Braun, J./Kasman, E./Kettler, U. (1994): Selbsthilfeförderung durch Länder, Kommunen und Krankenkassen: Förderpraxis in den neuen Bundesländern und Empfehlungen zur Förderung von Selbsthilfegruppen und Selbsthilfekontaktstellen. (= Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie und Senioren 42), Stuttgart u.a.

Braun, J./Kettler, U. (Red.) (1996): Selbsthilfe 2000. Perspektiven der Selbsthilfe und ihrer

infrastrukturellen Förderung. Köln (= ISAB-Berichte aus Forschung und Praxis Nr. 42).

Braun, J./Kettler, U./Becker, I. (1996): Selbsthilfe und Selbsthilfeunterstützung in der Bundesrepublik Deutschland. ISAB-Schriftenreihe: Berichte aus Forschung und Praxis Nr. 50, Köln und Leipzig, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft. Antwort der Bundesregierung auf die große Anfrage der CDU/CSU und der FDP. Bundestagsdrucksache 123/5674, Bonn.

Braun, J./Kettler, U./Becker, I. (1996): Selbsthilfeförderung in der Bundesrepublik Deutschland. Abschlußbericht. (= ISAB Schriftenreihe: Berichte aus Forschung und Praxis Nr. 50), Köln.

Braun, J./Klemmert, J. (Red.) (1998): Selbsthilfeförderung und bürgerschaftliches Engagement in Städten und Kreisen. Fachtagung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 16./17. Februar 1998 in Bonn. (= Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung ISAB, Schriftenreihe 54). Köln und Leipzig.

Bryk, A. S. (Hrsg.) (1983): Stakeholder-based Evaluation, San Francisco.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Mütter- und Familienselbsthilfe (1998): Familienselbsthilfe am Scheideweg? Info 2, Hamburg.

Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte (Hrsg.) (1985): Selbsthilfe in der Behindertenarbeit. Soziale Unterstützung und politische Interessenvertretung durch Betroffene. Schriftenreihe der Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte, Band 107, Düsseldorf.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (1996): Bundesinitiative „Qualitätssicherung in der Kinder- und Jugendhilfe“, Materialien zur Qualitätssicherung in der Kinder- und Jugendhilfe, Qs 1: Evaluation der kulturellen Kinder- und Jugendarbeit, Bonn.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (1997): Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik, Bonn.

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (BMBau) (Hrsg.) (1996): Städtebauliche Entwicklung großer Neubaugebiete in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost. Forschungsvorhaben des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus. Im Auftrag des BMBau vorgelegt von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR) in Verbindung mit dem StadtBüro Hunger. Bonn.

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (BMBau) /Sächsisches Staatsministerium des Innern in Verbindung mit Stadt Leipzig/Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung IRS (1997: Fachveranstaltungen zur Städtebaulichen Weiterentwicklung großer Neubaugebiete anlässlich des 20jährigen Bestehens des Stadtteils Leipzig-Grünau am 23. und 24. September 1996 in Leipzig-Grünau. Dokumentation.

Bundesverband Neue Erziehung (Hrsg.) (1995): Praxis von Spielgruppen, Miniclubs und Spielkreisen. Dokumentation. Bonn.

Chelimsky, E./Shadish, W. R. (1997): Evaluation for the 21st century. A Handbook, Thousand Oaks.

Coleman, J. S. (1995): Grundlagen der Sozialtheorie, Band. 1: Handlungen und Handlungssysteme, München.

Coleman, J. S./Hoffer, T.B. (1987): Public and Private High Schools: The Impact of Communities, New York.

Collatz, J. (1994): Zur Realität von Krankheit und Krankheitsversorgung von Migranten in Deutschland. In: Jahrbuch für Kritische Medizin 23: Gesundheitskult und Krankheitswirklichkeit, Hamburg, S. 101-132.

Collatz, J./Kürsat-Ahlers, E./Korporal, J. (Hrsg.) (1985): Gesundheit für alle. Die medizinische Versorgung türkischer Familien in der Bundesrepublik. Hamburg.

Collatz, J./Malzahn, P./Schmidt, E. (1979): Erreichen die gesetzlichen Früherkennungsuntersuchungen für Säuglinge und Kleinkinder ihre Zielgruppen? In: Öffentliches Gesundheitswesen 41, S. 173-190.

Dangschat, J. S. (1997): Entwicklung sozialer Problemlagen als Herausforderung für die soziale Stadt. In: Hanesch, W. (Hrsg.) (1997): Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit. Opladen, S. 77-110.

Dembach, B. (1990): Zwischen Selbsthilfe- und Expertenorientierung. Angehörigenarbeit im Drogenbereich. Wiesbaden.

Dettling, W. (1999): Familienselbsthilfe und die Landschaft des Sozialen im 21. Jahrhundert. In: Deutsches Jugendinstitut, Abteilung Familie und Familienpolitik, Projekt Evaluation der Familienselbsthilfe (Hrsg.): Familienselbsthilfe und ihr Beitrag zur kommunalen Wertschöpfung. Dokumentation einer Tagung in Bonn am 8.12.1998, S. 55-60.

Deutscher Caritasverband/ Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche Deutschlands (Hrsg.) 1997, Menschen im Schatten: Erfahrungen von Caritas und Diakonie in den neuen Bundesländern. Freiburg/Stuttgart.

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (1977), Gesamtbericht über den 68. Deutschen Fürsorgetag: "Selbsthilfe und ihre Aktivierung durch die soziale Arbeit". Frankfurt/M.

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (1998): Empfehlungen zur Selbsthilfeförderung auf kommunaler Ebene. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge NDV 5, S. 129-132.

Deutsches Jugendinstitut (1987): Mittelfristiger Forschungsplan, München.

Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.) (1993): „Die Betratung von Stieffamilien – von der Selbsthilfe bis zur Sozialen Arbeit. DJI Verlag, München.

Deutsches Jugendinstitut (1998): Tageseinrichtungen für Kinder, Zahlenspiegel, München.

Deutsches Jugendinstitut, Abteilung Familie und Familienpolitik (1999): Familien- und Bewohner-Selbstorganisation als Potential für sozial-ökonomische Aktivierungsstrategien in städtischen Problemquartieren. Entwurf für einen Projektantrag (unv.).

Dieren, W. van (Hrsg.) (1995): Mit der Natur rechnen. Der neue Club-of-Rome-Bericht: Vom Bruttosozialprodukt zum Ökosozialprodukt, Basel.

Dörner, K. (Hrsg.) (1998): Ende der Veranstaltung. Anfänge der Chronisch-Kranken-Psychiatrie. Gütersloh.

Dörner, K./Egetmeyer, A./Koenning, K. (1984): Freispruch der Familie: Wie Angehörige psychiatrischer Patienten sich in Gruppen von Not und Einsamkeit, Schuld und Last freisprechen (= Treffbuch; Band 5), Loccum.

Dreisbach, D. (1995): Fachkräfte und Mitarbeiter von Rehabilitationseinrichtungen und -diensten als Kooperationspartner der Organisationen behinderter Menschen. In: Wittwer, U. u.a. (Hrsg.) (1995), S. 52-58.

Engelbrech, G. (1997): Erziehungsurlaub - und was dann? Die Situation von Frauen bei ihrer Rückkehr auf den Arbeitsmarkt - Ein Ost/West-Vergleich. IAB-Kurzbericht Nr. 8. Nürnberg.

Engelbrech, G./Gruber, H./Jungkunst, M.(1997): Erwerbsorientierung und Erwerbstätigkeit ost- und westdeutscher Frauen unter veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. In: MittAB 1, S. 150-169.

Engelbrech, G./Jungkunst, M. (1998): Erwerbsbeteiligung von Frauen und Kinderbetreuung in ost- und westdeutschen Familien. (= IAB Werkstattbericht).

Engelhardt, D. (1996): Zur Bedeutung der Selbsthilfe. In: Braun, J./Kettler, U. (1996), S. 138-144.

Erler, W./Hönigschmid, C. (1998): Tageseinrichtungen von Elterninitiativen. In: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Tageseinrichtungen für Kinder - Pluralisierung von Angeboten. Zahlenspiegel. München, S. 116-121.

Evers, A./Leichsenring, K./Pruckner, B. (1993): Internationale Modelle für mehr Demokratie in Altenpolitik und Altenhilfe. In: dies.: Alt genug, um selbst zu entscheiden. Internationale Modelle für mehr Demokratie in Altenhilfe und Altenpolitik. Freiburg i.B.

Evers, A./Olk, T. (1996): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen.

Ferber, C. von (1995): Entstehung, Funktion und Perspektive der Selbsthilfebewegung. In: Wittwer, U. u.a. (Hrsg.), S. 21-30.

Fountain, J. F. (1997): Social Capital: A Key Enabler of Innovation in Science and Technology. In: Branscomb, L. M./ Keller, J. (eds.): Investing in Innovation: Toward a Consensus Strategy for Federal Technology Policy, Cambridge.

Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (i.A. des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) (1998): Delphi '98 Umfrage. Studie zur globalen Entwicklung von Wissenschaft und Technik. Karlsruhe.

Froessler, R. (1998): Stadtviertel in der Krise. Innovative Ansätze zu einer integrierten Quartiersentwicklung in Europa (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW ills, Schriften 87, 2. Aufl.). Dortmund.

Fthenakis, W. E. (1999): Engagierte Vaterschaft. Die sanfte Revolution in der Familie. Opladen.

Fthenakis, W.E. (1993): Zur Vaterrolle in den modernen Familienstrukturen. In: Ministerium für Gleichstellung von Frau und Mann des Landes NRW (Hrsg.): Familie und Beruf. Eine Herausforderung nicht nur für Frauen, Düsseldorf, S. 11-20.

Gaidzik-Tremel, H. (1994): Der Generationswechsel. Aus Kinderladen werden selbstorga-

nisierte Elterninitiativ-Kindertagesstätten. In: päd extra, 22/9, S.9-13.

Gaitanides, S. (1998): Arbeit mit Migrantenfamilien - Aktivitäten der Wohlfahrtsverbände und der Selbstorganisation. Expertise zum 6. Familienbericht der Bundesregierung.

Gaskin, K./Smith, J.D.(1996): Ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern, Freiburg.

Gemeinnützige Hertie-Stiftung (Hrsg.) (1999): Mit Familie zum Unternehmenserfolg. Impulse für eine zukunftsfähige Personalpolitik. Frankfurt/M.

Gensicke, T. (1998): Deutschland am Ausgang der neunziger Jahre. Lebensgefühl und Werte. In: Deutschland Archiv 1, S. 19-36.

Gerzer, A. (1991): Familien in Bewegung – wie wirkt sich das Zentrumsengagement der Frauen auf die Familie aus: In: Hebenstreit, S./Pettinger, R. (Hrsg.): Miteinander lernen, leben, engagieren – Neue soziale Netze für Familien, Bielefeld.

Gerzer-Sass, A. (1996): Neue Mischungen aus öffentlich und privaten Ressourcen schaffen neue Orte für Kinder“. In: Evers, A./Olk, Th. (Hrsg.). Wohlfahrtspluralismus, Opladen

Gerzer-Sass, A./Pettinger, R.(1993): Kinderbetreuung in Selbsthilfe. In: Becker-Textor, I./Textor, M. (Hrsg.). Handbuch der Kinder- und Jugendbetreuung, Neuwied.

Gerzer-Sass, A. (1994): Private und öffentliche Ressourcen neu gemischt – Entstandardisierung heißt nicht Qualitätsverlust. In: DJI (Hrsg.) Orte für Kinder, München.

Glaser, B. G./Strauss, A. L. (1998): Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung, Bern.

Guba, E. G./Lincoln, Y. S. (1981): Effective evaluation. Improving the usefulness of evaluation results through responsive and naturalistic approaches, San Francisco.

Guba, Egon G./Lincoln, Yvonna S. (1989): Fourth generation evaluation, Newbury Park.

Hagemann, U./Kress, B./Seehausen, H. (1999): Betrieb und Kinderbetreuung. Kooperation zwischen Jugendhilfe und Wirtschaft. Hrsg: Deutsches Jugendinstitut. Opladen.

Hanesch, W. (1997): Einleitung: Gibt es eine Zukunft für die soziale Stadt? In: Hanesch, W. (Hrsg.) (1997), S. 7-18.

Hanesch, W. (1997): Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit. Opladen.

Hannemann, C. (1997): Neubaugebiete in DDR-Städten und ihr Wandel. In: Schäfer, U. (Hrsg.): Städtische Strukturen im Wandel, Opladen (=Beiträge zu den Berichten zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland. Städte und Regionen. Räumliche Folgen des Transformationsprozesses), S. 217-250.

Harth, A. (1997): Soziale Ausdifferenzierungen und räumliche Segregation in den Städten der neuen Bundesländer. Allgemeine Befunde und eine Fallstudie in Halle/Saale. In: Schäfer, U. (Hrsg.), Städtische Strukturen im Wandel, Opladen (=Beiträge zu den Berichten zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland. Städte und Regionen. Räumliche Folgen des Transformationsprozesses), S. 251-366.

Hartl, M. (1998): Soziale Beziehungen und Personalauswahl: Eine empirische Studie über den Einfluß des kulturellen und sozialen Kapitals auf die Personalrekrutierung, München/Mering (Reihe Praxis Sozialforschung; 1).

Hartmann, H (1995): Neue Steuerung in der öffentlichen Verwaltung: Anspruch, Wirklichkeit und Perspektiven. In: Hanesch, W (Hrsg.) (1995), S. 111-135.

Haug, S. (1997): Soziales Kapital: Ein kritischer Überblick über den aktuellen Forschungsstand, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (Arbeitspapiere Arbeitsbereich II/15), Mannheim.

Heiner, M. (Hrsg.) (1996): Qualitätsentwicklung durch Evaluation, Freiburg i.B.

Heinze, R.G./Keupp, H. (1997): Gesellschaftliche Bedeutung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit. Gutachten für die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, Bochum und München.

Hebenstreit-Müller, S./Pettinger, R. (Hrsg.) (1991): Miteinander lernen, leben, engagieren - Neue soziale Netze für Familien. Theorie und Praxis der Frauenforschung. Schriftenreihe des Instituts Frau und Gesellschaft, Hannover, Bd. 15, Bielefeld.

Helbrecht-Jordan, I. (1996a): Familien zwischen sozialer Erosion und neuer Infrastruktur. Selbsthilfe in der Risikogesellschaft, Bielefeld.

Helbrecht-Jordan, I. u.a. (1996b): Initiierung, Beratung und Vernetzung von Mütterzentren ("Elternzentren") in den neuen Bundesländern. Abschlußbericht der wissenschaftlichen Begleitung. (=Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 119). Stuttgart.

Herfert, G. (1996): Wohnsuburbanisierung in Verdichtungsräumen der neuen Bundesländer. Eine vergleichende Untersuchung im Umland von Leipzig und Schwerin. In: Europa Regional, H: 1 (Institut für Länderkunde Leipzig), S. 32-46.

Herriger, N. (1985): Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeverbände in der Behindertenarbeit. Zum Standort der Selbsthilfe in der Behindertenarbeit. In: Bundesarbeitsgemeinschaft für Behinderte (Hrsg): Selbsthilfe in der Behindertenarbeit. Düsseldorf, S. 5-9; 70-76.

Herrmann, H. (1998): Institutionalisierte Öffentlichkeit, Bewohnerbeteiligung oder Alibi? Die Funktion von initiierten Stadtteilforen. In: Alisch, M.(Hrsg.), S. 171-192.

Hesch, G. (1997): Das Menschenbild neuer Organisationsformen: Mitarbeiter und Manager im Unternehmen der Zukunft, Wiesbaden.

Heyse, V./Erpenbeck, J. (1997): Der Sprung über die Kompetenzbarriere, Bielefeld.

Honig, M. (1988): Vom alltäglichen Übel zum Unrecht. In: Wie geht's der Familie, München.

Hönigschmid, C. (1995): Kinderbetreuung in Selbsthilfe, Realisierungschancen, neue Fördernde und Hindernisse. Unveröffentlichte Expertise. DJI.

Hradil, S. (1997): Die Modernisierung des Denkens. Zukunftspotentiale und „Altlasten“ in Ostdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte.

Inglehart, R. (1989): Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt. Frankfurt/New York.

Jaeckel, M. u.a. (1997): Mütter im Zentrum - Mütterzentren. Bilanz einer Selbsthilfebewegung, Deutsches Jugendinstitut, München.

Jaeckel M. (1998): Familienselbsthilfe – die Aufkündigung des traditionellen Geschlechtervertrags. In: Diskurs 2/98, München, S. 40-47.

Jansen, D. (1996): Nationale Innovationssysteme, soziales Kapital und Innovationsstrategien von Unternehmen. In: Soziale Welt, Heft 4, S. 411- 434.

Joos, M. (1996): Wandel in den Lebens- und Betreuungsverhältnissen von Kindern in den neuen Bundesländern 1990 und 1994. In: Bien, W. (Hrsg.): Familie an der Schwelle zum neuen Jahrtausend. Wandel und Entwicklung familialer Lebensformen. Opladen (= DJI Familien-Survey 6), S. 204-212.

Kahl, A. (1995): Soziales Porträt des Neubaugebiets Grünau - 20 Jahre Neubaugebiet Grünau, Leipzig.

Kahl, A. (1997): Wohnzufriedenheit in Leipzig-Grünau 1979-1995. Ergebnisse einer soziologischen Intervallstudie. In: Müller, E. (Hrsg.) 1997, 23-28.

Karsten M.-E. (1992): Ehrenamtlich arbeiten – eine Handlungs(kompetenz) für Frauen? In: Müller, S./Rauschenbach, T. (Hrsg.): Das soziale Ehrenamt. Nützliche Arbeit zum Nulltarif, Weinheim und München.

Kesberg, E./Nordt, G. (1998): Neue Entwicklungen bei den Angeboten für Schulkinder. Pilotstudie/Abschlußbericht. Sozialpädagogisches Institut NRW - Landesinstitut für Kinder, Jugend und Familie. Köln.

Kißler, L. u.a. (1997): Moderne Zeiten im Rathaus? Reform der Kommunalverwaltungen auf dem Prüfstand der Praxis. Berlin (=Modernisierung des öffentlichen Sektors. Sonderband 8).

Kirsch, G. (1999), Lernkultur für den Arbeitsmarkt von morgen. Vortrag beim Internationalen Fachkongreß „Kompetenz für Europa. Wandel durch Lernen – Lernen durch Wandel“. Berlin.

Klages, H./Gensicke, T. (1998): Bürgerschaftliches Engagement 1996. Unveröffentlichtes Manuskript, Speyer.

Klages, H./Löffler, E. (1995): Administrative Modernization in Germany - a big qualitative jump in small steps. In: International Review of Administrative Sciences, Vol. 61, S. 373-383.

Klass, I.(1995): Stadtteilarbeit in der Trabantenstadt Straßensozialarbeit in Leipzig-Grünau. In: Becker, G./Simon, T.: Handbuch aufsuchende Sozialarbeit: theoretische Grundlagen, Arbeitsfelder, Praxishilfen. Weinheim-München, S. 119-132.

Kommunale Gemeinschaftsstelle (KGSt) (1993): Das neue Steuerungsmodell. Begründung, Konturen, Umsetzung. Bericht 5/1993. Köln.

Kommunale Gemeinschaftsstelle (KGSt) (1994 a): Outputorientierte Steuerung der Jugendhilfe. Bericht 9/1994. Köln.

Kommunale Gemeinschaftsstelle (KGSt) (1994 b): Jugendämter im Veränderungsprozeß Informationen aus den Städten Castrop-Rauxel, Hemer, Herten, Münster. Bericht G 50/1994. Köln.

Kornbrodt (1991): Selbsthilfeförderung in Hamburg. In: Deutscher Städtetag (Hrsg.) (1991), S. 36-38.

Korporal, J. (1998): Zur gesundheitlichen Situation von Familien mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit innerhalb der Wohnbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland. Unv. Expertise zum 6. Familienbericht der Bundesregierung.

Kortendiek, B. (1998): Mütterzentren als institutionalisierte Antwort auf die Ambivalenz mütterlicher Lebensverhältnisse. Diss. Bielefeld.

Kramer, D./Wagner, S./Billeb, K (1998): Soziale Bürgerinitiative in den neuen Bundesländern. Untersuchung zu einem Förderungsprogramm 1993-1997. Hrsg. von der Robert Bosch Stiftung GmbH. Materialien und Berichte 49. Förderungsgebiet Wohlfahrtspflege. Stuttgart.

Krauß, G./Zauter, S. (o.J.), Netz für Kinder. Neue Wege der Kindertagesbetreuung (=Institut für soziale und kulturelle Arbeit. Arbeitsberichte Nr. 31) Nürnberg.

Kreyenfeld, M./Wagner, G./Flehmgig, S. (1997): Kinderkasse, Qualitätskommission und Betreuungsgutscheine. Ein Reformvorschlag zur öffentlichen Finanzierung, Kontrolle und Steuerung von Kinderbetreuung. In: klein & groß, Nr. 11-12/1997, S. 6-10.

Krieger, H./Fröhlich, D. (1998): Gibt es bei den neuen Formen der Arbeitsorganisation in Deutschland eine Modernisierungslücke? Die Praxis direkter Arbeitnehmerbeteiligung in Europa und in den USA. In: WSI-Mitteilungen, Nr 3/1998.

Krings-Heckemeier, M.-T./Pfeiffer, U. (1998): Überforderte Nachbarschaften. Soziale und ökonomische Erosion in Großsiedlungen. Köln und Berlin (= GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen, Schriften 48).

Kromrey, H. (1995): Evaluation. Empirische Konzepte zur Bewertung von Handlungsprogrammen und die Schwierigkeiten ihrer Realisation. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie 4/95, S. 313-336.

Krummacher, M., Waltz, V. (1996): Vorhandene Potentiale: Selbsthilfe, Selbstorganisation und Ausländersozialarbeit. In: dies.: Einwanderer in der Kommune. Analysen, Aufgaben und Modelle für eine multikulturelle Stadtpolitik. Essen, S. 218-241.

Kuhlmann, S. (1998): Politikmoderation. Evaluationsverfahren in der Forschungs- und Technologiepolitik, Baden-Baden.

Kuhnt, M. (1996): Familienzentren. Konzept einer lebenslagen- und lebensphasenorientierten Familienarbeit. Hannover (Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung).

Lachenmair, H. (1994): Eltern helfen Eltern. Die Entstehung des Kontaktstellen-Netzes der Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen (BAGE). In: päd extra 22/9, S. 14.

Landesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen (LAGE) Niedersachsen/Bremen (1996): Kindergruppen auch für Kinder von 0-3 Jahren. Dokumentation der Fachtagung Kleinstkindpädagogik vom 31.8.-1.9.1995 in Hannover.

Landeshauptstadt München, Gesundheitsreferat (1997): Kindergesundheit. Erstellt im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung des Gesundheitsreferats der Landeshauptstadt. München.

Landeshauptstadt München, Referat für Gesundheit und Umwelt (1999): Pressemitteilung vom 28.1.1999: Das Münchner Gesundheitswesen - ein expandierender Wirtschaftsfaktor.

Landeshauptstadt München, Stadtkämmerei (1997): Finanzdatenbericht, München.
Landesjugendamt Sachsen (1998): Schreiben vom 18.2.98.

Leadbeater, C. (1997): The Rise of the Social Entrepreneur. London.

Lehmann, K. (1998): Dokumentation: Situation der ausländischen Vereine in Ulm sowie Diskussion einiger Förderkonzepte. Stadt Ulm – Kontaktstelle für die ausländische Bürgerschaft und Europaangelegenheiten.

Lehner, F. (2000): Organisational Memory. Konzepte und Systeme für das organisatorische Lernen und das Wissensmanagement. München/Wien.

Leubek, X. (1988): Neue Männer, neue Väter – neue Mütter? In: DJI (Hrsg.): S. 145-154.

Loch, D. (1998): Soziale Ausgrenzung und Anerkennungskonflikte in Frankreich und Deutschland. In: Heitmeyer, W./Dollase, R./Backes, O.: Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben. Frankfurt/M., S. 266-296.

Loury, G. (1977): A Dynamic Theory of Racial Income Differences. In: Wallace, P. A. and Le Mund, A. (eds.): Women, Minorities, and Employment Discrimination, Lexington.

Lüders, C. (1997): Neue Steuerung in der Jugendhilfe - Versuch einer Standortbestimmung nach der ersten Aufregung. In: Diskurs 1/97. S- 76-81.

Lüscher, K., Hoch, H. (2000): Soziale Familien in soziologischer Sicht. In: epd- Dokumentation, Nr. 21-22, Jg. 2000.

Lütke Daldrup, E. (1996): Grünau im Kontext der Stadtentwicklung in Leipzig. In: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau/Sächsisches Staatsministerium des Innern (Hrsg.): Fachveranstaltungen zur Städtebaulichen Weiterentwicklung großer Neubaugebiete anlässlich des 20jährigen Bestehens des Stadtteils Leipzig-Grünau. Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, S. 12-22.

Mamalogie (1988): Schwerpunkttheft der Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis zum Müttermanifest, Nr. 21/22, Köln.

Marsh, L. (1988): Die Einordnung der Familienselbsthilfe in die allgemeine Selbsthilfediskussion - Zwischenbericht des Modellversuchs „Familien helfen Familien“ des Deutschen Jugendinstituts und des Instituts Frau und Gesellschaft. DJI, München.

- Martin, L. L., Kettner, P. M. (1996): Measuring the performance of human service programs, Thousand Oaks.
- Mertens, D. (1974): Schlüsselqualifikationen. Thesen zur Schulung für eine moderne Gesellschaft. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 7.
- Meulemann, H. (1998), Geht immer noch „Privat vor Katastrophe“? Familie und Selbstbestimmung in West- und Ostdeutschland 1991-1996. In: Soziale Welt 49, S. 253-274.
- Mitscherlich, A. (1978): Weibliche Identität in der Vorstadt bei Beruf Mutter. Sozialpsychologische Anmerkungen zum Bauvorhaben Heidelberg-Emmertsgrund. In: ders.: Thesen zur Stadt der Zukunft, 4. Aufl., Frankfurt/M., S. 120ff.
- Motsch, P. (1996): Möglichkeiten und Grenzen von Selbsthilfe. In: Braun, J./Kettler, U. (1996): S. 114-118.
- Müller, E. (1997): Bürgerbeteiligung und gemeinwesenorientierte Arbeit in Grünau. In: Müller, E. (Hrsg.): Großwohnsiedlungen in europäischen Städten. Leipzig (Institut für Länderkunde Leipzig/ Beiträge zur regionalen Geographie 45), S. 38-45.
- Müller, S./Rauschenbach, T. (Hrsg.) (1988): Das soziale Ehrenamt. Nützliche Arbeit zum Nulltarif, 1. Aufl., Weinheim und München.
- Müller-Kohlenberg, H. (1988): Laienhilfe – die bessere Alternative. In: Müller, S./Rauschenbach, T. (Hrsg.). Das soziale Ehrenamt. Nützliche Arbeit zum Nulltarif, Weinheim, S. 185-195.
- Münchmeier, R. (1992): Gemeinschaft als soziale Ressource. Von der symbolischen Bedeutung des Ehrenamtes für den Sozialstaat. In: Müller, S./Rauschenbach, T. (Hrsg.), Das soziale Ehrenamt. Nützliche Arbeit zum Nulltarif, Weinheim und München, 2. Auflage, S. 57-70.
- Münder, J. (1998): Von der Subsidiarität über den Korporatismus zum Markt? In: Neue Praxis, 1, S. 3-12.
- Müttermanifest (1988): Leben mit Kindern - Mütter werden laut Abgedruckt in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 21/22, "Mamalogie", Köln, S. 201-207.
- Naschold, F. (1995): Ergebnissteuerung, Wettbewerb, Qualitätspolitik: Entwicklungspfade des öffentlichen Sektors in Europa. Berlin.
- Naschold, F. (1997): The dialectics of modernising local government: an assessment for the mid-90s and an agenda for the 21st century (Agenda 21). Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin.
- Naschold, F./Oppen, M./Wegener, A. (1998): Kommunale Spitzeninnovationen. Konzepte, Umsetzungen, Wirkungen in internationaler Perspektive. Berlin (=Modernisierung des öffentlichen Sektors, Bd. 12).
- Nefiodow, L. A. (1999): Der sechste Kontrakt: Wege zur Produktivität und Vollbeschäftigung im Zeitalter der Information. 3. Aufl., Sankt Augustin.
- Nickel, H. M. (o.J.): Frauen und Arbeitsmarktforschung in der ehemaligen DDR (3 Thesen). In: Engelbrech, G./Schenk, S./Wagner, P. (Hrsg.): Bedingungen der Frauenerwerbsarbeit im deutsch-deutschen Einigungsprozeß. Nürnberg (=Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 167), S. 11-19.
- Nouvertné, K. (1994): Professionelle Arbeit muß sich dramatisch ändern. In: Dörner, K. (Hrsg.): Aus leeren Kassen Kapital schlagen. Kosten, Fachwissen und die Grundbedürfnisse der psychisch Kranken erzwingen gleichsinnig die Radikalisierung der Psychiatrie-Reform. 45. Gütersloher Fortbildungswoche 1993. Gütersloh, S. 67-106.
- Novy, K. (1983): Skizze zur Geschichte wohnungspolitischer Selbsthilfeinitiativen in Deutschland. In: Evers, A./Wollmann, H. (Hrsg.), Kommunale Wohnungspolitik. Basel, S. 335-354.
- Nullmeier, F. (1997): Erfolgreich kooperierende Dilettantismen? Kindertagesbetreuung in Hamburg zwischen Bürokratie und ziviler

Selbstorganisation. In: Schmals, K. M./Heinelt, H.(Hrsg.) (1997), S. 155-176.

Ohlinger, S., Jammer, I. (1998): Familien heute - Möglichkeiten und Grenzen institutioneller und selbstorganisierter Hilfen. Diplomarbeit. Duisburg.

Otman, A. (1999): Bemerkungen zur Eltern- und Familienarbeit in Migranten-"communities" im Rahmen der Prävention von Jugendkriminalität. In: Bendit, R./Erlar, W./Niborg, S./Schäfer, H.: Dokumentation zur 2. Deutsch-Niederländischen Fachtagung "Youth at Risk". I.E.

Overbeck, A., Reiberg, U., Sauer, P., Wissert, M. (1998): „Ost-West-Unterschiede“ bei der ambulanten Rehabilitation von älteren Menschen. Ergebnisse eines Modellversuchs in Berlin. In: Soziale Arbeit 1, S. 2-9.

Patton, M. Q. (1997): Utilization-Focused Evaluation, 3. Aufl., Thousand Oaks.

Pestel Institut für Systemforschung Hannover (1996): Zwischen Sanierung und Abriß. Plattenbauten in den neuen Bundesländern. Leipzig.

Pfau-Effinger, B. (1994): Sozio-kulturelle Grundlagen der Entwicklung der Teilzeitarbeit in Europa - Das Beispiel Finnland und West-Deutschland. In: Beckmann, P./Engelbrech, G. (Hrsg.): Arbeitsmarkt für Frauen 2000 - Ein Schritt vor oder ein Schritt zurück. Kompendium zur Erwerbstätigkeit von Frauen. Nürnberg (=Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 179).

Pfau-Effinger, B. (1995): Teilzeitarbeit und Modernisierung des Geschlechterkontrakts im europäischen Vergleich. In: Gräbe, S. (Hrsg.): Private Haushalte und Neue Arbeitsmodelle (Reihe Stiftung der private Haushalt Bd. 26), S. 53-86.

Pilisuk, M. et al. (1978): Reweaving the Social Fabric: A Model for Immunizing against Stress-induced Illness. Unv. Projektbericht.

Potter, P. (1993): Neue Zielgruppen, neue Paradigmen, neue Arbeitsmethoden - neue Anforderungen an sozialräumliche Dien-

stleistungen. In: Brech, J. (Hrsg.): Neue Wege der Planungskultur. Orientierungen in der Zeit des Umbruchs. Darmstadt (Wohnbund), S. 120-125.

Priller, E. (1997): Der Dritte Sektor in den neuen Bundesländern: Eine sozial-ökonomische Analyse. In: Anheier, H. K./Priller, E./Seibel, W./Zimmer, A. (Hrsg.): Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel. Berlin, S. 99-126.

Putnam, R. D. (1993): The prosperous community: Social Capital and public life, The American Prospect, 13, S. 35-42.

Rabe-Kleberg, U. (1984): Sind Eltern auf dem Land eigentlich altmodischer? Traditionelle soziale Netze und Selbsthilfe auf dem Land: In: Frauenforschung Nr. 4, S. 1-23.

Rapp, I. (2000): Reformervwartungen zur Regelung sozialer Elternschaft aus familialer Erfahrung. In: epd – Dokumentation Nr. 21-22, Jg. 2000.

Rauschenbach, T. (1994): Inszenierte Solidarität: Soziale Arbeit in der Risikogesellschaft. In: Beck, U./Beck-Gernsheim, E. (Hrsg.): Riskante Freiheiten, Individualisierung in modernen Gesellschaften, Frankfurt/M., S. 89-111.

Rauschenbach, T./Schilling, M.(1995): Die Dienstleistenden. Wachstum, Wandel und wirtschaftliche Bedeutung des Personals in Wohlfahrts- und Jugendverbänden. In: Rauschenbach, T./Sachße, C./Olk, T.: Von der Wertgemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen. Jugend- und Wohlfahrtsverbände im Umbruch. Frankfurt/M., S. 321-355.

Reetz, L. (1993): Schlüsselqualifikation – Lernorganisation. In: Beiler, J./ Lumpe, A./ Reetz, L. (Hrsg.). Materialien zur Berufsbildung Bd. 4. Hamburg.

Rietdorf, W. (Hrsg.) (1997): Weiter wohnen in der Platte: Probleme der Weiterentwicklung großer Neubauwohngebieten in den neuen Bundesländern. Berlin.

Rink, D. (1995 a): Leipzig - Gewinnerin unter den Verlierern?. In: Vester, M/Hofmann,

M./Zierke, I. (Hrsg.): Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung, Bonn, S. 51-90.

Rink, D. (1995 b): Das Leipziger Alternativmilieu zwischen alten und neuen Eliten. In: Vester, M./Hofmann, M./Zierke, I. (Hrsg.): Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung, Bonn, S. 193-229.

Rosowski, M. (1999): Männer im Aufbruch – wie Deutschlands Männer sich selbst und wie Frauen sie sehen. Ein kommentierender Ergebnisbericht. In: EAF; Nr. 2.

Rossi, P. H./Freeman, H. E. (1993): Evaluation: A systematic approach, 5. Aufl., Newbury Park.

Routledge, B. R. (Carnegie Mellon University, Pittsburgh PA), von Amsberg, J. (The World Bank, N.Y.) (1996): Endogenous Social Capital, Homepage: <http://ourworld.compuserve.com/homepages/jvonamsberg/scw.htm>.

Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Familie (1997): Aktion 55. Sachsen braucht Sie. Dresden, 3. Aufl.

Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Familie (1996): Aktion 55. Projekte. Dresden.

Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen (1996): Gesundheitswesen in Deutschland - Kostenfaktor und Zukunftsbranche. Baden-Baden.

Santen, E. van (1998): „Output“ und „outcome“ der Implementierung Neuer Steuerung. Empirische Befunde zu den Erscheinungsformen und Folgen der Neuen Steuerung in der Kinder- und Jugendhilfe. In: Neue Praxis, S. 36-49.

Sass, J. (1991): Familienselbsthilfe als familienpolitische Innovation. In: DISKURS 1, S. 39.

Sass, J. (1997): Väter zwischen Mythos und Realität. In: Rohnstock K. (Hrsg.): Sag mir, wo die Väter sind, Berlin.

Sass, J./Jaekel, M.: Leben mit Kindern in einer veränderten Welt. Einstellungen und Lebensplanung von Eltern im Ost-West-Vergleich, München, 1996.

Schäuble, W. (1996): Bürgertugenden und Gemeinsinn in der liberalen Gesellschaft. In: Teufel, E. (Hrsg.): Was hält die moderne Gesellschaft zusammen. Frankfurt/M, S. 63-79.

Scheu, B. (1996): Subjektbezogene Evaluation. Nicht Defizite, sondern Stärken der Arbeit sollen im Mittelpunkt der Betrachtung stehen. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 1+2, S. 26-27.

Schippan, I. (1993): Elternkreise drogengefährdeter und drogenabhängiger Jugendlicher. Frankfurt/M. (=Studien zur Pädagogik, Andragogik und Gerontagogik Band 15).

Schmals, K. M./Heinelt, H. (Hrsg.) (1997): Zivile Gesellschaft. Entwicklung - Defizite - Potentiale. Opladen.

Schmalstieg, H. (1998): „Bürgersinn“ in den Städten fördern: Das Beispiel Hannover. In: Der Städtetag 7/1998, S. 488-492.

Schmidt, B. J. (1998): Hilfe und Pflege. Zur Situation alter Menschen in Ostdeutschland. In: Deutschland Archiv 1, S. 65-82.

Schmid-Urban, P (1991): Selbsthilfeförderung in München. In: Deutscher Städtetag (Hrsg.): S. 46-52.

Schmittner, U. (1998): Kinderparadies, Spielstube, Baby-Parkhaus. Neue Modelle der Kinderbetreuung. Diplomarbeit. Bamberg.

Schneider, J. (1999): Etappen eines Straßenkampfes. In: Süddeutsche Zeitung, 22.3.99.

Scholz, C./Heinz, W. (1995): Stadtentwicklung in den neuen Bundesländern: Der Sonderfall Leipzig. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament.

Schultz, T.W. (1963): Investment in Human Capital. In: American Economic Review (1961), S. 1-17 und ders.: The Economic Value of Education, New York.

- Scriven, M. S. (1967): The methodology of evaluation, dt. in: Wulf, C. (Hrsg.) (1972): Evaluation. Beschreibung von Unterricht, Curricula und Schulversuchen, München, S. 60-91.
- Scriven, M. S. (1972): Prose and cons about goal-free evaluation. In: Evaluation comment: The Journal of Educational Evaluation, 3, S. 1-7.
- Scriven, M. S. (1991): Evaluation thesaurus, Newbury Park.
- Seckinger, M. u.a. (1998): Situation und Perspektiven der Jugendhilfe. Eine empirische Zwischenbilanz. München.
- Seehausen, H. (1989): Familie zwischen modernisierter Berufswelt und Kindergarten", Freiburg i.B.
- Seehausen, H. (1995): Familie, Arbeit, Kinderbetreuung – Berufstätige Eltern und ihre Kinder im Konfliktdreieck, Opladen, S. 98-108.
- Seidenspinner, G. u.a. (1996): Junge Frauen heute – Wie sie leben, was sie anders machen. Ergebnisse einer Längsschnittstudie in Ost und West. Opladen.
- Selbsthilfezentrum München (1997): Förderung von Selbsthilfe im Bereich der Prävention und Rehabilitation in München. Vereinbarung zwischen dem Selbsthilfzentrum München und der AOK Bayern, Direktion München. Bericht 1996. München.
- SOS MZ-Salzgitter (1998): Alles unter einem Dach. Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V., München.
- Stadt Leipzig, Jugendamt (1997): Bedarfsplan Kindertagesstätten der Stadt Leipzig für den Zeitraum 1.9.97-31.8.98. Leipzig.
- Stadt Leipzig, Jugendamt (1997): Jugendhilfeplan. Rahmenplanung ab 1997. Leipzig.
- Stake, R. E. (1976): A theoretical statement of responsive evaluation. In: Studies in Educational Evaluation, 2, S. 10-14.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1988): Satellitensysteme zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1995): Die Zeitverwendung der Bevölkerung. Methode und erste Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung 1991/92. Erhebungen nach §7 BStatG - Tabellenband I, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (1996): Statistik der Jugendhilfe - Fachserie 13, Reihe 6.3.1: Tageseinrichtungen für Kinder. Wiesbaden.
- Stiefmütterchen (1997): Dienstleistungslexikon der hessischen Mütterzentren. In: Stiefmütterchen, Sonderausgabe 1/97, Langen.
- Stimpel, R. (1990): Der verbaute Markt. Frankfurt/M.
- Strohmeier, K.-P. (1988): Lebenskonzepte, Wohnstandortwahlen und Familienverhältnisse junger Frauen im ländlichen Raum. In: Ländlicher Raum. Gegenwärtige und zukünftige Lebensbedingungen der Familien. Analysen und Perspektiven (= Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Beiträge 110) Hannover, S. 30-33.
- Strümpel, B., Bilinski, H. (1987): Familienfreundliche Arbeitszeitregelung. Fakten, Wünsche, Hindernisse. In: BMJFFG, S. 39-54.
- Summa, H. (1998): The role of evaluation in european policies, Brüssel.
- Süssmuth, R. (1985): Die Rückkehr des Mannes in die Familien. In: Frauen – der Resignation keine Chance. Düsseldorf, S. 32-46.
- Tietze, K.W. u.a. (1998): Stillbereitschaft und öffentliche Diskussion - Evaluation von Gesundheitskampagnen zum Stillen zwischen 1991 und 1995. In: Gesundheitswesen 60, S. 154-158.
- Tillmann (1991): Selbsthilfeförderung in Münster. In: Deutscher Städtetag (Hrsg.), S. 60-65.
- Voß, G., Pongratz, H. (1998): Der Arbeitskraftunternehmer – eine neue Grundform der "Ware Arbeitskraft"? In: Kölner Zeitschrift für

Soziologie und Sozialpsychologie, H. 1/1998, S. 131-158.

Wacker, E. (1995): Familie als Ort der Pflege? Neue Forschungen zur Lebenssituation von Familien mit einem behinderten Kind in der Bundesrepublik. In: Gerhardt, U./Hradil, S./Lucke, D./Nauck, B. (Hrsg.): Familie der Zukunft, Lebensbedingungen und Lebensformen, Opladen (= Reihe Sozialstrukturanalyse, hrsg. von S. Hradil, Bd 6). S. 281-304.

Wahl, K., Tüllmann, G., Honig, M.-S., Gravenhorst, L. (1980): Familie sind anders. Wie sie sich selbst sehen. Anstöße für eine neue Familienpolitik. Reinbek.

Wilkinson, H. (1997): Kinder der Freiheit. Entsteht eine neue Ethik individueller und sozialer Verantwortung. In: Beck, U. (Hrsg.): Kinder der Freiheit. Edition Zweite Moderne, Frankfurt/M., S. 85-124.

Wittmann, W. W. (1990): Aufgaben und Möglichkeiten der Evaluationsforschung in der Bundesrepublik: Technologietransfer aus den Sozialwissenschaften. In: Koch, U./Wittmann, W. W. (Hrsg.): Evaluationsforschung. Bewertungsgrundlage von Sozial- und Gesundheitsprogrammen, Berlin, S. 7-14.

Wittwer, U. u.a. (Hrsg.) (1995): Zusammenwirken von Fachkräften, Behindertenverbänden und Selbsthilfegruppen. 31. Kongreß der Deutschen Vereinigung für die Rehabilitation Behinderter e.V. vom 2. bis 3. November 1994 in Hamburg (= Interdisziplinäre Schriften zur Rehabilitation, Band 4).

Wohlfahrt, N./Breitkopf, H. (1995): Selbsthilfegruppen und Soziale Arbeit. Eine Einführung für Soziale Berufe, Freiburg i.B.

Wohlfahrt, N./Breitkopf, H. (1996): Situation und Perspektiven der Unterstützung familienbezogener Selbsthilfegruppen in Nordrhein-Westfalen. In: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Zukunft des Sozialstaates. Freiwilliges soziales Engagement und Selbsthilfe. Düsseldorf, S. 635-754.

World Bank (1998): World Bank's Social Capital Website, New York.

Wottawa, H. /Thierau, H. (1995): Lehrbuch Evaluation, 2. Aufl., Bern.

Wuthnow, R. (1997): Handeln aus Mitleid. In: Beck, U. (Hrsg.): Kinder der Freiheit. Edition Zweite Moderne, Frankfurt/M., S. 34-85.

Zimmer, A. (1996): Vereine - Basiselement der Demokratie. Eine Analyse aus der Dritte-Sektor-Perspektive. Opladen (= Grundwissen Politik, Bd. 16).

Zimmermann, J. (1998): Kommunale Arbeitsmarktpolitik am Beispiel der Stadt Leipzig. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge Nr. 2/1998, S. 38-41.